ISSN 0343-690X

Linksextremistische Bestrebungen

Rechtsextremistische Bestrebungen

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern

Spionageabwehr

Geheimschutz – Vorbeugende Spionageabwehr

Verfassungsschutzbericht 1985

Inhaltsverzeichnis Seite 9

Sachwortregister Seite 257

Herausgeber:
Der Bundesminister des Innern, Graurheindorfer Straße 198,
5300 Bonn 1, August 1986

Druck: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

VORBEMERKUNG

„Die Bundesrepublik Deutschland hat 1985 die Herausforderung des Extremismus und Terrorismus, der zunehmenden politisch motivierten Gewalttätigkeit erfolgreich bestanden. Unsere Demokratie erweist sich als politisch stabil."

Auch 1985 haben die gegen unseren Staat gerichteten Aktivitäten von Extremisten und Terroristen sowie gegnerischer Nachrichtendienste angehalten. Die verfassungsfeindlichen Ziele und Methoden der Extremisten und Terroristen müssen vor der Öffentlichkeit aufgedeckt und entschieden bekämpft werden, ehe sie zu einer Gefahr für unsere Demokratie werden. Dafür leisten die Sicherheitsbehörden einen wichtigen Beitrag. Aber nur die immer wieder erneute politische Zustimmung der großen Mehrheit unserer Bürger für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat ist die entscheidende Garantie für den Bestand unserer Gesellschafts- und Staatsform.
Der Verfassungsschutzbericht informiert zusammenfassend über die Aktivitäten und Ziele extremistischer und sicherheitsgefährdender Organisationen. Er analysiert und bewertet wichtige Entwicklungen und Zusammenhänge, gibt der Öffentlichkeit und den Bürgern Informationen und Argumente für die aktive Auseinandersetzung mit den Gegnern unseres demokratischen Staates.

Die Feststellungen des Verfassungsschutzes 1985 sind im einzelnen:

1. Die Aktivitäten von *Linksextremisten* richteten sich auch 1985 darauf, den Boden für eine schrittweise Demontage und schließliche Abschaffung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu bereiten. Die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten stieg von 1.269 im Jahre 1984 auf 1.604 im Berichtsjahr an. Die Zahl der hierin enthaltenen Terroranschläge erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 148 auf 221. Der Anteil der besonders schwerwiegenden Fälle war wiederum auffallend hoch. Der insgesamt durch die Terroranschläge entstandene Schaden beläuft sich schätzungsweise auf mehr als 35 Millionen DM.

Mitgliederstand und Gefüge des organisierten Linksextremismus haben sich 1985 kaum verändert. Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften blieb die Mitgliederzahl linksextremistischer Organisationen mit 61.300 – Vorjahr 61.200 – nahezu gleich. Die gleichfalls um Mehrfachmitgliedschaften bereinigte Mitgliederzahl linksextremistisch beeinflußter Organisationen nahm mit 51.500 gegenüber 55.300 im Vorjahr leicht ab. Die Auflagenhöhe periodischer Publikationen linksextremistischer Kern- und Nebenorganisationen blieb mit einer Einzelauflage von 4.867.925 (1984: 4.905.700) und einer Jahresgesamtauflage von 35.025.600 (1984: 35.098.800) nahezu gleich. Herausragende Themen und Aktionsfelder der Linksextremisten waren wiederum die Proteste gegen die NATO und gegen strategische Projekte im westlichen Verteidigungsbündnis, ferner der sog. „antifaschistische Kampf" und die Solidarität mit „revolutionären Bewegungen" in der Dritten Welt. Weitere Kampagnen richteten sich gegen Maßnah-

men zum Schutz der Inneren Sicherheit sowie gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik.
Die linksextremistischen Parteien wollen anhaltende Mißerfolge bei Wahlen mit Wahlbündnissen überwinden. Die Bereitschaft dazu ist bei den Bündnispartnern der Linksextremisten weiter gewachsen. Bei den Wahlen zu den Studentenparlamenten erreichten linksextremistische und linksextremistisch orientierte Gruppen 29,5 % der Sitze, 1,3 % mehr als im Vorjahr.
Mit ihren zahlreichen Nebenorganisationen und einem weitreichenden Netz beeinflußter Vereinigungen blieben die „Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) und ihr Gegenstück in Berlin (West), die „Sozialistische Einheitspartei Westberlins" (SEW) die organisatorisch stärkste und aktivste Kraft im linksextremistischen Spektrum. Die Mitgliederzahl von DKP und SEW sowie ihrer Nebenorganisationen ist – nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften – mit 54.375 gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Die entsprechende Zahl der von DKP und SEW beeinflußten Organisationen ist von 53.250 im Vorjahr auf 49.875 leicht zurückgegangen. DKP und SEW ordneten sich auch 1985 vorbehaltlos den ideologischen und politischen Vorgaben der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion" (KPdSU) und der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" (SED) unter. Als Teil der „Kommunistischen Weltbewegung" werden sie von ausländischen „Bruderparteien" unterstützt und von der SED angeleitet und weitgehend finanziert.
In der „Bündnispolitik", d. h. in der Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Kräften, sehen die moskau-orientierten Kommunisten das entscheidende Mittel, die politische Basis zur Verwirklichung ihrer tagespolitischen Forderungen zu erweitern. Diese Forderungen müssen nach dem Willen der Kommunisten geeignet sein, sie dem Endziel einer kommunistischen Staats- und Gesellschaftsordnung näher zu bringen. Das können auch Forderungen sein, die für sich genommen nicht verfassungsfeindlich sind. Mit ihrer „Bündnispolitik" waren die orthodoxen Kommunisten auch 1985 erfolgreich. Sie konnten zu Recht feststellen, daß es ihnen in den letzten Jahren in einem beträchtlichen Ausmaß gelungen sei, die politische Isolierung zu durchbrechen und daß die Bereitschaft „mit ihnen gemeinsam in Aktion zu gehen" zugenommen habe. Eine Zusammenarbeit mit Kommunisten fördert erfahrungsgemäß deren revolutionäre Ansätze, schwächt jedoch die eigene politische Position. An Hochschulen und bei einzelnen Kampagnen wirkten DKP und SEW mit ihren Neben- und den von ihnen beeinflußten Organisationen aufgrund der von ihnen betriebenen Bündnispolitik weit über den Kreis ihrer Anhänger hinaus.
Die Gruppen der „Neuen Linken", d. h. der Linksextremisten, die nicht dem moskau-orientierten Kommunismus zuzurechnen sind, blieben ideologisch und organisatorisch zersplittert. Sie wirkten auch 1985 bei den Planungen, den Strategiediskussionen und Aktionen der sog. „Friedensbewegung" mit. Weitere Themen waren z. B. die sog. „Antifaschismusarbeit" und der Widerstand gegen neue Technologien mit den Parolen vom „Überwachungsstaat" und der „Computerisierung". Die meisten Gruppen der „Neuen Linken" befürworten politische Gewalt; viele, vor allem militante „Autonome", wenden sie auch an – die Übergänge zu terroristischen Aktionsformen bleiben fließend.

Die Verbrechen der *Terroristen* haben 1985 wieder zugenommen. Die „Rote-Armee-Fraktion" verübte zwei Mordanschläge: Am 1. Februar 1985 wurde der MTU-Vorsitzende Dr. Ernst Zimmermann, am 7./8. August 1985 der US-Soldat Eduard F. Pimental ermordet. Auch der Sprengstoffanschlag vom 8. August 1985 auf die US-amerikanische Rhein-Main-Air-Base sollte Menschen töten. 2 Menschen starben, zahlreiche Menschen erlitten teils schwere Verletzungen. In zwei Fällen kamen Täter ums Leben, als sie selbstkonstruierte Sprengvorrichtungen transportierten.
Etwa ein Fünftel aller Anschläge galten militärischen Einrichtungen der Bundeswehr und der NATO-Bündnispartner sowie Unternehmen, die auch Rüstungsgüter produzieren. An 2. Stelle waren Gebäude der Polizei, Justizverwaltungen und sonstige Behörden betroffen. Auch Wirtschaftsunternehmen, Kaufhäuser und Geldinstitute waren Angriffsziele.
Der „Kommandobereich" – also die untergetauchten Bandenmitglieder – der „Roten-Armee-Fraktion" hat mit etwa 20 Personen wieder eine Personalstärke wie Mitte der 70er Jahre erreicht. Die zahlreichen Festnahmen in der Vergangenheit konnte die „Rote-Armee-Fraktion" wie schon zuvor mit neuen Bandenmitgliedern aus dem engeren Umfeld ausgleichen.
Nachdem 1983 und 1984 bei den „Revolutionären Zellen" und ihrer autonomen Frauengruppe „Rote Zora" ein Rückgang der terroristischen Aktivitäten zu verzeichnen war, ist die Zahl der im Berichtsjahr verübten Brand- und Sprengstoffanschläge (insgesamt 18) wieder deutlich angestiegen.
Neben der „Roten-Armee-Fraktion" und den „Revolutionären Zellen" sind zahlreiche sonstige – überwiegend der linksextremistischen autonomen Szene zuzurechnende – Gruppierungen aber auch einzelne Täter für einen großen Teil der Brand- und Sprengstoffanschläge verantwortlich. Sie orientieren sich bei der Auswahl der Anschlagsziele sowie der Anschlagsplanung und -durchführung oft am Konzept der „Revolutionären Zellen".

2. *Deutsche Rechtsextremisten* streben – teils offen, teils verdeckt – totalitäre oder zumindest autoritäre Staatsformen an und lehnen die parlamentarische repräsentative Demokratie ab. Ihre Triebfedern sind ein Nationalismus, der die Freiheitsrechte der Menschen übermäßig einengt und sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, sowie Rassismus, der oft eine militante Juden- und Ausländerfeindlichkeit einschließt. Die Neo-Nationalsozialisten (Neonazis) unter den Rechtsextremisten wollen einen NS-Staat wiedererrichten. Sie leugnen die NS-Verbrechen und die deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.
Rechtsextremisten verübten 1985 69 Gewalttaten, davon 5 Terroranschläge. Dies bedeutet eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr, in dem es zu 83 Gewalttaten, davon 11 mit terroristischem Charakter, kam. Auch die Zahl der Gewaltandrohungen nahm im Berichtsjahr ab, und zwar von 159 im Vorjahr auf 127. Dennoch hält die Gewaltbereitschaft insbesondere neonazistischer Kreise an, wie z. B. auch umfangreiche Funde von Schußwaffen, Munition und Sprengmitteln zeigen.
Während die Zahl der rechtsextremistischen Organisationen von 89 im Vorjahr auf 78 abnahm, blieb die Gesamtmitgliederzahl rechtsextremistischer Organisationen mit 22.100 konstant. Die Mitgliederzahl der „Nationaldemokratischen

Partei Deutschlands" (NPD) blieb mit rd. 6.100 ebenso konstant wie die der „Deutschen Volksunion" (DVU) mit über 12.000. Nationalistisch-neutralistische Bestrebungen, die seit Beginn der 80er Jahre maßgeblich von der NPD gefördert worden waren und inzwischen mit Ausnahme der DVU fast vom gesamten Rechtsextremismus vertreten werden, gehen oft mit einem militanten Antiamerikanismus einher, der in der Vergangenheit bereits zu schweren Anschlägen von Neo-Nationalsozialisten auf hier stationierte amerikanische Soldaten geführt hat.
Die Zahl der erkannten Neonazis ist im Berichtsjahr von 1.350 auf 1.420 gestiegen. Auch die „Sozialrevolutionäre" oder „Nationalrevolutionäre", die sich innerhalb des deutschen Rechtsextremismus zunehmend Resonanz verschaffen, sind Neo-Nationalsozialisten. Sie berufen sich auf den linken sog. Strasser-Flügel der NSDAP in der Weimarer Republik und lehnen Hitler als Leitfigur des Nationalsozialismus ab. Diese Strömung sieht ihren politischen Standort häufig in der Nähe von Linksextremisten und sog. „Antiimperialisten".
Die sich militant gebenden Neonazikreise unterhalten intensive Kontakte zu ausländischen Gesinnungsgenossen, wobei organisatorische oder propagandistische Pläne und konspirative Waffenbeschaffung häufig eine Rolle spielen. Die Versuche, insbesondere von Neonazis, gewalttätige Skinheads zu indoktrinieren, sind fast überall gescheitert. Dennoch sind diese ein von Rechtsextremisten gern genutztes Gewaltpotential gegen politische Gegner.
Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen „Periodika" blieb mit 87 unverändert. Ihre tatsächliche Gesamtauflage erhöhte sich im Berichtsjahr um 81.600 auf 8.538.600.

3. *Ausländische Extremisten* agitierten wie in den Vorjahren in erster Linie gegen die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Heimatländern. Die daneben zu beobachtende Agitation gegen die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und außenpolitische Entscheidungen der Bundesregierung wurde von einigen Gruppen ausländischer Extremisten gegenüber dem Vorjahr noch gesteigert. Extremistische Ausländergruppen auf deutschem Boden beeinträchtigen wie in den Vorjahren die Sicherheit sowie wichtige innen- und außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland. Palästinensische, türkische, kurdische, iranische und jugoslawische Extremistengruppen traten dabei besonders hervor. Darüber hinaus ergaben sich im Berichtsjahr Anhaltspunkte, daß terroristische Operationen von ausländischen staatlichen Stellen gelenkt wurden, die ihre Gegner im Ausland verfolgen.
Die Mitgliederzahl der Organisationen extremistischer Ausländer blieb mit ca. 116.300 gegenüber 1984: – 116.000 nahezu gleich. Hierbei entfielen im Berichtszeitraum 81.550 auf linksextremistische Organisationen, 3.000 auf rechtsextremistische Gruppen, 20.300 auf islamisch-extremistische Vereinigungen und 11.450 auf extrem-nationalistische Gruppen.
Von palästinensischen Gruppen gingen nach wie vor sicherheitsgefährdende Aktivitäten aus. Die Aktivitäten der Zweigstellen palästinensischer Widerstandsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland blieben jedoch 1985 insgesamt gering. Im europäischen Ausland nahm die Zahl der Anschläge und Anschlagsvorbereitungen palästinensicher Kommandos erheblich zu.
Der Verfall jugoslawischer Exilorganisationen hielt an. Bestrebungen, die Zer-

splitterung der kroatischen Emigranten durch Zusammenschlüsse zu überwinden, scheiterten. Wie im Vorjahr ereignete sich auch 1985 kein politischer Mordanschlag auf Exiljugoslawen in der Bundesrepublik Deutschland.
Die Zahl der versuchten oder vollendeten Terror- und sonstigen schweren Gewaltakte extremistischer Ausländer stieg gegenüber dem Vorjahr von 9 auf 15 an. Die Gesamtzahl der Gewaltakte unter Einschluß der leichteren Gewalttaten wie Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch ist dagegen deutlich von 108 im Jahre 1984 auf 76 im Berichtsjahr zurückgegangen.

4. Der Übertritt des ehemaligen Referatsgruppenleiters im Bundesamt für Verfassungsschutz, Tiedge, in die DDR hat die Arbeit der *Spionageabwehr* sicherlich erschwert. Sie wird sich auch noch für absehbare Zeit mit den hieraus entstandenen Folgen auseinanderzusetzen haben. Andererseits hat die rasche Reaktion der Verfassungsschutzbehörden und des Bundesinnenministers entscheidend dazu beigetragen, den entstandenen Schaden zu begrenzen. Die in den ersten Monaten des Jahres 1986 nach Vorermittlungen der Verfassungsschutzbehörden erfolgten Festnahmen lassen den Schluß zu, daß die Spionageabwehr wieder Tritt gefaßt hat.
Die anhaltend intensiven Ausspähungsbemühungen der Nachrichtendienste kommunistisch regierter Staaten setzten sich auch im Jahre 1985 fort. Wie in den Vorjahren waren wiederum die Dienste der DDR Hauptträger der gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Spionageaktivitäten, gefolgt von den Diensten Polens, der CSSR und der UdSSR.
Unverändert geblieben sind auch die Schwerpunkte: politische, Militär- sowie Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage. Erkennbar war auch eine Verstärkung der Ausforschungsaktivitäten gegen rüstungstechnische Produktionsstätten. Intensiviert wurden schließlich auch die Bemühungen zur Beschaffung westlicher Spitzentechnologien.
Im Jahre 1985 wurden 18 Menschen wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit festgenommen. Es ergingen 14 Haftbefehle. Von den Festgenommenen waren 16 Personen von einem DDR-Nachrichtendienst, eine von einem polnischen und eine weitere Person von einem sowjetischen Nachrichtendienst angeworben worden.
Im gleichen Zeitraum verurteilten Gerichte der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich Berlin (West), 13 Personen rechtskräftig wegen Straftaten im Bereich „Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit" (§§ 93–101a StGB). 12 Personen waren von einem DDR-Dienst und eine Person von einem tschechoslowakischen Nachrichtendienst geführt worden.

5. Der *Geheimschutz*, dem in diesem Jahr erstmals ein gesonderter Abschnitt im Verfassungsschutzbericht gewidmet ist, hat als präventive Spionageabwehr eine wichtige Funktion. Auch wenn er primär in die Verantwortung der jeweils betroffenen Behörden fällt, so wirken bei ihm doch die Verfassungsschutzbehörden in bedeutendem Umfang mit. Dies geschieht insbesondere durch
- Sicherheitsüberprüfungen von Geheimnisträgern
- Beratung der betreffenden Behörden hinsichtlich der organisatorischen und technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von geheimhaltungsbedürftigen Informationen

– Geheimschutzaufklärung, d. h. durch Sensibilisierung der Geheimnisträger in Hinsicht auf die nachrichtendienstliche Bedrohung.

Fazit:
1985 hat die Bundesrepublik Deutschland die Herausforderung des Extremismus und Terrorismus, der zunehmenden politisch motivierten Gewalttätigkeit erfolgreich bestanden. Unsere Demokratie erweist sich als politisch stabil. Die Bundesregierung wird ihre Pflicht tun, um unsere Staats- und Gesellschaftsordnung zu schützen, die Freiheit, inneren Frieden, Sicherheit und Ordnung garantiert.

Die Aufgabe des Verfassungsschutzes ist die Beobachtung extremistischer und sicherheitsgefährdender Bestrebungen. Die Verfassungsschutzbehörden haben die Verpflichtung, im Rahmen der Sammlung und Auswertung von Erkenntnissen über extremistische und extremistisch beeinflußte Organisationen auch Informationen über deren Bemühungen zu sammeln, Einfluß auf nicht extremistische Vereinigungen bis hin zu demokratischen Parteien, zu nehmen. Dies um so mehr, als insbesondere linksextremistische Organisationen in dieser Einflußnahme ein wesentliches Mittel zur Steigerung ihrer politischen Resonanz erblicken. Die Verfassungsschutzbehörden würden ihre gesetzlichen Aufgaben nur unvollständig erfüllen, wenn sie Anhaltspunkten für derartige Einflußnahmeversuche von Extremisten nicht nachgingen. Die verantwortungsvolle Tätigkeit der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes trägt dazu bei, die Stabilität der demokratischen Ordnung und damit das Fundament für Freiheit und freie Entfaltung des Bürgers zu schützen. Die Angehörigen des Verfassungsschutzes verdienen unseren Dank und unsere Anerkennung.

Dr. Friedrich Zimmermann
Bundesminister des Innern

Inhaltsverzeichnis

Linksextremistische Bestrebungen 1985

		Seite
I.	**Allgemeine Erfahrungen**	17
1.	Orthodoxe Kommunisten	17
2.	„Neue Linke"	18
3.	Terrorismus	18
II.	**Übersicht in Zahlen**	19
1.	Organisationen und Mitgliederstand	19
2.	Verlage und Vertriebsdienste	21
3.	Periodische Publikationen	21
4.	Linksextremisten im öffentlichen Dienst	24
5.	Linksextremistische Einflüsse in Studentenvertretungen	25
5.1	Hochschulen mit verfaßter Studentenschaft	25
5.1.1	Studentenparlamente	25
5.1.2	Allgemeine Studentenausschüsse (ASten)	27
5.2	Hochschulen ohne verfaßte Studentenschaft	27
6.	Soziologische Daten	29
III.	**Schwerpunkte linksextremistischer Agitation**	30
1.	Verfassungspolitik	30
2.	Außen- und Verteidigungspolitik	31
3.	Innen- und Sicherheitspolitik	31
4.	Wirtschafts- und Sozialpolitik	32
5.	Umweltpolitik	32
6.	„Internationalismus"	32
IV.	**Orthodoxe Kommunisten**	33
1.	Politische und organisatorische Entwicklung	33
1.1	„Deutsche Kommunistische Partei" (DKP)	33
1.1.1	Ideologisch-politischer Standort	33
1.1.2	Mitgliederstand und Gliederung	36
1.1.3	Parteischulung	37
1.1.4	Finanzierung	37
1.1.5	Parteipresse	40
1.2	„Sozialistische Einheitspartei Westberlins" (SEW) mit Neben- und beeinflußten Organisationen	40
1.3	Nebenorganisationen der DKP	43
1.3.1	„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ)	43
1.3.2	„Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation" (JP)	46

1.3.3 „Marxistischer Studentenbund Spartakus" (MSB) 46
1.4 DKP-beeinflußte Organisationen 48
1.4.1 „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA) 49
1.4.2 „Deutsche Friedens-Union" (DFU) 50
1.4.3 „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" (KFAZ) 51
1.4.4 „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner" (DFG-VK) 52
1.4.5 „Die Friedensliste" 54
1.4.6 „Demokratische Fraueninitiative" (DFI) 54
1.4.7 „Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V." (VDJ) 56
1.4.8 „Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika" (ASK) 57
2. Bündnispolitik 57
2.1 Bemühungen um „Aktionseinheit" mit Sozialdemokraten 60
2.2 Bemühungen um „Aktionseinheit" mit Gewerkschaften . 62
2.3 Einflußnahme auf die „Friedensbewegung" 64
2.4 „Antifaschismus"-Kampagne und Kampagne gegen „Rechtsentwicklung" 69
2.5 Kampagne gegen angebliche „Berufsverbote" 70
2.6 „Antiimperialistische Solidarität" 71
3. Betriebsarbeit 72
4. Jugend-, Kinder- und Studentenarbeit 74
4.1 Jugend 74
4.2 Kinder 77
4.3 Studenten 79
5. Ideologischer Kampf 80
5.1 „Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V." (IMSF) 80
5.2 „Marx-Engels-Stiftung e. V." 81
5.3 „Marxistische Arbeiterbildung" 81
5.4 Druckerei, Verlage und Buchhandlungen 82
5.5 „Kulturarbeit" 84
6. Teilnahme an Wahlen 85
6.1 Landtagswahl im Saarland 87
6.2 Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 87
6.3 Kommunalwahlen in Hessen 87
6.4 Mandate in Kommunalvertretungen 87
7. Ausblick 1986 88

V. SED-Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland 88
1. Anleitung und Unterstützung der DKP 89

2.	„Westarbeit" anderer DDR-Institutionen	90
3.	Funktionärs- und Delegationsreisen in die DDR und DDR-„Reisekader"	91
VI.	**„Neue Linke"**	92
1.	Politischer Standort und Entwicklung	92
2.	Organisationen und Gruppierungen	94
2.1	Revolutionär-marxistische Gruppen	94
2.1.1	„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD)	96
2.1.2	„Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)" (KPD)	97
2.1.3	„Bund Westdeutscher Kommunisten" (BWK)	98
2.1.4	„Kommunistischer Bund" (KB)	100
2.1.5	„Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (AB)	100
2.2	Trotzkistische Gruppen	101
2.3	„Marxistische Gruppe" (MG)	103
2.4	Anarchisten	104
2.4.1	„Autonome"	105
2.4.2	Anarchistische „Gewaltfreie Aktionsgruppen"	107
2.4.3	Anarcho-Syndikalistische und Anarcho-Kommunistische Gruppen	108
3.	Aktionsfelder	108
3.1	„Antimilitarismus"- und „Friedensarbeit"	108
3.2	„Antifaschismus-Arbeit"	110
3.3	Umweltschutz	112
3.4	Neue Technologien	114
3.5	„Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit"	114
3.6	Tätigkeit an Hochschulen	115
4.	Ausblick 1986	115
VII.	**Verbindungen zu ausländischen Linksextremisten**	116
1.	Orthodoxe Kommunisten und deren Vorfeld	116
1.1	Kern- und Nebenorganisationen	116
1.2	Orthodox-kommunistisch beeinflußte Organisationen	117
2.	„Neue Linke"	118
VIII.	**Deutscher linksextremistischer Terrorismus**	119
1.	Entwicklung der Terroraktionen	119
2.	„Rote-Armee-Fraktion" (RAF)	120
2.1	„Kommandobereich" der „Roten-Armee-Fraktion"	120
2.2	„Militante" der RAF	123
2.3	Umfeld der „Roten-Armee-Fraktion"	125
3.	„Revolutionäre Zellen" (RZ)	126
4.	Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen	128
5.	Internationale Verflechtungen	129
6.	Strafverfahren	131

6.1 Anklageerhebungen 131
6.2 Einzelne Verurteilungen 131
IX. Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund und staatliche Maßnahmen 131
1. Gewalttaten und sonstige Gesetzesverletzungen 131
1.1 Gewaltaktionen 132
1.2 Gewaltandrohungen 133
1.3 Sonstige Gesetzesverletzungen 133
2. Staatliche Maßnahmen gegen Linksextremisten 133
2.1 Verurteilungen 133
2.2 Anklagen 134
Fundstellennachweis 134

Rechtsextremistische Bestrebungen 1985

I. Allgemeine Erfahrungen 139
II. Übersicht in Zahlen 140
1. Organisationen und Mitgliederstand 140
2. Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste 142
3. Periodische Publikationen 142
4. Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst 144
5. Soziologische Daten 146
5.1 Analyse verurteilter Personen 146
5.2 Analyse mutmaßlicher Straftäter 146
5.3 Analyse der militanten Rechtsextremisten 147
III. Schwerpunkte der Agitation 1985 148
1. Verfassungspolitik 148
2. Deutschlandpolitik 148
3. Innen- und Rechtspolitik 149
4. Wirtschafts- und Sozialpolitik 149
5. Ausländerpolitik 149
IV. Neuer Nationalsozialismus/Neonazismus 151
1. Zielsetzung 151
2. Zahlen 151
3. Militante Neonazis 151
4. Neonazistische Gruppen 152
4.1 „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) 152
4.2 „Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten" (ANS/NA) 153
4.3 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V." (HNG) 154
4.4 „Nationalistische Front" (NF) 155

4.5 „Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände / Völkischer Bund“ (ANV/VB) 156
4.6 „NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO) 156
4.7 „Deutsche Bürgerinitiative“ (DBI) 158
4.8 Neonazi-Gruppe um Ernst Tag 158
4.9 „Bürger- und Bauerninitiative“ (BBI) 158
V. „Nationaldemokraten“ 160
1. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 160
1.1 Politisch-ideologischer Standort 160
1.2 Mitgliederzahl 161
1.3 Finanzen 161
1.4 Aktivitäten 161
1.5 Mitgliederaus- und -fortbildung 162
1.6 Teilnahme an Wahlen 162
1.6.1 Landtagswahl im Saarland 162
1.6.2 Kommunalwahlen in Hessen 162
2. „Junge Nationaldemokraten“ (JN) 164
2.1 Mitgliederzahl 164
2.2 Innere Situation 164
2.3 Aktivitäten 164
3. „Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB) 165
VI. „National-Freiheitliche“ 165
1. Politisch-ideologischer Standort 165
2. „Deutsche Volksunion“ (DVU) 166
3. Verlage 167
VII. Sonstige rechtsextremistische Gruppen 169
1. Kulturgruppen 169
1.1 „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP) 169
1.2 „Deutsche Kulturgemeinschaft“ (DKG) 169
2. Weitere Gruppen 170
2.1 „Die Deutsche Freiheitsbewegung“ (DDF) 170
2.2 „Freundeskreis Ulrich von Hutten“ 170
2.3 „Unabhängige Arbeiterpartei“ (UAP) 170
VIII. Jugendgruppen 171
1. Überblick 171
2. Jugendliche Randgruppen 171
3. „Wiking-Jugend“ (WJ) 171
IX. Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste 173
1. Zeitungs- und Schriftenverlage 173
1.1 „Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ) 173
1.2 „Nation Europa“ (NE) 173
1.3 „Deutsche Monatshefte“ (DM) 173

1.4 „Deutschland in Geschichte und Gegenwart" (DGG) .. 174
2. Buchverlage und Vertriebsdienste 174
X. Verbindungen zum ausländischen Rechtsextremismus .. 174
1. Internationaler Neuer Nationalsozialismus 174
2. Frankreich 176
3. Belgien 177
4. Österreich 177
5. Schweiz 179
6. Spanien 179
7. Nordamerika 179
XI. Deutscher rechtsextremistischer Terrorismus 182
1. Waffen-, Munitions- und Sprengstoffunde 182
2. Strafverfahren 183
2.1 Verurteilungen 183
2.2 Festnahme in Frankreich 184
XII. Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund 184
1. Überblick 184
2. Gewaltaktionen 184
3. Gewaltandrohungen 185
4. Sonstige Gesetzesverletzungen 187
5. Gesetzesverletzungen aus antisemitischen Beweggründen 187
6. Täter 187
XIII. Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten und rechtsextremistische Vereinigungen 187
1. Verurteilungen 187
2. Anklagen 188
3. Durchsuchungen, Beschlagnahmen, Festnahmen 188
4. Veranstaltungsverbote 188
Fundstellennachweis 189

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern 1985

I. Allgemeine Erfahrungen 190
II. Übersicht in Zahlen 191
1. Überblick 191
2. Organisationen 192
3. Mitglieder 193
4. Publizistik 197
5. Gewaltaktionen 198

III. Mitgliederentwicklung, Aktionsschwerpunkte, Tendenzen einzelner Ausländergruppen 199
1. Araber 199
1.1 Mitgliederentwicklung 199
1.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten 199
1.3 Vorbereitung und Durchführung von Gewaltaktionen .. 201
2. Türken 202
2.1 „Neue Linke" 202
2.1.1 Mitgliederentwicklung 202
2.1.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten 202
2.1.3 Gruppen mit besonderer Bereitschaft zur Gewaltanwendung 206
2.2 Orthodoxe Kommunisten 206
2.2.1 Mitgliederentwicklung 206
2.2.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten 206
2.3 Islamische Extremisten 208
2.3.1 Mitgliederentwicklung 208
2.3.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten 208
2.4 Extreme Nationalisten 210
2.4.1 Mitgliederentwicklung 210
2.4.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten 210
2.5 Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Türken .. 210
3. Türkische Kurden 211
3.1 Mitgliederentwicklung 211
3.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten 211
4. Iraner 214
4.1 Mitgliederentwicklung 214
4.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten 214
4.2.1 Anhänger der iranischen Regierung 215
4.2.2 Gegner der iranischen Regierung 215
5. Jugoslawen 216
5.1 Mitgliederentwicklung 216
5.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten 216

Spionageabwehr 1985

I. Allgemeine Erfahrungen 219
1. Situation 219
2. Kontaktanlässe/Werbungsmethoden 220
2.1 Nachrichtendienstliche Ansprachen von Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland 220
2.2 Nachrichtendienstliche Ansprachen von Personen mit Wohnsitz im kommunistischen Machtbereich 224
3. Zielrichtung/Zielobjekte 225
3.1 Politische Spionage 225
3.2 Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage 227
3.3 Militärspionage 228
4. Nachrichtendienstliche Hilfsmittel / Nahbereichskommunikation 229
II. Besondere Themen 231
1. Die Abklärung von Zielpersonen vor der nachrichtendienstlichen Ansprache 231
2. Türkische Staatsangehörige als Zielperson des Sowjetischen Nachrichtendienstes 233
3. Illegale – „wahre" Kundschafter des Friedens 236
III. Legale Residenturen 244
1. Überblick 244
2. UdSSR 245
3. ČSSR 249
4. Die Volksrepublik (VR) Polen 250
IV. Festnahmen und Verurteilungen 251

Geheimschutz – präventive Spionageabwehr 1985

I. Allgemeines 252
II. Die Organisation des Geheimschutzes 252
III. Der personelle Geheimschutz 253
IV. Der materielle Geheimschutz 254
V. Geheimschutzaufklärung 254

Sachwortregister 257
Abkürzungsverzeichnis 269

Linksextremistische Bestrebungen 1985

I. Allgemeine Erfahrungen

Mitgliederstand und Gefüge des organisierten Linksextremismus haben sich 1985 kaum verändert. Bewegung in ideologischen Positionen gab es nur bei einigen kleineren Gruppierungen. Herausragende Themen und Aktionsfelder der Linsextremisten blieben die Proteste gegen die NATO und gegen strategische Projekte im westlichen Bündnis, insbesondere gegen das amerikanische SDI-Forschungsprogramm, ferner der „antifaschistische Kampf" und die Solidarität mit „revolutionären Bewegungen" in der Dritten Welt. Linksextremisten setzten auch im Berichtsjahr wieder Gewalt ein, um ihren verfassungsfeindlichen Zielen näher zu kommen. Die Zahl der Sprengstoff- und Brandanschläge ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen; auch die Zahl sonstiger strafbarer Handlungen, u. a. der gefährlichen Eingriffe in den Straßen- und Schienenverkehr, nahm zu. Bei Wahlen konnten linksextremistische Parteien nur geringe Stimmenanteile erringen. Die meisten von ihnen streben inzwischen Wahlbündnisse an, um ihre Chancen zu verbessern. Die Bereitschaft demokratischer Organisationen, mit Linksextremisten in „Aktionsbündnissen" zusammenzuarbeiten, ist weiter gewachsen.

1. Orthodoxe Kommunisten

Die „Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) blieb unter den linksextremistischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland die organisatorisch stärkste und aktivste Kraft. Sie vertritt den orthodoxen, von der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion" (KPdSU) interpretierten Kommunismus. Die DKP wurde auch 1985 als Teil der „kommunistischen Weltbewegung" von ausländischen „Bruderparteien" unterstützt und von der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" (SED) der DDR – wie schon seit Jahren – angeleitet sowie finanziell weitgehend versorgt. Bemühungen um Rückhalt in der „Arbeiterklasse" und der „Friedenskampf" blieben zentrale Themen der DKP. Nach wie vor konnte die Partei ein breites Netz von Nebenorganisationen und beeinflußten Gruppen für ihre Ziele einsetzen. Der Protestbewegung gegen die NATO-Nachrüstung versuchte sie durch „Zuspitzung" auf ein neues Thema, den Widerstand gegen die „Weltraummilitarisierungspläne" der USA, neue Impulse zu geben. Mit ihrer „Bündnispolitik" (vgl. Abschnitt IV, Ziff. 2) war sie teilweise erfolgreich. An Hochschulen und bei

einzelnen Kampagnen wirkte sie weit über den Kreis ihrer Anhänger hinaus. In den Betrieben blieb ihr Einfluß dagegen gering.

2. „Neue Linke"

Bei den Gruppen der „Neuen Linken", d. h. denjenigen Linksextremisten, die nicht dem moskauorientierten Kommunismus zuzurechnen sind, blieben ideologische und organisatorische Vielfalt bestehen. Zwei Lager lassen sich unterscheiden: die revolutionär-marxistischen und die anarchistisch orientierten Gruppen. Ihre Anhängerzahl ist annähernd gleich groß. Gruppen aus beiden Lagern suchen die Zusammenarbeit in gemeinsamen Aktionsbündnissen.
Der Zerfall der marxistisch-leninistischen Bewegung hat sich verlangsamt. Auch die autonomen anarchistischen Gruppen sehen nach Jahren der „Resignation" wieder Ansätze für „günstigere Perspektiven".
Die meisten Gruppen der „Neuen Linken" befürworteten die Anwendung von Gewalt; viele, vor allem militante „Autonome", übten sie auch aus; die Übergänge zu terroristischen Aktionsformen blieben fließend.

3. Terrorismus*

Die Zahl linksextremistischer Terrorakte** ist 1985 mit 221 gegenüber 148 im Jahre 1984 deutlich angestiegen. Über 70 % aller Terroranschläge wurden von Angehörigen kleiner Gruppen der extremistischen „Neuen Linken" verübt. Bei den „Revolutionären Zellen" (RZ), deren Gewalttaten ebenfalls wieder zugenommen haben, standen 1985 als Begründung für verübte Anschläge propagandistisch aufgebaute Themen wie Gentechnologie, Mikroelektronik und „Ausbeutung der arbeitenden Klasse" im Vordergrund.
Die „Rote-Armee-Fraktion" (RAF) hat ihre Ende 1984 begonnene „Offensive 84/85" fortgesetzt. Ihre Gewalttaten ließen ein hohes Maß an Brutalität erkennen. Sie hat sich personell stabilisiert und ist in der Lage, auch schwerste Terrorakte durchzuführen.

* Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuchs genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

** Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten gezielt im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan, etwa aus gewalttätig verlaufenen Demonstrationsveranstaltungen heraus, durchgeführt werden.

Der Hungerstreik inhaftierter Mitglieder und Unterstützer der „Roten-Armee-Fraktion" im Dezember 1984 und Januar 1985 sollte einmal öffentlichkeitswirksamen Druck zur Veränderung der Haftbedingungen erzeugen, zum anderen aber auch die „Revolutionäre Linke" zu „militanten" Aktionen und zur Schaffung einer „antiimperialistischen Front in Westeuropa" motivieren. Diesem Ziel sieht sich die RAF zumindest in Ansätzen näher gekommen. Die Zahl der Anschläge ihrer Anhänger, die bereits während des Hungerstreiks sprunghaft angestiegen war, ist auch in den folgenden Monaten kontinuierlich gewachsen. Die Urheber dieser Gewalttaten stellen sich innerhalb der RAF als eine neue „Aktionsebene" dar. Einige der Terrorakte lassen Tatmittelzusammenhänge und eine enge Abstimmung mit der „Kommandoebene" der RAF erkennen.
Die „Rote-Armee-Fraktion" und die französische Terrororganisation „Action Directe" bekannten sich gemeinsam zu einem Sprengstoffanschlag am 8. August auf die US-Air-Base in Frankfurt mit zwei Todesopfern und 17 Verletzten. Anhänger, Unterstützer und Angehörige inhaftierter Terroristen der RAF unterhielten zahlreiche Kontakte zu entsprechenden ausländischen Gruppen, die ihre „Solidarität" insbesondere während des Hungerstreiks zum Ausdruck brachten.

II. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen und Mitgliederstand

Zahl der Linksextremisten im wesentlichen unverändert

Die Gesamtzahl der Mitglieder der beiden moskauorientierten Parteien, DKP und „Sozialistische Einheitspartei Westberlins" (SEW), wie auch ihrer Nebenorganisationen hat sich 1985 nicht nennenswert verändert; Abwanderungen wurden durch Werbeaktionen ausgeglichen. Auch die Mitgliederzahl der meisten DKP-beeinflußten Vereinigungen blieb konstant. Lediglich die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner" (DFG-VK) verlor – wie schon im Vorjahr – erheblich an Mitgliedern.
Bei den Gruppierungen der „Neuen Linken" verzeichneten die revolutionär-marxistischen Vereinigungen einen leichten Zuwachs. Die marxistisch-leninistischen Organisationen (K-Gruppen*) innerhalb dieses Lagers konnten ihren Mitgliederstand in den Kernorganisationen stabilisieren; bei ihren Nebenorganisationen und den beeinflußten Gruppen hielt dagegen der Mitgliederrückgang an. Auch die übrigen, meist anarchistisch orientierten Gruppen der „Neuen Linken" gewannen Anhänger hinzu.

* Sammelbezeichnung für die revolutionär-marxistischen Vereinigungen, die sich als Kommunistische Partei oder als deren Vorläufer verstehen.

	1983			1984			1985		
Organisationen	Zahl	Mitglieder		Zahl	Mitglieder		Zahl	Mitglieder	
Orthodoxer Kommunismus									
Kernorganisationen	2	44.500		2	44.500		2	44.500	
Nebenorganisationen	13	27.600		13	28.000		13	28.000	
beeinflußte Organisationen*	52		70.000	50		71.000	51		66.500
„Neue Linke“									
K-Gruppen und Trotzkisten									
Kernorganisationen	20	3.400		19	3.100		19	3.300	
Nebenorganisationen	12	1.100		12	900		11	700	
beeinflußte Organisationen*	17		4.500	13		2.700	13		2.000
sonstige revolutionäre Marxisten	4	2.300		4	2.400		3	2.400	
Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre**	55	2.600		49	2.700		58	2.800	
Summe	175	81.500	74.500	162	81.600	73.700	170	81.700	68.500
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften und Kinderorganisationen		61.000	56.000		61.200	55.300		61.300	51.500

* Da den beeinflußten Organisationen auch Mitglieder angehören, die keine Kommunisten sind, wurden die Mitgliederzahlen in einer eigenen Spalte aufgeführt. Gruppen mit durchgehend ausländischem Mitgliederbestand sind nicht erfaßt.

** Erfaßt sind nur Gruppen, die festere Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Den losen, statistisch nicht berücksichtigten Zusammenschlüssen dieser Szene sind schätzungsweise 6.000 Personen zuzurechnen.

Die vorstehende Übersicht gibt das organisatorische Gefüge des Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland nur in großen Zügen wieder. Die nicht überschaubar hohe Zahl von Sekundärorganisationen (Arbeitskreise, Initiativen, Komitees etc.) und die nur örtlich tätigen Kleingruppen sind nicht berücksichtigt. Häufig handelt es sich dabei um kurzlebige Zusammenschlüsse ohne feste Mitgliedschaft.

2. Verlage und Vertriebsdienste

Zahl der Verlage und Vertriebsdienste im wesentlichen unverändert

Die Zahl der Verlage und Vertriebsdienste für linksextremistische Schriften entspricht nahezu der des Vorjahres. Von den 99 bekanntgewordenen Unternehmen arbeitete der größere Teil für linksextremistische oder linksextremistisch beeinflußte Gruppen und Organisationen, andere sind an keine bestimmte Gruppierung gebunden. Die nachstehende Übersicht berücksichtigt nur Objekte regionaler und überregionaler Bedeutung.

Verlage/Vertriebsdienste	1983	1984	1985
Buchverlage	52	49	50
Zeitungs- und Zeitschriftenverlage	26	28	27
Vertriebsdienste	15	20	22
Summe	93	97	99

3. Periodische Publikationen

Gesamtzahl der Publikationen konstant

Die Gesamtzahl der Zeitungen und Zeitschriften linksextremistischer und linksextremistisch beeinflußter Organisationen blieb gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant; ihre Jahresauflage ist geringfügig gestiegen. Einige neue Publikationen gab es von Gruppen der „Neuen Linken". Dagegen ging die Zahl der bekanntgewordenen Presseerzeugnisse orthodoxer Kommunisten geringfügig zurück; die orthodoxen Kommunisten gaben jedoch noch immer mehr als 1.400 periodische Schriften heraus. Die Gesamtauflage der periodischen Publikationen linksextremistischer Organisationen und von ihnen beeinflußter Gruppen betrug auch 1985 nahezu 40 Millionen Exemplare. Nicht berücksichtigt sind dabei die zahlreichen Sonderausgaben und Sonderdrucke, die oft in hoher Stückzahl verbreitet werden, sowie Publikationen, die weniger als viermal im Jahr erschienen; wegen ihrer Menge und unterschiedlichen Erscheinungsweise sind verläßliche Zahlenangaben nicht möglich.

Periodische Publikationen des orthodoxen Kommunismus im Vergleich 1984–1985

Periodische Publikationen der	Erscheinungsweise	1984			1985		
		Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage	Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage
Kernorganisationen	täglich	3	43.600	12.006.000	3	43.600	12.006.000
	monatlich	43	43.000	516.000	41	70.000	840.000
	zweimonatlich	49	43.000	258.000	56	48.250	289.500
	vierteljährlich*	848	4.197.000	16.788.000	859	4.139.275	16.557.100
		943	4.326.600	29.568.000	959	4.301.125	29.692.600
Nebenorganisationen	monatlich	10	64.600	785.200	10	63.600	763.200
	zweimonatlich	2	2.000	12.000	2	2.000	12.000
	vierteljährlich*	443	250.300	1.001.200	411	234.800	939.200
		455	316.900	1.798.400	423	300.400	1.714.400
beeinflußten Organisationen	wöchentlich	1	30.000	1.560.000	1	27.000	1.404.000
	14täglich	1	6.000	156.000	1	6.000	156.000
	monatlich	10	129.200	1.550.400	10	129.200	1.550.400
	zweimonatlich	8	39.000	234.000	8	45.700	274.200
	vierteljährlich*	37	58.000	232.000	37	58.500	234.000
		57	262.200	3.732.400	57	266.400	3.618.600
	Summe:	1.455	4.905.700	35.098.800	1.439	4.867.925	35.025.600

* Hier sind auch unregelmäßig herausgegebene Publikationen erfaßt, sofern sie mindestens viermal im Jahr erschienen sind.

Periodische Publikationen der „Neuen Linken" im Vergleich 1984–1985

Periodische Publikationen der	Erscheinungsweise	1984			1985		
		Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage	Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage
K-Gruppen und Trotzkisten	wöchentlich	3	12.500	650.000	3	12.150	631.800
	14täglich	3	4.950	128.700	3	4.650	120.900
	monatlich	5	9.500	114.000	6	10.000	120.000
	zweimonatlich	1	1.000	6.000	2	2.000	12.000
Kernorganisationen	vierteljährlich*	117	144.200	576.000	125	124.700	498.800
		129	172.150	1.474.700	139	153.500	1.383.500
Nebenorganisationen	monatlich	4	4.000	48.000	4	3.700	44.400
	zweimonatlich	2	1.700	10.200	–	–	–
	vierteljährlich*	1	1.000	4.000	–	–	–
		7	6.700	62.000	4	3.700	44.400
beeinflußten Organisationen	14täglich	1	1.000	26.000	1	1.000	26.000
	monatlich	2	2.000	24.000	1	1.000	12.000
	zweimonatlich	4	6.700	40.200	4	4.850	29.100
	vierteljährlich*	9	21.000	84.000	9	20.050	80.200
		16	30.700	174.200	15	26.900	147.300
	Summe:	152	209.550	1.711.100	158	184.100	1.575.200
sonstigen revolutionären Marxisten	14täglich	16	54.000	1.500.000	18	72.000	1.872.000
	monatlich	31	45.200	542.400	28	47.000	564.000
	zweimonatlich	1	1.000	6.000	1	1.000	6.000
	vierteljährlich*	9	11.200	44.000	13	15.000	60.000
	Summe	57	111.200	2.092.400	60	135.000	2.502.000
Anarchisten und sonstigen Sozialrevolutionäre	14täglich	–	–	–	1	180	4.680
	monatlich	15	30.100	361.200	11	26.100	313.200
	zweimonatlich	3	6.000	36.000	4	7.000	42.000
	vierteljährlich*	14	16.900	67.600	21	30.700	122.800
	Summe:	32	53.000	464.800	37	63.980	482.680
	Endsumme:	1.696	5.279.450	39.367.100	1.694	5.251.005	39.585.480

* Hier sind auch unregelmäßig herausgegebene Publikationen erfaßt. sofern sie mindestens viermal im Jahr erschienen sind.

4. Linksextremisten im öffentlichen Dienst

4.1 Ende 1985 waren den Verfassungsschutzbehörden 2.219 (1984: 2.220) Linksextremisten im öffentlichen Dienst bekannt. Die Dunkelziffer ist nach wie vor erheblich; es liegen Anhaltspunkte vor, daß mit diesen Zahlen die tatsächlich im öffentlichen Dienst tätigen Mitglieder linksextremistischer Kernorganisationen seit Jahren nur etwa zur Hälfte erfaßt werden.
Einzelheiten ergeben sich aus der folgenden Darstellung (Vergleichszahlen für 1984 in Klammern):

	Personen insgesamt:	DKP und SEW	Nebenorganisationen von DKP und SEW	von DKP und SEW beeinflußte Organisationen**	„Neue Linke"
Bundesebene*	239 (221)	181 (170)	9 (7)	12 (9)	37 (35)
Landesebene	1.439 (1.473)	1.002 (986)	43 (42)	65 (71)	329 (374)
Kommunalebene	541 (526)	422 (404)	15 (8)	22 (19)	82 (95)
	2.219 (2.220)	1.605 (1.560)	67 (57)	99 (99)	448 (504)

4.2 Von den erkannten 239 Linksextremisten im öffentlichen Dienst auf Bundesebene sind 131 bei der Bundespost und 53 bei der Bundesbahn tätig, meist in untergeordneten Funktionen. 11 sind Angehörige der Streitkräfte oder der Bundeswehrverwaltung.

4.3 Von den erkannten 1.439 Linksextremisten im öffentlichen Dienst auf Landesebene sind beschäftigt (Vergleichszahlen 1984 in Klammern):

an Schulen und Hochschulen			1.107	(1.139)
davon als Lehrer	821	(850)		
als wiss. Personal an Hochschulen	118	(133)		
als sonstiges Personal an Schulen und Hochschulen	168	(156)		
in der Justiz			23	(26)
in anderen Verwaltungsbereichen			309	(308)
			1.439	(1.473)

* Wehrpflichtige in der Bundeswehr sind nicht erfaßt.
** In dieser Rubrik sind Personen, die einer beeinflußten Organisation angehören, nur erfaßt, wenn sie sich selbst linksextremistisch betätigt haben.

Hinzu kommen noch 75 bei Kommunen beschäftigte Lehrer.

4.4 Von den erkannten 2.219 Linksextremisten im öffentlichen Dienst sind 1.008 Beamte (1984: 1.045), 1.058 Angestellte (1984: 1.028), 148 Arbeiter (1984: 140) sowie 5 Soldaten auf Zeit (1984: 7).
Die 1.008 Beamten gehören folgenden Laufbahngruppen an (Vergleichszahlen 1984 in Klammern):

höherer Dienst	482	(515)
gehobener Dienst	425	(431)
mittlerer Dienst	78	(78)
einfacher Dienst	23	(21)

5. Linksextremistische Einflüsse in Studentenvertretungen

Die folgende Darstellung beruht auf einer Untersuchung der Wahlergebnisse an 61 der 66 Hochschulen mit Promotionsrecht. Die Fernuniversität Hagen und die Verwaltungshochschule Speyer wurden nicht berücksichtigt. Für drei Hochschulen wurden keine Wahlergebnisse bekannt.
An den berücksichtigten Hochschulen studierten über 950.000 Studenten. Die Beteiligung bei den Wahlen zu den Studentenvertretungen betrug im Durchschnitt etwa 24 %. Von den 61 Hochschulen hatten 42 eine verfaßte Studentenschaft. Da einzelne dieser Hochschulen über Abteilungen mit jeweils eigenen studentischen Vertretungen verfügen, ist die Gesamtzahl der Studentenvertretungen höher als die Zahl der berücksichtigten Hochschulen.
Der orthodox-kommunistische „Marxistische Studentenbund Spartakus" (MSB) und der „Sozialistische Hochschulbund" (SHB), dessen marxistisches Grundverständnis sowie Strategie und Taktik weitgehend mit kommunistischen Vorstellungen übereinstimmen, hielten an ihrem seit Jahren bestehenden Bündnis auch 1985 fest.

5.1 Hochschulen mit verfaßter Studentenschaft
(Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein)

5.1.1 Studentenparlamente
Mitglieder des „Marxistischen Studentenbund Spartakus" (MSB), der „Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlin" (ADS), des „Sozialistischen Hochschulbund" (SHB) oder von Gruppen der „Neuen Linken" waren im Dezember 1985 in 39 der 44 berücksichtigten Studentenparlamente vertreten. In vier Studentenparlamenten hielten sie mehr als 50 % der Sitze.

MSB SPARTAKUS
Marxistischer Studentenbund Spartakus

NEUE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DAS GEMEINSAME HANDELN

7 Thesen zur weiteren Strategie der Friedensbewegung

MSB SPARTAKUS
Wintersemester 1985/86
1. Bildungsthema

DIE KOALITION DER VERNUNFT

STUDENTENMAGAZIN, NOVEMBER, NR. 11/85, 2 DM

rote blätter

Morgenrot
Zeitung des MSB Spartakus in Münster

ENDLÖSUNG SDI

Roter Pfeil
Zeitung des Marxistisch-Leninistischen Schüler- und Studentenverbands – MLSV
14. Jahrgang
April/Mai '85
Preis 1,50 DM

Hammer und Stichel
Zeitung der DKP Hochschulgruppe Regensburg
Feb. 85

November 85

rote blätter
Studentenmagazin des MSB Spartakus

Profs bei SDI-Vorbereitung dabei

Marburger Hochschulzeitung
MARXISTISCHE GRUPPE (MG)
Nr. 123 / 15.10.1985
Der Tod von Günther Sare und die Folgen –
EINE UNMISSVERSTÄNDLICHE ANTWORT AUF DIE "GEWALTFRAGE"
TEACH IN des Studentischen Vereins für politische Bildung
Der Friedensprozeß im Nahen Osten kommt voran:
Von Israels Boden

Aus dem Inhalt: Nordrhei... einem ur...

Marxistische Hochschulzeitung
MARXISTISCHE GRUPPE (MG)
15.10.1985
Die BRD '85 — Nationalismus brutal
oder:
Ein paar aktuelle Gründe zur Op...
gegen diese Republ...

...ksextremistische Hochschulzeitungen

Einzelheiten ergeben sich aus der folgenden Übersicht (Stand: Dezember 1985), der in einigen Fällen Schätzungen – gestützt auf Erfahrungswerte der Vorjahre – zugrunde gelegt werden mußten (Vergleichszahlen 1984 in Klammern):

Gruppen	Zahl der Sitze	Anteil	vertreten in (Zahl der Parlamente)
„Neue Linke"	167 (171)	11,1 % (11,4 %)	22 (22)
MSB/ADS	190 (160)	12,6 % (10,7 %)	36 (36)
SHB	87 (91)	5,8 % (6,1 %)	22 (23)
Zusammen	444 (422)	29,5 % (28,2 %)	39 (38)

5.1.2 Allgemeine Studentenausschüsse (ASten)

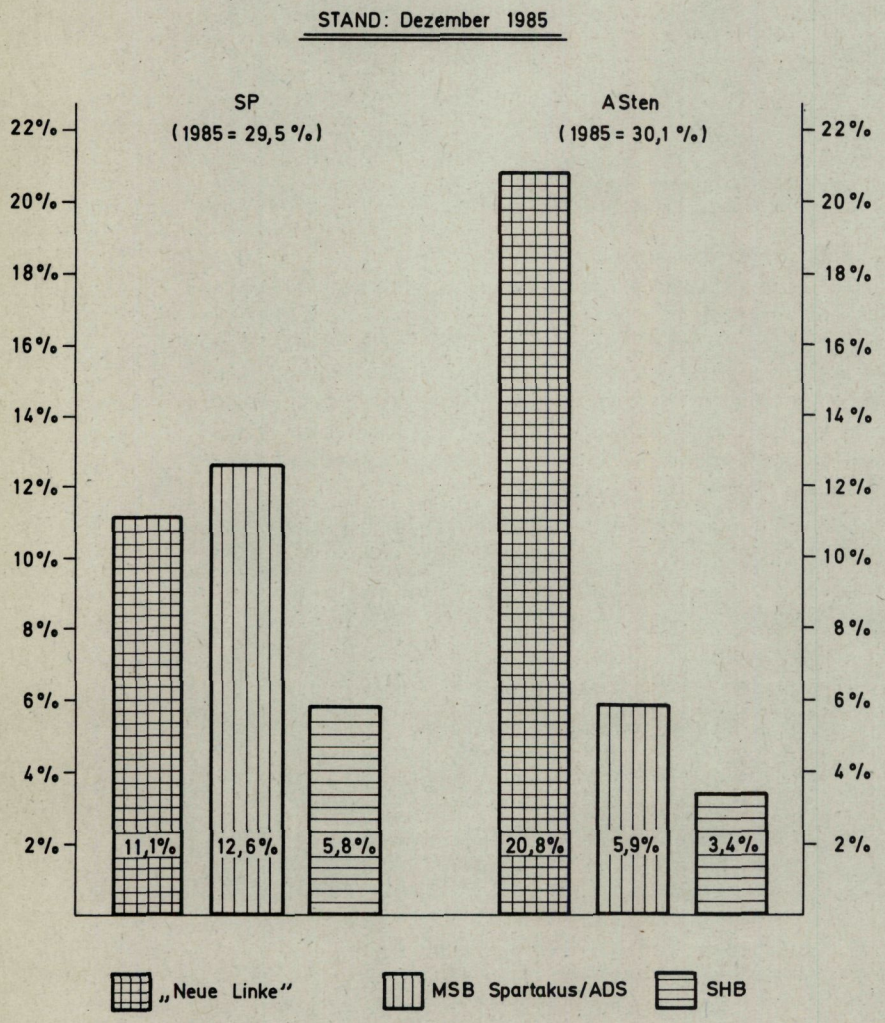
Im Dezember 1985 waren Mitglieder von Gruppierungen der „Neuen Linken", des MSB, der ADS oder des SHB in 23 der 43 berücksichtigten ASten vertreten. Drei ASten setzten sich ausschließlich, sieben weitere zu mehr als 50 % aus Mitgliedern dieser Gruppen zusammen. Einzelheiten ergeben sich aus folgender Übersicht (Stand: Dezember 1985), der zum Teil Schätzungen – gestützt auf Erfahrungswerte der Vorjahre – zugrunde gelegt werden mußten (Vergleichszahlen 1984 in Klammern):

Gruppen	Zahl der Sitze	Anteil	vertreten in (Zahl der ASten)
„Neue Linke"	85 (66)	20,8 % (17,2 %)	15 (14)
MSB/ADS	24 (35)	5,9 % (9,2 %)	13 (18)
SHB	14 (18)	3,4 % (4,7 %)	5 (8)
Zusammen	123 (119)	30,1 % (31,1 %)	23 (26)

5.2 Hochschulen ohne verfaßte Studentenschaft (Baden-Württemberg, Bayern)

An vier (1984:5) der neun Universitäten in Baden-Württemberg waren im Dezember 1985 Angehörige von Listen mit linksextremistischer Beteiligung in den ASten vertreten.

Linksextremistische Einflüsse in Studentenparlamenten (SP) und Allgemeinen Studentenausschüssen (ASten)



An sechs der zehn bayerischen Universitäten gelangten Mitglieder von Gruppierungen der „Neuen Linken", des MSB oder des SHB bzw. Vertreter von Listen mit linksextremistischer Beteiligung in die studentischen Konvente (1984: ebenfalls 6) und in die Sprecherräte (1984:3).

6. Soziologische Daten der wegen Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund rechtskräftig Verurteilten

Die nachfolgenden Übersichten geben Auskunft über Alter, Ausbildung und Beruf der in den letzten fünf Jahren wegen Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund rechtskräftig verurteilten Personen (ohne Linksterrorismus):

6.1 Seit 1981 wurden 1.486 Personen bekannt, die – zum Teil mehrmals – wegen Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund verurteilt wurden (1.728 Urteile).

Altersstruktur:*

Jugendliche und Heranwachsende	16–20 Jahre	14,9 %
Personen der Altersgruppe	21–30 Jahre	69,9 %
Personen der Altergruppe	31–40 Jahre	12,6 %
Personen der Altersgruppe	über 40 Jahre	2,6 %

Ausbildungsstand/Beruf:

Schüler/Studenten	42,9 %
Ungelernte	22,3 %
Facharbeiter	9,1 %
Angestellte	11,6 %

Die übrigen 14,1 % verteilen sich auf sonstige Berufsgruppen; 1,8 % der Verurteilten gehörten dem öffentlichen Dienst an; 22,9 % sind Frauen.
Die Verteilung nach Altersgruppen, Ausbildung und Beruf zeigt seit Jahren nur geringfügige Veränderungen. Sie gilt im wesentlichen auch für die 1985 wegen strafbarer Handlungen mit linksextremistischem Hintergrund verurteilten 294 Personen.

* Für die Zuordnung wurde auf das Alter zum Tatzeitpunkt abgestellt, bei Mehrfachtätern auf das bei der ersten Tat.

6.2 Die 1985 Verurteilten gehörten zur Tatzeit den folgenden linksextremistischen Richtungen an (Vergleichszahlen für 1984 in Klammern):

Orthodox-kommunistische oder orthodox-kommunistisch beeinflußte Organisationen	22,1 %	(27,1 %)
K-Gruppen, Trotzkisten und sonstige revolutionäre Marxisten	5,4 %	(16,9 %)
Anarchisten und Sonstige	72,5 %	(56,0 %)

III. Schwerpunkte linksextremistischer Agitation

Linksextremisten wollen mit ihrer Agitation Entscheidungen und Handlungen der staatlichen Organe und gesellschaftlicher Institutionen der Bundesrepublik Deutschland im Urteil der Bürger planmäßig herabsetzen und verächtlich machen. Sie wollen Zweifel an den Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erzeugen und so den Boden für revolutionäre Veränderungen bereiten.

1. Verfassungspolitik

Scheinbekenntnisse zum Grundgesetz und Umdeutung von Verfassungsnormen

Die orthodoxen Kommunisten versuchen seit Jahren durch Scheinbekenntnisse zum Grundgesetz und durch Umdeutung einzelner Verfassungsnormen die Unvereinbarkeit ihrer Ziele mit den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu verschleiern (vgl. Abschnitt IV, Ziff. 1.1.1). Sie räumen allerdings ein, daß das Grundgesetz „nicht die Verfassung" sei, die den „demokratischen Kräften aus dem antifaschistischen Widerstand" vorgeschwebt habe[1]. Die DKP werde sich aber „allen Anschlägen" auf die „demokratischen Rechte und Freiheiten der Verfassung" entgegenstellen[2].

Urheber solcher „Anschläge" seien vor allem die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien. Die DKP warf ihnen wiederholt „Verfassungsbruch" vor[3] und behauptete, selbst das Bundesverfassungsgericht entscheide „grundgesetzwidrig"[4].

„Neue Linke" verunglimpft das Bundesverfassungsgericht

Gruppen der „Neuen Linken" bezeichneten das Bundesverfassungsgericht als „Instrument zur Unterlaufung des Parlaments"[5] und als „zutiefst undemokratische Einrichtung"[6]. Undogmatische „Neue

Linke"* diffamierten die freiheitliche demokratische Grundordnung als „System der organisierten Unmenschlichkeit"[7], als „Schweinesystem"[8], das „zerschlagen" werden müsse mit „legalen und illegalen Mitteln"[9].

2. Außen- und Verteidigungspolitik

Verhinderung der „Militarisierung des Weltraums"

Die moskauorientierten Kommunisten erklärten die Verhinderung der „Militarisierung des Weltraums" zur „Schlüsselfrage" im „Friedenskampf". „Haupttriebkraft" auf dem Weg zu „Star Wars" sei der „US-Imperialismus"; er strebe nach „Weltherrschaft"[10] und versuche mit „Brachialgewalt", den „Weltsozialismus" zu vernichten[11]. Die orthodoxen Kommunisten behaupteten, in den USA werde mit „zunehmender Aggressivität" der „atomare Kreuzzug gegen den Kommunismus" vorbereitet[12]. Die Bundesregierung unterwerfe sich durch ihren „Hochrüstungs- und Militarisierungskurs"[13] dieser „Kreuzzugsideologie"; sie entwickle sich zur „Speerspitze gegen die sozialistische Staatengemeinschaft"[14] und werde so zum „potentiellen atomaren Hauptkriegsschauplatz".

„Neue Linke" unterstellt der Bundesregierung „Kriegshetze"

Gruppen der „Neuen Linken" unterstellten der Bundesregierung die „deutliche Absicht", ein „aggressives, revanchistisches und kriegshetzerisches Lager" aufzubauen[15]. Sie verunglimpften die NATO als „aggressives Militär- und Kriegstreiberbündnis"[16] und forderten deren „Zersetzung"[17] und „endgültige Beseitigung"[18]. Auch der Bundeswehr dürfe man „keine Ruhe mehr lassen". Wer diese Armee dulde, sage „ja zum Völkermord"[19].

3. Innen- und Sicherheitspolitik

Kommunisten verunglimpfen Sicherheitsorgane

Zu den Agitationsschwerpunkten der Linksextremisten gehören nach wie vor die staatlichen Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit. Kommunisten diffamierten die Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörden als „Fälscher, Schnüffler, Provokateure"[20] und beschimpften den Bundesgrenzschutz als „Bürgerkriegstruppe"[21], die Polizei als „Knüppelgarde"[22]. Der Bundesregierung warfen sie „Kriminalisierung demokratischer Bewegungen"[23], „einschneidende Beschränkungen demokratischer Rechte und umfassenden Ausbau des Kontroll- und Polizeiapparates"[24] vor.

Gruppen der „Neuen Linken" agitierten gegen vermeintlichen „Terror der Reaktion"[25] und angeblich „faschistoide Methoden der Staatsorgane"[26]; der „staatliche Gewaltapparat" sei nur „Unterdrük-

* Zur undogmatischen „Neuen Linken" werden diejenigen Gruppen gezählt, die den Marxismus-Leninismus als dogmatisch ablehnen: anarchistische und sonstige sozialrevolutionäre Zusammenschlüsse, aber auch revolutionär-marxistische Gruppen die den Leninismus kritisieren. Diese Gruppen sind oft nur lose organisiert und in ihren ideologischen Aussagen ungenau oder unvollständig.

kungsinstrument", um die „Ausbeuterherrschaft des westdeutschen Monopolkapitals"[27] zu schützen.

4. Wirtschafts- und Sozialpolitik

Orthodoxe Kommunisten und „Neue Linke" verunglimpften die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung als Ergebnis eines „bankrotten kapitalistischen Systems"[28]. Die „volksfeindliche Monopolpolitik"[29] stoße immer größere Bevölkerungsteile „in den Dreck"[30]. „Brutal und rücksichtslos" betreibe die Bundesregierung die Umverteilung vom „Sozial- zum Rüstungsetat"[31]. Zur „Abwehr" weiterer „Sozialdemontage" müßten jetzt – in einer Zeit der „verschärften Klassengegensätze" – die „Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse" gestärkt[32] und die „klare klassenkämpferische Orientierung" der Gewerkschaften gefördert werden[33].

5. Umweltpolitik

DKP bezeichnet sich auch als „Umweltschutzpartei" und schiebt der Bundesregierung Schuld an Umweltverschmutzung zu

Die DKP, die sich auch gern als „Umweltschutzpartei"[34] bezeichnet, warf der Bundesregierung „Hörigkeit gegenüber den Großkonzernen" und den Konzernen „Skrupellosigkeit bezüglich der Umweltverschmutzung"[35] vor. Gegen den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe (WAA) in Wackersdorf agitierte sie mit der Parole „Arbeitsplätze und Umweltschutz statt Atombombenfabrik"[36].

„Neue Linke" agitieren gegen Energiepolitik

Gruppen der „Neuen Linken" sehen im „Widerstand" gegen das „Atomprogramm" der Bundesregierung eine Gelegenheit zum „Kampf gegen Staat und Kapital"[37]. Mit dem Bau der WAA würden „zielstrebig alle Voraussetzungen . . . für eine nationale nukleare Bewaffnung", für die „Herstellung von Atombomben"[38] geschaffen.

6. „Internationalismus"

Orthodoxe Kommunisten stehen zu den „Prinzipien des proletarischen Internationalismus"

DKP und Nebenorganisationen bekräftigten ihre Treue zu den „Prinzipien des proletarischen Internationalismus". Die „internationale Solidarität" mit den Ländern des „realen Sozialismus", den „arbeitenden Menschen der kapitalistischen Länder" und den „antiimperialistischen Kräften der Dritten Welt"[39] sei Ausdruck der „Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung". „Zentraler Punkt" ihrer „internationalistischen Arbeit" blieb die „Solidarität" mit dem sandinistischen Regime in Nicaragua[40]. Der Regierung der USA warfen die Kommunisten „Staatsterrorismus" vor; sie versuche, das Volk Nicaraguas „zu strangulieren"[41]. „Internationale Solidarität" versicherte die DKP auch den „britischen

Agitation gegen die USA

Bergarbeitern“ und den „Freiheitskämpfern“ in Chile, El Salvador und in Südafrika[42].
Gruppen der „Neuen Linken“ bezeichneten ihre „Kämpfe hier“ als Teil der „Befreiungskämpfe der Völker in der 3. Welt“[43]. Die „beste Unterstützung“ sei der „antiimperialistische Kampf und die soziale Revolution hier bei uns“[44]. Die Aufgabe der „Solidaritätsbewegung“ sahen sie insbesondere darin, „gegen die Komplizenschaft Bonns“ bei der „Kriegsvorbereitung“ Dampf zu machen. Einige meinten, die „Arbeiterbewegung“ habe das Recht, „die Befreiungskämpfer in Südafrika zu bewaffnen“[45].
Orthodoxe Kommunisten und „Neue Linke“ versicherten der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO) ihre Unterstützung[46]. Sie diffamierten Israel als „zionistischen Handlanger“ des „Imperialismus“, der „Terroraktionen“ durchführe[47].

IV. Orthodoxe Kommunisten

1. Politische und organisatorische Entwicklung

1.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

1.1.1 Ideologisch-politischer Standort

DKP in Tradition der KPD und vorbehaltlos auf der Linie von KPdSU und SED

Die 1968 gegründete DKP vertritt in der Bundesrepublik Deutschland den orthodoxen, d. h. den sowjetisch geprägten Kommunismus. Sie sieht sich dabei ausdrücklich in Tradition und Kontinuität mit der 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD). Der DKP-Vorsitzende Herbert *Mies* beschwor das „Vermächtnis Ernst *Thälmanns*“, der die KPD „bolschewisiert“ hatte, und versicherte:

> „*Thälmann* ist niemals vergessen. Er ist lebendig im Kampf von uns Kommunisten. ... Wie die DDR mit ihrer sozialistischen Wirklichkeit das Vermächtnis Ernst *Thälmanns* in Ehren hält, so werden wir dies auch in unserem Kampf für Frieden, Arbeit und Sozialismus, für die Stärkung der Deutschen Kommunistischen Partei tun.“
> (UZ vom 21. 8. 1985)

Die DKP ordnete sich auch 1985 vorbehaltlos den ideologischen und politischen Vorgaben der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPdSU) und der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) unter. Sie bezeichnete die KPdSU als „stärkste und erfahrenste Partei der kommunistischen Weltbewegung“ und hob hervor, die Stellung zur Sowjetunion, der „Hauptkraft des realen Sozialismus“, bleibe „Prüfstein für revolutionäres Denken und Handeln, Maßstab für eine klassenmäßige Haltung“[48]. Die sozialisti-

sche Gesellschaftsordnung dort habe sich „als unbesiegbar und ihre Lebenskraft als unerschöpflich erwiesen“[49].

Vorbild DDR

Wiederholt bekräftigte die DKP ihre „traditionelle brüderliche Verbundenheit“ mit der SED, unter deren Führung in der DDR die „entwickelte sozialistische Gesellschaft“, die „grundlegende Alternative zur kapitalistischen Ausbeuterordnung“ geschaffen werde. Die DDR sei „Verwirklichung und Fortführung aller humanistischen und revolutionären Traditionen der deutschen Geschichte und der deutschen Arbeiterbewegung“[50]. Die „Erfolge“ in der Sowjetunion wie in der DDR zeigten, daß auch die DKP auf dem richtigen Kurs sei[51].

DKP ist „Teil der revolutionären Weltbewegung“

Die DKP kämpfte auch 1985 als „untrennbarer Teil der revolutionären Weltbewegung“; deren stärkste Waffe bleibe der „proletarische Internationalismus“, der von der führenden Rolle der KPdSU lebe und die DKP mit der sozialistischen Staatengemeinschaft, den kommunistischen Parteien aller Kontinente und den nationalen „Befreiungsbewegungen“ eng verbinde[52].

Die politischen Ziele der DKP sind unverändert darauf gerichtet, die freiheitliche demokratische Grundordnung auf revolutionärem Wege zu beseitigen.

DKP – eine marxistisch-leninistische Partei

Die Partei betonte erneut ihre „Vorhutrolle“[53] als „revolutionäre, marxistische Partei der Arbeiterklasse“, die mit der „Theorie von Marx, Engels und Lenin“ – d. h. dem Marxismus-Leninismus – über eine „einheitliche, wissenschaftliche Weltanschauung“ verfüge[54]. Diese „Theorie“ befähige zur Einsicht in die „Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung“ und schaffe die „feste Grundlage“ für die „Zuversicht, daß der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei auch in der Bundesrepublik die Zukunft gehört“[55]. Wie schon Lenin, betont auch die DKP, Kommunist könne nur sein, wer die „Notwendigkeit der politischen Macht der Arbeiterklasse“ (Synonym für „Diktatur des Proletariats“) anerkenne[56]; der Sozialismus sei nicht durch „allmähliches Hineinwachsen“, sondern nur durch „revolutionäre Umwälzung“ (Synonym für „Sozialistische Revolution“) zu erreichen[57]. Der „Weg jenseits des Kapitalismus“ zeige sich – so die DKP – in den sozialistischen Ländern, in denen die „Zukunft“ bereits „reale Gestalt“ angenommen habe[58]. Über dieses „Zukunftsziel“ schrieb die Partei u. a.:

> „Der Sozialismus setzt immer die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen voraus. Er gründet sich überall auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln. Er ermöglicht und erfordert stets die planmäßige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft im Interesse des Volkes. Diese grundlegenden Merkmale bestimmen das Wesen der Gesellschaftsordnung in den Ländern, die bereits den Sozialismus aufgebaut haben. Sie sind unverzichtbar für jedes Land, das künftig zum Sozialismus schreiten wird“. („Marxistische Blätter“, 4/85, S. 72).

Revolutionäre Strategie und Taktik der DKP blieben unverändert. Die Partei geht davon aus, daß in der Bundesrepublik Deutschland der Sozialismus nicht „unverzüglich, gleichsam in einem großen Sprung" erreicht werden könne, obwohl nach ihrer Auffassung die „materiellen" Voraussetzungen hierfür vorlägen; der „staatsmonopolistische Kapitalismus" habe jedoch vor allem die Herausbildung des notwendigen „subjektiven" Faktors, des „Klassenbewußtseins" in der Arbeiterschaft, behindert[59]. Deshalb strebt die DKP „Übergangsetappen" an: Ihre „nächste strategische Orientierung" ist der „Kampf" um eine „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt"[60]; sie soll zu einer „spürbaren Veränderung des inneren Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte" und damit zugleich zur „Schwächung des Monopolkapitals" führen[61]. Die „Einleitung" dieser „Wende" hält die DKP unter der gegenwärtigen Regierung jedoch für unmöglich; Voraussetzung sei deshalb zunächst die „Ablösung der Rechtskoalition"[62]. Die „Wende" soll die Voraussetzungen für die folgende Etappe schaffen, die Errichtung einer „antimonopolistischen Demokratie". Diese entspricht der Leninschen „revolutionär-demokratischen Diktatur", einer Vorstufe der „Diktatur des Proletariats"; sie soll den „Weg zum Sozialismus" öffnen[63].

Die DKP will „revolutionäre Umwälzung" in Etappen

Die DKP offenbarte erneut, daß sie – getreu der marxistisch-leninistischen Forderung nach „Einheit von Strategie und Taktik" – das Eintreten für die „unmittelbaren Anliegen" der Bevölkerung stets mit dem „Kampf um die Überwindung des kapitalistischen Profitsystems verbinde"[64]. Der Kampf der DKP für Tages- und Nahziele ist danach immer nur Mittel auf dem Weg zu „revolutionärer Umwälzung."

Einsatz für „Anliegen" der Bevölkerung als Mittel zur „Umwälzung"

Zur Verschleierung ihrer verfassungsfeindlichen Absichten gibt sich die DKP unverändert als eine Partei aus, die „auf dem Boden des Grundgesetzes" wirke und die „vor allem dessen Grundrechtskatalog" zu den verteidigungswerten „Errungenschaften" rechne[65]. Allerdings – so meint sie – seien die verankerten Grundrechte „durchlöchert", die „Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte" verschlechtert worden[66]. In ihrer Agitation interpretiert die DKP – nach der bereits von der KPD angewandten „Umwertungstaktik" – jedoch einseitig und verfälschend: Die „Grundgesetzgebote" wie Sozialpflichtigkeit des Eigentums und Volkssouveränität seien „letztlich nur durch die Zurückdrängung und schließlich Überwindung der Macht des Monopolkapitals" zu verwirklichen[67].

Die DKP bekannte sich auch 1985 grundsätzlich zur „revolutionären Gewalt" als Mittel der „grundlegenden Umwälzung" und erklärte, der Sozialismus lasse sich nur „im harten Klassenkampf" durchsetzen[68]. Getreu den Anweisungen Lenins lehnt sie „jede Verabsolutierung der einen oder der anderen Kampfform" ab; jeweils die „Kampfformen" seien die „zweckmäßigsten", die „Bewußtsein und Kampfbereitschaft ... vor allem der Arbeiterklasse" vorantrieben

DKP ist auch zum Einsatz von Gewalt bereit

und der „Verbreitung demokratischer Bewegungen am meisten dienen". Aus taktischen Erwägungen bevorzugte die Partei auch im Berichtsjahr bei tagespolitischen Auseinandersetzungen überwiegend „legale Kampfformen"; sie war aber stets dann, wenn es ihr zweckmäßiger erschien, auch zu illegalen Aktionen bereit. So beteiligten sich Kommunisten wiederum an Blockaden, verübten Sachbeschädigungen und leisteten der Polizei Widerstand. Zur untauglichen Rechtfertigung solcher Gesetzesverletzungen bemühte die DKP Parolen wie: „Demokratischer Widerstand ist legitim: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht"[69].

1.1.2 Mitgliederstand und Gliederung

DKP steigert Anstrengungen zur Gewinnung neuer Mitglieder

Die Führungsgremien der DKP steigerten ab Mitte des Jahres 1985 ihre Anstrengungen, um nachlassenden Aktivitäten und Anzeichen von Resignation an der Parteibasis entgegenzuwirken. Dazu diente vor allem das am 1. September eröffnete „Ernst-*Thälmann*-Aufgebot", bei dem neue Mitglieder geworben werden sollten.* DKP-Funktionäre sprachen bald von einer „sehr positiven Bilanz" des Aufgebots; sie kritisierten aber auch ungenügenden Einsatz größerer Teile der Partei und die Unfähigkeit, „Reserven" zu nutzen. Es wurde gefordert, die neuen Mitglieder besser zu betreuen und sie „organisiert und zielgerichtet" in die Parteiarbeit einzubeziehen: Man könne „nur in der kommunistischen Partei Kommunist werden"[70].
Bis zum Jahresende gab es keine Anhaltspunkte für einen Mitgliederzuwachs: Die bis dahin erfolgten Eintritte dürften lediglich die Abgänge ausgeglichen haben. Die Zahl der Mitglieder der DKP liegt nach wie vor bei 40.000. Ihre mehr als 1.500 Grundorganisationen (Betriebs-, Wohngebiets-, Orts- oder Stadtteilgruppen und Hochschulgruppen) sind in nahezu 200 Kreisorganisationen zusammengefaßt, über denen die 12 Bezirksorganisationen stehen.

Die Jugendorganisationen sind „Kaderreserven" der Partei

Die DKP stellte die Bedeutung ihrer Jugend- und Studentenorganisationen als „Kaderreserven" wiederum heraus:

> „Wichtig ist, daß die jungen DKP-Mitglieder in der SDAJ im *Thälmann*-Aufgebot Mitglieder für unsere Partei aus den Reihen des Jugendverbandes gewinnen. (...) Wir brauchen neue Genossinnen und Genossen aus der Studentenschaft, ... die bereits im MSB Spartakus aktiv sind." (UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 31. 10. 1985, S. 61 f.)

Unverändert hält die DKP an den Leninschen Organisationsprinzipien und an den Normen der Mitgliedschaft in der „Partei neuen Typus" (z. B. „demokratischer Parteidisziplin") fest; sie waren Themen der DKP-Bildungsabende zu Beginn des Jahres. Dabei wies die Parteiführung ausdrücklich auf ein Gebot Lenins hin:

* Es endete am 16. April 1986 – dem 100. Geburtstag Thälmanns – und hatte zum Ziel, die DKP zum 8. Parteitag (2.–4. Mai 1986) spürbar zu stärken.

„Als Mitglied der Partei gilt jeder, der ihr Programm anerkennt und die Partei sowohl in materieller Hinsicht als auch durch die persönliche Betätigung in einer der Parteiorganisationen unterstützt."
(Zit. in: DKP-Bildungsjahr 1984/85, Heft 4, S. 8)

Über „Einheit und Reinheit" der Partei wachen die „Schiedskommissionen"; ihre Funktionäre bemühten sich, „revolutionäre Wachsamkeit" und Sicherheitsbewußtsein der „Genossen" zu stärken. Der „Sicherheitsapparat" mit seinen „Ordnergruppen", der Funktionäre, Objekte und Veranstaltungen der Partei zu schützen hat, wurde neu organisiert und ausgebaut.

1.1.3 Parteischulung

Die „komplizierten Bedingungen" des „Klassenkampfes" fordern – so die DKP – von jedem Kommunisten ein „hohes Maß an politischer Beweglichkeit" und einen „festen politisch-ideologischen und weltanschaulichen Standpunkt", also die Aneignung des „Marxismus-Leninismus" sowie der Strategie und Taktik der Partei[71]. Vor allem die Mitwirkung in „demokratischen Bewegungen" – „Kommunisten arbeiten als Kommunisten im Bündnis mit" – verlange entsprechendes „Rüstzeug"[72].

Schulung zur Mitwirkung in „demokratischen Bewegungen"

Die DKP wendet seit Jahren ein differenziertes, auf ihre „Kaderentwicklungspläne" abgestimmtes Schulungssystem an. Grundlage sind die „Bildungsabende" der Parteigruppen, die wieder alle zwei Monate stattfanden; „Bildungsthemen" und Schulungsmaterial werden von der Parteiführung vorgegeben.

Die „Marxistischen Betriebsarbeiterschulen", die bei allen DKP-Bezirksorganisationen eingerichtet sind, unterwiesen kommunistische „Betriebsarbeiter" in „Marxismus-Leninismus" (vgl. Ziff. 3). Die parteieigene „Karl-Liebknecht-Schule" (mit Internat) in Leverkusen veranstaltete wiederum etwa 40 Grund- und Speziallehrgänge (z. B. für „Aktivisten" in der Betriebsarbeit, in der Kommunal- oder Frauenpolitik), an denen etwa 900 DKP-Mitglieder teilnahmen. Auch 1985 besuchten etwa 300 DKP-Mitglieder Monats-, Dreimonats- und Jahreslehrgänge in der DDR und der UdSSR. In Berlin (Ost) steht der DKP die „SED-Parteischule Franz Mehring" zur Verfügung. Höhere Führungskader wurden am „Institut für Gesellschaftswissenschaften" beim Zentralkomitee (ZK) der KPdSU in Moskau ausgebildet. Die FDJ-Hochschule „Wilhelm *Pieck*" in der DDR und die Hochschule des Leninschen Komsomol (Jugendorganisation der KPdSU) in Moskau stellten der DKP und SDAJ ebenfalls wieder Plätze zur Verfügung.

Kommunisten werden in der DDR und in der UdSSR geschult

1.1.4 Finanzierung

In ihrem Ende 1985 gemäß § 23 Parteiengesetz vorgelegten Rechenschaftsbericht für das Jahr 1984 wies die DKP Einnahmen von insgesamt 19.187.068 DM (1983: 17.809.553 DM) aus[73]; davon bezeichne-

Zuviel Vertrauen
in die da oben hat schon manch eine(n)
bombensicher gemacht.

VERÄNDERN
Mitglied werden
DKP die Roten

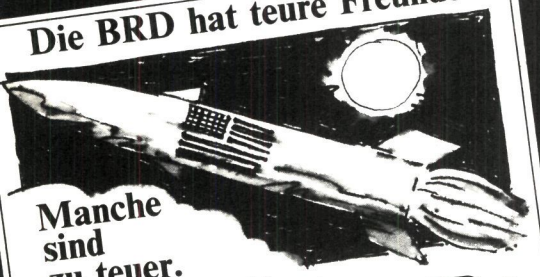
Wie verändert man die Welt?

VERÄNDERN
Mitglied werden
DKP die Roten

Was tut man, wenn man dagegen ist, daß jetzt auch noch der Weltraum militarisiert werden soll, daß auf Kosten der Belegschaft rationalisiert wird und daß Frauen im Beruf benachteiligt werden?

VERÄNDERN
Mitglied werden
DKP die Roten

Die BRD hat teure Freunde.



Manche sind zu teuer.
VERÄNDERN
Mitglied werden
DKP die Roten

Verändern ist Trumpf.

VERÄNDERN
Mitglied werden
DKP die Roten

Zuviel Vertrauen
in die da oben hat schon manch eine(n)
zur Leerstelle gemacht.

VERÄNDERN
Mitglied werden
DKP die Roten

Was tut man, wenn man zu hohe Miete zahlt, sich über die letzte Benzinpreiserhöhung ärgert, die Raketen als Bedrohung empfindet und kurz vor dem Rausschmiß steht?

VERÄNDERN
Mitglied werden
DKP die Roten

DKP - Mitgliederwerbung

te sie 8,6 Millionen DM = 44,8 % (1983: 6,5 Millionen DM = 36,5 %) als Mitgliedsbeiträge, 7,9 Millionen DM = 41,4 % (1983: 8,7 Millionen DM = 48,9 %) als Spenden, 0,3 Millionen DM = 1,4 % (1983: 1,7 Millionen DM = 9,6 %) als Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften usw. sowie 2,3 Millionen DM = 12 % (1983: nicht ausgewiesen) als Zuschüsse von Gliederungen. Der Wert der Sach-, Werk- und Dienstleistungen der Mitglieder (§ 27 Abs. 3 Parteiengesetz) wurde mit 5,7 Millionen DM (1983: 5,6 Millionen DM) angegeben.

Der Rechenschaftsbericht nennt gemäß § 25 Parteiengesetz 11 Einzelspenden (1983:7) mit Beträgen zwischen 20.000 DM und 134.000 DM im Gesamtwert von 505.094 DM (1983: 268.000 DM). Der Mitgliedsbeitrag lag 1985 im Durchschnitt bei weniger als 20 DM im Monat.

Die DKP erinnerte wiederholt an die „besondere politische Bedeutung" der Kassierer, denn diese können bei der Beitragskassierung die Parteimitglieder politisch anleiten und kontrollieren.

Nach der Neufassung des Parteiengesetzes hatte erstmals auch die DKP ihre Ausgaben nachzuweisen. Sie bezifferte diese mit 17,4 Millionen DM; davon entfielen 6,9 Millionen DM = 39,7 % auf Personalausgaben, 5,3 Millionen DM = 30,5 % auf Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes, 3,1 Millionen DM = 17,8 % auf Öffentlichkeitsarbeit und Wahlen sowie 1,3 Millionen DM = 7,5 % auf Zuschüsse an Gliederungen. Die tatsächlichen Gesamtausgaben dürften erheblich höher gewesen sein. Allein die Aufwendungen für die mehreren Hundert hauptamtlich für die DKP tätigen Funktionäre und Hilfskräfte machen ein Mehrfaches der genannten Personalausgaben aus; ein Teil der Funktionäre wird in den Gehaltslisten DKP-nahestehender Handelsunternehmen geführt, ohne wirklich dort zu arbeiten. Solche vom ZK der SED gesteuerten Firmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland und auch anderen westeuropäischen Ländern sollen durch Teilnahme an der „kapitalistischen" Marktwirtschaft Gewinne erzielen. Für mehrere Liegenschaften, die der DKP zur Verfügung stehen (z. B. die Parteizentrale der DKP in Düsseldorf), sind solche Firmen als Eigentümer eingetragen.

Beiträge in Millionenhöhe waren erforderlich, um die Sachausgaben für den kostspieligen Parteiapparat zu decken, der im Berichtsjahr noch ausgebaut wurde: Seit September besteht in Bonn eine „Vertretung des Parteivorstandes". Herstellung und Vertrieb des umfangreichen Agitationsmaterials erforderten hohe Ausgaben, ebenso wie Großveranstaltungen und Kampagnen. Millionenbeträge wurden auch wieder für die Finanzierung der Nebenorganisationen sowie die Unterstützung beeinflußter Vereinigungen benötigt.

Für diese Aufwendungen der DKP dürften 1985 mehr als 65 Millionen DM konspirativ aus der DDR in das Bundesgebiet verbracht worden sein. Hinzu kommen umfangreiche geldwerte Leistungen in der DDR, wie unentgeltliche Benutzung von Schulungseinrichtungen, die Betreuung bei Delegationsreisen sowie die Übernahme von

Erholungs-, Kur- und Krankenhausaufenthalten von DKP-Funktionären.

1.1.5 Parteipresse

Unter Berufung auf Lenin betonte die DKP, kommunistische Zeitungen hätten „immer gleichzeitig drei Funktionen": sie seien „kollektiver Propagandist, kollektiver Agitator und auch kollektiver Organisator"[74].

Auflage des DKP-Zentralorgans: täglich 25.000 Exemplare

Die Auflage des DKP-Zentralorgans „Unsere Zeit" (UZ), das 5 mal wöchentlich (Dienstag bis Samstag) erscheint (Chefredakteur: Georg *Polikeit*, Mitglied des Präsidiums des DKP-Parteivorstandes), blieb bei knapp 25.000 Exemplaren, die Freitags-Ausgabe mit Wochenendbeilage – sie enthält für den Bereich Hamburg seit Januar auch eine „Regionalseite" – lag zum Jahresende bei etwa 48.000 Exemplaren.

Zu aktuellen Anlässen, z. B. dem 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 und zur „DGB-Aktionswoche" im Oktober, erschienen wieder UZ-Extrablätter in hoher Auflage (bisweilen über 300.000 Exemplare).

Das Ergebnis der vom 1. September 1984 bis zum 31. März 1985 durchgeführten „UZ-Aktion", bei der u. a. 6.000 neue Abonnenten geworben werden sollten, blieb weit hinter den Erwartungen zurück.

Die DKP verbreitete auch 1985 eine große Zahl weiterer Publikationen: Der Parteivorstand gab neben dem „DKP-Pressedienst" den „infodienst" mit Material für DKP-Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen und die „DKP-Landrevue" (alle unregelmäßig) heraus sowie die Zeitschrift „praxis-Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei" (zweimonatlich). Von den etwa 360 DKP-Betriebszeitungen und ca. 450 weiteren „Kleinzeitungen" der Bezirks-, Kreis- und Grundorganisationen erschienen einige bis zu zwölfmal im Jahr; die Einzelauflagen reichten von mehreren hundert bis zu 120.000 Exemplaren (z. B. „Düsselpost", „Neues München", „Frankfurter Stadtzeitung").

Besondere Bedeutung in der Pressearbeit der DKP kommt nach wie vor der „Progress-Presse-Agentur GmbH" (PPA) zu. In der PPA-Zentrale in Düsseldorf sowie in den Büros in Bonn, Mannheim, München und Kiel sind etwa 15 – im wesentlichen von der DKP-Führung angeleitete – Redakteure und Korrespondenten tätig. Die Agentur gibt fünfmal wöchentlich einen „PPA-Tagesdienst" mit Berichten über Aktivitäten der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen sowie mit DKP-genehmen Beiträgen aus nichtkommunistischen Zeitungen heraus. Etwa ein Drittel des Materials wird nach PPA-Angaben von der DDR-Agentur ADN übernommen[75].

1.2 „Sozialistische Einheitspartei Westberlins" (SEW) mit Neben- und beeinflußten Organisationen

Die SEW, die orthodox-kommunistische Partei in Berlin (West), folgt – wie die DKP – uneingeschränkt der ideologischen und poli-

5/85

praxis

Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei

Zeitschrift des Parteivorstands der Deutschen Kommunistischen Partei

DKP Pressedienst

Pressemitteilungen des Parteivorstandes der Deutschen Kommunistischen Partei

Verantwortlich: Eberhard Weber

18. Oktober 1985

Nr. 112/8

Jetzt Sc
Erklärur
steller

Mit Abs
allen
Ermord
zum Ur
gegen

Wir k
zügl
Mörd
Boyk

All

Nr. 1 / September 1985

praxis EXTRA

Erfahrungen aus dem Leb

Zeitschrift des Partei

infodienst

FÜR DKP-BETRIEBSZEITUNGEN, WOHNGEBIETS- UND HOCHSCHULZEITUNGEN

Lieb Genossinnen und Genossen!

das Ernst Thälmann-Aufgebot. Als kleine Hilfe für die Be-

findet ihr in diesem Info-Dienst eine

Sicherlich wird sich das Ernst-

DKP landrevue

Deutsche Kommunistische Partei

Informationen für die Landbevölkerung

Nr. 1/85
15. Jahrgang

Ostermarsch 1985 Landbevölkerung wieder mit dabei
Bauern aktiv in der Friedensbewegung
Seite 2/3/4

Kampflos untergehen? Nein!
Fort mit Preisdiktat und allen Zwangskontingenten!
Seite 7/10

DKP-Agrardelegation in der DDR
Bauern im Sozialismus ohne Existenzsorgen
Seite 11

Aus der Geschichte lernen
Zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus
Seite 13

neuen Widerrufs-
die aus rechtlichen Gr...
in jeder UZ-Bestell-Anzeige
enthalten sein muss.
Benutzt nur noch
UZ-Bestell-Anzeigen mit
der neuen Widerrufs-
erklärung!

VERA...
Mitglied werden
DKP die Roten

Nr. 68 / 1985

Informationsdienst

...sten des DKP - Parteivorstandes

tischen Linie von KPdSU und SED. Der SEW-Vorsitzende Horst *Schmitt* bekräftigte:

Vorbilder des SEW sind DDR und Sowjetunion

„Wir sind eine revolutionäre Kampfpartei, unsere wissenschaftliche Grundlage ist der Marxismus-Leninismus, für Reformismus ist in unseren Reihen kein Platz. Wir erstreben wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wilhelm Pieck den Sozialismus von Karl Marx, Friedrich Engels und Lenin, der in der Sowjetunion, der DDR und den anderen sozialistischen Ländern für immer zum herrschenden Gesellschaftssystem wurde. . . ."
(„Konsequent", theoretisches Organ des SEW-Parteivorstandes, Nr. 3/85, S. 10)

Schmitt erhielt im September zu seinem 60. Geburtstag höchste Auszeichnungen aus der UdSSR und der DDR: den Lenin-Orden und den Karl-Marx-Orden.

Die Zahl der SEW-Mitglieder – etwa 4.500 – und die Auflage des SEW-Zentralorgans „Die Wahrheit" – Tageszeitung mit etwa 13.000 Exemplaren – blieben konstant.

Beteiligung an Wahlen für die SEW enttäuschend

Im Frühjahr konzentrierte sich die SEW auf ihre Kandidatur zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den 12 Bezirksverordnetenversammlungen am 10. März. Sie erzielte trotz eines intensiven und aufwendigen Wahlkampfes lediglich 0,6 % der Stimmen (Abgeordnetenhaus: 7.713 Stimmen; Bezirksverordnetenversammlungen zusammen: 8.035 Stimmen). Das Ergebnis blieb noch hinter dem von 1981 (8.176 und 8.615 Stimmen) zurück.

Weiterer Arbeitsschwerpunkt für die SEW und ihre Vorfeldorganisationen war – allerdings mit einem merklichen Rückgang der Aktivitäten – der „Friedenskampf". Die Partei versuchte, über ihre einflußreiche Stellung in den örtlichen Gremien der Protestbewegung eine neue Kampagne gegen die „Weltraummilitarisierungspläne der USA" in Gang zu bringen. Dabei konnte sie wieder auf zahlreiche von ihr oder ihren Nebenorganisationen initiierte bezirkliche und überbezirkliche „Friedensinitiativen" zurückgreifen. Das Gedenken an die Beendigung des 2. Weltkrieges nutzte die SEW, um sich als Bündnispartner im „antifaschistischen Kampf" anzubieten; wiederholt sprach sie von einem verbesserten Verhältnis zu den Gewerkschaften und zur SPD.

Die SEW-Hochschulgruppen und die studentische Nebenorganisation der SEW, die „Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlin" (ADS Westberlin) – Vorsitzender: SEW-Parteivorstandsmitglied Michael *Rump* –, unterstützten die Kampagne gegen das amerikanische SDI-Projekt und agitierten gegen die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes. Die Mitgliederzahl beider Organisationen blieb bei je etwa 350.

Auch die SEW-Jugendorganisation „Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht" (SJV Karl Liebknecht) unterstützte die Aktiviäten der Partei. Dem Verband gehören nach wie vor etwa 800 Personen an, darunter etwa 250 Kinder der „Pionierorganisation Karl Lieb-

knecht". Er hielt auch im Berichtsjahr engen Kontakt zur „Freien Deutschen Jugend" (FDJ) der DDR und zu ausländischen kommunistischen Jugendverbänden. Im „Westberliner Vorbereitungskomitee für die XII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1985 in Moskau" (WVK) arbeitete der SJV Karl Liebknecht maßgeblich mit. In der Delegation, die das WVK nach Moskau entsandte (vgl. Ziff. 4.2), stellten SEW- und SJV-Mitglieder die Mehrheit der Teilnehmer.
Die SEW konnte für ihre Arbeit wiederum ein Netz von Vorfeldorganisationen einsetzen, darunter die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin – Verband der Antifaschisten" (VVN-Westberlin – VdA) mit etwa 500 Mitgliedern, die „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Westberlin" (DSFW) mit ebenfalls etwa 500 Mitgliedern und den „Demokratischen Frauenbund Berlin" (DFB) mit etwa 600 Mitgliedern.

1.3 Nebenorganisationen der DKP

Die DKP kann sich seit Jahren bei ihrer politischen Arbeit auf eine Reihe von Nebenorganisationen stützen; die wichtigsten davon sind:
- die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ)
- die „Jungen Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation" (JP)
- der „Marxistische Studentenbund Spartakus" (MSB).

In ihnen sieht die DKP ihre Kaderreserven. Diese formell selbständigen Verbände mit eigenen Satzungen und Führungsorganen bekennen sich zum „Marxismus-Leninismus" und zur führenden Rolle der DKP; ihre leitenden Funktionäre sind meist zugleich Mitglieder der DKP.

Nebenorganisationen sind „Kaderreserven" der DKP

1.3.1 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ)*

Die SDAJ bezeichnet sich unverändert als „revolutionärer Arbeiterjugendverband"[76], der auf der Grundlage der „Lehren von Marx, Engels und Lenin" für eine von „Arbeitermacht, Volkseigentum, Planwirtschaft" geprägte „sozialistische Bundesrepublik"[77] kämpft. Als Vorbild nannte sie wieder den „Sozialismus in der DDR"[78].
Mit der DKP blieb die SDAJ personell eng verzahnt. Die SDAJ-Bundesvorsitzende Birgit *Radow*, zuvor schon Mitglied des DKP-Parteivorstandes, wurde im März auch in das Präsidium der DKP gewählt. Ihr Stellvertreter Hans-Georg *Eberhard* ist ebenfalls Mitglied der DKP. Von den 12 SDAJ-Landesvorsitzenden gehören 10 den jeweiligen DKP-Bezirksvorständen an.
Die Zahl der aktiven SDAJ-Mitglieder hielt sich bei etwa 15.000, organisiert in mehr als 900 örtlichen Gruppen. Funktionäre des Verbandes klagten über starke Fluktuation in der Mitgliedschaft. Im Oktober begann eine neue „Festivalstafette" zur Mitgliederwerbung

Starke Fluktuation bei den SDAJ-Mitgliedern

* Eine ausführliche Darstellung der politischen Linie, der Organisationsstrukturen und der politischen Aktionen der SDAJ gibt die 1984 vom Bundesministerium des Innern veröffentlichte Darstellung „Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ).

und zur Vorbereitung auf das 5. „Festival der Jugend" (Pfingsten 1986 in Dortmund), das gemeinsam mit dem MSB veranstaltet wird. Als ihr „wichtigstes Mittel, Massen von Jugendlichen anzusprechen"[79], betrachtet die SDAJ ihr Sprachrohr „elan – Das Jugendmagazin", dessen monatliche Auflage im Durchschnitt etwa 25.000 Exemplare erreichte. „elan" gab darüber hinaus auch wieder einen monatlichen „Artikeldienst für Betriebs-, Lehrlings-, Stadtteil- und Schülerzeitungen" heraus.

Die Auflage der monatlich erscheinenden „Jugendpolitischen Blätter", mit denen die SDAJ „Positionen in der demokratischen Jugendbewegung"[80] darstellen und die eigenen Mitglieder „politisch und ideologisch qualifizieren" will, stieg auf etwa 2.500 Exemplare.

Die Publikation „Rührt Euch – Zeitung für Soldaten", zusammengestellt von „elan-Redakteuren und Bundeswehrsoldaten", erschien mit zwei Ausgaben. Ferner verbreitete die SDAJ unregelmäßig und zum Teil in geringen Auflagen wieder mehrere Kleinzeitungen.

Auch 1985 legte die SDAJ großen Wert auf die Schulung ihrer Mitglieder. Dazu dienten die Bildungsabende der Gruppen, die „Zirkel" der Kreisverbände, die „Gruppenleiterschulung" bei den Landesverbänden und die meist einwöchigen Lehrgänge an der zentralen kommunistischen „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg" in Aurach/Krs. Ansbach*.

Ausgewählten SDAJ-Mitgliedern standen auch wieder die Schulungseinrichtungen der DKP zur Verfügung (vgl. Ziff. 1.1.3). Zur praktischen Unterstützung der Bildungsarbeit in den Gruppen gab der SDAJ-Bundesvorstand mehrere Ausgaben einer „Bildungszeitung" heraus.

Die SDAJ pflegte ihre Kontakte zu kommunistischen Jugendorganisationen in der DDR und im Ausland. Besonders enge Beziehungen bestanden zur FDJ. Delegationen der SDAJ-Bundesleitung fuhren im März zum „Meinungsaustausch" mit dem Sekratariat des Zentralrates der FDJ und beteiligten sich am XII. Parlament der FDJ (21.–24. Mai). Abordnungen der SDAJ reisten zum „Festival des politischen Liedes" in Berlin (Ost) vom 9. bis 17. Februar, zum „Internationalen Freundschaftslager" am Scharmützelsee (18. bis 30. Juli) und zum „Internationalen Jugendlager" in Werder/Havel (9. bis 13. November).

Mitglieder der SDAJ halfen in Nicaragua im Rahmen einer „Solidaritätsbrigade" deutscher Kommunisten beim Aufbau einer Druckerei für die sandinistische Jugend. Eine „Arbeitsbrigade" der SDAJ hielt sich sechs Monate zum Bau einer Schule in einem Camp des mit der kommunistischen Partei Südafrikas zusammenarbeitenden „African National Congress" (ANC) in Tansania auf. Bei den SDAJ-Pfingst-

* Die „Jugendbildungsstätte" wurde 1977 mit materieller Unterstützung der „Freien Deutschen Jugend" (FDJ) der DDR eingerichtet. Eigentümer der „Burg Wahrberg" sind die Besitzer des Guts Wahrberg, von denen einer als Mitglied der DKP angehört. Auf der Burg sind zumindest fünf Personen ständig beschäftigt, darunter der Leiter der „Jugendbildungsstätte" sowie deren Geschäftsführer; die Referenten der Schulungskurse kommen z. T. von auswärts.

GEGEN DRUCK
links abbieger
rote Spritze
SCHRAUBSTOCK
STADTHAMMER
DANKE KANZLER !!
lehrlinks blitz
zeitung der sdaj-gruppe siemens
Phasenprüfer
Der Glöckner
ROT-STIFT
VOLLES ROHR
Bahn Express
LEHRLINKS POWER
heißer Draht
Betriebszeitungen

camps und den 12. „Weltfestspielen der Jugend und Studenten" in Moskau (27. Juli bis 3. August) nutzte die SDAJ weitere Möglichkeiten zu Kontakten mit „Bruderverbänden". Die SDAJ ist Mitglied im „Büro" des sowjetisch gesteuerten „Weltbundes der Demokratischen Jugend" (WBDJ); sie stellt dort seit mehr als 10 Jahren den Schatzmeister.

1.3.2 „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation" (JP)

Die JP bekräftigten auch 1985 ihre „feste und unerschütterliche Verbundenheit" mit der DKP: Ohne deren Arbeit sei die eigene „erfolgreiche und stabile Entwicklung" nicht möglich. Die JP wollen die Kinder in der Bundesrepublik Deutschland nicht den „Kinderfeinden" überlassen, sondern der „reaktionären Erziehungskonzeption der Rechten" die „sozialistischen Erziehungsziele" entgegensetzen[81].

Auf der 5. JP-Bundeskonferenz am 2./3. März in Dortmund wurde Gerd *Hertel* zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt; er ist gleichzeitig Mitglied des Bundesvorstandes der SDAJ. Sein Vorgänger, Achim *Krooß*, wurde bildungspolitischer Referent beim DKP-Parteivorstand. Zahlreiche weitere JP-Funktionäre – Pionierleiter, Stadtteilverantwortliche, Kreisvorsitzende, Mitglieder der Landes- und Bundesleitung – gehören der DKP und/oder der SDAJ an. Auf ihrer Bundeskonferenz behaupteten die JP, sie hätten mehr als 500 neue Gruppen gegründet; wegen der starken Fluktuation dürfte die Mitgliederzahl der Kinderorganisation aber nicht über 4.000 hinausgewachsen sein.

Mitgliederzahl der JP blieb konstant

Pionierleiter wurden wiederum an der kommunistischen „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg" geschult. Die Bundesleitung der JP gab monatlich das „Pionierleiter-Info", die Kinderzeitung „pionier" und – als Argumentationshilfe für die jungen Funktionäre – „Diskussionsmaterial für Pionierleiter" heraus. Die JP pflegten – wie in den Vorjahren – Kontakte zu Kinderorganisationen in der DDR und in anderen kommunistischen Staaten; sie sind Mitglied der „Weltkinderorganisation CIMEA", einer Zweigorganisation des sowjetisch gesteuerten „Weltbundes der Demokratischen Jugend" (WBDJ).

1.3.3 „Marxistischer Studentenbund Spartakus" (MSB)

Der MSB bezeichnete sich als „die revolutionäre Studentenorganisation"[82] an den Hochschulen, die – orientiert an den Lehren von Marx, Engels und Lenin – für den Sozialismus arbeite[83]. In „enger Kampfgemeinschaft"[84] mit der DKP, der „Partei der Revolutionäre"[85], will er eine neue Gesellschaftsordnung aufbauen, in der allein die „Arbeiter das Sagen haben."[86]

„Friedenskampf" ist für den MSB Bestandteil des „Klassenkampfes" und „vorrangige revolutionäre Aufgabe"[87]; den Widerstand gegen die Neufassung des Hochschulrahmengesetzes betrachtet er als „absolutes Standbein revolutionärer Politik"[88]. Der im Oktober auf dem 9. MSB-Bundeskongreß gewählte neue Bundesvorsitzende, Thomas

MASCH HAMBURG

Hamburg – ein Zentrum des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

– Veranstaltungsreihe –

3. Hamburg als Stadt des Finanzkapitals – Macht und Rolle der Banken.

Mi., 16. 10., 19.30 Uhr

Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9, HH 13.

Veranstalter: MSB/HWP
MASCH Hamburg
Rappstraße 15, HH 13
Telefon 4 10 63 87

Aurach Lehrgänge 1985

In der Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg in Aurach werden Kurse zu foldenden Themen angeboten:

Einführung in „Das Kapital", Band II und III	1. 9.–14. 9.
Einführung in die Philosophie	8. 9.–14. 9.
Arbeit der Ortsvorstände	15. 9.–21. 9.
Arbeit in der Verfaßten Studentenschaft	15. 9.–21. 9.
Einführung in den Marxismus	22. 9.–28. 9.
Arbeit der Gruppenvorstände	22. 9.–28. 9.
Marxismus und Friedenskampf	29. 9.–4. 10.
Marxismus und Frauenfrage	29. 9.–4. 10.

Anmeldungen an MSB-Bundesvorstand, Buschstraße 81, 5300 Bonn 1.

Seminar des **MSB Spartakus/ Bundesvorstand**

Die Antihitlerkoalition
(Teheran – Jalta – Potsdam)
– Befreiung vom Faschismus

Referent: Peter Gingold

19. 4. 1985, Beginn: 15 Uhr
in: Wuppertal, Marx-Engels-Zentrum, Gathe 55 – 57

Anmeldungen an:
MSB Spartakus,
Buschstraße 81, 5300 Bonn 3,
Tel. (02 28) 22 20 53

MSB SPARTAKUS
Sommersemester 1985
2. Bildungsthema

UTOPIE & KLASSEN-KAMPF

Seminar des **MSB Spartakus**

Marxismus und Technik

Referent: **André Leisewitz** (IMSF)

Freitag, 25. 1. 1985 · 14.00–18.00 Uhr
in: Wuppertal, Marx-Engels-Zentrum (Gath

Anmeldungen an: MSB-Bundesvors
Buschstraße 81, 5300 Bonn 1, T

Schulungsarbeit des MSB Spartakus

Harms, seine beiden Stellvertreter und eine große Zahl weiterer MSB-Funktionäre gehören auch der DKP an. Der MSB hat unverändert etwa 6.000 Mitglieder und ist in mehr als 100 Hochschulen mit Gruppen vertreten. Damit blieb er größter und einflußreichster linksextremistischer Studentenverband.

MSB bleibt größter linksextremistischer Studentenverband

Das MSB-Organ „rote blätter" – vom MSB als ein „Stück linker Gegenkultur an den Hochschulen" bezeichnet[89] – erschien monatlich mit einer Auflage von rd. 15.000 Exemplaren. Zu aktuellen Ereignissen wurden wieder in großer Zahl „rote blätter Extra" gedruckt. Im Oktober, bei Abschluß seines einjährigen „rote blätter-Wettbewerbs", sprach der Verband von mehr als 2.600 neuen Abonnenten. Große Aufmerksamkeit widmete der MSB auch 1985 der Mitgliederschulung. Er veranstaltete wieder Seminare im „Marx-Engels-Zentrum" in Wuppertal (vgl. Ziff. 5.2) und Kurse an der kommunistischen „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg". Die „Bildungsabende" in den Gruppen wurden vom Bundesvorstand mit seiner Schriftenreihe „Bildungsthemen" unterstützt.

Der MSB betonte seine von „besonderer Intensität und Herzlichkeit"[90] geprägten Beziehungen zu Jugendverbänden der sozialistischen Länder. Zum Bundeskongreß hatten „Bruderorganisationen" aus 26 Ländern Vertreter entsandt. MSB-Delegationen reisten zu zahlreichen Zusammenkünften mit der FDJ und besuchten Kongresse von „Bruderverbänden" in anderen sozialistischen Staaten. Mit großem Einsatz beteiligte sich der MSB an den 12. „Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Moskau".

1.4 DKP-beeinflußte Organisationen

Die DKP konnte bei ihrem Bemühen, möglichst viele Bürger zum Zusammenwirken mit Kommunisten und zur Unterstützung kommunistischer Nahziele zu gewinnen (zur „Bündnispolitik", vgl. Ziff. 2), wieder auf die Hilfe von etwa 50 überregional bedeutsamen Organisationen zurückgreifen. Diese erscheinen nach außen meist unabhängig, sind aber tatsächlich erheblich von der DKP beeinflußt. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder gehört nicht der DKP an. Dies gilt häufig auch für die Vorstände, doch liegen entscheidende Funktionen – vor allem im (hauptamtlichen) organisatorischen Bereich – in den Händen kommunistischer Funktionäre, die dort im Parteiauftrag tätig sind.

Die DKP legt Wert darauf, daß die von ihr gesteuerten oder beeinflußten Organisationen sich nicht offen für „revolutionäre" Ziele einsetzen. Sie sollen vielmehr Forderungen erheben, die – für sich betrachtet – nicht verfassungsfeindlich erscheinen und auch die Zustimmung von Demokraten finden können. So soll die Hemmschwelle gegenüber einer Zusammenarbeit mit Kommunisten abgebaut werden.

DKP-beeinflußte Organisationen sollen Hemmschwelle gegenüber Zusammenarbeit mit Kommunisten abbauen

Der Grad des kommunistischen Einflusses in den Organisationen ist unterschiedlich: Während in einigen keine Entscheidungen gegen den Willen der DKP möglich sind (VNN-BdA, DFU, KFAZ), kön-

nen sich in anderen trotz des kommunistischen Einflusses auch Positionen anderen Inhalts artikulieren und mitunter auch behaupten (z. B. DFG-VK, DFI, VDJ). Zu den bedeutendsten DKP-beeinflußten Organisationen gehören folgende Vereinigungen:

1.4.1 „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA)

In der VVN-BdA haben Kommunisten beherrschenden Einfluß

In der VVN-BdA behielt die DKP auch 1985 ihren beherrschenden Einfluß: Der Generalsekretär Kurt *Erlebach* (u. a. verantwortlich für den „antifaschistischen jugenddienst" und die Publikation „AID-Argumentation, Information, Dokumentation") ist Mitglied des DKP-Parteivorstandes. Der Pressesprecher, der Organisationssekretär sowie die Abteilungsleiter für „Finanzen", für „Bildungsarbeit" und für „Neofaschismus" gehören der DKP an. Von den 15 Mitgliedern des geschäftsführenden VNN-BdA-Präsidiums sind mehr als zwei Drittel Kommunisten; gleiches gilt für die beiden Redakteure der monatlich erscheinenden Mitgliederzeitschrift „antifaschistische rundschau" und für die (hauptamtlichen) Landessekretäre. Der Vizepräsident der VVN-BdA, Hans *Jennes* (DKP), erhielt im Dezember anläßlich seines 75. Geburtstages den DDR-Orden „Stern der Völkerfreundschaft" in Gold. Der Vertreter der VVN-BdA im „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung", Kurt *Faller* (Mitglied des geschäftsführenden VVN-BdA-Präsidiums), ist ebenfalls DKP-Mitglied.

Im Mai schloß die VVN-BdA ihre 1983 begonnene Mitgliederwerbekampagne – nach eigenen Angaben die „erfolgreichste" seit 1971[91] – ab; in deren Verlauf seien nahezu 2.900 neue Mitglieder gewonnen worden. Die Gesamtmitgliederzahl dürfte – unter Berücksichtigung der Verluste durch Sterbefälle und Austritte – auf etwa 13.500 (1984: 13.000) angestiegen sein.

VVN-BdA gegen „Antikommunismus" und für „antifaschistische Aktionseinheit"

Die Organisation sah ihren Arbeitsschwerpunkt wiederum darin, „Antikommunismus" und „Antisowjetismus" zu bekämpfen und für „antifaschistische Aktionseinheit" zu werben. In einem internen Papier erklärte sie als Ziel die „Veränderung unserer Gesellschaft" im Sinne der – angeblich – „antifaschistischen Aufträge des Grundgesetzes". Die in Wirklichkeit antitotalitäre Zielsetzung des Grundgesetzes, das Gebot einer „wehrhaften Demokratie" gegen jeglichen politischen Extremismus sowohl von Rechts als von Links soll damit eingeengt werden auf einen nur noch „antifaschistischen" und „antimonopolistischen" Auftrag.

VVN-BdA: DDR ist ein „demokratischer Staat"

In der Bundesrepublik Deutschland sei – so beklagte die VVN-BdA – nach dem Krieg ein „Neubeginn" verhindert worden. „Die Gemeinsamkeit zwischen Konservativen und Faschisten bilde heute wieder der „Antikommunismus"[92]. Dagegen sei mit der DDR ein „antifaschistischer, demokratischer Staat" entstanden.

Um ihren „antifaschistischen" Kampf mit dem „Friedenskampf" zu verbinden, propagierte die VVN-BdA auch 1985 die Losung: „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!". Die Formel ist Ausdruck

kommunistischer Betrachtungsweise, die im „Imperialismus" die „Quelle der Kriegsgefahr", im Sozialismus aber den Garanten des „Friedens" sieht.

Initiative zu „antifaschistischen" Aktionen

Zwei kommunistische VVN-BdA-Funktionäre starteten die Initiative zu den größten „antifaschistischen" Aktionen des vergangenen Jahres. Die Demonstrationen aus Anlaß des 40. Jahrestages der Beendigung des 2. Weltkrieges in Hamburg, Köln und Frankfurt (zusammen mehr als 26.000 Teilnehmer) nutzte die VVN-BdA, um die „besondere Rolle" der Sowjetunion bei der „Befreiung vom Faschismus" hervorzuheben, den eigenen „Kampf" gegen „Antikommunismus und Neofaschismus" zu forcieren und „breite Bündnisse" mit Demokraten zu suchen (vgl. Ziff. 2.4).

Der Verband organisierte auch 1985 „antifaschistische Stadtrundfahrten" und Besuche „antifaschistischer Widerstandskämpfer" in Schulen; eine Wanderausstellung der VVN-BdA zum Thema „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland" wurde auch bei den 12. „Weltfestspielen der Jugend und Studenten" in Moskau gezeigt.

Unverändert eng waren die Kontakte zum „Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR", zu dem die VVN-BdA wieder mehrere Delegationen entsandte.

1.4.2 „Deutsche Friedens-Union" (DFU)

DFU behält zentrale Rolle in der „Volksfront"-Politik

Die DFU, die seit Jahren nur etwa 1.000 Mitglieder zählt (Eigenangabe etwa 13.000), behielt ihre zentrale Rolle in der kommunistischen „Volksfront"-Politik. Sie wirkte – in enger Abstimmung mit der DKP – wieder maßgeblich an der Organisation des kommunistischen „Friedenskampfes" mit, steuerte die Arbeit der „Krefelder Initiative" (vgl. Ziff. 2.3), organisierte Unterstützerkreise für die „Friedensliste" (vgl. Ziff. 1.4.5) und koordinierte die Kampagne gegen angebliche „Berufsverbote" (vgl. Ziff. 2.6). Wichtigste Aufgabe der DFU blieb die „Popularisierung" kommunistischer Nahziele in „bürgerlichen", vor allem in christlichen Kreisen. Allein zehn der 64 Mitglieder der DFU-Führungsgremien (Direktorium/Bundesvorstand) geben als Beruf „Pfarrer" oder „Pastor" an; mehrere von ihnen wirken in der Initiative „Christen für die Abrüstung" (CfA) oder bei der ökumenischen Monatsschrift „Neue Stimme" mit. Zu den taktischen Überlegungen orthodoxer Kommunisten im Umgang mit Christen hieß es in der internationalen kommunistischen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus" u. a.: Die Zusamenarbeit von Marxisten und Christen ist „unabdingbarer Bestandteil der Strategie des Kampfes für den Sozialismus"[93]; „wer glaubt schon, daß Pastoren und ... Bischöfe ‚Marionetten' der Sowjetunion sind?"[94].

DFU will auch Christen für Bündnisse mit Kommunisten gewinnen

Der Einfluß der DFU auf „Bewegungen" und Initiativen wird durch einen aufwendigen und leistungsfähigen „Apparat" und eine Reihe hauptamtlicher Funktionäre – darunter zahlreiche Kommunisten – ermöglicht. Der Sekretär des DFU-Direktoriums, Heinz *Dreibrodt*,

wurde in der DDR geschult; er war Mitglied der 1956 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten KPD.
Im Dezember feierte die Organisation ihr 25jähriges Bestehen. In einem Grußwort bezeichnete der DKP-Vorsitzende Herbert *Mies* die DFU als „wahrhaft demokratische und Friedenskraft"; sie sei „für die DKP stets ein zuverlässiger Partner gewesen".

Ziel ist die Verbreitung der „richtigen Erkenntnisse über Kriegs- und Krisenursachen"

Der DFU-Bundesvorstand erklärte in seinem Rechenschaftsbericht auf dem 11. Unionstag (20./21. April in Bremen), die Organisation habe sich darauf konzentriert, „Massenbewegungen voranzutreiben" und in ihnen die „richtigen Erkenntnisse über Kriegs- und Krisenursachen" zu verbreiten. Sie habe „kontinuierliche Bündnisarbeit" geleistet, arbeite „aktiv" in fast allen regionalen „Friedensbündnissen" – in mehreren Bundesländern fungiert die DFU-Geschäftsstelle als Koordinationszentrum – und in den „Komitees gegen Berufsverbote" mit. Zu den „Ostermärschen" und den sonstigen Aktionen der „Friedensbewegung", der „Krefelder Initiative", der „Künstler für den Frieden" und weiterer berufsbezogener „Friedensinitiativen" habe sie einen „aktiven Beitrag" geleistet (vgl. Ziff. 2.3). In einer „Bremer Erklärung" forderten die Delegierten u. a., „das Wettrüsten im All zu verhindern", die Stationierung neuer amerikanischer Raketen zu stoppen und dem „globalen Vorherrschaftsstreben der US-Regierung" entgegenzutreten. Eine „Gleichsetzung der Sowjetunion und der USA", so führte die DFU an anderer Stelle aus, gehe „an der Realität vorbei". In ihren neuen „politischen Leitsätzen" kündigte die Organisation an, sie werde den „Abbau demokratischer Rechte" und „insbesondere den Antikommunismus" bekämpfen.
Im Oktober gab der „Arbeitskreis Demokratie" der DFU erstmals ein „info demokratie" heraus; von den acht Redaktionsmitgliedern agieren vier offen als Kommunisten.
Die DFU unterhielt auch 1985 Kontakte zum „Friedensrat der DDR" und führte zahlreiche „Studienreisen" in die DDR durch.

1.4.3 „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" (KFAZ)

Das KFAZ blieb, neben der DFU, das wichtigste bündnispolitische Instrument des kommunistischen „Friedenskampfes". In der personellen Zusammensetzung seines zentralen Leitungsgremiums, des „Büros" (16 Mitglieder), spiegeln sich die vorrangig umworbenen Zielgruppen kommunistischer Bündnispolitik wieder: Sozialdemokraten, Liberale, Gewerkschafter, Betriebsarbeiter, Christen beider großen Konfessionen und „Ökologen". Die Hälfte der „Büro"-Mitglieder gehört dem sowjetisch gesteuerten „Weltfriedensrat" (WFR) an, darunter das DKP-Präsidiumsmitglied Martha *Buschmann* als Vizepräsidentin sowie Achim *Maske* als Präsidiumsmitglied (vgl. Kap. VII 1.2). Wesentliche Impulse und Aktivitäten – wie die Ausarbeitung politisch/strategischer Konzepte – gingen auch 1985 wieder von den Kommunisten unter den Mitgliedern des „Büros" und den Mitarbeitern des Komitees aus.

KFAZ ist „Filiale" des „Weltfriedensrates"

KFAZ aktiv im „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung"

Mit seinen Publikationen und seinem personellen Einsatz nahm das KFAZ wiederum Einfluß auf Positionen und Aktionsplanungen der Protestbewegung gegen das westliche Verteidigungsbündnis. Im bundesweiten „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung" arbeiteten für das Komitee dessen „Büro"-Mitglied Achim *Maske* und ein weiterer KFAZ-Mitarbeiter, für die Initiative „Frauen in die Bundeswehr? – Wir sagen Nein!" das KFAZ-„Büro"-Mitglied Mechtild *Jansen* mit. Zu den zwölf Redaktionsmitgliedern der zentralen „Massenzeitung" für die „Informationswoche der Friedensbewegung" im November gehörten allein vier Funktionäre des KFAZ, darunter ein Mitglied des DKP-Bezirksvorstandes Rheinland-Westfalen, das im Auftrag des KFAZ ganztägig im Bonner Büro des „Koordinierungsausschusses" tätig war.

Die „friedenspolitischen" Protestschwerpunkte und die dazu vom KFAZ propagierten Aktionsformen entsprachen denen der DKP. Im April erklärte das Komitee, die Forderungen nach „Verhinderung der Militarisierung des Weltraums", nach Stopp der Stationierung und Abbau der Pershing-II-Raketen, nach Verhinderung der Cruise-Missiles-Stationierung und nach Einfrieren aller Rüstungsausgaben müßten „in das Zentrum der Auseinandersetzung mit der Bundesregierung" gerückt werden[95].

Ende Juni besuchte eine KFAZ-Delegation den „Friedensrat der DDR". Beide Organisationen sprachen von der Notwendigkeit „verstärkter Aktionen breitester Friedenskräfte" gegen eine „Militarisierung des Kosmos".

1.4.4 „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner" (DFG-VK)

In zentralen Funktionen der DFG-VK arbeiten Kommunisten

In der DFG-VK – nach eigenen Aussagen eine „antimilitaristisch-pazifistische" Organisation – arbeiteten auch 1985 Kommunisten in zentralen Funktionen mit. Der kommunistische Einfluß in den Gliederungen der DFG-VK ist nach wie vor unterschiedlich, teilweise unbeachtlich. In Leserbriefen des Verbandorgans „Zivil Courage" konnte deutliche Kritik an kommunistischen Positionen vorgebracht werden. Die „Radikalen Pazifisten", die seit 1981 – zeitweilig unter dem Namen „Kritische Kräfte" – eine Opposition gegen den DKP-beeinflußten Bundesvorstand organisiert hatten, lösten sich auf: „Ausschlaggebend" sei die Einsicht gewesen, daß ihre Ziele „in der DFG-VK nicht zu erreichen" seien.

Auf ihrem vom 1. bis 3. März in Münster-Hiltrup durchgeführten 5. Bundeskongreß beschloß die DFG-VK Änderungen in der Struktur ihrer Führungsgremien. Der Verband wird nicht mehr von zwei gleichberechtigten, sondern nur noch durch einen einzigen Bundesvorsitzenden repräsentiert. Klaus *Mannhardt* (Mitglied des „Büros" des KFAZ und des „Weltfriedensrates"), vorher einer der beiden Bundesvorsitzenden, wurde Vorsitzender des neugeschaffenen „Kuratoriums" der DFG-VK; er blieb damit zugleich Mitglied des Bundesvorstands, der insgesamt 21 Mitglieder umfaßt. Zum hauptamtli-

chen Bundesgeschäftsführer wurde Michael *Gems* (DKP) gewählt. Das „besonders wichtige"[96] Referat „Abrüstung" beim Bundesvorstand erhielt Gregor *Witt* (DKP), der zuvor mehrere Jahre das Referat „Dokumentation und Information" geleitet hatte. *Witt* gehört auch weiterhin zur Redaktion des Verbandsorgans „Zivil Courage" und des vom DFG-VK Bundesvorstand herausgegebenen „friedenspolitischen informationsdienstes". Neben dem Bundesvorsitzenden war er „regelmäßiger Vertreter" der DFG-VK im „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung" (KA), außerdem Redakteur zentraler KA-Publikationen und Sprecher des KA bei Pressekonferenzen.

Im Rechenschaftsbericht zum Bundeskongreß hob der DFG-VK-Bundesvorstand eine „Verbesserung der Kontakte zu SPD, DKP und Grünen" hervor. An „erster Stelle" der Verbandsaktivitäten hätten die „Aktionen der gesamten Friedensbewegung" gestanden. In deren bundesweitem „Koordinierungsausschuß" habe die DFG-VK „politisch und organisatorisch eine wichtige Rolle gespielt". Daneben sei mit der Kampagne „Verweigern wir uns hunderttausendfach!" auch das „eigenständige Profil der Organisation deutlicher" geworden. Agitationsmittel dieser Kampagne war eine Zeitung „Mobilmachung – Handlungsperspektiven der DFG-VK" (verantwortlich: Michael *Gems*, DKP), in der die DFG-VK u. a. dazu aufrief:

> „Führt Aktionen gegen Bombenzüge oder Bombentransporte durch. Mauert in öffentlichen Aktionen Atomminenschächte zu. Verweigert Militär- und Bombentransporten die Durchfahrt durch die Stadt."

In der organisatorischen und finanziellen Entwicklung des Verbandes gab es 1985 erhebliche Rückschläge: Gegen Jahresende entschloß sich der geschäftsführende Bundesvorstand, die „Basis" über die „reale Verbandssituation" aufzuklären. Er wandte sich offen gegen „die bisherige Praxis, aus politischen und Gründen der Öffentlichkeitsarbeit die Mitgliederzahl auch gegenüber der eigenen Organisation erhöht anzugeben". Der tatsächliche Mitgliederstand liege unter den seit Jahren behaupteten Zahlen und habe Ende September 12.997 Personen betragen (seit Jahren hatte die DFG-VK von mehr als 20.000 Mitgliedern gesprochen). In den vergangenen zweieinhalb Jahren habe der Verband 3.500 Mitglieder verloren. Mit Gesamtverbindlichkeiten in Höhe von etwa 1 Million DM (kurzfristig fällig ca. 170.000 DM) sei die Organisation „an den Rand des wirtschaftlichen Ruins" gelangt.

DFG-VK ist in erheblichen finanziellen Schwierigkeiten

Als erste Konsequenzen kündigte der Bundesvorstand an, die 1983 erworbene Bundesgeschäftsstelle in Velbert „zur Abtragung der Schulden" zu veräußern und die Ausgaben für die „Zivil Courage" zu halbieren; die Zeitschrift wird seither, mit verringertem Umfang, in der DKP-„Hausdruckerei" Plambeck & Co., Neuss, gedruckt. Für März 1986 wurde ein außerordentlicher Bundeskongreß einberufen.

Bei der Vorbereitung der 12. „Weltfestspiele der Jugend und Studenten" in Moskau wirkte die DFG-VK im kommunistisch gesteuerten „Arbeitskreis Festival" (AKF) mit und stellte mit Klaus *Mannhardt* dessen Sprecher (vgl. dazu Ziff. 4.1). Dieser versicherte vor der Presse u. a., die Mitglieder der DFG-VK würden „in Moskau ... für das uneingeschränkte Recht auf KDV" (KDV = Kriegsdienstverweigerung) eintreten. Auf einer Veranstaltung des Festivals in Moskau führte ein kommunistischer DFG-VK-Funktionär dann allerdings aus, er fordere „niemand aus den sozialistischen Ländern auf, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern".

Kommunisten mißachten pazifistische Grundsätze der DFG-VK

1.4.5 „Die Friedensliste"

„Die Friedensliste" – unter maßgeblicher kommunistischer Beteiligung als Personenbündnis zur Europa-Wahl 1984 gegründet – hielt am 1./2. Juni in Bonn ihre 3. Bundesmitgliederversammlung ab. Mehr als die Hälfte der dort gewählten 37 Bundesvorstandsmitglieder zählen zur DKP oder ihren Vorfeldorganisationen. Zu den fünf „Sprechern" der „Friedensliste" gehören Uwe *Knickrehm* (Mitglied des DKP-Parteivorstandes), Horst *Trapp* (Mitglied des DFU-Bundesvorstandes), ein Mitglied des Bundesvorstandes des DKP-beeinflußten „Bundes demokratischer Wissenschaftler e. V." (BdWi) und ein Mitglied des „Weltfriedensrates".

„Die Friedensliste" ist ein kommunistisch beeinflußtes Wahlbündnis

Am 18. April präsentierte „Die Friedensliste" auf einer Pressekonferenz in Bonn eine Übersichtskarte „Militärland BRD: Atomwaffen, C-Waffen und Militärische Anlagen". Verantwortlich für die in der DKP-„Hausdruckerei" Plambeck & Co., Neuss, hergestellte Karte zeichnete das DKP-Mitglied Heidi *Hutschenreuter*, zugleich Geschäftsführerin der „Friedensliste".

Um über ihr „traditionelles" Bündnisspektrum hinaus Zuspruch zu finden, trat „Die Friedensliste" dem Trägerkreis des „Aktionsbündnisses gegen den Weltwirtschaftsgipfel" bei (vgl. Abschnitt VI. Ziff. 3.1).

„Die Friedensliste NRW" kandidierte zur Landtagswahl

Zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 12. Mai kandidierte „Die Friedensliste NRW" (vgl. Ziff. 6.2). Die DKP stellte, zusammen mit ihren Vorfeldorganisationen, mehr als die Hälfte der Listenbewerber und verzichtete auf eine eigene Kandidatur. Ihre Mitglieder verpflichtete sie zu „aktiver Unterstützung" des Wahlkampfes der „Liste" und wies darauf hin, Wahlbündnisse bedeuteten „eine Erhöhung – keine Minderung – unseres Einflusses"; die DKP sei „die stärkste organisierte Kraft" in diesem Bündnis[97].

1.4.6 „Demokratische Fraueninitiative" (DFI)

Die 1975 mit Unterstützung der DKP gegründete DFI gliedert sich nach eigenen Angaben in etwa 130 Gruppen (1984: mehr als 100) ohne festen „Mitgliederstatus". In ihrem Leitungsgremium, dem „Zentralen Arbeitskreis", arbeiten seit Jahren Kommunistinnen und Funktionärinnen DKP-beeinflußter Organisationen maßgeblich mit. Frauen aus diesem „Zentralen Arbeitskreis" gaben im Berichtsjahr

AIB
DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT
cuba libre
Informationen der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba · Nr. 4 · Nov. 1985 · 3,- DM
dg
DEMOKRATISCHES GESUNDHEITSWESEN
ZEITSCHRIFT FÜR GESUNDHEITS- UND SOZIALBERUFE
Abrüstungsinfo
Argumente, Dokumente, Informationen
Wir Frauen
8. Mai 1945
antifaschistische rundschau
Nr. 6 / Juni 1985
Mitgliederzeitschrift der VVN – Bund der Antifaschisten
Deutsche Volkszeitung
die tat
D 4573 C
IG Farben i.A.
Besuch bei Botha
Die „Irrenhäuser" abschaffen? Bilanz und Perspektiven der Psychiatriereform.
Atomwaffen
DKP - beeinflußte Publikationen

DFI-Mitglieder für „sozialistische Demokratie"

ein „Kleines Weiberlexikon" (570 Seiten) heraus. Darin heißt es u. a., die „sozialistische Demokratie" – nach Lenin – sei „auf neue Art demokratisch" und bedeute ein „Stadium auf dem Weg zur Verwirklichung der alten Idee der Gleichheit aller".

In einem Flugblatt zum „Internationalen Frauentag" (8. März) forderte die DFI „radikale gesellschaftliche Veränderungen". Diese seien „ohne die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften sowie SPD und DKP ... undenkbar"[98].

Mit „frauenspezifischen" Losungen beteiligte sich die DFI wieder an Kampagnen, die auch von Kommunisten gefördert werden, besonders am „Friedenskampf". Im „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung" repräsentierte DFI-„Sprecherin" Mechtild *Jansen* (Mitglied des KFAZ-„Büros" und des „Weltfriedensrates") die Initiative „Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein!", die mitverantwortlich war für die Gestaltung des „Infobereichs Frauen" während der „Informationswoche der Friedensbewegung" im November.

In ihrer „Bündnisarbeit" stieß die DFI auf wachsende Schwierigkeiten: Zum „Internationalen Frauentag" sei es nicht gelungen, neue Kräfte einzubeziehen[99]. Im „Trägerinnenkreis" der „Aktion Muttertag", deren Aufruf zu einem „bundesweiten Frauenprotest" am 18. Mai in Bonn nur etwa 2.500 Frauen folgten (1984: 6.000), wurden DKP und DFI zunehmend kritisiert. Frauengruppen und Frauenvereinigungen großer demokratischer Organisationen bemängelten u. a. die „DFI-Dominanz" und drohten mit „organisierten Gegentendenzen"[100].

„DFI-Dominanz" bei der „Aktion Muttertag" fand Kritik

Die DFI-Zeitschrift „Wir Frauen" erschien wieder mit einer Auflage von etwa 3.500 Exemplaren. Der gleichnamige Jahreskalender wurde – wie im Vorjahr – mit 50.000 Exemplaren herausgegeben; eine der beiden verantwortlichen Redakteurinnen ist Mitglied des DKP-Bezirksvorstandes Rheinland-Westfalen.

1.4.7 „Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V." (VDJ)

Die Mitgliederzahl der 1972 auf Initiative der DKP gegründeten VDJ, in deren Bundesvorstand seit Jahren Kommunisten und Funktionäre DKP-beeinflußter Organisationen maßgeblich mitwirken, stieg auf knapp 1.000 (1984: etwa 800) Personen in 24 Regionalgruppen. Der Bundesvorsitzende, Professor Norman *Paech*, beschrieb die Vereinigung als „breite juristische Opposition" und „Bündnisorganisation mit den relevanten Kräften und Organisationen der lohnabhängigen Bevölkerung". „Traditionelles" Feld ihrer rechtspolitischen Aktivitäten seien der „Kampf gegen Berufsverbote" und die „Abwehr juristischer Angriffe auf die Friedensbewegung". Der VDJ obliege die „juristische Formulierung klassenpolitischer Forderungen"[101]. Zur Mitgliederinformation erscheint vierteljährlich das „VDJ-Forum".

Aufgabe der VDJ: „juristische Formulierung klassenpolitischer Forderungen"

Eigene Veranstaltungen konnte die VDJ nur in beschränkter Zahl

organisieren. Zusammen mit der „Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen" (IVDJ), der „Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer" (FIR) – vgl. Kap. VII.1.2. –, der VVN-BdA und demokratischen Vereinigungen richtete sie am 23. und 24. November in Nürnberg ein internationales Kolloquium „40 Jahre Nürnberger Prozesse" aus (400 Teilnehmer).

1.4.8 „Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika" (ASK)

Organisatorisches Dach für „antiimperialistische Bündnisse"

Im ASK arbeiten seit Jahren kommunistische Organisationen, Personen und Publikationen mit Demokraten zusammen; das Komitee blieb organisatorisches Dach für „antiimperialistische Bündnisse". Verantwortlich für die laufenden Geschäfte ist ein DKP-Mitglied; der Sprecher des Komitees ist Mitglied des „Weltfriedensrates".

Im Mai startete das Komitee eine neue Spendenaktion unter der Losung: „Brecht die Blockade! Nicaragua braucht unsere Hilfe – jetzt erst recht!" Die schon vorher gesammelten Spenden von mehr als 300.000 DM seien „ohne Zweckbindung" an die „Sandinistische Befreiungsfront FSLN" geleitet worden, zum „Einsatz dort, wo es am nötigsten ist".
In einem Papier zur Mitgliederversammlung am 8. Juni in Frankfurt/M. schrieb das ASK-Sekretariat u. a., mit der „aktiven Rolle" im „Koordinierungskreis Dritte Welt" (KK3W) und der Beteiligung an weiteren Initiativen habe das Komitee „wie nie zuvor Einfluß . . . auf die gesamte Solidaritätsbewegung" genommen. Dieser „große bündnispolitische Erfolg" werde aber durch Vernachlässigung „eigenständiger" Aktionen getrübt.
Wie in den Vorjahren organisierte das ASK ein „Bundestreffen" der „Chile-Komitees" (15. Juni in Frankfurt/M.). Das ASK versuchte, darüber hinaus Proteste gegen das „Sternenkriegsprogramm" der USA zum „Schwerpunkt in den Aktivitäten der gesamten Solidaritätsbewegung" zu entwickeln[102] und bezichtigte die Vereinigten Staaten, eine „Endlösung der Kommunistenfrage" anzustreben[103].

Im ASK arbeitet unverändert das „Antiimperialistische Informationsbulletin" (AIB) mit, das monatlich in einer Auflage von etwa 5.000 Exemplaren in der DKP-„Hausdruckerei" Plambeck & Co., Neuss, gedruckt wird. Von den elf Herausgebern des AIB waren mehr als die Hälfte kommunistische Funktionäre.

2. Bündnispolitik

Wie alle orthodox-kommunistischen Parteien werten die DKP und auch die SEW die Bündnispolitik als eine entscheidende Voraussetzung für einen erfolgreichen revolutionären Kampf. Sie folgen dabei der Weisung Lenins:

„Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man unbedingt aufs sorgfältigste, sorgsamste, vorsichtigste, geschickteste sowohl jeden, auch den kleinsten ‚Riß' zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten zu gewinnen, hinter dem Massen stehen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedienter Verbündeter sein." (Lenin, Werke, Band 31, Berlin (Ost), 1959, S. 56).

Das „Ausnutzen" aller Möglichkeiten bedeutet nach Lenin

„für die kommunistische Partei absolut unumgänglich die Notwendigkeit, die unbedingte Notwendigkeit, zu lavieren, Übereinkommen und Kompromisse mit verschiedenen proletarischen Gruppen, der Arbeiter und der kleinen Besitzer, zu schließen. Es kommt nur darauf an, daß man es versteht, diese Taktik so anzuwenden, daß sie zur Hebung ... des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit beiträgt" (Lenin, Werke, Band 31, Seite 60).

Dabei muß man – so Lenin –

„die größte Treue zu den Ideen des Kommunismus mit der Fähigkeit vereinigen, alle notwendigen praktischen Kompromisse einzugehen, zu lavieren, zu paktieren im Zick-Zack vorzugehen, Rückzüge anzutreten und anderes mehr" (Lenin, Werke, Band 31, Seite 82)

Getreu dieser Leninschen Strategie und Taktik ließen sich die orthodoxen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland auch 1985 in ihren Bemühungen, die „Massen" für ihre Ziele zu mobilisieren, durch „Wahlschlappen"[104] nicht entmutigen; sie setzen ihre Anstrengungen fort, durch Zusammenarbeit (Bündnisse) mit nichtkommunistischen Kräften im „außerparlamentarischen Kampf" eine „Massenbasis" zu schaffen. Realistisch schätzten sie ihre Möglichkeiten ein:

Durch Bündnisse wollen sich Kommunisten eine „Massenbasis" schaffen

„Daß die DKP eine – parlamentarisch beurteilt – relativ kleine Partei ist, weiß niemand besser und schmerzt niemanden mehr als uns Kommunisten ... Im außerparlamentarischen Kampf jedoch, den wir nach wie vor für das wichtigste Kampffeld halten, ist die DKP keineswegs einflußlos".
(„Marxistische Blätter", Nr. 4/1985).

Bei ihrer Bündnispolitik zeigen Kommunisten „ein großes Maß an politischer Beweglichkeit"[105]. Sie sind angewiesen, ein „Gespür für gesellschaftliche Stimmungen" zu entwickeln[106] und „die Ansätze, die Anknüpfungspunkte, die Themen zu finden", mit denen – ohne „Preisgabe prinzipieller Positionen" – eine „bewegliche Bündnispolitik" zu führen ist[107]. Der DKP-Vorsitzende Herbert *Mies* mahnte

die Parteifunktionäre: „Bewegungen muß man initiieren“[108]. Zu diesem Zweck formulieren oder übernehmen Kommunisten Forderungen, die auch von Demokraten vertreten werden. Nach der Taktik des „Minimalkonsenses“ sollen diese Forderungen „die dringendsten gemeinsamen Anliegen beinhalten und zugleich jene Fragen aussparen, in denen die Standpunkte nicht zu vereinbaren sind“[109]. Durch ihr Beharren auf einem „Minimalkonsens“ gelingt es den Kommunisten bei der Entwicklung von Aktionsbündnissen zumeist, Forderungen, die ihren Interessen zuwiderlaufen, „auszuklammern“. Demokraten können deshalb in gemeinsamen Aufrufen mit Kommunisten eigene Positionen meist nur soweit durchsetzen, wie diese kommunistischen Nahzielen nicht entgegenstehen.

„Minimalkonsens“ fördert einseitig Ziele der Kommunisten

Kommunisten lassen keinen Zweifel daran, daß bündnispolitische Kompromisse letztlich dazu dienen, ihre eigenen „strategischen Ziele“ zu erreichen. Bei ihren Bündnispartnern wollen sie „weitergehende Erkenntnisse über die in der Monopolherrschaft liegenden Ursachen“ gesellschaftlicher Mißstände verbreiten, um sodann „weitergehende Bündnisse ... für grundlegende Umgestaltungen“ zu schaffen[110].

Schließlich wollen sie dazu beitragen, daß „Protestbewegungen zu einem festen Bestandteil des demokratischen Kampfes für die Umgestaltung der Gesellschaft werden“[111]. Die SEW erläuterte die Perspektiven kommunistischer Bündnisarbeit:

> „Sozialistische Perspektive heißt nicht nur, realistische Tagesforderungen dialektisch mit den längerfristigen Perspektiven zu verbinden (...). Sozialistische Perspektive heißt auch, Bündnisfähigkeiten auszuloten, Bündnisse aller antimonopolistischen Kräfte zu entwickeln und zu festigen und realistische Etappenziele im Kampf gegen das Monopolkapital festzulegen. Das erweist sich auch im wichtigsten Abschnitt des derzeitigen Kampfes, im Friedenskampf“ („Konsequent“ hrsg. vom SEW-Parteivorstand, Nr. 1/1985).

Zur Verwirklichung ihrer Ziele streben die orthodoxen Kommunisten vor allem zwei Bündnisformen an:

- die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“, d. h. die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, christlichen und parteilosen Arbeitern,
- das „breite antimonopolistische Bündnis“ – die „geeinte, antimonopolistische Volksfront“ („Konsequent“, Nr. 1/1985) – gegen den „Hauptfeind“, das „Monopolkapital“.

Kommunisten treten für „geeinte, antimonopolistische Volksfront“ ein

Das „breite antimonopolistische Bündnis“ soll – aufbauend auf der „Aktionseinheit“ – auch Intellektuelle und „bürgerliche“ Kreise bis hin zu mittleren Unternehmern einbeziehen. Unter dem Schlagwort einer „Koalition der Vernunft“ gegen die „Weltraummilitarisierung“ (vgl. Ziff. 2.3) unterbreitete die DKP im Frühjahr ihr bislang breitestes Bündnisangebot, gerichtet auch an „vernünftige Kreise des Großkapitals“.

Obwohl die Kommunisten vorgeben, in „Bündnissen" keinen Führungsanspruch zu stellen, halten sie sich als Marxisten-Leninisten dennoch zur Führung berufen: Als „einzige Partei" in der Bundesrepublik Deutschland verfüge die DKP über eine „wissenschaftliche Weltanschauung", die „Theorie von Marx, Engels und Lenin"[112]. Ihre Politik habe „wissenschaftlichen Charakter"[113] und sei „richtig"[114]. „Mehrheiten" seien „noch nicht Wahrheiten"[115], über Erkenntnisprobleme werde „nicht demokratisch entschieden"[116].

„Deutsche Volkszeitung/die tat" ist Forum kommunistischer Bündnispolitik

Ein wichtiges Forum kommunistischer Bündnispolitik blieb die „Deutsche Volkszeitung/die tat", die unter Leitung eines DKP-Mitglieds seit Oktober 1983 wöchentlich mit einer Auflage von etwa 28.000 Exemplaren erscheint. Von den 16 Redaktionsmitgliedern sind mindestens 12 Kommunisten.

Die Kommunisten zogen 1985 eine außergewöhnlich positive Bilanz ihrer Bündnispolitik:

> „Stärke und Einfluß der DKP sind ... nicht in erster Linie an ihrem Wahlergebnis zu messen. ... In den letzten Jahren ist es uns in einem beträchtlichen Ausmaß gelungen, die von allen Gegnern betriebene politische Isolierung unserer Partei zu durchbrechen. Die uns umgebende Barriere des Antikommunismus ist durchlässiger geworden. Die Möglichkeiten, andere für unsere Positionen zu gewinnen, haben sich vergrößert. In allen wichtigen außerparlamentarischen Bewegungen spielten und spielen wir Kommunisten eine initiierende, orientierende und organisierende Rolle. Viele politische Forderungen, die ursprünglich allein von der DKP vertreten wurden, sind inzwischen Bestandteil der Positionen anderer Parteien, von Gewerkschaften und breiten Massenbewegungen" („Thesen zum 8. Parteitag der DKP", UZ-Eigenbeilage vom 28. Juni 1985).
>
> „Die Bereitschaft, mit uns Kommunisten gemeinsam in Aktion zu gehen, hat zugenommen" (UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 31. 10. 1985).

2.1 Bemühungen um „Aktionseinheit" mit Sozialdemokraten

Ein vorrangiges Ziel der moskauorientierten Kommunisten blieb gemeinsames Handeln mit Sozialdemokraten, das „Kernstück der Aktionseinheit"[117]. In ihren Bemühungen um solche Zusammenarbeit sah sich die DKP im Aufwind. Der DKP-Vorsitzende *Mies* stellte fest, die Partei sei „in der Aktionseinheit und in demokratischen Bündnissen ein beachteter und geachteter Faktor" geworden[118]. Durch ein „Mehr an gemeinsamem Zusammenwirken in den Aktionen der Friedensbewegung und der Gewerkschaften" habe sich das „allgemeine Klima" zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten verbessert[119].

Politische Vorgänge auf nationaler und internationaler Ebene kommentierte Mitte des Jahres ein DKP-Funktionär mit den Worten:

> „Vielleicht muß man den Großteil unseres Jahrhunderts miterlebt und miterlitten haben, um das, was zur Zeit in der internationalen

Arbeiterbewegung vor sich geht, nicht nur rational beurteilen, sondern gleichzeitig im Gefühl miterleben zu können.
Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands legt gemeinsam mit dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands den Entwurf zur Schaffung einer von chemischen Waffen befreiten Zone in Mitteleuropa vor.
Die Führung der Sozialistischen Internationale reist nach Moskau und vertritt dort im Hinblick auf Abrüstung und Entspannung dieselben Gedanken wie der Führer der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.
Das – und man muß es wissen und nachempfinden – hat es seit Jahrzehnten nicht gegeben. Das schien noch vor kurzem ein Ding der Unmöglichkeit." („Deutsche Volkszeitung/die tat" vom 12. 7. 1985)

DKP sieht „Spielraum für Aktionseinheit"

Die DKP-Führung insgesamt beurteilte die Entwicklung vorsichtiger. Zwar öffne ein „breites Spektrum politischer Gemeinsamkeiten" einen „beträchtlichen Spielraum für Aktionseinheiten"[120], doch sei eine „wirkliche Umkehr in der Rüstungspolitik der SPD" bislang ebensowenig erkennbar, wie eine „wirkliche Veränderung" in ihrer ökonomischen Politik[121]. Gleichwohl – so die DKP – wäre es „politisch verantwortungslos, wenn in der Sphäre der praktischen Politik die ‚progressiven Keime' übersehen und nicht genutzt würden"[122]. Die „Mauer zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten" sei trotz der „sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse" an „vielen Teilen durchbrochen"; die Zusammenarbeit vollziehe sich „innerhalb der Friedensbewegung, der antifaschistischen Bewegung, in Betrieben und Gewerkschaften"[123].
In diesen „Aktionsfeldern" kam es erneut zu zahlreichen Bündnissen – lokal, regional und bundesweit –, in denen Kommunisten und SPD-Mitglieder gleichberechtigt mitarbeiteten. Im ersten Halbjahr nutzten die DKP und ihre Vorfeldorganisationen vor allem den 40. Jahrestag der Kapitulation am Ende des 2. Weltkrieges als Anknüpfungspunkt für „Aktionseinheiten"; sie beschworen dabei „die gemeinsame Tradition des antifaschistischen Widerstandskampfes"[124]. Mehrfach traten Sozialdemokraten bei Podiumsdiskussionen und Kundgebungen, bei denen auch DKP-Funktionäre sprachen, als Redner auf. Die DKP hielt ihre Mitglieder an, das „umfassende Gespräch mit Sozialdemokraten auf allen Ebenen" zu suchen, um die „Aktionseinheit" weiterzuentwickeln[125]. Das DKP-Zentralorgan veröffentlichte – u. a. im Rahmen einer „UZ-Umfrage zum ‚Sternenkrieg'" – wiederholt Interviews mit bekannten Sozialdemokraten. In Leitungsgremien DKP-beeinflußter Organisationen z. B. im „Büro" des KFAZ (vgl. Ziff. 1.4.3), im zentralen „Arbeitsausschuß" der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" (vgl. Ziff. 2.5) und in DKP-beeinflußten Freundschaftsgesellschaften mit sozialistischen Ländern arbeiteten auch im Berichtsjahr wieder SPD-Mitglieder mit.
Der „Sozialistische Hochschulbund" (SHB) suchte die Politik der „Aktionseinheit" in der SPD voranzubringen. Er bezeichnet sich

selbst als marxistische Studentenorganisation im „Spektrum der Sozialdemokratie“[126].

Das marxistische Grundverständnis des SHB, seine Nahziele und Zukunftsperspektiven und auch das taktische Vorgehen sind von denen der moskauorientierten kommunistischen Studentenorganisationen kaum mehr zu unterscheiden. Der SHB-Bundesvorstand würdigte die „Imperialismus- und Staatenanalyse“ *Lenins* als wichtigen theoretischen Beitrag zu Strategie und Taktik der „Arbeiterklasse“ auf dem Weg zum Sozialismus[127]. Er lobte die Zusammenarbeit mit Kommunisten, die „für viele Sozialdemokraten zu einer größeren Selbstverständlichkeit“ geworden sei[128]; die „Aktionseinheit“ mit seinem Dauerbündnispartner MSB Spartakus pries er – mit den gleichen Formulierungen wie der kommunistische Studentenverband selbst – als „strategisches Kraftzentrum der Studentenbewegung“[129]. Der SHB will mit seinen ca. 2.000 Mitgliedern, die überwiegend in der SPD organisiert seien, „um die ganze SPD“ ringen und „integrationistische Dominanz“ zugunsten einer Stärkung der „Linkskräfte“ in der Partei zurückdrängen. Dazu forderte er die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen „Linkskräften“ ohne die „leidigen Ausgrenzungsbestrebungen antikommunistischer Provenienz“[130]*.

SHB praktiziert „Aktionseinheit“ mit Kommunisten

2.2 Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Gewerkschaften

Der Leninschen Weisung folgend,

> „man muß ... zu allen und jedweden Opfern entschlossen sein und sogar – wenn es sein muß – zu allen möglichen Kniffen, Listen, illegalen Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit bereit sein, um nur in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten“ (Lenin, Werke, Band 31, Berlin (Ost), 1959, S. 40),

verwenden die orthodoxen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren erhebliche Mühe darauf, im DGB und seinen Einzelgewerkschaften mitzuarbeiten und dort einflußreiche Positionen zu erlangen, um die Gewerkschaften schließlich in Werkzeuge („Transmissionsriemen“) kommunistischer Politik umzuwandeln. Unmißverständlich erklärte die DKP, die Partei brauche „Kämpfer, die bereit und fähig sind, ihre Politik und Beschlüsse in allen Situationen zu verwirklichen“:

> „Wir Kommunisten vertreten eine Weltanschauung, und das ist mehr, als nur gute Gewerkschaftsarbeit zu leisten“ („praxis“, Nr. 2/1985).

* Zu den Aktivitäten des SHB schrieb der Bundesgeschäftsführer der SPD in der Mitgliederzeitung „sozialdemokrat magazin“ (sm) Nr. 3/1985: „...Ich habe nun wahrhaftig nichts gegen Neueintritte. Aber wenn ein Verein seine Mitglieder intern aufruft, in die SPD zu gehen, um deren Politik zu beeinflussen, werde ich hellhörig, hier bitte ich die Funktionäre, die es angeht: Schaut euch im Bedarfsfall die Kameraden genau an. Vielleicht ist das Mißtrauen ja unbegründet. Aber als Schlafmützen sollte uns jedenfalls keiner erwischen.“

Die Kommunisten wollen in den Gewerkschaften die „Erkenntnis" verbreiten, „daß Arbeiterinteressen nur im Klassenkampf durchgesetzt werden können"[131].

Kommunisten messen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit „besondere Bedeutung" zu

Von besonderer Bedeutung – da langfristig wirksam – ist für die DKP die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, vor allem in der Gewerkschaftsjugend. Der „überwältigende Teil" der heutigen Gewerkschaftsreferenten – so die DKP – komme aus der „Studentenbewegung" und habe Bildungskonzeptionen vorangetrieben, „die sich im Gegensatz zur offiziellen DGB-Programmatik ausdrücklich auf den Marxismus" stützen. Die „nachrückenden Gewerkschaftskader" brächten die subjektiven Voraussetzungen „zur Aneignung sozialistischer Orientierungen" mit. Ein Zeichen für diese Entwicklung seien u. a. die zunehmenden Betriebsbesetzungen[132].

DKP sieht bei den Gewerkschaften „gewachsene Bereitschaft zur Zusammenarbeit"

Die „klassenkämpferischen Tendenzen" seien – so die DKP – „im DGB insgesamt stärker geworden"[133]. In einem internen Beschluß stellte die Partei fest, die Gewerkschaften hätten sich „deutlich verändert", es gebe eine „gewachsene Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Kommunistinnen und Kommunisten wurden in gewerkschaftliche Funktionen gewählt".

Auf den obersten Führungsebenen der Gewerkschaften sind orthodoxe Kommunisten nur vereinzelt vertreten. In einigen nachgeordneten Gewerkschaftsgliederungen ist ihr Anteil an den Funktionen und damit ihre Einflußmöglichkeit jedoch beachtlich, insbesondere in der IG Druck und Papier sowie in der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier, dem Kern der neuen IG Medien (Druck und Papier, Publizistik und Kunst) im DGB. Die Zahl der Gewerkschaftsfunktionäre unter neuen DKP-Mitgliedern war nach Feststellungen der DKP 1985 „wesentlich größer als vorher"[134].

Als vorbildlich hob die DKP erneut den Beschluß des 14. Gewerkschaftstages der IG Metall vom Oktober 1983 hervor, auch Kommunisten hätten „ihren Platz in der IG Metall. Daran lassen wir nicht rütteln"[135]. Einen ähnlichen Beschluß faßte im Mai der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) in Mannheim. Mit Genugtuung berichtete die DKP-nahe Presse auch darüber, daß die 12. Bundesjugendkonferenz des DGB im November mit „großer Mehrheit" eine „Ausgrenzung der DKP" abgelehnt habe[136]. Die DKP selbst interpretierte dies als Bereitschaft der Gewerkschaftsjugend zu Bündnissen mit Kommunisten[137].

DKP begrüßt Gewerkschaftsbeschlüsse gegen eine „Ausgrenzung von Kommunisten"

DKP beteiligte sich an Aktionswoche des DGB

Mitglieder und Funktionäre der DKP beteiligten sich – entsprechend den Weisungen der Parteiführung – in großer Zahl an der bundesweiten Aktionswoche des DGB gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung vom 14. bis 19. Oktober. Der DKP-Vorsitzende reihte sich mit weiteren Parteifunktionären in die DGB-Demonstration am 19. Oktober in Dortmund ein. Die DKP versuchte, ihre Parole „Statt Weltraumwaffen – Arbeitsplätze schaffen!" auch auf den DGB-Veranstaltungen zu verbreiten.

Die Berichterstattung über die Aktionswoche in der kommunisti-

schen Presse zielte darauf ab, eine angebliche „Interessenidentität" und „Aktionseinheit" von Kommunisten und Gewerkschaftern zu konstruieren. In einer Sonderausgabe der UZ zur DGB-Aktionswoche (Auflage etwa 100.000 Exemplare) bot die DKP kostenlos eine Broschüre an zu dem Thema „Gewerkschaftspolitik aus erster Hand – Gewerkschafter in der UZ" – eine Zusammenstellung von Gesprächen hochrangiger Gewerkschaftsfunktionäre, darunter Vorsitzende von Einzelgewerkschaften, mit der UZ. Rückblickend erklärte *Mies*, die Partei habe die Aktionswoche „nicht nur miterlebt", sondern auch „mitgestaltet"[138].

Unterstützung erfuhr die kommunistische Gewerkschaftsarbeit wiederum durch die „Nachrichten-Verlags-GmbH", Frankfurt/M. Diese gibt die monatlich erscheinenden „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik" (Auflage etwa 7.000 Exemplare) heraus, die sich vornehmlich an Gewerkschaftsfunktionäre wenden. Die Redaktion konnte auch 1985 regelmäßig führende Gewerkschaftsfunktionäre als Interviewpartner gewinnen. Alle vier Mitglieder des Redaktionskollegiums gehören der DKP an. Am 20./21. April richtete der Verlag in Frankfurt/M. das „8. Nachrichten-Seminar" aus (Thema: „Streik und Widerstand gegen Kapital und Kabinett"). „Wesentlichste Erkenntnis" der mehr als 100 Teilnehmer war – so die „Marxistischen Blätter" (Nr. 4/1985) – die Forderung, Arbeitskämpfe „mehr denn je zu politisieren"; durch „Betriebsbesetzungen" könne eine „neue Qualität" erreicht werden.

2.3 Einflußnahme auf die „Friedensbewegung"

DKP: „Friedenskampf" ist die „alles überragende Aufgabe"

Die DKP erklärte auch 1985 den „Kampf für den Frieden" zur „alles überragenden Aufgabe", zur „ersten Pflicht eines jeden Revolutionärs"[139]. Dabei bekräftigte die Partei:

> „Revolutionärer Friedenspolitik ist ihre antimonopolistische und antiimperialistische Orientierung eingeschrieben" („Marxistische Blätter", Nr. 6/1985).

Bei der Propagierung einer „antiimperialistischen Friedenspolitik" sehen Kommunisten weltweite Erfolge: Die KPdSU resümierte, die „führende Stellung der Kommunisten in der Friedensbewegung" habe bewirkt, „daß die Bewegung präzise antiimperialistische Positionen bezog"[140].

Auch die DKP sah die „kommunistische Politik" erfolgreich; dies zeige u. a. die „Entwicklung der Diskussion um die Supermachttheorie". Diejenigen, „die auch heute noch einer platten Gleichsetzung von UdSSR und USA das Wort reden", seien „weniger und leiser geworden"[141].

Neuer Schwerpunkt der „Friedenskampagne": „Verhinderung der Militarisierung des Weltraums"

Mit Jahresbeginn verlagerte die DKP den Schwerpunkt ihrer „Friedenskampagne" vom Kampf gegen die NATO-Nachrüstung auf die Agitation gegen das amerikanische SDI-Forschungsprogramm. Mit dieser Auswechslung ihres Agitations- und Aktionsschwerpunktes folgte die Partei den Vorgaben von KPdSU und SED:

Seit dem Herbst 1984 – als sich eine Wiederaufnahme der Genfer Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion andeutete – wurde die Forderung nach einem Verbot der „Militarisierung des Weltraums" – wie das amerikanische SDI-Forschungsprogramm im kommunistischen Sprachgebrauch bezeichnet wird – zum beherrschenden außenpolitischen Propagandathema der UdSSR. Dagegen trat das Verlangen nach einem Stopp der Stationierung amerikanischer Atomraketen und einem Abbau der bereits installierten Systeme an die zweite Stelle der sowjetischen „friedenspolitischen" Prioritäten. Das Ziel der weltweiten kommunistischen Kampagne gegen eine „Militarisierung des Weltraums" ist, die öffentliche Meinung für die „Friedensvorschläge" der Sowjetunion einzunehmen und während der Abrüstungsverhandlungen Druck auf die Vereinigten Staaten und deren Verbündete auszuüben.

Die „Auswechslung" der Agitationsschwerpunkte im internationalen kommunistischen „Friedenskampf" erfolgte Anfang Dezember 1984 auf Tagungen der Außenminister (Berlin/Ost) und der Verteidigungsminister (Budapest) der Warschauer-Pakt-Staaten. Zur gleichen Zeit schwor die KPdSU auf einer Beratung in Prag auch die nichtregierenden kommunistischen Parteien – darunter die DKP und die SEW – auf die neue Linie ein: Aufbau einer „breiten Koalition" gegen einen „Krieg der Sterne" und „noch umfassendere Mobilisierung der weltweiten Bewegung für Frieden und Abrüstung". Zum neuen Schlagwort wurde die Forderung nach einer „weltweiten Koalition der Vernunft und des Realismus" gegen die „Weltraummilitarisierung".

Die „Neuorientierung" des kommunistischen „Friedenskampfes" fand bereits wenig später ihren Niederschlag in Verlautbarungen und Aktionslosungen der internationalen kommunistischen „Frontorganisationen": Im Januar 1985 proklamierte Romesh *Chandra*, Präsident des „Weltfriedensrates", in Moskau in Anwesenheit von kommunistischen und nichtkommunistischen Funktionären aus der Bundesrepublik Deutschland eine „weltweite Kampagne gegen die Militarisierung des Weltraums" und forderte, die „Friedensbewegung" müsse „noch aktiver werden und maximalen Druck auf die USA ausüben".

Die Prager Beratung der kommunistischen Parteien (vom 4. bis 6. Dezember 1984) führte bei den moskauorientierten Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) zunächst zu einer allmählichen Verlagerung der „friedenspolitischen" Schwerpunkte, bis die „Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums" schließlich zum „alles entscheidenden Kampfziel" erklärt wurde. Zur „Popularisierung" des Kurses der Sowjetunion setzten sie ihren gesamten Propagandaapparat und ihre Vorfeldorganisationen ein.

Mit dem Angebot zu einer „Koalition der Vernunft und des Realismus" – einer „Weiterentwicklung" der Forderung nach „antimonopolistischen Bündnissen" – wollen die Kommunisten auch Kräfte

aus den Reihen der „Konservativen", der „Bourgeoisie" und des „Großkapitals" gewinnen. Im Kampf gegen den „Krieg der Sterne" – so die DKP – seien „Bündnisse und Koalitionen möglich wie in keiner anderen politischen Frage" (UZ-Extra vom 26. Juni 1985). Es gehe darum, „eine noch nie dagewesene, aber mögliche Koalition von Kräften aus Politik, Wirtschaft, Kirche und Kultur" zu schaffen (UZ-Extra vom 26. Juni 1985).

Ein Mittel zur Sammlung dieser Kräfte sehen die Kommunisten in dem am 6. August 1985 veröffentlichten Aufruf der Naturwissenschaftler „Wir warnen vor der Strategischen Verteidigungsinitiative", der von „autoritativen" Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften und der „Friedensbewegung" getragen wird. Die DKP möchte den „Prominentenaufruf" zu einer Kampagne im Stile des „Krefelder Appells" entwickeln, um erneut „hunderttausendfach, millionenfach" Unterschriften zu sammeln. Mit bewährten Methoden „organisierte" sie 1985 zunächst scheinbar spontane Basisinitiativen, um sich dann unter Berufung auf diese „Initiative aus der Friedensbewegung" auch öffentlich der Kampagne anzuschließen.

Anders als die Kampagne zum „Krefelder Appell" ist die neue Unterschriftenaktion 1985 nur schleppend angelaufen.*

Die DKP, die SEW und ihre Vorfeldorganisationen waren im Berichtsjahr bemüht, auch die „Friedensbewegung" in der Bundesrepublik Deutschland schrittweise auf dieses neue Thema festzulegen. Durchschlagende Erfolge konnten sie 1985 jedoch nicht verbuchen. Vor allem Gruppen aus dem „unabhängigen" Spektrum der Bewegung sperrten sich gegen eine erneute thematische „Einengung" des Protestes.

Der Parteivorsitzende *Mies* bezeichnete die „Weiterentwicklung der Friedensbewegung" als das „wichtigste Anliegen der Partei":

> „Dabei sollte jetzt eine schwerpunktmäßige Orientierung auf den Kampf gegen die Militarisierung des Weltraums, auf eine zielstrebige Aktionsorientierung und auf eine Fortsetzung der Diskussion über die künftige Strategie der Friedenssicherung erreicht werden" (UZ-Eigenbeilage vom 31. 10. 1985).

Kommunisten sind in Organisationsgremien der „Friedensbewegung" deutlich überrepräsentiert

In der „Friedensbewegung" selbst blieben orthodoxe Kommunisten auch 1985 nur eine Minderheit; die weit überwiegende Mehrheit der Anhänger dieser Bewegung identifizierte sich nicht mit kommunistischen Zielen. Die weiter nachlassende Mobilisierungskraft der Protestbewegung hatte indes einen Anstieg des zahlenmäßigen Anteils der Kommunisten an den Aktionen zur Folge. In den organisierenden und koordinierenden Gremien waren die DKP und ihre Vorfeldorganisationen deutlich überrepräsentiert. Sie konnten dort wegen

* Bis Mitte März 1986 – mehr als ein halbes Jahr nach Beginn der Kampagne – sollen nach Angaben der „Naturwissenschaftler-Initiative" mehr als 200.000 Unterschriften gesammelt worden sein. Nach einer vergleichbaren Laufzeit des „Krefelder Appells" hatten die Initiatoren seinerzeit die – offensichtlich überhöhte – Zahl von einer Million Unterzeichnern genannt.

ihres geschlossenen Auftretens und ihrer ständigen Präsenz viele ihrer Vorstellungen durchsetzen.
Im bundesweiten „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung" (KA) blieben orthodoxe Kommunisten durch die SDAJ, mehrere DKP-beeinflußte Organisationen und Mitglieder des MSB überproportional vertreten. Zu den Beratungen des KA entsandte auch die DKP, obwohl sie diesem Gremium offiziell nicht angehört, regelmäßig einen Referenten ihres Parteivorstandes. Kommunisten wirkten auch wieder besonders aktiv in den Arbeitsgruppen des KA und in dessen Bonner Büro mit.
Am 16./17. Juni, nach einer selbstauferlegten halbjährigen „Beratungsphase", hielt die „Friedensbewegung" in Köln einen „Großen Ratschlag" ab, eine „Strategiekonferenz" über inhaltliche Grundlagen für künftige „gemeinsame Aktionen". Wie bei den früheren Konferenzen konnten sich die DKP und ihre Vorfeldorganisationen wieder auf mehr als die Hälfte der knapp 700 Teilnehmer stützen. Es wurde beschlossen, vom 10. bis 16. November eine „Informationswoche der Friedensbewegung" durchzuführen. Der gemeinsame Aufruf hierfür berücksichtigte sowohl Vorstellungen der DKP als auch des „unabhängigen" Spektrums der Bewegung; der Protest gegen „Weltraummilitarisierung" stand an erster Stelle. Für denselben Zeitraum hatte die „Naturwissenschaftler-Initiative: Verantwortung für den Frieden", die eng mit der DFU-gesteuerten „Krefelder Initiative" verbunden ist (vgl. auch Ziffer 2.3, Seite 66), zu einer „Friedenswoche" an den Hochschulen aufgerufen. Die DKP terminierte – als „Beitrag zur Sache des Friedens" – auch ihre diesjährige „Woche des realen Sozialismus" (vgl. Abschnitt VII, Ziff. 1.1) auf die erste Hälfte des Monats November.
Resonanz und Ausstrahlung der „Informationswoche" blieben wesentlich hinter den „Herbstaktionen" der letzten Jahre zurück; dies gilt insbesondere für die als „Höhepunkte" angekündigten Abschlußveranstaltungen am 16. November. Die größte Beteiligung, mit etwa 3.000 Personen, hatte eine „internationale Großkundgebung" in Hamburg unter dem Motto „Keine Waffen in den Weltraum – Auf der Erde abrüsten". Zu ihren Rednern gehörte u. a. Prof. Wadim *Sagladin* (Erster Stellvertreter des Leiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU) – er war einer der Referenten der „Woche des realen Sozialismus" – sowie Prof. Ingrid *Kurz* (Mitglied des DFU-Direktoriums).
Einigkeit über Aktionsformen und -ziele gab es in der Bewegung auch nach der „Informationswoche" nicht. Eine für den 14./15. Dezember geplante „Aktionskonferenz der Friedensbewegung" wurde auf Februar 1986 verschoben.
Weit größer waren die Mobilisierungserfolge bei den „Ostermärschen 1985". Bei deren Planung und Vorbereitung konnten sich orthodoxe Kommunisten wieder einflußreiche Positionen sichern. Etwa 130.000 Personen (1984: etwa 200.000) beteiligten sich an den im gesamten Bundesgebiet durchgeführten Veranstaltungen (die Or-

Organisation der „Ostermärsche" wiederum weitgehend in der Hand DKP-beeinflußter Gruppen

ganisatoren sprachen von etwa 450.000 Teilnehmern). Bundesweite „Informationsstelle Ostermarsch '85" war – wie in den Vorjahren – die DFU-Landesgeschäftsstelle Hessen. Alle Kontaktadressen für überregionale „Ostermärsche" zeigten Bezüge zur DKP oder zu DKP-beeinflußten Vereinigungen. Für die zentralen Aufrufe und für die Spendenkonten zeichneten nahezu ausschließlich Funktionäre der DKP oder der DFU verantwortlich. In zentraler Funktion bei der Presseunterrichtung war wiederum Achim *Maske* (Mitglied des „Büros" des KFAZ und des Präsidiums des „Weltfriedensrates"). Funktionäre der DKP oder von ihr beeinflußter Organisationen sprachen auf zahlreichen „Ostermarsch"-Kundgebungen. Zu den gegenüber dem Vorjahr rückläufigen Teilnehmerzahlen äußerte die DKP, es komme nicht darauf an, „ob an dem einen oder anderen Ort mehr oder weniger Demonstranten waren", entscheidend sei die „politische Qualität der Ostermärsche '85". Diese sei geprägt durch das „gemeinsame Handeln von Gewerkschaftern, Sozialdemokraten, Kommunisten, Grünen und anderen Kräften"[142].

Kommunistisch gesteuerter „Dortmunder Kreis" koordiniert „betriebliche Friedensinitiativen"

Besonderes Augenmerk widmeten DKP und SDAJ nach wie vor der Entwicklung „betrieblicher Friedensinitiativen". Als Ziel nannten sie, zumindest „überall dort, wo es DKP-Betriebsgruppen und Betriebsaktive" gebe, auch „betriebliche Friedensinitiativen" aufzubauen[143]. Die Koordination dieser Initiativen hat der kommunistisch gesteuerte „Dortmunder Kreis" übernommen. Am 26. Januar richtete er in Dortmund ein bundesweites Treffen aus, zu dem etwa 500 Vertreter „betrieblicher Friedensinitiativen" erschienen.

„Krefelder Initiative" unterstützt kommunistische „Friedenskampagne"

Sprachrohr und Interpret DKP-genehmer „Friedenspolitik" blieb auch 1985 die DFU-gesteuerte „Krefelder Initiative". Ihr Arbeitsschwerpunkt blieb zunächst die „Hiroshima-Kampagne", das Folgeprojekt des „Krefelder Appells". „Zentrale Veranstaltung" dieser Kampagne war ein – weitgehend von der DFU organisiertes – Festival „Hiroshima mahnt – Stoppt den Rüstungswahnsinn – Künstler werben für den Frieden" am 14. September in Hannover mit mehr als 3.000 Besuchern. Auch der DKP-Vorsitzende Herbert *Mies* nahm daran teil. Die Veranstalter riefen – entsprechend den gewandelten Prioritäten des kommunistischen „Friedenskampfes" – zum „verstärkten Protest gegen SDI" auf[144]. Mit dem gleichen Ziel richtete die „Krefelder Initiative" am Tage darauf (15. September), ebenfalls in Hannover, vor etwa 700 Zuhörern eine internationale „Tagung über die bewaffnete militärische Nutzung des Weltraums" aus.

„Krefelder Initiative" sucht Unterstützung durch „berufsspezifische Friedensinitiativen"

Unterstützung erfuhr die „Krefelder Initiative" erneut durch bundesweite „berufsspezifische Friedensinitiativen", die häufig auf die Organisationskraft der DKP oder der DFU angewiesen sind und deren Mitwirkung dulden. Für die Betreuung „berufsspezifischer Friedensinitiativen" war in der DFU-Bundesgeschäftsstelle wieder Reiner *Braun* (DKP, DFU, Mitarbeiter der „Krefelder Initiative") hauptamtlich zuständig. Er gehört u. a., obwohl selbst nicht Naturwissenschaftler, zu den „Trägern" der „Naturwissenschaftler-Initiative:

Verantwortung für den Frieden" (vgl. Ziff. 2.3, Seite 66), die – wie die „Krefelder Initiative" – über die DFU-Bundesgeschäftsstelle in Köln erreichbar ist.
„Berufsspezifische" Hilfe im „Friedenskampf" leistete auch wieder der DKP-beeinflußte „Bund demokratischer Wissenschaftler e. V." (BdWi) mit seinem zweimonatlich erscheinenden „Informationsdienst Wissenschaft und Frieden" (Auflage: 1.500 Exemplare). Seit der Ausgabe für Juli/August hat die Publikation einen neuen Herausgeberkreis, und zwar mehr als 20 in der „Friedensbewegung" engagierte Wissenschaftler. Mehr als die Hälfte von ihnen gehört zur DKP oder ihren Vorfeldorganisationen. Verleger des Informationsdienstes blieb der BdWi.

2.4 „Antifaschismus"-Kampagne und Kampagne gegen „Rechtsentwicklung"

Neben dem „Friedenskampf" blieben die Kampagnen gegen „Faschismus" und gegen „Rechtsentwicklung" ein wesentliches Feld kommunistischer Bündnispolitik. Anlaß zu verstärkter – z. T. aggressiver – Agitation boten vor allem der 40. Jahrestag der Beendigung des 2. Weltkrieges, der Tod eines Demonstranten nach einer „antifaschistischen" Kundgebung im September in Frankfurt/M., Aktionen gegen tatsächliche oder vermeintliche „Neofaschisten" sowie der Prozeß gegen einen mutmaßlichen Beteiligten an der Ermordung des ehemaligen KPD-Vorsitzenden Ernst *Thälmann* in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager im Jahre 1944. Kommunisten empfahlen auch unfriedliche Aktionsformen:

Kommunisten empfehlen unfriedliche Aktionsformen

„Das sicherste Mittel bei öffentlichen Naziveranstaltungen sind Trillerpfeifen, Hupen, Rasseln – alles was Krach macht. (...) Wenn viele Antifaschisten gekommen sind, kann man den Platz besetzen, bevor die Nazis anrücken. Es soll auch schon Antifaschisten gegeben haben, die mit Eiern, Tomaten, Farbbeuteln die Neonazis empfangen haben . . ." („elan", Nr. 11/1984).

Mit ihrer Kampagne zum 8. Mai (40. Jahrestag der Beendigung des 2. Weltkriegs) – nach Einschätzung der DKP „eine der erfolgreichsten Etappen des Wirkens der Partei"[145] – versuchten orthodoxe Kommunisten für „breite antifaschistische Bündnisse" zu werben und aufzuzeigen, daß „der Sieg über den Faschismus in erster Linie der Sieg des Sozialismus, der überlegenen Gesellschaftsordnung", gewesen sei[146].

Ziel der „antifaschistischen Aktionseinheit": revolutionäre Umgestaltung der Bundesrepublik Deutschland

Über das Ziel „antifaschistischer Aktionseinheit" ließ die DKP keinen Zweifel. Sie beklagte, in der Bundesrepublik Deutschland sei es – anders als in der DDR – nach dem Kriege nicht zu einem „grundlegenden demokratischen Neubeginn" gekommen. Zwar habe es Voraussetzungen dazu auch in der Bundesrepublik Deutschland gegeben, zur Realisierung hätte es jedoch der „Fortsetzung und Vertiefung der Aktionseinheit bedurft"[147].
Die „Initiative 40. Jahrestag der Befreiung und des Friedens", die

von kommunistischen Funktionären der VVN-BdA (vgl. Ziff. 1.4.1) ins Leben gerufen worden war, mobilisierte über Monate hinweg für Demonstrationen und Kundgebungen am 4. Mai in Hamburg, Köln und Frankfurt/M. Dem Aufruf der „Initiative" mit der zentralen Forderung, „dem Antikommunismus und dem Neofaschismus Paroli zu bieten", hatten sich nicht nur zahlreiche kommunistische Funktionäre, sondern auch Gewerkschaftsfunktionäre und Mitglieder demokratischer Parteien mit ihrer Unterschrift angeschlossen.

Im Rückblick auf den 40. Jahrestag der Kapitulation stellte die DKP fest, sie habe„einen beachtlichen Beitrag zu den Manifestationen, Demonstrationen und Kundgebungen" geleistet[148]. Dabei seien „antifaschistische Bündnisse" entstanden, „deren Breite es in der Nachkriegszeit noch nicht gegeben hat"[149].

Orthodoxe Kommunisten bemühten sich verstärkt um „antifaschistische Aktionseinheit" mit autonomen Gruppen

Stärker als in früheren Jahren bemühten sich DKP und VVN-BdA, „auch die bei den autonomen Gruppen für unsere Politik zugänglichen Kräfte für die durchgängige antifaschistische Aktion zu gewinnen"[150]. Dies zeigte sich u. a. in einer Solidarisierungskampagne für einen am 28. September in Frankfurt/M. tödlich verunglückten „militanten"[151] Demonstranten (vgl. Abschnitt VI., Ziff. 3.2). Das DKP-Zentralorgan schrieb:

> „In manchen Städten entlud sich die Wut und der Zorn über die Polizeiwillkür und die Ermordung von Günter *Sare* auch in Sachbeschädigungen, die von den bürgerlichen Medien als ‚Krawalle' bezeichnet . . . wurden"
> (UZ vom 2. 10. 1985).

Emil *Carlebach*, Mitglied des geschäftsführenden VVN-BdA-Präsidiums und des DKP-Bezirksvorstandes Hessen, verglich in seiner Trauerrede den Unglücksfall mit dem Tod der „Freunde und Genossen im Konzentrationslager Buchenwald". *Sare* sei „im Kampf um Freiheit gegen den Faschismus, im Kampf um den Frieden" gestorben und stehe in der „langen Reihe der Märtyrer der deutschen antifaschistischen Bewegung" [152]. Auf der zentralen DKP-Veranstaltung zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 10. Mai in Frankfurt/M., an der auch „KPdSU-Vertreter und Künstler aus dem Lande des siegreichen roten Sterns"[153] teilnahmen, hatte *Carlebach* erklärt:

> „Wenn wir in diesem kapitalistischen Rechtsstaat Bundesrepublik ‚nur' Berufsverbote und Diffamierungen aller Art erleben, aber nicht die Massenmorde, in denen sich die deutsche Bourgeoisie von 1919 bis 1945 erging, dann danken wir das in erster Linie der großen sozialistischen Sowjetunion" (UZ-Eigenbeilage vom 29. Mai 1985).

2.5. Kampagne gegen angebliche „Berufsverbote"

Die bundesweite Initiative „Weg mit den Berufsverboten" (Sitz: Hamburg) organisierte und koordinierte auch 1985 Proteste gegen die Fernhaltung moskautreuer Kommunisten aus dem öffentlichen

Dienst und forderte gleichzeitig, „neofaschistische Aktionen zu verbieten“[154]. Zwei Drittel der Mitglieder des zentralen „Arbeitsausschusses“ der Initiative (Sprecher: Horst *Bethge*, Mitglied des Direktoriums der DFU) sind Funktionäre der DKP oder ihrer Vorfeldorganisationen.

Gegen angebliche „Berufsverbote“ für Kommunisten, für ein „Verbot neofaschistischer Aktivitäten“

Im Januar beschlossen die etwa 120 Teilnehmer der 17. Aktionskonferenz der Initiative, mit einer Kampagne „Ruf doch mal an“ beim Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen gegen „Berufsverbote bei der Post“ zu protestieren.

Auf ihrer 18. Aktionskonferenz im September zog die Initiative eine positive Bilanz ihres „Kampfes“: Horst *Bethge* sprach von einer „qualitativ neuen Situation“; auf der „politischen Ebene“ sei erstmals „ein ganz großer Durchbruch“ erzielt worden. Sepp *Mayer* (Mitglied des Sekretariats des DKP-Parteivorstandes) ergänzte, der „bereits angeknackste Konsens der Großen Parteien“ sei „weiter zerstört“ worden. Dadurch hätten sich die „Kampfbedingungen aller Demokraten“ verbessert. Dies könne Ausgangspunkt sein zu seiner Kampagne „für eine berufsverbotsfreie BRD.“

Mit ähnlichen Zielen wie die „Berufsverbote“-Initiativen agierte auch der im November 1984 von zwölf DKP-Mitgliedern in Stuttgart gegründete Verein „Solidarische Hilfe – Verein gegen staatliche Willkür e. V.“ (Vorsitzender: Hans *Meister*, Mitglied des DKP-Bezirksvorstandes Baden-Württemberg). Nach eigenen Angaben bestehen inzwischen zehn örtliche Vereine. Im Verlauf des Jahres dehnte die „Solidarische Hilfe“ ihr Aufgabenfeld auf den Bereich „Neue Formen der Armut und Verelendung“ aus.

2.6. „Antiimperialistische Solidarität“

Für die DKP ist „antiimperialistische Solidarität“ ein Bestandteil des „proletarischen Internationalismus“. Durch „antiimperialistische Solidarität“ will die Partei weltweit „Befreiungsbewegungen“ fördern und die westlichen Demokratien als „imperialistisch“ diffamieren. Zugleich erhofft sie sich davon, daß

Ziel ist die Diffamierung der westlichen Demokratien

> „alle diejenigen, die heute gefühlsmäßig mit den Revolutionären der Befreiungsbewegungen sympathisieren, morgen selbst zu bewußten Revolutionären in unserem Land werden“ (vgl. „praxis“, Zeitschrift des DKP-Parteivorstandes, Nr. 4/1981).

Wichtigste DKP-beeinflußte „antiimperialistische“ Bündnisorganisationen blieben das „Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika“ (ASK, vgl. Ziff. 1.4.8) und die „Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland – Kuba e. V.“, die wieder Studienreisen nach Kuba (Themen u. a.: „Demokratie in Kuba“, „Frauen in Kuba“) organisierte und zur Teilnahme an der „Internationalen Arbeitsbrigade José Marti“ in Kuba aufrief. Herausragendes Thema der Solidaritätsarbeit war für die orthodoxen Kommunisten nach wie vor die „Revolution“ in Nicaragua. Im März übergaben sie in Managua ihr „Solidaritätsprojekt“, eine fertig ein-

gerichtete Druckerei für die „Sandinistische Jugend". Mehr als 60 Mitglieder von DKP, SDAJ und MSB hatten als „Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca" in Nicaragua daran gearbeitet. Der MSB sprach von dem „erfolgreichsten Projekt internationaler Solidaritätsarbeit überhaupt"[155]. Geld und Sachleistungen von zusammen mehr als 2,3 Millionen DM seien aufgebracht worden.[156] Ihre Beteiligung an den Protestaktionen gegen die Apartheidpolitik Südafrikas sahen die orthodoxen Kommunisten als Beistand für die „Kommunistische Partei Südafrikas" und „den Befreiungskampf des African National Congress" sowie als Protest gegen die angebliche „Unterstützung des Rassistenregimes durch die Bundesregierung"[157].

3. Betriebsarbeit

Im Konzept der DKP sind die Betriebe das „entscheidende Kampf- und Aufgabenfeld" der gesamten Partei[158]. Die „Arbeiterklasse" sei stets der „Hauptadressat" ihrer Politik[159]. Das gelte insbesondere für die Arbeiter in den „Großbetrieben der materiellen Produktion", den „Kern der Arbeiterklasse", mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad und großer „Kampferfahrung"[160]. Die „Entwicklung von Klassenbewußtsein" werde allerdings durch das weitgehende „Aufbrechen" traditioneller „Zusammenhänge im Wohn- und Freizeitbereich" und veränderte Arbeitsbedingungen durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt erschwert:

DKP hat Schwierigkeiten in der „traditionellen Betriebsarbeit"

> „Unter diesen Bedingungen wächst die Bedeutung des politischen Ansprechens der arbeitenden Menschen durch die Arbeiterbewegung im kulturellen Umfeld, in der Familie, in den Nachbarschafts- und Freundschaftsbeziehungen, in Freizeitgruppen und Vereinen."
> (Thesen-Entwurf, a. a. O., S. 64)

Die DKP forderte ihre Mitglieder auf, vor den auftretenden Schwierigkeiten nicht zu „kapitulieren"; sie räumte ein, bei der Stärkung bestehender und der Gründung neuer Betriebsgruppen „noch nicht alles" erreicht zu haben[161]. Ihre Basis in den Betrieben konnte sie geringfügig erweitern: 1985 wurden etwa 370 (1984: etwa 340) Betriebsgruppen bekannt, davon etwa ein Drittel in der Metallindustrie und nahezu 100 im öffentlichen Dienst, überwiegend in Kommunal- und Landesverwaltungen. Die Partei unterhielt auch 1985 in allen Bezirksorganisationen „Betriebsaktivs", d. h. kleine Gruppen von Parteimitgliedern, die eine begrenzte Zeit als „Kollektiv" für den Aufbau neuer Betriebsgruppen eingesetzt werden können.
Mehr als 360 DKP-Betriebszeitungen (1984: etwa 380) mit Auflagen zwischen 100 und 7.000 Exemplaren (geschätzte Jahresauflage 1,6 Millionen Exemplare) wurden bekannt. Sie sollen „Aufklärungsarbeit" leisten und die „Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse" stärken. Die Zeitungen erschienen oft unregelmäßig; viele wurden nicht

FRANKFURTER
Stadtzeitung
6. Jahrgang/Nr. 44
Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Frankfurt
April 1985
DKP SELZTAL ECHO
marburger echo
Zeitung der DKP für Marburg
DKP rathaus report
Nr. 63 / Juni 1985
Herausgeber:
Stadtrat Herbert Stiefvater
Roter Pfeffer im Nürnberger Stadtrat
ARBEITERZEITUNG FRIEDENSZEITUNG ZEITUNG DER DKP
apr. 1985
trierer keiken
DAS SIEDLER-ECHO
DKP-Informationen für die Karl-Marx-Siedlung und Wormser Vororte
DKP INFORMATION Mittelmosel
LINKSRHEINISCHE
ZEITUNG DER DKP FÜR LUDWIGSHAFEN
Zeitung der DKP
Neues München
Jahrgang 15, Nr. 2
Februar 1985
MEMMINGER KURIER
Betriebszeitung der DKP für Leffer - UT-Schulde
DKP das Postlerlelefon
Betriebszeitung der DKP für Postlerinnen und Postler
DKP DIE KONTERMUTTER
zeitung für metallbetriebe in schwaborh
DKP Die Kommune
Zeitung für die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Stadt München
DKP BETRIEBS ECHO
Zeitung der DKP-Betriebsgruppe für die SIEMENS-Belegschaft
Der Fortschritt
- Kleinzeitungen

von den Betriebsgruppen selbst, sondern von übergeordneten Parteigliederungen herausgegeben.
Die DKP veranstaltete zur Förderung und Koordinierung der Betriebsarbeit wieder überörtliche Konzern- und Branchenberatungen (z. B. in den Bereichen Bau-, Metall- und Automobilindustrie und für die Firmen VW, Opel, Daimler-Benz, Siemens, AEG und Grundig). Mit ihrem zweiten „Arbeiterkongreß – gegen Sozialabbau und Armut" am 5. Oktober in Köln mit etwa 800 Teilnehmern versuchte die DKP, zugleich für die DGB-Aktionswoche (vgl. Ziff. 2.3) zu mobilisieren.
In den „Marxistischen Betriebsarbeiterschulen" (BASCH), die bei allen Bezirksvorständen eingerichtet sind, wurden in bis zu einjährigen Abendkursen wieder Betriebs-Arbeiter in „Marxismus-Leninismus" unterwiesen (vgl. Ziff. 1.1.3). DKP-Funktionäre kritisierten, daß die „BASCH-Kurse" wegen zu hoher theoretischer Anforderungen, Überlastung der Teilnehmer in Betrieb und Partei, aber auch wegen mangelnder Selbstdisziplin zu wenig genutzt würden.

4. Jugend-, Kinder- und Studentenarbeit

Kommunisten verfolgten wiederum das Ziel, mit ihrer „Politik und Weltanschauung" das „Denken, Fühlen und Handeln" der Jugend zu beeinflussen. Sie bemühten sich, jugendlichen Protest aufzugreifen, zu lenken und zu verstärken.
Die Parteigliederungen wurden angewiesen, die Arbeit der kommunistischen Jugend-, Kinder- und Studentenorganisationen zu unterstützen.

4.1 Jugend

Die SDAJ blieb darum bemüht, „Jugendliche, die sich wehren" zum „organisierten Kampf"[162] für kommunistische Ziele zu gewinnen. Sie erklärte dazu:

> „Wir sind überall zusammengeschlossen, wo Jugendliche arbeiten, lernen, leben ... Wir wollen ein politischer Faktor sein, der maßgeblich bestimmt, was in einem Stadtteil, einem Betrieb, einer Schule und dann in der gesamten Jugend passiert" („Diskussionspapier zur Vorbereitung der Festivalstafette", S. 3,5).

Um Jugendliche zu mobilisieren, bediente sie sich auch wieder provozierender – angeblich „jugendwirksamer" – Aktionsformen: SDAJ-Mitglieder besetzten Lehrwerkstätten und Büros, behinderten Kundgebungen, ketteten sich an öffentlichen Gebäuden an, vermauerten Türen, luden Misthaufen ab und überreichten „Orden für Lehrstellenlügner".
Erfolge konnte die SDAJ in ihrer „Bündnisarbeit" verzeichnen: Von zahlreichen demokratischen Jugendverbänden wurde sie – vor allem in „Bewegungen" – als Bündnispartner akzeptiert. Im Frühjahr fan-

den SDAJ, MSB und SHB für eine gemeinsame Erklärung „zum 8. Mai" auch die Zustimmung von Angehörigen zahlreicher demokratischer Jugendorganisationen, so der „Deutschen Jungdemokraten" (DJD), der „Naturfreundejugend Deutschland" (NFJD), der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken" und des „Jugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt". Junge Kommunisten wirken in der Bundesjugendleitung und in einigen Landesjugendleitungen der NFJD mit, die Ziel kommunistischer Infiltration blieb.

Mitglieder der SDAJ sind seit Jahren in Landesschülervertretungen und in Gliederungen der „Deutschen Jugendpresse e. V." vertreten; in den Vorstand der Bundesschülervertretung wurde im März ein SDAJ-Mitglied (1984: zwei von insgesamt sieben Vorstandsmitgliedern) gewählt. Zu den Schülervertretungswahlen '85 hatte die SDAJ ihre Mitglieder aufgefordert, sich zu Klassensprechern wählen zu lassen, denn Schülervertretungen seien geeignete „Sprachrohre für unsere Forderungen".

Die SDAJ ist Mitglied in zahlreichen Stadt- und Kreisjugendringen und auch in den Landesjugendringen in Hamburg, Bremen und im Saarland. Ihre Bemühungen um Aufnahme in den Deutschen Bundesjugendring wurden im Oktober erneut, deutlicher als in den Vorjahren, abgelehnt. Die SDAJ wertete dies als „Quittung" für ihr einseitiges Auftreten während der 12. „Weltjugendfestspiele" in Moskau[163]. Auf die Vorbereitung zu diesem „Jugendfestival" hatten sich über Monate ihre Aktivitäten konzentriert. Der prokommunistische „Arbeitskreis Festival" (AKF) arbeitete mit demokratischen Jugendverbänden im „Gemeinsamen Arbeitsausschuß XII. Weltfestspiele" (GAA) zusammen. AKF-Gruppen stellten ein Viertel der Teilnehmer der GAA-Delegation. Nachdem es bereits bei den Vorbereitungen mehrfach zum Streit innerhalb des GAA gekommen war, weil AKF-Gruppen einseitig sowjetische Positionen vertraten, erfolgte in Moskau ein Bruch, der nur notdürftig überbrückt wurde. Ursache war das absprachewidrige Auftreten einer Abordnung des kommunistisch beeinflußten „Westberliner Vorbereitungskomitee" (WVK – vgl. Ziff. 1.2) als eigenständige „Delegation Westberlin" während der Eröffnungsfeier. Die meisten demokratischen Gruppen nahmen deshalb einige Tage nicht an Festivalveranstaltungen teil. Die Gruppen des AKF-Spektrums werteten das Festival gleichwohl als „große einheitliche Demonstration"[164]; der Streit unter den deutschen Teilnehmern sei „Randerscheinung" und werde sich „kaum" auf die Zusammenarbeit der Jugendverbände auswirken[165].

SDAJ erneut nicht in den Bundesjugendring aufgenommen

Auch 1985 arbeitete die SDAJ im „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung" mit. SDAJ-Mitglieder beteiligten sich an den „Ostermärschen" und an der „Informationswoche der Friedensbewegung" und sammelten Unterschriften für den Aufruf der Naturwissenschaftler.

Die SDAJ diffamierte in ihrer „antimilitaristischen Agitation" die Bundeswehr als „imperialistisches Herrschaftsinstrument" und behauptete, die Bundesregierung wolle dieses Instrument zur „brutalen

SDAJ diffamiert die Bundeswehr

INFOS UND TIPS FÜR'S ERSTE LEHRJAHR

SDAJ-Wundertüte

mit:

1. Lehranfängerbroschüre
2. Watte zum in die Ohren bei lauten Lehrherren
3. Eine Smartie-Pille gegen Bet: str Boot -Viren
4. Aufnahmeschein in die SDAJ, damit Du Dich gemeinsam mit uns wehren kannst.

Arbeit & Moneten statt Raketen

Gemeinsam gegen Rechts

MACH MIT IN DER SDAJ

Wer sich nicht wehrt - lebt verkehrt!

INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER ZU BOCHUM

SDAJ-ler mauern die IHK zu

Haut den Bossen auf die Flossen!

Lehrstellen her! SDAJ

SDAJ - Agitation

Durchsetzung ihrer reaktionären Wendepolitik" nutzen[166]. Mit Flugblättern und der Publikation „Rührt Euch – Zeitung für Soldaten" warb sie unter Soldaten für eine Mitarbeit in Soldaten-Friedensinitiativen und in „Arbeitskreisen Demokratischer Soldaten" (ADS). Etwa 20 solcher kommunistisch beeinflußter Initiativen und Arbeitskreise wurden 1985 bekannt.

Junge Kommunisten und von ihnen beeinflußte Gruppen führten etwa 140 (1984: mehr als 160) Aktionen gegen die Bundeswehr (Flugblattaktionen, Mahnwachen, Störungen von Gelöbnissen etc.) durch. Sie waren ferner – oft im Bündnis mit anderen linksextremistischen Gruppierungen und mit demokratischen Kräften – an mehr als 700 weiteren Aktionen gegen die Bundeswehr beteiligt.

Schwerpunkt für die SDAJ bleibt die „Betriebsarbeit"

Ein Schwerpunkt der Aktivitäten des kommunistischen Jugendverbands ist nach wie vor die „Betriebsarbeit". Nach eigenen Angaben existierten im Berichtsjahr etwa 200 SDAJ-Betriebsgruppen. Die kommunistische „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg" bot wiederum Lehrgänge für Mitglieder und Leiter solcher Betriebsgruppen an. In ihrer Kampagne gegen Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit griff die SDAJ wieder zu aggressiven Parolen. Sie agitierte gegen „schweinische Sparpolitik", organisierte „Aktionstage gegen die Lehrstellenkatastrophe" und veranstaltete „Arbeiterjugendtribunale" gegen „Lehrstellenvernichter".

Im Rahmen ihrer Freizeit-und Kulturarbeit führte sie auch 1985 in allen 12 SDAJ-Landesverbänden wieder „Pfingstcamps" durch, an denen mehr als 10.000 Jugendliche teilnahmen. Der orthodox-kommunistisch beeinflußte Motorradclub „Kuhle Wampe", dem inzwischen mehr als 60 örtliche Clubs angehören, bemühte sich, motorradbegeisterten Jugendlichen die politischen Ziele der SDAJ näherzubringen. Als „zentralen Bestandteil" seiner Verbandsarbeit bezeichnete er seine „Mitarbeit in der antifaschistischen Bewegung" und seine Teilnahme am „Friedenskampf"[167].

4.2 Kinder

Orthodoxe Kommunisten waren nach wie vor darum bemüht, Kinder für politische Aktionen einzuspannen, sie gegen das Gesellschaftssystem in der Bundesrepublik Deutschland einzustimmen und für den „realen Sozialismus" zu begeistern. Wichtigster Träger der kommunistischen Arbeit unter Kindern blieben die „Jungen Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation".

Mit einer Kampagne „Keinen Krieg der Sterne – den Frieden haben wir gerne" agitierten sie gegen angeblich „verbrecherische Sternenkriegspläne" der USA[168]. Dazu sammelten sie Unterschriften bei Kinderfesten, auf Spielplätzen und in Ferienlagern. An den 18 Pfingstcamps, die sie zum Teil gemeinsam mit der SDAJ veranstalteten, nahmen nach Angaben des DKP-Zentralorgans etwa 4.000 Kinder und Betreuer teil[169]. Der DKP-Vorsitzende und mehrere DKP-Präsidiumsmitglieder erschienen als Besucher. „Junge Pioniere" beteiligten sich an den „Ostermärschen", den „antifaschisti-

Keinen Krieg der Sterne
Den Frieden haben wir
...ja gerne

Wir sammeln weiter Unterschriften gegen den "Krieg der Sterne" und verbreiten unser Fensterbild mit dem Stern und der Friedenstaube.

Die Kinder haben die Leute immer gefragt: ‚Bist du für den Frieden? Dann unterschreib' gegen die neuen Raketen in unserem Land!' Und wenn Erwachsene mal nicht unterschreiben wollten, haben sie gleich gesagt: ‚Dann bist du wohl für die Bundeswehr und gegen den Frieden?' Und solche Erwachsene konnten den Kindern nicht erklären, warum sie nicht unterschreiben wollten."

(Pionierleiter-Handbuch, S. 109)

Unsere Pioniere und auch viele andere Kinder wollen diese Teilnahme an der Politik. Was sie im Spiel gelernt und begriffen haben, wollen sie konsequenterweise auch in die Tat umsetzen.

Wir wollen die Jungen Pioniere stärken und mit unserer Aktionsmaus zahlreiche Aktionen für die Rechte der Kinder durchführen. Solche kindgemäßen Aktionen durchführen. Solche Kinder auf diese Weise an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu beteiligen, das ist ein Prinzip unserer Erziehungsarbeit.

SOZIALISTISCHE KINDERORGANISATION · JUNGE PIONIERE ·

<u>Die Wahrheit aber ist:</u> Die USA wollen hinter einem Schild von Raketenabwehrwaffen einen atomaren <u>Angriff auf die Sowjetunion</u> starten können. So stellen sie sich das in ihren teuflischen Plänen vor:

Nikolausfeier gegen den Krieg der Sterne!

Der Nikolaus fragt auch alle Kinder, ob sie schon Pionier sind. Den Nochnicht-Pionieren schenkt er gleich einen Aufnahmeschein, der noch während der Nikolausfeier

Toll ist, wenn man es so organisieren kann, daß die Kinder am Gruppennachmittag vor der Nikolausfeier Unterschriften gegen den "Krieg der Sterne" sammeln, die sie dem Nikolaus da- übergeben können.

Kommunistische Indoktrination von Kindern

schen" Veranstaltungen zum 40. Jahrestag des Kriegsendes und an Solidaritätsaktionen für Nicaragua. Wie in den Vorjahren organisierten DKP und „Junge Pioniere" preisgünstige Kinderferien in das „Kinderland DDR", an denen etwa 4.000 Kinder teilnahmen[170]. Mit dieser Aktion soll, so erklärten DKP-Funktionäre, der „sozialistische Staat DDR als Friedensstaat" vorgestellt und den Eltern ein „positives Verhältnis zur DKP" vermittelt werden. Die Kinderferienaktion sei ein „hochpolitischer Beitrag zur Stärkung unserer Partei"[171].

4.3 Studenten

Träger kommunistischer Aktivitäten an Hochschulen und Universitäten sind die – z. Zt. etwa 100 – DKP-Hochschulgruppen – ihnen gehören alle an einer Hochschule studierenden und beschäftigten DKP-Mitglieder an – und der „Marxistische Studentenbund Spartakus" (MSB).

„Starke DKP-Hochschulgruppen" sind für die Partei das „unverzichtbare Bindeglied zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz" [172]. Sie sollen gemeinsam mit dem MSB „marxistische Positionen" an den Hochschulen „kämpferisch"[173] vertreten. Der MSB beschrieb sein Konzept für den „Interessenkampf" der Studenten als „Politik der gewerkschaftlichen Orientierung" (GO). Mit der „GO-Politik", einer „aktionsorientierten Interessenvertretung", will er als Sachwalter studentischer Anliegen erscheinen, Einfluß in studentischen Vertretungsorganen erlangen und zur Durchsetzung seiner hochschulpolitischen, aber auch allgemeinpolitischen Forderungen mit Organisationen der „Arbeiterklasse" zusammenarbeiten.

Die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten bildet für den MSB eine zentrale Aufgabe. Seine seit Jahren bestehende „Aktionseinheit" mit dem SHB wertete er als „entscheidendes Kraftzentrum und Motor"[174] studentischer Politik. Darüber hinaus sucht er das Bündnis mit den „Jungsozialisten-Hochschulgruppen" (Juso-HG) und allen links von der CDU stehenden Studenten.

Linksextremisten in den VDS konnten ihre Positionen ausbauen

In den „Vereinigten Deutschen Studentenschaften" (VDS) – für den MSB ein „quasigewerkschaftliches Organ" – wurden die Einflußmöglichkeiten der Linksextremisten noch stärker. Seit die Juso-HG im März auf der letzten VDS-Mitgliederversammlung ihre Mitarbeit im VDS-Vorstand eingestellt haben, arbeiten dort nur noch je ein Vertreter des MSB, des SHB und des „Liberalen Hochschulverbandes" (LHV). Damit verfügten Linksextremisten in diesem Gremium auch 1985 über weit größeren Einfluß als ihre Stimmenanteile bei den Wahlen zu den Studentenvertretungen auswiesen.

Ihre Mitarbeit in den VDS nutzten Linksextremisten wiederum für ihre eigenen Aktivitäten aus. MSB-Mitglieder wirkten als Vertreter der VDS im „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung" (KA) mit – der MSB ist dort offiziell nicht vertreten. Für die „Friedensliste NRW" kandidierte ein MSB-Mitglied, wobei lediglich seine Funktionen in den VDS und im KA angegeben wurden. Auch für die Mobilisierung in der Kampagne gegen die Neufassung des Hoch-

schulrahmengesetzes (HRG) und in der Werbung für die „Hochschulfriedenswoche" (vgl. Ziff. 2.3) konnte der organisatorische Apparat der VDS eingesetzt werden. Nach der bundesweiten Anti-HRG-Demonstration am 15. Juni in Bonn, die auch von Gewerkschaften und Mitgliedern der SPD unterstützt wurde, resümierte der MSB, in einem „gesellschaftlichen Sektor von großer Bedeutung" sei ein Bündnis „links von der CDU exemplarisch realisiert" worden[175].

5. Ideologischer Kampf

Die DKP sprach erneut von einer „Verschärfung des ideologischen Kampfes". Der „Imperialismus" führe einen aufwendigen „Kreuzzug gegen den Kommunismus"; „Kernstück" der Angriffe sei die „Verleumdung des Sozialismus" – untrennbar verbunden mit der Vorbereitung eines Atomkrieges. Dies verpflichte die DKP zu verstärkter „Sozialismus-Propaganda", um den „Marxismus-Leninismus" zu verbreiten, die „Friedenspolitik" und die „historischen Errungenschaften" der sozialistischen Länder zu vermitteln, um „Klassenbewußtsein" zu entwickeln und die „sozialistische Alternative" für die Bundesrepublik Deutschland darzustellen[176].

Kommunisten unterhalten Apparat für „wissenschaftliche Sozialismus-Propaganda"

Für diese „Sozialismus-Propaganda" verfügt die DKP über eine Reihe bewährter organisatorischer Einrichtungen:

5.1 „Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V." (IMSF)

Das IMSF in Frankfurt/M. – „wissenschaftliches" Institut der DKP – hat den Auftrag, „Theorie und Methode" des „Marxismus-Leninismus" auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland umzusetzen und seine Erkenntnisse mit Publikationen, Seminaren und Vortrags-Veranstaltungen zu verbreiten[177]. Sein Leiter Dr. Heinz *Jung* (Mitglied des DKP-Parteivorstandes), dessen Stellvertreter und die Mehrzahl der übrigen festen Mitarbeiter sind DKP-Mitglieder. Fast alle der z. Zt. 16 Mitglieder des „wissenschaftlichen Beirats des IMSF" sind Kommunisten, darunter die Mitglieder des DKP-Parteivorstandes Prof. Josef *Schleifstein* und Dr. Robert *Steigerwald*[178].

Unter dem Leitthema „Marxismus als Zukunftsdenken" beschäftigte sich das IMSF 1985 vor allem mit „linken Alternativen" für die künftige Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Zu Diskussionsveranstaltungen wurden wieder Gewerkschafter und vereinzelt auch Referenten aus dem Bereich der „Neuen Linken" eingeladen. Das IMSF-Jahrbuch „Marxistische Studien" erschien erstmals in zwei Bänden. Die „Marxistischen Blätter" – das Theorie-Organ der DKP – bescheinigte dem zweiten Band „herausragende Qualität", weil auch „linkssozialistische, sozialdemokratische und grünalternative" Autoren zu Wort gekommen seien[179].

Im Juni veranstalteten das IMSF, das „Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen" (IMEMO, Moskau) und das „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft" (IPW) der DDR in Moskau eine Tagung mit dem Thema „Westeuropa in Wirtschaft und Politik des Imperialismus". Zu einer internationalen Konferenz des IMSF über Fragen des Bündnisses von „Intelligenz, Intellektuellen und Arbeiterbewegungen in Westeuropa" am 16./17. März in Frankfurt/M. kamen rd. 1.000 Teilnehmer. Mehr als 200 Teilnehmer hatte die „wissenschaftliche" Konferenz zum Thema „Zukunft" am 23./24. November in Frankfurt/M.

5.2 „Marx-Engels-Stiftung e. V."

Die 1979 in Wuppertal gegründete „Marx-Engels-Stiftung e. V." – sie ist auch Träger des „Marx-Engels-Zentrums" in Wuppertal – soll Kenntnisse über die „heutige Wirksamkeit der Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels" vermitteln. Neuer Vereinsvorsitzender wurde im Januar – als Nachfolger von Herbert *Mies* – der DKP-Funktionär Dr. Richard *Kumpf*, Leiter des „Marx-Engels-Zentrum" der DKP[180] und zweiter Vorsitzender der „Marxistischen Arbeiterbildung". Im „Zentrum" befinden sich eine Bibliothek und eine vom „Deutschen Museum für Geschichte" der DDR überlassene ständige Ausstellung über das Lebenswerk von Marx und Engels. Das „Zentrum" diente auch im Berichtsjahr wieder als Tagungsstätte für eine Reihe „wissenschaftlicher" Veranstaltungen und Kolloquien des Vereins selbst oder für Seminare von DKP-Nebenorganisationen.
Nach Angaben des Vereins haben 1985 mehr als 50 Gruppen „aus der Arbeiterbewegung, Gewerkschaften, Friedensbewegung" das „Zentrum" besucht[181].

5.3 „Marxistische Arbeiterbildung"

Die 1969 in Frankfurt/M. gegründete „Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (MAB) soll politisch Interessierte aus Betrieben und Gewerkschaften mit den Ideen der „marxistischen Arbeiterbewegung" vertraut machen und letztlich der DKP zuführen. Der Vorsitzende der MAB, Hans *Schneider*, ist Mitglied des DKP-Parteivorstandes.
Von den bisher 60 örtlichen MAB-Gemeinschaften war in den letzten Monaten nur noch ein kleiner Teil aktiv; sie organisierten Vortragsveranstaltungen, teilweise mit Referenten aus der DDR. Etwa 15 Gemeinschaften arbeiteten als „Marxistische Abend- bzw. Arbeiterschulen" (MASCH) und boten Kurse zu ausgewählten Themen des „wissenschaftlichen Sozialismus" an. Die DKP zählte diese „MASCH-Kurse" ausdrücklich zu „unserem Bildungsangebot"[182].
Als Anreiz zum Besuch dieser Schulungseinrichtungen wurden u. a. Filmabende, Fotozirkel, Sprach- und Musikkurse und auch Reisen, zumeist in die DDR, angeboten.

5.4 Druckerei, Verlage und Buchhandlungen

Die DKP ist bestrebt, die Wirkung ihrer „parteieigenen Medien" ständig zu verbessern. Zur Bedeutung der „marxistischen Literatur", für die DKP „unverzichtbarer Bestandteil der ideologischen Arbeit" und „Waffe im Klassenkampf"[183], erklärte ein hoher DKP-Funktionär:

> „Wer liest, tut etwas für Herz und Verstand, das Lesen erleichtert den Entschluß zum revolutionären Kampf".
> („UZ-Magazin Literatur", Oktober 1985, S. 23)

Kommunisten unterhalten ein Netz von Verlagen und Buchhandlungen

Die 11 „sozialistischen und demokratischen Verlage" und die etwa 30 „collectiv"-Buchhandlungen, die sich zu einer „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler" zusammengeschlossen haben, bieten Material für alle „Kampffelder" der orthodoxen Kommunisten.

Als „sozialistische, bewußtseinsfördernde und bildende Kraft" sieht sich der „Verlag Marxistische Blätter" (Frankfurt/M.); dort erscheinen die „Marxistischen Blätter" – theoretisches Organ der DKP (Auflage über 7.000 Exemplare) –, Bücher führender DKP-Funktionäre zur Strategie und Taktik der Partei sowie grundsätzliche Literatur zum „Marxismus-Leninismus". Zielgruppe des „Weltkreis-Verlages" (Dortmund) ist die Jugend; bei ihm erscheinen Publikationen der SDAJ, u. a. das Jugendmagazin „elan"; der „Röderberg-Verlag" (Frankfurt/M.) ist auf „antifaschistische" Literatur spezialisiert; der „Nachrichten-Verlag" (ebenfalls Frankfurt/M.) bietet gewerkschaftsbezogene Veröffentlichungen an. Das Programm des „Pahl-Rugenstein-Verlages" (Köln) ist darauf ausgerichtet, die Bündnispolitik insgesamt zu fördern; er verlegt auch die Zeitschriften „Blätter für deutsche und internationale Politik", „Demokratische Erziehung", „demokratisches gesundheitswesen" und „Demokratie und Recht". Der „Brücken-Verlag und Literaturvertrieb" (Düsseldorf) führt ein umfangreiches Büchersortiment aus der UdSSR, DDR und anderen sozialistischen Staaten.

Auf der 37. Frankfurter Buchmesse waren alle 11 Verlage mit Ausstellungsständen vertreten; sie präsentierten nach eigenen Angaben zusammen etwa 800 Buchtitel.

Die „PLAMBECK & Co Druck und Verlag GmbH" (Neuss) druckt und verlegt das DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit" (UZ) und stellt darüber hinaus fast alle sonstigen Publikationen der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen einschließlich des Agitationsmaterials für die großen Kampagnen her. PLAMBECK erhielt auch 1985 Druckaufträge aus sozialistischen Ländern und organisierte Herstellung und Vertrieb des „Messemagazin International" (MMI), das 1985 zu zehn Messen in sozialistischen Ländern erschien; mit den dabei erzielten erheblichen Gewinnen können Verluste bei anderen Publikationen aufgefangen werden.

Die etwa 30 „collectiv"-Buchhandlungen, inzwischen sämtlich Zweigstellen des „Brücken-Verlages", warben mit Bücherlesungen

Kommunistische und prokommunistische Verlage

Röderberg - Verlag GmbH
Schumannstr. 56
6000 Frankfurt / M. 1

Verlag " pläne " GmbH
Postfach 827
4600 Dortmund 1
Te. (0231) 818925 - 28

Asso - Verlag
Josefplatz 3
4200 Oberhausen 1

Brücken - Verlag GmbH
Literaturvertrieb Import Export
Ackerstr. 3
4000 Düsseldorf 1

Weltkreis - Verlags - GmbH
Braunschweiger Straße 12 - 20
Postfach 789
4600 Dortmund 1
Telefon (0231) 83801 - 0
Telex: 822292 plaen

Nachrichten - Verlags GmbH
Kurfürstenstraße 18
Postfach 900749
6000 Frankfurt / M. 90
Telefon (069) 778079

Pahl - Rugenstein - Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

Verlag Marxistische Blätter GmbH
Heddernheimer Landstr. 78a
6000 Frankfurt / M. 50

Verlag Atelier im Bauernhaus
In der Bredenau 5
2802 Fischerhude

Institut für Marxistische Studien
und Forschung (IMSF)
Oberlindau 15
6000 Frankfurt / Main 1

Plambeck & Co
Druck und Verlag GmbH
Postfach 920
4040 Neuss 1

Damnitz Verlag
im Verlag Plambeck & Co
Druck und Verlag GmbH
Xantener Straße 7, 4040 Neuss
Redaktionen und Lektorat:
Hohenzollernstr. 146 Rg.,
8000 München 40

Collectiv Buchhandlungen (ca. 30)

„fortschrittlicher" Autoren aus der Bundesrepublik Deutschland und namhafter Schriftsteller aus der DDR und organisierten „Diskussionsveranstaltungen" sowie „Verkaufsausstellungen" mit Literatur aus der UdSSR und der DDR.

5.5 „Kulturarbeit"

DKP nutzt „Kultur" als „Waffe im Klassenkampf"

Die DKP nutzte „Kultur" wiederum als Instrument zur Stärkung ihres „Einflusses unter den Massen"[184] und als „Waffe im Klassenkampf"[185]. Zentrales Ereignis war ein „Kulturpolitisches Forum der DKP" am 15./16. Juni in Bochum-Wattenscheid, das unter dem Motto „Für eine Kultur des Friedens, der Arbeit und der Solidarität" stattfand.

Nach Angaben der kommunistischen Presse beteiligten sich etwa 300 Personen – „Kulturschaffende, im Bereich Kulturpolitik tätige DKP-Funktionäre und -Mitglieder sowie Gäste aus sozialdemokratischen, grün-alternativen, antifaschistischen und christlichen Bereichen". Die DKP bemühte sich „Einfluß und Kontrolle in Medien" zu erhalten, denn „die Klassenkämpfe der Gegenwart und erst recht der Zukunft werden wesentlich von den Medien mitentschieden"[186]. In ihrem „Kampf um demokratische Medien" drängten Kommunisten insbesondere auf die Schaffung einer „einheitlichen" und „schlagkräftigen Mediengewerkschaft" (vgl. Ziff. 2.2). Dabei wollen sie bereits Erfolge erzielt haben: In den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten habe sich das „demokratische Engagement" verbreitert; Indiz hierfür sei der „gewerkschaftliche Organisationsgrad und nicht zuletzt der organisatorische Vormarsch ... (der) Partei in diesen Anstalten"[187].

Kommunisten suchen Einfluß in Medien und Bildungseinrichtungen

Zu den „kulturellen Kernbereichen" zählt die DKP das Bildungswesen. Die Partei, in der nach eigenen Angaben „viele Lehrer und Intellektuelle organisiert"[188] sind, will die Erfahrung nutzen, „daß Einstellungen und Orientierungen von Jugendlichen zumindest teilweise durch das Wirken von Lehrern u. ä. bestimmt werden"[189]. „Tips zur Unterrichtsgestaltung" gibt die Monatsschrift „Demokratische Erziehung", deren verantwortliche Redakteure in der kommunistischen Bildungsarbeit tätig sind.

Die DKP forderte ihre Mitglieder auf,

> „die parteieigenen Medien zu stärken, von der UZ bis zu den Betriebszeitungen, von den Buchverlagen bis zur progressiven Film-, Platten- und Videoproduktion"
> (UZ vom 13. 7. 1985).

Im Rahmen der „Kulturarbeit" der orthodoxen Kommunisten waren wiederum zahlreiche DKP-nahe Verlage und Firmen tätig, deren Ausstrahlung auch über die eigene Anhängerschaft der DKP hinausging. Hierzu gehörten u. a.:

- der Verlag „pläne GmbH", Dortmund, dessen Geschäftsführung seit Jahren von Kommunisten bestimmt wird; er produziert und vertreibt Schallplatten, vermittelt „fortschrittliche" Rockgruppen

und „Liedermacher" und gibt die Vierteljahresschrift „Eiserne Lerche – Hefte für eine demokratische Musikkultur" heraus. Der verantwortliche Redakteur ist Mitarbeiter beim DKP-Parteivorstand;
- die Firma „UNIDOC", Dortmund, will mit Filmen und Videos „aktuelle politische Bedürfnisse der Friedensinitiativen" und der „Genossen in der Partei und in der SDAJ" abdecken; der Geschäftsführer ist Mitglied der DKP[190];
- der „Damnitz-Verlag", eine Abteilung der „Plambeck & Co. Druck und Verlags GmbH"; sein Geschäftsführer ist Mitglied der DKP. Im „Damnitz-Verlag" erscheinen u. a. die Vierteljahresschriften „tendenzen – Zeitschrift für engagierte Kunst" (ihr verantwortlicher Redakteur ist DKP-Mitglied) und „kürbiskern – Literatur, Kritik, Klassenkampf", herausgegeben von Funktionären und Unterstützern der DKP.

Zum 40. Jahrestag der Beendigung des 2. Weltkrieges schlossen sich zwölf DKP-nahe Verlage und Firmen zu einer Medieninitiative „Aus der Geschichte lernen – für den Frieden sorgen" zusammen. Sie bot in einer kostenlosen „media revue" (Auflage: 500.000, 68 Seiten) mehrere hundert Buchtitel, Reisen, Filme, Videos, Schallplatten, Poster, Postkarten sowie Zeitungen und Zeitschriften an.

Die DKP konnte für ihre Partei- und „Bündnisarbeit" wiederum auf eine große Zahl kommunistischer und „fortschrittlicher" Künstler, auf Song- und Agitationsgruppen und auf Mitglieder des Verbandes „Arbeiterfotografie" zurückgreifen. Öffentliche Kritik übte die Partei am „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt", dem sie vorwarf, seine „anarchische Literaturproduktion" bedeute „letztendlich den Verzicht auf politische Literatur"[191].

Um „Impulse für die künstlerische und politische Arbeit" zu geben, organisierte die SDAJ im August in ihrer Bildungsstätte Burg Wahrberg ihr „9. Victor-Jara-Treffen" (etwa 200 Teilnehmer). Mitglieder der SDAJ und der DKP initiierten zu Jahresbeginn „massive Protestaktionen" (u. a. Blockaden, Überkleben von Filmplakaten, Agitation in Kinos) gegen die Aufführung des amerikanischen Spielfilms „Die rote Flut". Gegen Jahresende resümierte die DKP, dadurch sei „die Absetzung des Streifens in über 50 Prozent der Kinos" erreicht worden[192].

Zur Unterstützung der kommunistischen „Kulturarbeit" durch die DDR vgl. Kap. V 2.

6. Teilnahme an Wahlen

Mitglieder der DKP kandidierten 1985 bei den Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen sowie bei den Kommunalwahlen in Hessen. Ermutigt durch den Erfolg der „Friedensliste" (vgl. Ziffer 1.4.5) bei der Europawahl 1984 hatte die Partei versucht, für beide Landtagswahlen ähnliche Wahlbündnisse aufzubauen. Wäh-

nunistische Kulturarbeit

rend ihr dies im Saarland nicht gelang, konnte sie in Nordrhein-Westfalen zahlreiche Mitglieder auf der „Friedensliste NRW" plazieren. In Nordrhein-Westfalen verzichtete sie auf die eigene Kandidatur und rief die Parteigliederungen auf, „mit aller Kraft" für einen Erfolg der „Friedensliste" zu wirken. Bei den Kommunalwahlen in Hessen kamen nach Angaben der DKP in 15 Gemeinden Wahlbündnisse unter Beteiligung von DKP-Mitgliedern zustande.

6.1 Landtagswahl im Saarland

Bei der Landtagswahl im Saarland (10. März) kandidierte die DKP in allen drei Wahlkreisen und mit einer Landesliste. Sie erhielt 2.317 Stimmen = 0,3 % (1980: 3.703 Stimmen = 0,5 %).

6.2 Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Wahlbündnis konnte Ergebnis der Europawahl nicht erreichen

Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (12. Mai) entfielen auf die „Friedensliste NRW" 61.818 Stimmen (= 0,7 %), deutlich weniger als bei der Europawahl 1984 (NRW: 95.405 Stimmen = 1,3 %). Übertroffen wurde jedoch das Landtagswahlergebnis der DKP im Jahre 1980 (30.441 Stimmen = 0,3 %). Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte die „Friedensliste" in Orten, in denen die DKP in Stadtparlamenten vertreten ist (z. B. Wülfrath 2,1 %; Bottrop 1,6 %). Sprecher der „Friedensliste NRW" bezeichneten das Ergebnis, wenn auch „unter den Erwartungen", als „beachtlich" für die erstmalige Beteiligung an einer Landtagswahl. Die DKP rügte, nicht alle Parteigruppen in Nordrhein-Westfalen hätten „den Wahlkampf der Friedensliste als ihren Wahlkampf verstanden". Da die Liste mehr als 0,5 % der Stimmen erhielt, kann sie mit einer Wahlkampfkostenerstattung von etwa 400.000 DM rechnen.

6.3 Kommunalwahlen in Hessen

An den Kommunalwahlen in Hessen (10. März) beteiligte sich die DKP in 18 von 21 Landkreisen, im Umlandverband Frankfurt, in den 5 kreisfreien Städten sowie in 42 von 421 kreisangehörigen Gemeinden. In 15 kreisangehörigen Gemeinden bewarben sich DKP-Mitglieder auf Bündnislisten um ein Mandat im Gemeinde- oder Ortsbeirat. Über eigene Listen erhielt die DKP 24 Mandate (bisher 30) in 8 Gemeinderäten (bisher 9) und 5 Sitze (bisher 6) in 4 Ortsbeiräten. Über Bündnislisten fielen 2 Mandate in Gemeinderäten und 2 Sitze in Ortsbeiräten an DKP-Mitglieder. In 4 Gemeinden stellt die DKP wieder je ein Magistratsmitglied.

6.4 Mandate in Kommunalvertretungen

Ende 1985 entfielen auf DKP-Mitglieder 99 Mandate (bisher 101) in 53 Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen (bisher 50) sowie 20 Sitze (bisher 18) in 15 (bisher 13) Bezirksvertretungen bzw. Ortsbeiräten.

7. Ausblick 1986

Die DKP werde 1986, so kündigte ihr Vorsitzender Herbert *Mies* an, dazu beitragen, daß eine „gemeinsame und eindrucksvolle Manifestation der Friedensbewegung ... gegen die Militarisierung des Weltraums" und für „die Beendigung des Wettrüstens auf Erden" zustande kommt. In ihrer Agitation stellen die moskauorientierten Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend darauf ab, für sie sei zu der „historischen Mission der Arbeiterklasse, die kapitalistische Ausbeuterordnung zu überwinden und den Sozialismus aufzubauen" als Aufgabe hinzugetreten, „den atomaren Untergang" der Menschheit zu verhindern. Höhepunkte im kommunistischen „Friedenskampf" 1986 soll die Unterstützung einer „Großdemonstration" der „Friedensbewegung" an einem Stationierungsort von Cruise-Missiles (11. Oktober 1986) werden, ferner der auf Betreiben des kommunistisch gesteuerten „Weltfriedensrates" in Kopenhagen vorgesehene „Weltkongress zum Internationalen Friedensjahr" (15.–19. Oktober 1986).
Auch weiterhin will die DKP „Arbeiterkämpfe", so den Protest gegen die angebliche „Einschränkung des Streikrechts" durch die Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG), „solidarisch" und aktiv fördern.
Im Wahlkampf für den 11. Deutschen Bundestag wird die DKP die „Friedensliste" unterstützen; diese werde „das politische Klima zugunsten der Ziele beeinflussen, für die auch die DKP ... eintritt".

V. SED-Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland

Staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen der DDR arbeiten weiterhin gegen die Bundesrepublik Deutschland

Die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" (SED) in der DDR war auch 1985 bestrebt, durch vielfältige Aktivitäten politische Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland im kommunistischen Sinne zu beeinflussen. Die „Westarbeit" wird entweder verdeckt durchgeführt oder als „internationale" Zusammenarbeit im Rahmen der „friedlichen Koexistenz" ausgegeben. Anleitung und Kontrolle der „Westarbeit" aller gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen der DDR obliegen der „Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft" des Zentralkomitees (ZK) der SED (bis 1984 als „Westabteilung" bekannt). Neuer Leiter dieser Abteilung wurde Gunter *Rettner*; er löste den langjährigen Abteilungsleiter Herbert *Häber* (bis November Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED) ab. Die „Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft" stützt sich in ihrer Arbeit auf die „Westsektoren" bei den SED-

Bezirksleitungen, denen die DKP-Bezirksorganisationen wie folgt als „Patenbezirke" zugewiesen sind:

SED-Bezirksleitung	„Patenbezirk" (= zugewiesene DKP-Bezirksorganisation)
Rostock	Hamburg
Neubrandenburg	Schleswig-Holstein
Schwerin	Bremen/Niedersachsen-Nord
Frankfurt/Oder, Erfurt	Hessen
Potsdam	Rheinland-Pfalz
Magdeburg	Niedersachsen
Cottbus	Saar
Leipzig, Halle	Ruhr-Westfalen
Dresden	Baden-Württemberg
Karl-Marx-Stadt	Rheinland-Westfalen
Gera	Südbayern
Suhl	Nordbayern

1. Anleitung und Unterstützung der DKP

Ausdruck der besonderen Beziehungen zwischen SED und DKP sind bereits die Zuständigkeitsregelungen im ZK der SED. Während die Kontakte der SED zu anderen „Bruderparteien" von der ZK-Abteilung „Internationale Verbindungen" abgewickelt werden, obliegt die Betreuung der DKP einer besonderen ZK-Abteilung. Führende Funktionäre beider Parteien bekräftigten bei ihren Zusammenkünften den „Geist traditioneller, brüderlicher Verbundenheit". So betonte das SED-ZK-Mitglied Helmut *Müller*, 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, beim traditionellen „Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Treffen" der DKP am 19. Januar in Velbert:

> Das „Erbe Lenins, Liebknechts und Luxemburgs ist SED und DKP gleichermaßen heilig;... im Bewußtsein gemeinsamer revolutionärer Traditionen werde die SED im Thälmannschen Geist alles tun, um die engen brüderlichen Beziehungen zwischen beiden Parteien weiter zu entwickeln" („Neues Deutschland" vom 21. 1. 1985).

Anleitung und Unterstützung der DKP erfolgen weitgehend konspirativ

Die Anleitung der DKP sowie deren erhebliche materielle Unterstützung durch die SED erfolgen weitgehend konspirativ. Die Parteiführungen beschließen dazu jährlich einen Rahmenplan, der durch Einzelpläne der SED- und DKP-Bezirksorganisationen konkretisiert wird. Gespräche zwischen SED- und DKP-Funktionären auf verschiedenen Ebenen, Berichte an die SED-Führung, Besuche von Delegationen und auch die Übersendung und Aufbewahrung von

DKP-Unterlagen (u. a. Kaderunterlagen) in der DDR sichern der SED die Kontrolle über ihre „Bruderpartei". Erneut stellte die SED Ausbildungseinrichtungen in der DDR für die Kaderschulung von DKP-Mitgliedern zur Verfügung (vgl. Abschnitt IV Ziff. 1.1.3).

2. „Westarbeit" anderer DDR-Institutionen

DDR-„Massenorganisationen" und andere Einrichtungen suchten auch im Berichtsjahr Kontakte zu entsprechenden Zielgruppen in der Bundesrepublik Deutschland und bemühten sich um Zustimmung für kommunistische Positionen. Besonders engagiert sind seit Jahren die „Freie Deutsche Jugend" (FDJ), der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund" (FDGB) und das „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR" (IPW) in Berlin (Ost).

Ziel der FDJ-„Westarbeit" ist die „solidarische Unterstützung" der „Bruderorganisationen" – „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ), „Marxistischer Studentenbund Spartakus" (MSB), „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation" (JP) und „Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht" (SJV Karl Liebknecht) – im „revolutionären Kampf gegen den Imperialismus" sowie die „Verbreiterung des antiimperialistischen Potentials" in anderen Jugendverbänden.

Zusammenarbeit mit den „Bruderorganisationen" in der Bundesrepublik Deutschland

Der Zusammenarbeit mit den „Bruderorganisationen" dienen, wie bei SED und DKP, periodische Arbeitsvereinbarungen, Anleitungsgespräche, materielle Hilfen und Delegationsreisen. So kamen zu den „Pfingstcamps" der SDAJ und JP etwa 40 FDJ-Funktionäre in die Bundesrepublik Deutschland; Delegationen des FDJ-Zentralrates nahmen im März an der 5. Bundeskonferenz der JP in Dortmund und im Oktober am 9. Bundeskongreß des MSB in Bochum teil.

Delegationen der Bundesvorstände von MSB und SDAJ besuchten ihrerseits im Frühjahr die DDR; dabei wurde die SDAJ-Gruppe auch von Egon *Krenz*, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, empfangen.

Die unverändert engen „freundschaftlichen" Beziehungen zwischen der FDJ und dem „Sozialistischen Hochschulbund" (SHB) belegt die Teilnahme einer FDJ-Abordnung an der 26. ordentlichen SHB-Bundesdelegiertenversammlung im Oktober in Bielefeld.

Eine FDJ-Delegation war auch Gast der 19. Bundesjugendkonferenz der „Naturfreundejugend Deutschlands" (NFJD) (15. bis 17. Juni in Nürnberg).

Funktionäre des FDJ-Zentralrates konnten auch 1985 Führungsgremien demokratischer Jugendverbände in der Bundesrepublik Deutschland für gemeinsame Veranstaltungen, zum Teil unter Beteiligung von FDJ-„Bruderorganisationen", gewinnen – so zum „15. Festival des politischen Liedes" in Berlin (Ost) vom 9. bis 17. Februar und zum „Internationalen Jugendlager" in Werder/Havel vom 9. bis 13. November. Dabei gelang es der FDJ häufig, in abschlie-

ßenden Resolutionen und anderen gemeinsamen Erklärungen ihre zentralen Anliegen, wie die Forderung nach Stopp der NATO-Nachrüstung und des amerikanischen SDI-Projekts, herauszustellen. Zum XII. Parlament der FDJ (21. bis 24. Mai) in Berlin (Ost) reisten „Bruderorganisationen" und demokratische Jugendverbände aus dem Bundesgebiet und Berlin (West) mit insgesamt 13 Delegationen an.

Das „INTERNATIONAL-Informations- und Bildungszentrum e. V." der DDR veranstaltete wiederum „Studien- und Informationsreisen" in die DDR, insbesondere für Gewerkschafter aus der Bundesrepublik Deutschland. Damit wird das Ziel verfolgt, den Teilnehmern neben dem touristischen Programm durch Kontakte zu ausgewählten Gesprächspartnern die „sozialistischen Errungenschaften" der DDR und die Vorzüge des „realen Sozialismus" zu vermitteln. „INTERNATIONAL" betreute darüber hinaus von der DKP organisierte Studiengruppen sowie Elterndelegationen, die zur Vorbereitung der kommunistischen Kinderferienaktion in die DDR reisten.

Im Rahmen der „kulturellen Westarbeit" entsandte die DDR wieder zahlreiche Theater-, Musik- und Kleinkunstensembles zu Veranstaltungen der DKP und ihrer Nebenorganisationen.

Schwerpunkte waren der „Internationale Frauentag" am 8. März, die Veranstaltungen der DKP zum 1. Mai und zum 40. Jahrestag des Kriegsendes sowie die von SDAJ und den „Jungen Pionieren" organisierten „Pfingstcamps". Ein Theaterensemble aus Berlin (Ost) gastierte im Rahmen der „DKP-Theatertage für Arbeiter" in sechs Städten des Bundesgebiets. Zum Gastspiel in Münster bemerkte der dortige DKP-Kreisvorstand:

> „Für Kommunisten in Münster war der Besuch des Maxim-Gorki-Theaters eine kulturpolitische Initiative, ein Aufzeigen der kulturellen Fähigkeiten der DKP – zum anderen wurde mit der Aufführung auch eine eigene Art Sozialismuspropaganda betrieben" („Unsere Zeit" vom 26. 10. 1985).

Das „Institut für internationale Politik und Wirtschaft" (IPW) entsandte auch 1985 leitende Mitarbeiter zu Veranstaltungen und wissenschaftlichen Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland; sie hatten den Auftrag, für politische Positionen und Ziele der DDR zu werben. Informationen und Kontakte, die das IPW über diese „Reisekader" gewinnen kann, nutzt auch das „Ministerium für Staatssicherheit" (MfS) der DDR.

3. Funktionärs- und Delegationsreisen in die DDR und DDR-„Reisekader"

Die DKP, ihre Nebenorganisationen und die von ihr beeinflußten Vereinigungen entsandten wieder zahlreiche Funktionäre sowie über

600 Delegationen mit zusammen mehreren tausend Teilnehmern zu Gesprächen, Schulungen und „Studienaufenthalten" in die DDR. Die Reisen werden von SED und DKP als Mittel der „Sozialismuspropaganda" durchgeführt. Sie dienen der Schulung und ideologischen Festigung der „Genossen", aber auch der Werbung von Personen, die der kommunistischen Partei bereits nahestehen. Die DKP schrieb dazu:

„Eine der wichtigsten Säulen unseres Erfolges ist die Delegationstätigkeit in die DDR. ... Es kann der Wert dieser Arbeit nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wie viele Vorbehalte werden da abgebaut, wenn unsere Kolleginnen und Kollegen die sozialistische DDR hautnah kennenlernen! ... Und in den weiteren, aber notwendigen Gesprächen mit ihnen bedarf es oftmals nur noch eines Anstoßes zur Bereitschaft, Mitglied unserer Partei zu werden."(„praxis" Nr. 4/85)

In umgekehrter Richtung entsandten auch die SED und ihre „Massenorganisationen" wieder mehr als 1.000 „Reisekader". Sie werden für ihren Einsatz im Bundesgebiet besonders ausgewählt und vorbereitet und haben nach der Rückkehr über Reiseverlauf und Kontaktpersonen detaillierte Berichte zu erstellen.

VI. „Neue Linke"

1. Politischer Standort und Entwicklung

Auch Gruppen der „Neuen Linken" wollen „Diktatur des Proletariats", einige wollen die Anarchie

Neben den moskauorientierten Kommunisten strebt seit Jahren eine große Zahl weiterer linkextremistischer Gruppen nach „grundlegenden Veränderungen" der staatlichen Ordnung und der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Bei zumeist scharfer Ablehnung orthodox-kommunistischer Positionen orientieren sie sich an unterschiedlichen Ideologien und verfolgen verschiedene politische Strategien und Taktiken: Marxistisch-leninistische Parteien und Bünde, trotzkistische Organisationen und andere revolutionär-marxistische Gruppen propagieren den „Klassenkampf"; sie arbeiten darauf hin, das „Proletariat" als „die entscheidende revolutionäre Kraft" gegen das „kapitalistische System" zu führen und den „bürgerlichen Staat" durch einen „Umsturz" zu beseitigen; die Mehrzahl will über die „Diktatur des Proletariats" eine sozialistische und schließlich kommunistische Gesellschaft errichten. „Bürokratische Entartungen" wie in den Ländern des „realen Sozialismus" halten sie für vermeidbar. Anarchistische Gruppen wollen den Staat und die staatliche Ordnung zersetzen oder „zerschlagen", um eine „herrschaftsfreie Gesellschaft" zu schaffen. Ihre Vorstellungen über

geeignete Aktionsformen, taktisches Vorgehen und strategische Ziele gehen aber weit auseinander. Auch 1985 versuchten Zusammenschlüsse der „Neuen Linken", unter Rückgriff sowohl auf marxistische als auch auf anarchistische Ansätze wirksame sozialrevolutionäre Konzepte zu entwickeln. Nihilistische Einstellungen waren erneut unter den Anhängern autonomer Gruppierungen verbreitet.

Viele Gruppen der „Neuen Linken" bekennen sich offen zur Gewalt

Die Mehrzahl der Gruppen der „Neuen Linken" befürwortete offen den Einsatz von Gewalt, um ihren Zielen näher zu kommen. Vor allem die „autonomen", diffus anarchistisch orientierten Zusammenschlüsse wendeten auch Gewalt an gegen Sachen und gegen Personen. Sie griffen dabei wiederholt zu terroristischen Praktiken und verübten Sprengstoffanschläge und Brandstiftungen. Über die Anlässe und die Art der eingesetzten Mittel entschieden sie oft spontan, nach Abschätzung der eigenen Stärke und der jeweiligen staatlichen Sicherheitsmaßnahmen.

Die Anhängerschaft der revolutionär-marxistischen und der anarchistisch orientierten Gruppen blieb im wesentlichen unverändert.

Niedergang der K-Gruppen hat sich verlangsamt

Der Niedergang der marxistisch-leninistischen Parteien und Bünde hat sich verlangsamt. Die meisten dieser Gruppen konnten Mitgliederstand und organisatorisches Gefüge halten. Dies gilt auch für die trotzkistischen Organisationen. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und auch zur Diskussion ideologischer Fragen untereinander hielt an. Die „Überwindung" der „alten sektiererischen Abschottungen" wurden von den meisten als „wichtiger Fortschritt" begrüßt[193]. Sie beklagten aber auch, daß die „revolutionäre Linke", die organisatorisch „zersplitterten, zerteilten, verformten Kräfte der Revolution"[194], „wichtige Klärungen" nicht erreicht hätten. Nach wie vor isoliert hält sich die mitgliederstärkste Organisation, die „Marxistische Gruppe".

Weitgehender Verzicht auf „Avantgarde"-Ansprüche

Nur noch wenige revolutionäre Marxisten sahen sich als Avantgarde-Organisation der „Arbeiterklasse". Auch 1985 suchten und entwikkelten sie Aktionsbündnisse untereinander, aber auch mit den moskauorientierten Kommunisten und deren Umfeld sowie mit demokratischen Organisationen.

Die noch verbliebenen Mitglieder waren im Berichtsjahr wieder enger in die Organisationen eingebunden. Die Verlagerung der Aktivitäten und auch die Abwanderung von Mitgliedern in örtliche Initiativen der „Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung", der „Friedensbewegung" oder zu den „Grün-Alternativen" kam weitgehend zum Stillstand. Erneut befürworteten Mitglieder marxistisch-leninistischer und trotzkistischer Gruppen die Mitarbeit bei den „Grünen", um dort zum „Aufbau eines ökosozialistischen Flügels" beizutragen. In den Gruppen wuchs aber Kritik an „mangelnder Orientierung" der „Grünen" auf „Klassenkampf und Sozialismus"[195] und auf die „Arbeiterklasse als Hauptträger des revolutionären Prozesses"[196].

Autonome sehen Ansätze für Aufschwung

Unter den anarchistischen und sonstigen sozialrevolutionären Gruppen setzten sich die Bestrebungen zum Aufbau größerer Zusammenhänge fort. Die autonomen Gruppierungen sahen im Verlauf und

Ausmaß zahlreicher Protestaktionen – z. B. gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Bonn, gegen den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf und im Herbst nach dem Tod eines Demonstranten in Frankfurt – Ansätze für einen neuen Aufschwung. Ihre Klagen über „Ohnmacht und Erschöpfung" der „Bewegung" wurden seltener. Zur „Organisierung des Widerstandes" beteiligten auch sie sich an Aktionsbündnissen. Zugleich warnten sie aber vor „Integrationsversuchen", inbesondere einer „Vereinnahmung" durch die „Grün-Alternativen" und mahnten, sich „von niemandem vorschreiben" zu lassen, „wie und mit welchen Mitteln der Kampf zu führen" sei[197].

Ein beherrschendes Aktionsfeld gab es für die Gruppen der „Neuen Linken" auch 1985 nicht. Schwerpunkte bildeten wieder Agitation und Aktionen gegen die NATO und deren Verteidigungsstrategien, gegen die Bundeswehr und gegen die „Rüstungsindustrie". Von Bedeutung war darüber hinaus auch die Solidaritätsarbeit mit „revolutionären Bewegungen" in Mittelamerika, der Protest gegen angebliche Unterstützung der Apartheidpolitik Südafrikas aus der Bundesrepublik Deutschland, der „Widerstand" gegen die Atomindustrie, der „antifaschistische Kampf" und die Agitation gegen vermeintlich wachsende Überwachung und Ausbeutung durch Einsatz „neuer Technologien".

Die Gruppen der „Neuen Linken" verfügen nach wie vor über einen beachtlichen publizistischen Apparat. Sie gaben etwa 250 verschiedene periodische Schriften mit einer Jahresgesamtauflage von mehr als 4,5 Millionen Exemplaren heraus. Für die undogmatischen anarchistischen und sozialrevolutionären Zusammenschlüsse blieben die Publikationen der Alternativpresse ein zusätzliches wichtiges Informationsmittel. Eine Reihe dieser Blätter veröffentlichte, ohne selbst extremistische Ziele zu artikulieren, wiederum Aufrufe, Erklärungen und Berichte von und über linksextremistische Gruppen. Anzahl und Auflage solcher Stadt-, Volks- und Szeneblätter haben sich aber insgesamt verringert. Rückläufig war auch die Entwicklung der Schriften autonomer Gruppierungen. Nur noch wenige dieser Blätter erschienen mit mehreren Ausgaben.

Im Berichtsjahr wurden zehn (1984: fünf) Schwarzsender bekannt, die als Informationsmittler auch für Kräfte der „Neuen Linken" wirkten.

2. Organisationen und Gruppierungen

2.1 Revolutionär-marxistische Gruppen

Zu den revolutionär-marxistischen Gruppen der „Neuen Linken" gehören die marxistisch-leninistischen Parteien und Bünde (K-Gruppen), die trotzkistischen Gruppen und einige andere Organisationen, die von marxistischen Theorieansätzen her revolutionäre Umwälzungen herbeiführen wollen.

Die „Marxistische Gruppe", die nach der Zahl ihrer Mitglieder und Anhänger größte Organisation, hatte weiteren Zulauf. Der „Kommunistische Bund Westdeutschland" (KBW) dagegen löste sich im Februar auf. Sein Vermögen, darunter ein Bürogebäude mit Drukkerei in Frankfurt/Main., soll nach dem Willen der ehemaligen Mitglieder für Zwecke der „grün-alternativen Bewegung" eingesetzt werden. Auch die vom KBW begründete Monatsschrift „Kommune-Forum für Politik und Ökonomie" erschien weiter. Zu den Herausgebern gehören ehemalige Mitglieder des KBW und anderer revolutionär-marxistischer Gruppen.
Von der 1979 vom „Kommunistischen Bund" (KB) abgespaltenen „Gruppe Z" wurden 1985 keine Aktivitäten mehr festgestellt. Nach Angaben ehemaliger Mitglieder besteht die Gruppe nicht mehr als organisatorischer Zusammenhang. Sie war geschlossen den „Grünen" beigetreten, um dort ihre Ziele weiter zu verfolgen. Ehemals führende Funktionäre der „Gruppe Z" arbeiteten auch im Berichtsjahr auf Bundes- und Landesebene wieder bei den „Grünen" mit.
Das „Sozialistische Büro" beschränkte sich wiederum im wesentlichen auf die Herausgabe seiner Publikationen („links-Sozialistische Zeitung", „express-Zeitung für Sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit" und „widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich"). Neue Impulse für Aktionsvorhaben der „Neuen Linken" gingen von dieser Gruppe nicht aus.
Der Mitgliederstand der mehr als 10 trotzkistischen Organisationen, die unterschiedlichen, z. T. konkurrierenden Richtungen des internationalen Trotzkismus angeschlossen sind, blieb bei etwa 700 Personen.
Von den K-Gruppen waren noch vier bundesweit aktiv:
die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD),
die „Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)" (KPD),
der „Bund Westdeutscher Kommunisten" (BWK) und der
„Kommunistische Bund" (KB).
Außer der MLPD verfügt jedoch keine dieser Gruppen mehr über ein gleichmäßig über das gesamte Bundesgebiet verbreitetes Netz von Ortsgruppen oder Stützpunkten. Die MLPD ist auch die einzige K-Gruppe, die sich noch als „die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse" betrachtet; sie konnte weitere Mitglieder hinzugewinnen. Zum Jahresende lag die Zahl der Mitglieder in den Kernorganisationen der K-Gruppen bei etwa 2.800 (1984: 2.600).
Das 1983 von KPD und BWK begonnene Projekt einer Zusammenführung der „revolutionären Sozialisten" – der BWK spricht von den „Revolutionären kommunistischer Zielsetzung" – brachte keine Fortschritte. Jedoch enthielten die zentralen Publikationen von KPD, BWK, den „Kommunistischen Gruppen – Neue Hauptseite Theorie" (KG-NHT) sowie von vier anarchistischen und anarchokommunistischen Vereinigungen auch 1985 die „Gemeinsame Beila-

ge" als Diskussionsplattform. Beiträge hierfür lieferte erstmals auch der KB. Die trotzkistische „Gruppe Internationale Marxisten" (GIM) arbeitet seit Herbst im Herausgeberkreis mit. Die KG-NHT und die KPD kritisierten im Frühjahr, die am „Beilagenkreis" Beteiligten hätten durch die „Herausarbeitung der Differenzen" eher zur „Legitimierung der Zersplitterung der revolutionären Linken" beigetragen[198].

Gegensätzliche Standpunkte zeigten sich insbesondere in der Beurteilung des „realen Sozialismus" und der Bündnisfähigkeit der DKP. Anarchisten meldeten vorsorglich für die angestrebte „Einheitsfrontorganisation" das „Recht auf Fraktionsbildung" und auf „freie Agitation und Propaganda" an; in „revolutionären Situationen" seien schließlich häufig genug die Anarchisten als „Konterrevolutionäre" abgestempelt und „an die Wand" gestellt worden.

2.1.1 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD)

Die 1982 aus dem „Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands" (KABD) hervorgegangene MLPD blieb ideologisch den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung verpflichtet. Als einzige Gruppe der „Neuen Linken" verteidigte sie die Idee der „Großen Proletarischen Kulturrevolution" als „höchste Form des Klassenkampfes im Sozialismus"[199].

Die MLPD kritisierte die Entwicklung in China und in anderen „real-sozialistischen Ländern" als „revisionistische Entartungen".

MLPD kritisiert den „sowjetischen Sozialimperialismus" und die DKP

Für März 1986 bereitete sie ein „Internationales Tribunal gegen den sowjetischen Sozialimperialismus" vor. Scharfe Angriffe richtete sie wiederum gegen die „DKP-Führung", die „westdeutsche Agentur des Kremls"[200].

Bei ihrer ersten Beteiligung an einer Landtagswahl – in Nordrhein-Westfalen am 12. Mai – erhielt sie 3.368 Stimmen (weniger als 0,1 %). Die MLPD sprach dennoch von einem „großen Sprung" hin zur „Verankerung unter den werktätigen Massen"[201]. Sie habe nahezu 3 Millionen Wahlzeitungen und 30.000 Plakate verbreitet und über tausend Informationsstände betrieben[202]; in 100 Wahlveranstaltungen hätten etwa 8.000 Besucher angesprochen werden können[203].

Auf ihrem 2. Parteitag vom 20. bis 22. September in Köln bewerteten die Delegierten die Arbeit der Organisation insgesamt positiv. Schwierigkeiten bereite aber noch die „Lösung der Kaderfrage", bisher die „Kernschwäche der Parteiarbeit"[204].

Zahl der MLPD-Mitglieder ist gestiegen

Die MLPD konnte ihre Organisation insgesamt festigen und ihre Mitgliederzahl auf etwa 1.300 erhöhen (1984: 1.100). Sie verfügt inzwischen bundesweit über etwa 100 Ortsgruppen und Stützpunkte (1984: 80), die 12 Bezirken zugeordnet sind. Die Auflage des wöchentlich erscheinenden Zentralorgans „Rote Fahne" lag unverändert bei etwa 10.000 Exemplaren.

Unzufrieden zeigte sich die MLPD über ihre Jugendorganisationen „Revolutionärer Jugendverband Deutschlands" (RJVD) – Organ:

„Rebell" – und „Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband" (MLSV) – Organ: „Roter Pfeil" –. Der MLPD-Vorsitzende Stefan *Engel* sprach von „gravierenden Versäumnissen" in der Jugendarbeit und spürbaren Mitgliederverlusten. Der „Marxistisch-Leninistische Bund Intellektueller" (MLBI) hingegen habe „weitgehend erfolgreich" gearbeitet[205]. Zum Jahresende hatten alle drei Verbände zusammen noch etwa 300 Mitglieder (1984: 350). Der RJVD benannte sich Ende Dezember in „Arbeiterjugendverband (Marxisten-Leninisten)" um, zugleich begann er mit dem Aufbau einer Kinderorganisation „Rotfüchse".

2.1.2 „Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)" (KPD)

KPD geriet in ideologische Richtungskämpfe

Die älteste der K-Gruppen, die zur Jahreswende 1968/69 gegründete KPD, geriet in ideologische Richtungskämpfe. Ihre Kontakte zur „Partei der Arbeit Albaniens" (PAA) kühlten merklich ab. Die albanische „Bruderpartei" kritisierte u. a. ihre Bereitschaft, mit Trotzkisten zusammenzuarbeiten. Nach dem Tode des PAA-Vorsitzenden Enver *Hoxha* (im April) und des langjährigen KPD-Vorsitzenden Ernst *Aust* (im August) beschleunigte sich die Entfremdung. Zum Jahrestag der Gründung der PAA (8. November) fehlte im KPD-Zentralorgan die übliche Grußadresse.

Die seit mehr als zwei Jahren geführte „Sozialismus- und Programmdiskussion" der KPD fand auf einem Sonderparteitag (1.–3. November in Dortmund) einen vorläufigen Abschluß. Der Parteitag setzte das Parteiprogramm außer Kraft, billigte den Entwurf eines neuen Programms und beschloß ein neues Statut. Das Zentralorgan „Roter Morgen" (wöchentliche Auflage ca. 1.000 Exemplare) erschien fortan ohne die Portraits von Marx, Engels, Lenin und Stalin, denn die KPD wolle keinen „formalisierten, katechismusartigen", sondern einen „lebendigen, aktuellen, revolutionären Marxismus"[206]. Die KPD bekennt sich nach wie vor zur „Diktatur des Proletariats" und zur „politischen Revolution", um die „bürgerliche Herrschaft gewaltsam zu stürzen"[207]. „Avantgarde"-Funktionen, „die darauf hinauslaufen, die Arbeiterbewegung zur Manövriermasse einer politischen Partei zu degradieren", lehnt sie aber ab [208].

KPD sucht weiterhin Vereinigung mit der GIM

Die Gespräche mit der trotzkistischen „Gruppe Internationale Marxisten" (GIM) über eine Vereinigung beider Organisationen erreichten – nach Ansicht der KPD – ein Maß an „programmatischer Übereinstimmung", das geradezu erfordere, die „Einheit in einer Partei auch politisch zu verwirklichen".

Gegner einer Fusion formierten sich im März als „Marxisten-Leninisten in der KPD". Sie kritisierten das Zentralkomitee unter dem Vorsitzenden Horst Dieter *Koch* als „revisionistisch trotzkistische Fraktion" und warfen ihm „Verrat an der führenden Rolle der Partei" vor. Nach dem Tode Ernst *Austs* der „innerhalb der Partei" den neuen Kurs bekämpfen wollte, trennten sie sich von der Organisation. Sie bezeichneten sich als die rechtmäßige KPD und gaben ein

KPD gespalten

eigenes Zentralorgan „Der Weg der Partei – aktuell" heraus. Auf einer Delegiertenkonferenz vom 27.–29. Dezember in Stuttgart, deklariert als „6. Parteitag der KPD", kam es auch unter den insgesamt etwa 100 oppositionellen „Marxisten-Leninisten" zu Auseinandersetzungen[209]. Etwa ein Viertel der Teilnehmer wurde wegen „sektiererischen parteischädigenden Verhaltens" ausgeschlossen. Die übrigen beschlossen, ihre Arbeit als KPD fortzusetzen.

Die Ende 1985 noch verbliebenen KPD-Mitglieder unter Führung von Horst Dieter *Koch* – nach eigenen Angaben wenig mehr als 400 – konnten, auch wegen geringer finanzieller Mittel, nach außen hin kaum noch Aktivitäten entfalten. Die Beteiligung der KPD an der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (12. Mai) brachte keinen Auftrieb; die Partei erhielt in 8 Wahlkreisen insgesamt nur 434 Stimmen.

Anhängerschaft der KPD – „Massenorganisationen" ging zurück

Die KPD-Vorfeldorganisationen erlitten weitere personelle Einbußen. Der „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg" (VOLKSFRONT) – Organ: „Volksecho" –, in der auch der „Bund Westdeutscher Kommunisten" (BWK) mitarbeitet, gehörten zum Jahresende nur noch etwa 600 (1984: 1.300) Mitglieder an. Die Mitgliederzahl der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition" (RGO) mit dem Organ „RGO-Nachrichten" ging ebenso zurück (auf weniger als 300) wie die Zahl der Anhänger der „Kommunistischen Jugend Deutschlands" (KJD) - Organ: „Roter Rebell" – (auf etwa 100; 1984: 150). Auch die Arbeit ihrer Hochschulorganisation „Kommunistische Studenten" (KS) - Organ: „Zwischenruf links" – stagnierte.

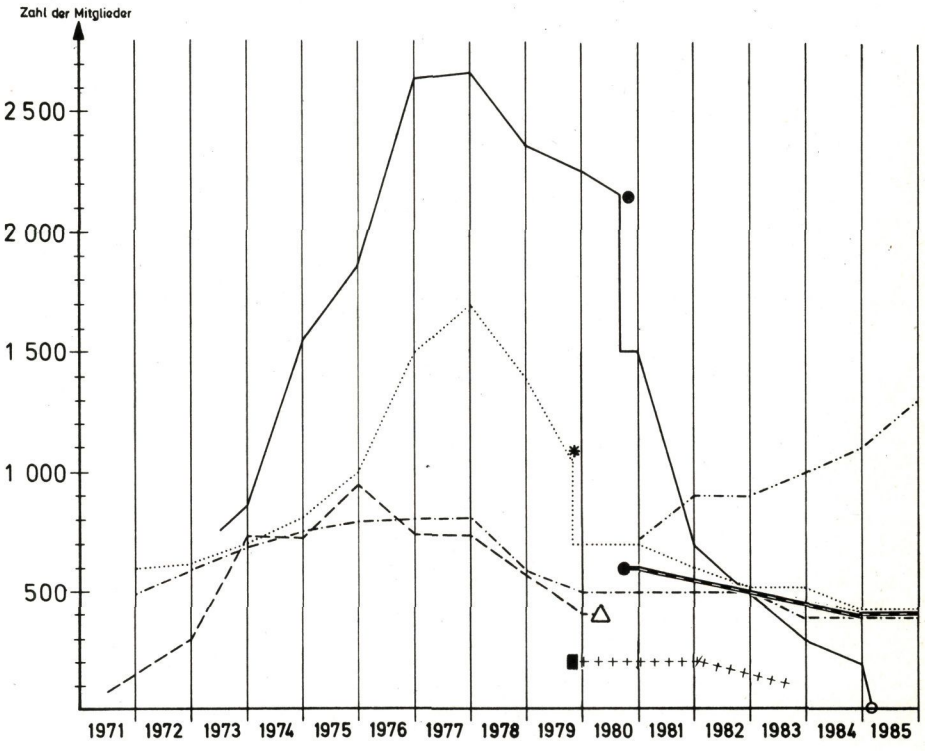
Das Verhältnis der KPD zum BWK verschlechterte sich. Die KPD erhob den Vorwurf, der BWK halte den „Revisionismus-Vorwurf" gegenüber der DKP nicht mehr aufrecht[210] und habe die „Sowjetunion und damit wohl auch den Warschauer Pakt bereits als Bündnispartner ausgemacht"[211].

2.1.3 „Bund Westdeutscher Kommunisten"(BWK)

Der BWK – 1980 aus einer Abspaltung vom KBW entstanden – setzte die im Vorjahr begonnene Programm- und Strategiediskussion fort. Die Teilnehmer seiner 5. ordentlichen Delegiertenkonferenz (22./23. März in Hannover) stellten fest, das vom KBW übernommene Programm – mit klarem Bekenntnis zum „Marxismus-Leninismus" – helfe den im „Parteibildungsprozeß der Grün-Alternativen" übriggebliebenen Kräfte in einem wichtigen Punkt nicht weiter.

Die „Bündnisfrage" sei dort „so, wie sie sich heute stellt, einfach nicht vorgesehen"[212]. Das bisherige Programm dürfe aber nicht einfach „über Bord" geworfen werden, sondern müsse Ausgangspunkt sein für die „Neubestimmung der Grundlagen revolutionärer Politik". Im Zentrum der Programmdiskussion wie auch der praktischen Arbeit müsse die „Bündnispolitik", und zwar die „revolutionäre Volksfrontpolitik" stehen. Sie ziele darauf ab, wieder den Gegensatz zwischen den „Werktätigen und der herrschenden Klasse" bewußt zu

Mitgliederentwicklung einzelner K-Gruppen



KPD (ML) (gegründet 1968/69)

KB (gegründet 1971)

KBW (gegründet 1973; ○ Auflösung Februar 1985)

KPD (gegründet 1971; △ Auflösung März 1980)

MLPD (gegründet Juni 1982; entstanden aus dem 1972 gegründeten KABD)

* Ende 1979 Spaltung des KB

+++++■ Ende 1979 Gründung der Gruppe "Z" (seit 1983 keine Aktivitäten mehr)

● Sept. 1980 Spaltung des KBW

●——— Sept. 1980 Gründung des BWK

machen und so „den Anhang der Reaktion in den werktätigen Klassen zu schwächen". Diese Politik müsse sich auch „antiimperialistisch" betätigen, da „die BRD eine unterdrückende Nation" sei. Folge dieser bündnispolitischen Konzeption waren verstärkte Bemühungen des BWK um Einfluß in der ehemaligen KPD-„Massenorganisation" VOLKSFRONT. In deren Ende November neu gewähltem Vorstand (16 Personen) erlangten Anhänger des BWK eine deutliche Mehrheit. Die Geschäftsstelle der VOLKSFRONT wurde in die BWK-Zentrale in Köln verlegt. Wie schon im Vorjahr zeigte sich der BWK bereit, auch mit der DKP zusammenzuarbeiten: Eine Bündnisorganisation der „arbeitenden Klassen" könne sich nicht ohne die „DKP-unterstützten Bündnis- und Einheitsfrontorganisationen" entwickeln[213].

BWK für Bündnisse mit den orthodoxen Kommunisten

Die Zusammenarbeit mit der KPD wurde – nicht nur wegen der Bündnisbereitschaft des BWK mit der DKP – lockerer. Der BWK kritisierte den neuen Kurs der KPD als „programmatische Einengung"; er warnte vor „sektiererischer Politik" und rügte den Versuch, das alte Programm ohne „gründliche Auseinandersetzung ausstreichen" zu wollen. Die Mitgliederzahl des BWK hielt sich bei etwa 400 Personen, organisiert – wie bisher – in sieben Landesverbänden. Die Auflage seiner 14täglich erscheinenden Publikationen war rückläufig: Die Zeitschrift „Politische Berichte" erreichte nur noch etwa 1.300 (1984: 1.500) Exemplare; die Auflage der nach Industrie-Branchen aufgeteilten „Nachrichten-Hefte" sank auf etwa 1.000 (1984: 1.200) Exemplare.

2.1.4 „Kommunistischer Bund"(KB)

Der KB sah sich unverändert als „revolutionäre Organisation" auf dem Boden des „Marxismus-Leninismus". Er beteiligte sich erstmals intensiv an den Diskussionen über eine Zusammenführung der „revolutionären Sozialisten". Gegenüber den Vorstellungen insbesondere des BWK, die „proletarische Partei" könne sich allmählich aus „Aktionseinheiten und proletarischen Zusammenschlüssen" heraus entwickeln, verwies er auf das „Leninsche Modell" der Parteibildung. Dieses stimme „in der Substanz", nicht aber „in allen Einzelheiten" mit den „eigenen Erfahrungen und Beobachtungen" überein[214]. Zur „Parteibildung" gehöre in erster Linie die „Organisierung von politisch-theoretischer Debatte". Dazu zähle auch die „permanente Auseinandersetzung mit der DDR", der letztlich „größten Herausforderung für einen sozialistischen Parteibildungsprozeß". Das „Leitende Gremium" des KB unterbreitete Vorschläge für die „Selbstverständigungsdebatte" in einem „gemeinsamen Diskussions- und Informationsforum sozialistischer Gruppen". Der KB konnte seinen Mitgliederstand (etwa 400, davon etwa 200 in Hamburg) halten, wenn auch das Netz seiner Stützpunkte im Bundesgebiet lückenhafter wurde. Der vom KB im Oktober 1984 angekündigte Beitritt der von ihm gesteuerten „Alternativen Liste" (AL) in Hamburg in

KB befürwortet das „Leninsche Modell" der Parteibildung

die „GAL-Landesverband die Grünen" war zum Jahresbeginn 1985 offensichtlich vollzogen.*
Die Auflage der KB-Monatsschrift „Arbeiterkampf" ging auf etwa 4.500 Exemplare (1984: etwa 5.000) zurück. Erneut konnte der KB für die „Friedens"-, „Antifaschismus"- und „3. Welt-Arbeit" auch anderer Gruppen der „Neuen Linken" Impulse geben.

2.1.5 „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (AB)

Die politischen Aktivitäten des AB beschränkten sich auch 1985 weitgehend auf Bayern und Nordrhein-Westfalen. Erneut versuchte er, angebliche faschistische Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland anzuprangern. Mit einer „Manifestation" (etwa 700 Teilnehmer) unter dem Motto „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten", die er anläßlich des 40. Jahrestages der „Befreiung vom Hitler-Faschismus" in München initiierte, erregte er das Mißfallen der DKP. Als Veranstalter war eine „Redaktion Kämpfende Jugend" aufgetreten. Dahinter – so die DKP – verberge sich der „Arbeiterbund", dem es nicht um eine „antifaschistische Aktion" gehe, sondern um „Verwirrung, Spaltung und Schwächung" der „antifaschistischen, demokratischen Kräfte"[215].

AB erregte Mißfallen der DKP

Der Bezeichnung „Kämpfende Jugend" bedienten sich Mitglieder des AB auch im November bei ihrer Agitation gegen Veranstaltungen zum 30-jährigen Bestehen der Bundeswehr.
Der Mitgliederstand des AB blieb mit etwa 300 unverändert. Vom AB-Zentralorgan „Kommunistische Arbeiterzeitung" (KAZ) erschienen wiederum nur zwei Sonderausgaben. Die Aktivitäten seiner Nebenorganisation „Kommunistischer Hochschulbund" (KHB) blieben auf Hochschulorte in Bayern beschränkt.

2.2 Trotzkistische Gruppen

Von den 12 (1984: 13) regional oder überregional arbeitenden trotzkistischen Organisationen mit zusammen etwa 700 Mitgliedern blieb die „Gruppe Internationale Marxisten" (GIM) die aktivste und mit mehr als 250 Mitgliedern auch die größte Gruppierung. Sie ist als deutsche Sektion der IV. Internationale dem „Vereinigten Sekretariat" in Brüssel angeschlossen. Die GIM propagiert unter Berufung auf das von Leo Trotzki 1938 entworfene „Übergangsprogramm" die „Zerschlagung" des „bürgerlichen Staatsapparates", die „permanente Revolution" im „Weltmaßstab" und die „Diktatur des Proletariats" in Form von „Rätesystemen". Die Verhältnisse im „realen Sozialismus" sind für die GIM, wie für die meisten anderen Gruppen und Sektionen des internationalen Trotzkismus, nicht Vorbild, sondern Auswuchs „bürokratischer" oder „revisionistischer Entartung".

Die GIM blieb handlungsfähigste trotzkistische Organisation

* Presseveröffentlichungen zufolge hat sich die AL Hamburg am 16. November 1984 „nach kaum einstündiger Debatte in der GAL als grüner Landesverband" aufgelöst (taz vom 19. November 1984).

WAS TUN

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

was tun - Mainzer Landstr. 147, D-60 XVII. Jahrg.

INPREKORR

INTERNATIONALE PRESSEKORRESPONDENZ

roter Maulwurf

revolutionär-sozialistische Jugendzeitung D 8340 F Nr. 16

Preis: 1 DM (Laden 1,50)

Monatszeitung des Sozialistischen Jugendbunds Nr. 55 Februar 1985 50 Pf.

★links voran

neue Arbeiter Presse

Wochenzeitung Nr. 406 18. Januar 1985 1 H 6999 C 50 Pf.

D 2241 F

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS

FEBRUAR 1985

Nr. 53 DM 1,–

SOZIALISTISCHE ARBEITERZEITUNG

Arbeitereinheit-Einheit Deutschlands

2,– DM Seit 1965 20. Jahrgang 122

Arbeiter Stimme

ORGAN der POSADISTISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHE SEKTION der IV. INTERNATIONALE TROTZKISTEN-POSADISTEN

Jahrgang 16 18. März 1985 Nr. 146 80 Pf.

internationale tribüne

LA VÉRITÉ

Internationale Kommunistische Strömung

Internationale Revue/8

Klassenkampf

Zeitschrift der Sozialistischen Arbeitergruppe

21 1 DM

WELTREVOLUTION

Organ der Internationalen Kommunistischen Strömung in der BRD

Oktober

DM 0,50

Herausgeber: REVOLUTIONÄRE SOZIALISTEN - RS

Kompass

Sozialistische Zeitung

DM 3.–

...otzkistische Schriften

Auf der Delegiertenkonferenz der GIM am 30. November/ 1. Dezember in Frankfurt/M. erklärte die „Zentrale Leitung", die Organisation habe sich insgesamt „stabilisiert", sei aber in den beiden letzten Jahren „nur geringfügig gewachsen"[216]. Die Beratungen über eine Fusion mit der KPD, so stellten die Delegierten fest, hätten „ein hohes Maß an Übereinstimmung in wichtigen programmatischen Fragen" erbracht. Sie empfahlen die Fortsetzung des „Vereinigungsprozesses" und begrüßten, daß auch die Leitungen der „Kommunistischen Jugend Deutschlands" (KJD) und der GIM-gesteuerten Jugendorganisation „Revolutionär-Sozialistische Jugend – Roter Maulwurf" (RSJ) über Möglichkeiten einer Vereinigung sprächen.

Delegiertenkonferenz der GIM empfiehlt Fortsetzung des „Vereinigungsprozesses" mit der KPD

„Verstärkte eigenständige Aktionen", vor allem das „Ansprechen der linken und aktiven Gewerkschafter" sowie der „verstreuten Sozialisten und Sozialistinnen" sollen künftig die politische Arbeit voranbringen. Die GIM will auch weiterhin die „Aktionseinheit mit GRÜNEN und SPD" und anderen suchen[217].

Die Auflage der 14täglich erscheinenden zentralen GIM-Publikation „was tun" hielt sich bei etwa 2.300 Exemplaren.

Die Arbeit der im Vorjahr gegründeten RSJ stagnierte; ihre Mitgliederzahl ging auf weniger als 100 (1984: etwa 150) zurück.

Von den übrigen trotzkistischen Gruppen behielt nur noch der „Bund Sozialistischer Arbeiter" (BSA), deutsche Sektion des internationalen Komitees der IV. Internationale (Sitz: London), einige Bedeutung. Er verfügt, zusammen mit einer Jugendorganisation „Sozialistischer Jugendbund" (SJB), über wenig mehr als 100 Mitglieder. In seiner Wochenzeitung „neue Arbeiterpresse" warb er für einen „Generalstreik" zum Sturz der Regierung. Er forderte Unterstützung für die PLO, Kampf gegen das „Apartheid-Regime in Südafrika" und Solidarität mit den „Bewegungen" in Mittelamerika.

Die kleineren trotzkistischen Gruppen und Zirkel, wie die „Trotzkistische Liga Deutschlands" (TLD), die „Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation" (ISA), die „Internationale Kommunistische Strömung" (IKS), die „Sozialistische Arbeitergruppe" (SAG) und die „Posadistische Kommunistische Partei" agitierten gegen „Ausländerfeindlichkeit" in der Bundesrepublik Deutschland, gegen „Apartheid-Politik" in Südafrika und warben um Unterstützung für „revolutionäre Kämpfe" in Mittelamerika.

2.3 „Marxistische Gruppe"(MG)

Hierarchischer Aufbau, straffe Disziplin unter den Mitgliedern, intensive Schulung und eine strenge Abschirmung des Verbandslebens kennzeichnen die MG. Damit gleicht sie einer marxistisch-leninistischen Kaderorganisation; sie lehnt jedoch wesentliche Positionen des Leninismus ab. Insbesondere sieht sie sich bislang nicht als Aufbauorganisation für „die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse". Für die MG ist die „Herrschaft von Privateigentum und Freiheit" überall auf der Welt eine „Gewaltangelegenheit", eine von den „herrschenden Instanzen" ausgehende „Nötigung", gegen die man sich „nur mit

Gewalt zur Wehr setzen" könne[218]. Die „Beseitigung des Privateigentums" sei ein „guter Grund für die sozialistische Revolution"[219]. Als Mittel gegen die „Macht der imperialistischen Staaten" müsse deren „Arbeiterklasse" die „Dienste verweigern" – dies sei „kommunistische Wahrheit"[220].

Erforderlich ist nach Ansicht der MG aber zunächst eine Bewußtseinsveränderung beim „Proletariat"; durch „systematische Indoktrination" und „planmäßige Aufhetzung zum Klassenkampf" [221] bemühte sie sich erneut, hierzu beizutragen. Kritik übte die MG erneut an der Sowjetunion; diese bekämpfe nicht mehr vereint mit allen „fortschrittlichen Kräften" den „kapitalistischen Westen", sondern wolle ihn „zur Koexistenz ... zwingen"[222]. Die MG konnte ihren Mitgliederstand weiter auf 1.700 (1984: 1.500) – überwiegend Studenten und Angehörige akademischer Berufe – erhöhen; mehrere tausend weitere Anhänger wurden in regelmäßigen „Sympathisanten-plena" geschult.

Weiterer Mitgliederzuwachs bei der MG

Der organisatorische Schwerpunkt der Gruppe liegt nach wie vor in Bayern. Die zentrale Publikation der MG, die Monatsschrift „MSZ" (seit Oktober mit dem Titel: „Marxistische Streit- und Zeitschrift – Gegen die Kosten der Freiheit") erschien in einer Auflage von mehr als 10.000 Exemplaren (1984: etwa 8.000). Ferner gab die MG unregelmäßig die „Marxistische Arbeiter Zeitung" (MAZ) mit Betriebs-, Branchen- und örtlichen Ausgaben sowie ihre „Marxistische Schulzeitung" heraus. Die ebenfalls mit mehreren örtlichen Ausgaben erscheinende „Marxistische Hochschulzeitung" hatte Einzelauflagen bis zu 14.000 Exemplaren. Zu den nahezu 300 öffentlichen Diskussionsveranstaltungen der MG über Themen wie „Die NATO macht den Atomkrieg sicher", „Zum Teufel mit dem deutschen Mai", „Die Armut – nichts Neues" kamen bisweilen bis zu 1.200 Zuhörer. Erneut störten Anhänger der MG Veranstaltungen anderer Organisationen.

2.4 Anarchisten

Die zahlreichen anarchistischen Gruppen und Strömungen – insbesondere „Autonome", anarchistische „Gewaltfreie Aktionsgruppen", Anarcho-Syndikalisten und Anarcho-Kommunisten – setzten ihre verfassungsfeindlichen Aktivitäten fort. Sie alle verwerfen die straffe „Kaderführung" der meisten revolutionär-marxistischen Organisationen und fordern,

> „die bestehenden Herrschaftsstrukturen sollen zerschlagen werden, ohne neue Herrschaftsstrukturen aufzubauen"
> („Aktion" Nr. 2/85).

Anarchisten folgen unterschiedlichen Theorien und Konzepten

Ihre Vorstellungen über die Wege zur Gesellschaftsveränderung und über das konkrete Ziel unterscheiden sich aber erheblich. Die „Autonomen" – mit meist nur geringem Interesse an theoretischer Durchdringung gesellschaftlicher Prozesse – fordern Veränderungen

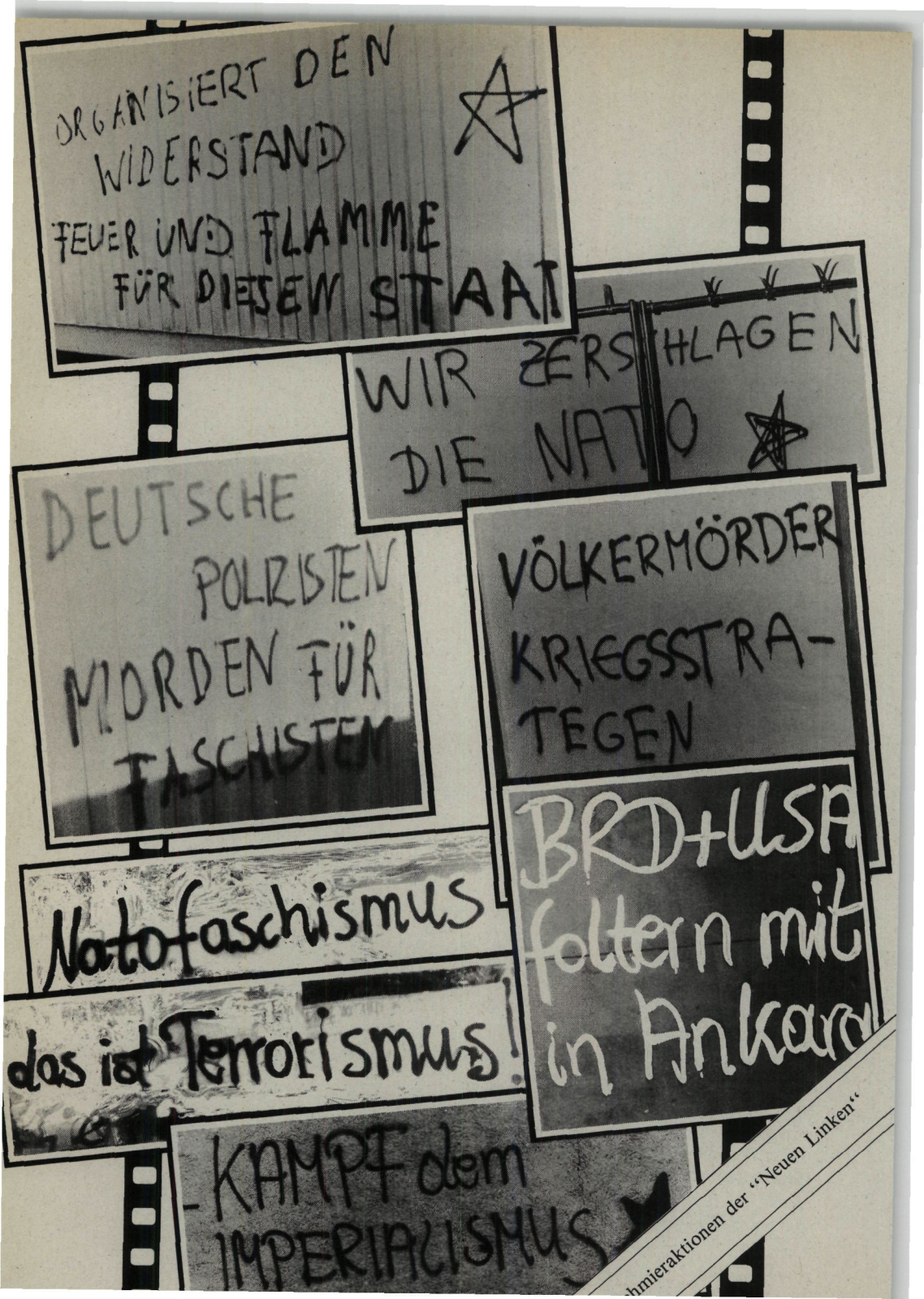
„hier und jetzt", mit Wirkung für die „eigene Person". Unterstützung für ihre „Kämpfe" werde sich, so hoffen sie, durch Aktionen in vermittelbaren Problemfeldern (z. B. im Kampf gegen die „Faschisten", gegen den „Atomstaat", gegen „Computerisierung und Überwachung") einstellen.
Anarchistische „Gewaltfreie" versuchen, durch Schulung in Basis- und Bezugsgruppen ein „Graswurzelbewußtsein" zu schaffen, um das „herrschende System" nach und nach von innen her zu zerstören.
Anarcho-Syndikalisten sehen die „Arbeit in Gewerkschaften und Betrieben" als entscheidende Basis für die Entwicklung der Revolution. Die Anarcho-Kommunisten halten alle gesellschaftlichen Bereiche als Ausgangspunkt für revolutionäre Veränderungen für geeignet. Neben den größeren Zusammenschlüssen wie der anarchistischen „Graswurzelbewegung" und der anarcho-syndikalistischen „Freien Arbeiter-Unjon" (FAU) bestehen zahlreiche anarchistische Kleingruppen und Diskussionszirkel; einige von ihnen unterhalten „libertäre Zentren" als Treffpunkte für politische Veranstaltungen und für die Vorbereitung von Aktionen. Andere beschränken sich auf die Herausgabe von periodischen Schriften und Flugblättern. Überregionale Bedeutung hatten die Publikationen „Schwarzer Faden" (Grafenau), „Aktion" (Frankfurt) und „freiraum" (München).

2.4.1 „Autonome"

Diffuse anarchistische, bisweilen auch nihilistische Vorstellungen verbunden mit der Bereitschaft zur Gewaltanwendung sind charakteristisch für die „Autonomen"; sie agieren in zahlreichen kleinen, oft nur kurzlebigen aktionsbezogenen Zusammenschlüssen, stellen aber nach wie vor das größte Potential im Bereich der undogmatischen „Neuen Linken". Nach Jahren der „Resignation" in der „Szene" gab es 1985 Ansätze für eine Festigung; einzelne Gruppen sprachen von „Reorganisation" auf örtlicher und überregionaler Ebene. Anlässe hierfür bildeten Aktionen gegen „Atommülltransporte", gegen den „Weltwirtschaftsgipfel" (2.–4. Mai in Bonn), die Kampagne gegen eine „WAA in Wackersdorf" (WAA = Wiederaufbereitungsanlage), „Wut und Solidarität" nach dem Tod eines „militanten" Demonstranten in Frankfurt/M. (28. September), aber auch die Solidarisierung mit dem „Hungerstreik der RAF-Gefangenen" zu Beginn des Jahres. Diese Ereignisse mit großer Mobilisierungswirkung ließen neue „Gruppen- und Diskussionszusammenhänge" entstehen und auf örtlicher Ebene „alte Strukturen" wieder lebendig werden.

„Autonome" versuchten „Reorganisation"

In Nord- und Süddeutschland tagten überregional „Autonomenplena". Zu einem bundesweiten „Autonomentreffen" Ende des Jahres in Hamburg kamen mehrere hundert Personen.
Auch bei gemeinsamer Teilnahme an denselben Aktionen unterschieden sich oft die politischen Motive und Ziele der autonomen Gruppierungen. Die einen sahen „überall Angriffspunkte und Ansätze" für den „fundamentalen Bruch" mit „diesem System"[223]. Für andere stand der „Kampf" gegen die „imperialistische Herrschafts-



hmieraktionen der "Neuen Linken"

politik der NATO" im Vordergrund; hierbei gab es oft „Berührungspunkte in Theorie und Praxis" mit Gruppen im Umfeld der RAF (vgl. Abschnitt VIII. Ziff. 2.3). Autonome „Sozialrevolutionäre" in einigen norddeutschen Städten, im Ruhrgebiet und in Baden-Württemberg suchten weiter nach Möglichkeiten zur Entwicklung von „Massenkämpfen" unter Einschluß der „neuen sozialen Randgruppen" für eine „kollektive Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums und Zerschlagung des Staates"[224]. Nur die „sozialverankerte Propaganda" und die „Entwicklung revolutionärer Gewaltmittel" könne heute weiterhelfen.[225] Die meisten „Autonomen" bezogen Antrieb und Orientierung aus einem „bestimmten Lebensgefühl", dem Wunsch nach „Befreiung" von „Unterdrückung" und staatlichen Ordnungszwängen, aus „Wut und Haß" auf das „System der organisierten Unmenschlichkeit"[226]. Diese „Befreiung", für die in „Transvaal, in Brixton, in Tottenham und hier gekämpft" werde, sei – so meinten einige – ein „internationaler Prozeß", der auf „Zusammenhängen und Strukturen des jeweiligen Widerstandes im eigenen Land" aufbauen müsse.

Motivation für „Autonome": Wut und Haß auf das System

„Autonome" propagierten offen Gewalt gegen Personen und Sachen. „Sabotage" sei eine „wichtige Kampfform gegen das Schweinesystem"[227]. Schon oft hätten „Sabotage und Anschläge" Mut und Hoffnung gegeben und „die Bewegungen an dem entscheidenden Punkt weitergebracht"[228]. Die Zahl der Brandstiftungen durch Anhänger autonomer Gruppierungen ist deutlich angestiegen (vgl. Abschnitt IX., Ziff. 1 und Abschnitt VIII., Ziff. 4). „Autonome", oft zusammen mit Anhängern „antiimperialistischer" Zusammenschlüsse aus dem terroristischen Umfeld, waren auch für Ausschreitungen bei Demonstrationen verantwortlich. Dabei wurden mehr als 250 Polizeibeamte verletzt. Es kam zu Zerstörungen an Bürogebäuden, Kaufhäusern und Fahrzeugen.

„Autonome" propagieren Gewalt gegen Personen und Sachen

2.4.2 Anarchistische „Gewaltfreie Aktionsgruppen"

Die „Graswurzelrevolution – Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen" (FöGA) blieb bundesweite Kontakt- und Koordinationsstelle der anarchistischen „Graswurzelbewegung" mit ihren etwa 70 „Gewaltfreien Aktionsgruppen und Kollektiven" (1984: 80). Die Zahl der aktiven Mitglieder in den Gruppen ging auf etwa 800 (1984: 900) zurück. Die FöGA setzt sich dafür sein, durch „Macht von der Basis her" mit Mitteln einer „gewaltfreien Revolution" („Graswurzelrevolution")den „Staatsapparat" abzuschaffen und durch eine „dezentralisierte Gesellschaftsordnung, die auf Selbstregierung oder Anarchie" beruhen soll, zu ersetzen.

Wie in den vergangenen Jahren konzentrierte die FöGA ihre Aktivitäten auf die „Antimilitarismusarbeit": im Februar auf Aktionen zur Ausspähung der NATO-Übung WINTEX/CIMEX, am 1. April und an den weiteren Einberufungsterminen für Wehrpflichtige der Bundeswehr auf die Verteilung ihrer Flugschrift „Informationen für unzufriedene Soldaten" auf Bahnhöfen und vor Kasernen, im August

auf die Beteiligung am „Internationalen Gewaltfreien Marsch für Entmilitarisierung" in Dänemark und ab Oktober auf Protestaktionen gegen Veranstaltungen zum 30jährigen Bestehen der Bundeswehr.

„Graswurzelrevolution" sucht Ausweitung der Aktionsfelder

„Gewaltfreie Aktionsgruppen" in Süddeutschland versuchten, anstelle der nachlassenden „Friedensarbeit" das Thema Ökologie, insbesondere den „Widerstand" gegen eine Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, zu einem neuen Schwerpunkt zu entwickeln. Die periodische Schrift „graswurzelrevolution" erschien mit 10 Ausgaben und erreichte wieder eine Auflage von jeweils etwa 4.000 Exemplaren. Die Redaktion klagte über erhebliche finanzielle Probleme.

2.4.3 Anarcho-Syndikalistische und Anarcho-Kommunistische Gruppen

Langsame Aufwärtsentwicklung der FAU

Die in drei Regionen (Nord, West und Süd) gegliederte „Freie Arbeiter-Union" (FAU) verfügt nach einer langsamen Aufwärtsentwicklung in den letzten Jahren inzwischen über mehr als 20 örtliche Gruppen oder Kontaktstellen mit zusammen etwa 200 Mitgliedern. Sie arbeitet in der anarcho-syndikalistischen „Internationalen Arbeiter-Assoziation" (IAA) mit.

Nach den Prinzipien des „Arnarcho-Syndikalismus" – „Antistaatlichkeit", „Antiparlamentarismus", „Antimilitarismus", „Direkte Aktionen" – will die FAU als „wirtschaftliche Kampforganisation der Arbeiterklasse" das bestehende politische und ökonomische System „vernichten" und durch „Klassenkampf" den „freiheitlichen Kommunismus" aufbauen. Wichtigste Aufgabe der FAU-Mitglieder ist die „revolutionäre Arbeit in den Betrieben"; dort müsse „kollektiver Widerstand" gegen das „kapitalistische System" erzeugt werden. Die Funktion des „Nationalkomitees", des zentralen Koordinierungsgremiums der FAU, nahm 1985 die Ortsgruppe in Köln wahr; die Redaktion des FAU-Organs „direkte aktion" besorgte die FAU-Gruppe in Dieburg.

Anarcho-kommunistische Gruppen – sie sind z. T. Abspaltungen von der FAU – wollen sich in ihrer politischen Arbeit nicht auf „Betriebe und Gewerkschaften" beschränken. Vier dieser Zusammenschlüsse, die „Freie Arbeiter-Union/Rätekommunisten" (FAU/R), die „Freie Arbeiter-Union Heidelberg (Anarchisten)" (FAU HD (A)), die „Anarchistische Arbeiter-Union" (AAU), München, und die „Proletarische Aktion" arbeiten im „Beilagenkreis" (vgl. Ziff. 2.1) mit und beteiligten sich an den Diskussionen über die Zusammenführung der „revolutionären Sozialisten".

3. Aktionsfelder

3.1 „Antimilitarismus"- und „Friedensarbeit"

„Neue Linke" in „Friedensbewegung" aktiv

Gruppen der „Neuen Linken", sowohl aus dem revolutionär-marxistischen als auch aus dem anarchistischen Lager, wirkten auch 1985

bei den Planungen, den Strategiediskussionen und den Aktionen der „Friedensbewegung" mit. Sie konnten ihre Vorstellungen über die „Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen" (BUF) bündeln und im „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung" (KA) wirksam vertreten. Dem BUF-Trägerkreis gehörten neben zahlreichen nicht-extremistischen „Friedensinitiativen" und Gliederungen der „Grünen" nach wie vor die anarchistische FöGA und mehrere örtliche Zusammenschlüsse der „Neuen Linken" an. GIM und KPD haben 1985 Aufnahmeanträge gestellt. Die „Koordinierungsstelle Ziviler Ungehorsam" (KoZU), die Funktionen eines BUF-Büros wahrnimmt und von einem Mitglied der FöGA geleitet wird, verlegte ihren Sitz von Kassel nach Bremen. BUF, KoZU und FöGA riefen – unterstützt von anderen Gruppen aus dem „unabhängigen" Spektrum der „Friedensbewegung" – wiederum zum Protest gegen „alltägliche Militarisierung" und gegen das „offensive Kriegsführungsbündnis NATO" auf. Die Bemühungen der orthodoxen Kommunisten, die „Friedensbewegung" auf die Kampagne gegen die „Weltraummilitarisierung" zu orientieren, wiesen sie als Versuche zu erneuter „Verengung" des Protestes zurück. Schwerpunkt des „Widerstandes" müsse die Behinderung der „Kriegsmaschinerie" im eigenen Land bleiben. Im KA forderten sie für 1986 mit Nachdruck Demonstrationen und Aktionen des „zivilen Ungehorsams" an einem Stationierungsort neuer US-Marschflugkörper. DKP und Vorfeldorganisationen, die eine „Großdemonstration" in Bonn bevorzugt hätten, willigten schließlich ein, um die Einheit in der „Bewegung" nicht zu gefährden.

Schwerpunkt: Behinderung der „Kriegsmaschinerie"

Das Selbstbewußtsein vieler Gruppen des „unabhängigen" Spektrums wurde durch ihre Protestaktionen anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels Anfang Mai in Bonn gestärkt: Zu einem „Tribunal" gegen die Wirtschaftspolitik der westlichen Industrienationen konnten sie etwa 1.500 und zu einer Demonstration mehr als 8.000 Personen nach Bonn mobilisieren. Anhänger militanter Gruppierungen der „Neuen Linken" verübten bei der Demonstration zahlreiche Straftaten; sie zerschlugen u. a. die Schaufenster eines Warenhauses und griffen Polizeibeamte tätlich an. An der Vorbereitung des „Tribunals" und der Demonstration hatten sich BUF, autonome Zusammenschlüsse, Mittelamerika-Solidaritätskomitees, die DKP-beeinflußte „Friedensliste" sowie „Die Grünen" und die „Demokratischen Sozialisten" beteiligt.

Die Initiative „Kein Frieden mit der NATO – Raus aus der NATO", die 1984 von Mitgliedern des KB, der KPD und von „Dritte Welt-Initiativen" gegründet worden war – die KPD zog sich inzwischen zurück –, traf Vorbereitungen für einen internationalen „Anti-NATO-Kongreß"*. Im „Koordinationskreis" für diesen Kongreß arbeiteten neben mehreren Gruppen der „Neuen Linken" und

„Anti-NATO-Kongreß" will Austritt aus der Nato

* Der Kongreß hat am 12./13. April 1986 in Köln mit etwa 400 Teilnehmern stattgefunden.

der DKP-beeinflußten „Friedensliste" auch einige nichtextremistische Organisationen mit. Anhänger der „Neuen Linken" nahmen das 30jährige Bestehen der Bundeswehr im November zum „besonderen Anlaß", sich mit dem „Feind im eigenen Land zu beschäftigen"[229]. Sie verurteilten die öffentlichen Feierlichkeiten als „Militärspektakel", organisierten „Jubeldemos" und beteiligten sich an Störungen von Rekrutengelöbnissen. Die Zahl eigener Aktionen der „Neuen Linken" gegen die Bundeswehr (Blockaden, Schmieraktionen, Verteilen von Flugschriften vor Kasernen etc.) ging geringfügig auf etwa 90 (1984: 100) zurück. Anhänger der „Neuen Linken" waren darüber hinaus – im Bündnis mit anderen Gruppen, oft auch mit orthodoxen Kommunisten – an etwa 800 weiteren Aktionen zur Störung oder Behinderung der Bundeswehr beteiligt. Bei etwa 100 (1984: ca. 80) der festgestellten Versuche, in militärische Sicherheitsbereiche einzudringen, war nach den Tatumständen eine Beteiligung von Linksextremisten zu vermuten.

Nahezu 600 Aktionen mit linksextremistischer Beteiligung richteten sich gegen ausländische NATO-Streitkräfte; das häufigste Angriffsziel waren wie im Vorjahr Einrichtungen der USA. (Zu den terroristischen Aktionen gegen Einrichtungen der Bundeswehr und anderer NATO-Streitkräfte vgl. Abschnitt VIII. Ziff. 1.2.2 und 4).

Initiativen bei der Kampagne gegen Munitionstransporte für die US-Streitkräfte und andere NATO-Partner gingen erneut vom „Komitee gegen Bombenzüge" (KgB) in Bremen aus. Dem Komitee, das sich selbst als Zusammenschluß der „unabhängigen/autonomen Anti-Kriegsbewegung" bezeichnet, gelang es wieder, „antimilitaristische" Gruppen aus Bremen und Niedersachsen zu „Spaziergängen" auf Bahngleisen sowie zu Demonstrationen gegen die „militärische Infrastruktur" und eine „BRD- und NATO-Kriegsbeteiligung" zu mobilisieren. An einer mehrtägigen „Großblockade der Bombenzüge" Ende Juni in der Wesermarsch beteiligten sich mehrere hundert Personen, die in „Kleingruppentaktik" den Schienenverkehr behinderten.

Mehrtägige Blockade der „Bombenzüge"

Nur noch wenige Gruppen der „Neuen Linken" waren bemüht, Soldaten und Reservisten der Bundeswehr für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen. Lediglich zwei von Kräften der „Neuen Linken" gesteuerte Soldatengruppen und drei (1984: vier) von der „Neuen Linken" herausgegebene periodische „Soldatenzeitungen" wurden bekannt. Vor allem die anarchistischen „Gewaltfreien Aktionsgruppen" und der „Arbeiterbund" versuchten, die Rekruten-Einberufungstermine für ihre Agitation zu nutzen.

3.2 „Antifaschismus-Arbeit"

Agitation und Aktionen gegen tatsächliche oder angebliche rechtsextremistische Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland waren auch 1985 ein Schwerpunkt der Aktivitäten vieler Gruppen der „Neuen Linken". Der KB gibt in seinem Organ „Arbeiterkampf" diesem Thema seit Jahren breiten Raum. Die VOLKSFRONT

Sabotage und Anschläge haben Bewegungen oft an entscheidenden Punkten weitergebracht, haben das scheinbar unangreifbare Monstrum -imperialistisches System- wieder auf den Teppich geholt, die Verletzlichkeit des Feindes aufgezeigt und uns Mut und Hoffnung gemacht.

jedes herz ist eine zeitbombe

... sabotage gegen die militärische infrastruktur sowie die mehreren hundert anschläge pro jahr sind für uns ausdrücke einer kontinuität, an deren stabilisierung uns liegt.

AUTONOME RHEIN MAIN

Für Zersetzung und Sabotage auf allen Ebenen.

FÜR DIE ORGANISIERUNG DES RADIKALEN UND MILITANTEN WIDERSTANDES

... aber bevor wir uns über die spätere Gesellschaft streiten, sollte erstmal die bestehende bekämpft werden.

Vor uns liegt ein langer Weg der Zersetzung, der Destruktion, des wirklichen Bruchs mit der Gesellschaft...

Perspektive und Ausdruck des militanten Widerstandes sind nicht nur spektakuläre Anschläge oder die Höhe des Sachschadens, sondern auch die vielen kleinen Brötchen, die wir backen, aber nicht zusammen ausliefern.

Aufrufe zu Sabotage und "Widerstand"

„Neue Linke" verstärkt „antifaschistischen Kampf"

(vgl. Ziff. 2.1.2 und 2.1.3) versuchte, mit der Verstärkung des „antifaschistischen Kampfes" und einer Kampagne „für ein Verbot der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen" neuen Rückhalt zu finden. Vor allem in Norddeutschland arbeiteten Kräfte der undogmatischen „Neuen Linken" in autonomen „Antifa-Gruppen" oder örtlichen „antifaschistischen Initiativen". Einige empfahlen, Material über „Fascho-Banden" zu sammeln, um diese „gezielter angreifen zu können"[230].

„Antifaschistischer Kampf" schließt für K-Gruppen und „Autonome" auch „den Kampf gegen die herrschenden Bedingungen, gegen das kapitalistische System" mit ein, denn sie wollen nicht „Verteidiger der Demokratie gegen die Gefahr von rechts" sein.

Aktionsziele der „Neuen Linken" waren neben Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen auch Treffen von Vertriebenenverbänden.

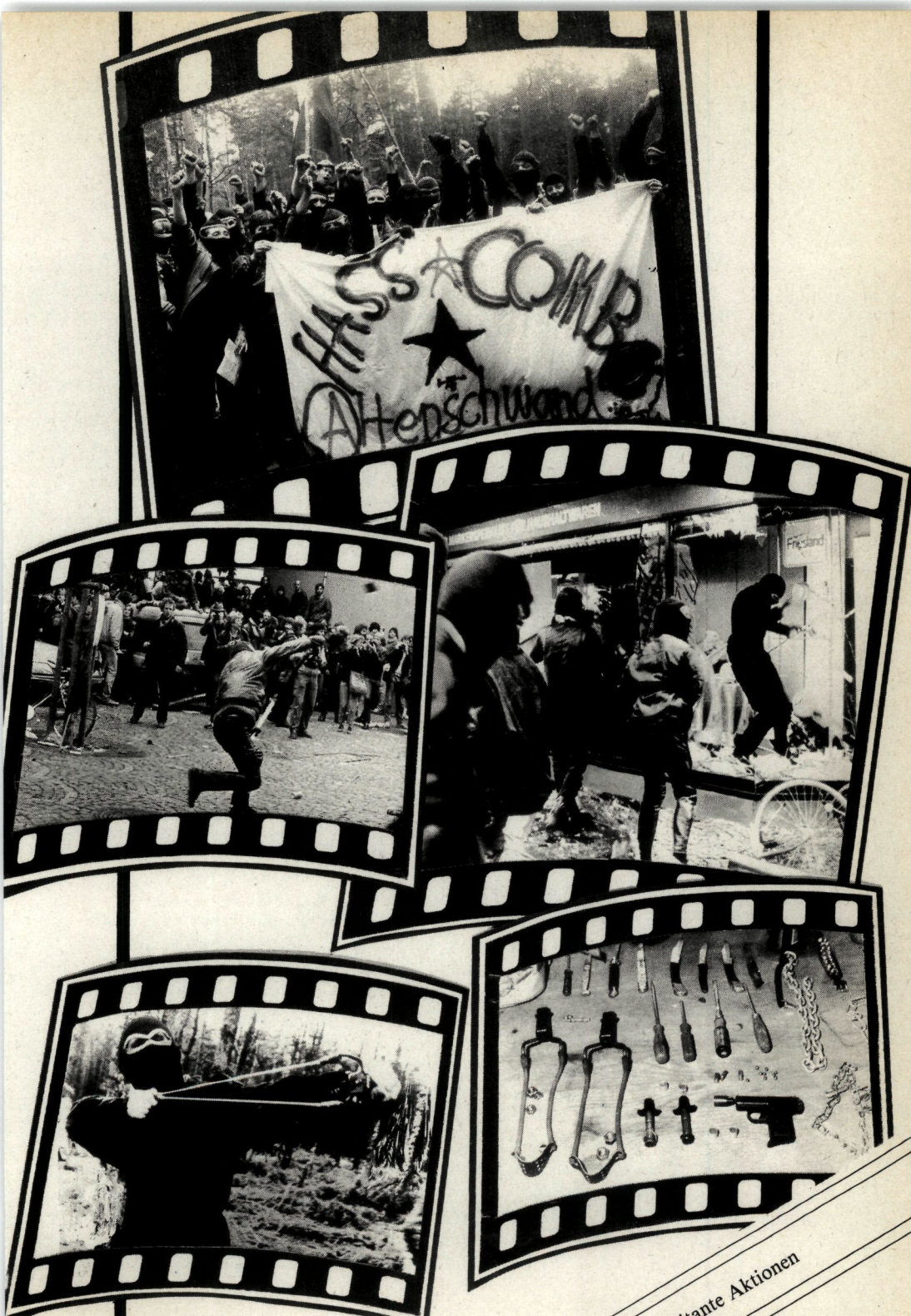
Nach einer Demonstration gegen eine NPD-Veranstaltung am 28. September in Frankfurt/M. kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen die Polizei, in deren Verlauf der Demonstrant Günter *Sare* tödlich verunglückte. Kräfte der „Neuen Linken" bezeichneten ihn als „Opfer einer terroristischen Polizeistrategie"[231]. Mit Parolen wie „Polizisten-Mörder und Faschisten" riefen sie zum „Kampf" gegen „das System" auf, das sich nur mit „brutaler Gewalt halten" könne[232].

3.3 Umweltschutz

Gruppen der „Neuen Linken" in der Umweltschutzbewegung suchten auch 1985 Ansatzpunkte, um für ihre extremistischen Ziele zu werben und „Kampfformen" zu erproben. Schwerpunkt blieben Proteste gegen die zivile Nutzung der Kernenergie, insbesondere gegen die Einlagerung von radioaktiven Abfallstoffen in einem Zwischenlager in Gorleben (Niedersachsen) und gegen den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage (WAA) für nukleare Brennelemente in Wakkersdorf. Staatliche Entscheidungen für die Errichtung und Inbetriebnahme solcher Anlagen wurden von Linksextremisten als Beweis für Macht und Einfluß der „Atommafia" agitatorisch ausgeschlachtet. „Neue Linke" verunglimpften staatliche Maßnahmen zur Abwehr von Störungen als Handlungen des „Polizeistaats".

In Norddeutschland beteiligten sich im Februar und im Oktober Kräfte der „Neuen Linken" an Aktionen zur „Behinderung und Sabotage"[233] von Atommülltransporten nach Gorleben. Die Region müsse, so forderten einige, für „Politiker und Betreiber" zum „Feindesland"[234] werden. Nur „im Schutze einer Bürgerkriegsarmee" dürfe es noch möglich sein, die Transporte fortzusetzen.

Zu einer Demonstration am 12. Oktober in München gegen den Bau einer WAA (ca. 20.000 Teilnehmer) hatten neben Gruppen der Umweltschutzbewegung auch die DKP und zahlreiche Gruppierungen der „Neuen Linken" ihre Mitglieder und Anhänger mobilisiert. Die DKP sprach von einer geplanten „Atombombenfabrik" in Wackers-



...tante Aktionen

dorf[235]. „Neue Linke" machten eine „klare Kampfansage". An den Protestaktionen Mitte Dezember im Bereich des Baugeländes beteiligten sich ebenfalls Linksextremisten aller Richtungen.
Auch 1985 kam es zu Sachbeschädigungen sowie zu Brand- und Sprengstoffanschlägen gegen Maschinen und andere Einrichtungen von Baufirmen, die von der „Neuen Linken" mit „umweltzerstörenden" Projekten in Verbindung gebracht wurden (vgl. Abschnitt VIII, Ziff. 4.).

3.4 Neue Technologien

Gruppen der „Neuen Linken" agitierten gegen den vermeintlich drohenden oder angeblich bereits existierenden „Überwachungsstaat"[236]. Zunehmende „Computerisierung", die erneut geplante Volkszählung, der Mikrozensus und der maschinenlesbare Personalausweis würden den Weg für immer „perfektere staatliche Kontrolle über die Gesellschaft" bereiten[237]. Auch die Gen- und Biotechnologie seien nur Mittel der Profitmaximierung und nur von wenigen nutzbar, daher geeignet als „Herrschaftsinstrument". Jede weitere Forschung und Anwendung müsse „verhindert" werden[238].
Um die „Verkabelungspolitik" zu „sabotieren" kam es auch 1985 wieder zu Zerstörungen an Baustellen und -geräten der Deutschen Bundespost. Neben den terroristischen „Revolutionären Zellen" (RZ) verübten auch militante „Autonome" Brand- und Sprengstoffanschläge als Mittel im Kampf gegen die „neuen Technologien" (vgl. Abschnitt VIII, Ziff. 3 und 4).

3.5 „Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit"

Betriebe und Gewerkschaften blieben wichtiges Arbeitsfeld für K-Gruppen, Trotzkisten und andere revolutionär-marxistische Gruppen.

Die Arbeit in Betrieben ist auch für die „Neue Linke" ein Schwerpunkt

Die MLPD bezeichnete „Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit" als ihre „Hauptkampflinie". Seit ihrem 1. Parteitag (1982) habe sich die Zahl der Betriebszeitungen um sieben auf 76 erhöht. Wie im Vorjahr waren etwa 30 MLPD-Betriebszellen aktiv. Nach Angaben der Organisation sind 91 % der Mitglieder in einer Gewerkschaft organisiert, davon 48 % in der IG-Metall. Eine gewerkschaftliche Funktion übten 42 % der Mitglieder aus, 24 % seien als Vertrauensleute, 6,5 % in einen Betriebsrat gewählt[239].
Die KPD suchte – unter Einsatz der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition" (RGO) – auch in der „Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit" die Kontakte zum GIM zu festigen. Die Zahl der RGO-Mitglieder ging jedoch weiter zurück. Im Berichtsjahr wurden zehn (1984: 15) Betriebszeitungen und 25 (1984: 10) Betriebszellen der KPD bekannt.
Die GIM gab Anfang Oktober mit der KPD eine gemeinsame „Aktionszeitung" zum „heißen Herbst" des DGB heraus (Auflage: 40.000 Exemplare). Sie forderte die Gewerkschaften auf, sich zu einer „klaren klassenkämpferischen Orientierung durchzuringen"[240].

Die MG verbreitete als Schwerpunkt der „Betriebsarbeit" ihre Publikationen und Flugschriften in hoher Stückzahl an Arbeitnehmer in Großbetrieben; mindestens 14 Betriebsausgaben der „Marxistischen Arbeiter Zeitung" kamen heraus.

3.6 Tätigkeit an Hochschulen

„Neue Linke" konnte Positionen in Studentenbewegungen geringfügig verbessern

Die „Neue Linke" konnte ihre Positionen in den Studentenvertretungen geringfügig ausbauen. Zum Jahresende lag ihr Anteil an den Sitzen in den Studentenparlamenten wieder bei rd. 11 %, in den Allgemeinen Studentenausschüssen stieg er dagegen auf etwa 20 % (1984: 17 %) an. Die Aktivitäten gingen nach wie vor überwiegend von undogmatischen linksextremistischen Gruppierungen aus; die Hochschul- und Studentenorganisationen der K-Gruppen konnten nach außen wirksame „Hochschularbeit" kaum noch entfalten.
Die MG beteiligte sich 1985 nur in Bayern an Wahlen zu Studentenvertretungen; dabei erzielte sie, wie im Vorjahr, an drei Hochschulen Erfolge. Mit Diskussionsveranstaltungen und zahlreichen Publikationen konnte sie wiederum mehrere tausend Studenten erreichen.
Die Vertreter der „Basisgruppen" (BG) in den „Vereinigten Deutschen Studentenschaften" (VDS) – im VDS-Vorstand wollten sie auch 1985 nicht mitarbeiten – bezeichneten die Hochschulen als „Entwicklungsorte für immer ausgefeiltere Herrschafts- und Ausbeutungsmethoden im Interesse des BRD-Kapitals"[241]. Gegen die „Hochschulpolitik von Kapital, Staat und etablierten Parteien"[242] sei konkreter „Widerstand" notwendig; das „Konzept des zivilen Ungehorsams" müsse auch auf die Hochschulen übertragen werden.
Die BG-Vertreter forderten für die VDS den Aufbau „rätedemokratischer Strukturen"; die „jetzige hierarchische Stellvertreter-Struktur" behindere die Durchsetzung studentischer Forderungen[243]. Zahlreiche Gruppen der undogmatischen „Neuen Linken" an Hochschulen sahen sich als Bindeglied zwischen der Universität und den „Widerstandsgruppen" draußen.

4. Ausblick 1986

Unter den Gruppen und Organisationen der „Neuen Linken" wollen die revolutionär-marxistischen Vereinigungen 1986 ihre Bemühungen um Zusammenführung der revolutionären Kräfte voranbringen. Auch die anarchistischen Gruppierungen bemühen sich verstärkt um den Aufbau überregionaler Strukturen. Beide Lager sehen die Arbeit in ihren wichtigsten Aktionsfeldern als langfristige Aufgabe, sind aber beweglich genug, auf aktuelle Ereignisse zu reagieren und Arbeitsschwerpunkte zu verschieben. Nach der Agitation und den Aktionen gegen Bundeswehr und NATO in den zurückliegenden Jahren gewinnt für viele Gruppen der „Kampf gegen den Atomstaat" wieder herausragenden Stellenwert. Auch die Agitation gegen angeblich wachsende staatliche Überwachung, gegen die Einführung

eines neuen Personalausweises und gegen die 1987 vorgesehene Volkszählung gewinnt bei den Gruppen der „Neuen Linken" wieder an Breite.

VII. Verbindungen zu ausländischen Linksextremisten

1. Orthodoxe Kommunisten und deren Vorfeld*

1.1 Kern- und Nebenorganisationen

Die DKP sieht sich als „untrennbarer Teil der revolutionären Weltbewegung" verpflichtet, deren Einheit und Zusammenarbeit im Interesse des „Kampfes um Frieden, nationale und soziale Befreiung und für den Sozialismus" zu fördern[244]. Auch 1985 unterhielt sie vielfältige Kontakte zu anderen kommunistischen Organisationen, vor allem zu den regierenden „Bruderparteien" im „realen Sozialismus", z. B. anläßlich der Beisetzung des im März verstorbenen sowjetischen Partei- und Staatschefs Konstantin U. *Tschernenko* sowie im Mai bei Veranstaltungen in der UdSSR und in der Bundesrepublik Deutschland zum „40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus". Zu den Teilnehmern an der Eröffnung eines „Museums deutscher Antifaschisten" in Krasnogorsk bei Moskau am 5. Mai zählten neben dem SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich *Honecker* auch die Vorsitzenden der DKP und der SEW; KPdSU-Generalsekretär Michail *Gorbatschow* betonte bei den Gesprächen die „unverbrüchliche Solidarität" seiner Partei mit der DKP und mit dem „aufopferungsvollen Kampf der Westberliner Kommunisten"[245].

DKP unterhält vielfältige Kontakte zu „Bruderparteien"

Zur DKP-„Woche des realen Sozialismus", die vom 4. bis 16. November unter dem Motto „Aus der neuen Welt – Die Sowjetunion heute" durchgeführt wurde, kamen aus der UdSSR neben Wissenschaftlern, Schriftstellern und Kulturgruppen auch hochrangige KPdSU-Funktionäre, darunter Wadim *Sagladin*, Mitglied des ZK und Erster Stellvertretender Leiter der „Internationalen Abteilung" des ZK der KPdSU. Im Anschluß an die bundesweit mehr als 100 „Werbeveranstaltungen" dankten die Referenten aus der Sowjetunion der DKP ausdrücklich für ihre „unablässigen Bemühungen, die Wahrheit über den Sozialismus zu verbreiten"[246].

Funktionäre der DKP besuchten die kommunistischen Parteien

* Ausführungen über die Verbindungen der orthodoxen Kommunisten und ihrer Vorfeldorganisationen zu anderen kommunistischen Organisationen, insbesondere zu den „Bruderparteien" SED und KPdSU, enthalten darüber hinaus die vorangehenden Abschnitte.

Nordkoreas und Polens und nahmen an Parteitagen und Pressefesten der „Bruderparteien" u. a. in Belgien, Frankreich, Israel, Italien und Österreich teil. Mitglieder des DKP-Parteivorstandes empfingen Abordnungen von „Bruderparteien" und „Befreiungsbewegungen" aus Bulgarien, Chile, der ČSSR, Kuba, Namibia, Nicaragua, Polen, Südafrika, der Türkei und Vietnam; sie führten Gespräche u. a. mit dem Geschäftsträger der Botschaft Afghanistans und dem Botschafter der Mongolischen Volksrepublik. Die Vorsitzenden der DKP sowie der Kommunistischen Parteien Österreichs und Luxemburgs führten im Juni in Trier einen „freundschaftlichen Meinungsaustausch" über Fragen der „internationalen Entwicklung" und des „demokratischen Friedenskampfes in ihren Ländern". Die DKP entstandte auch wieder Vertreter zu internationalen Kongressen und Begegnungen: zu einer Beratung über „Die Krise, die Analyse der Krise und die Aktionen der Kommunistischen Parteien" (12. und 13. Juni in Paris mit Delegationen 18 kommunistischer Parteien aus Westeuropa) und zu einem Symposium über die „Verhütung eines Atomkrieges und die Beseitigung aller Kernwaffen" (10. bis 13. Juli in Tokio mit Vertretern von 27 kommunistischen Parteien und „nationalen Befreiungsbewegungen"). Am 31. Mai/1. Juni richtete die DKP in Wuppertal selbst eine Konferenz zur „Situation der Frauen in den kapitalistischen Ländern Europas" aus, an der Vertreterinnen von 15 kommunistischen Parteien teilnahmen.

Auch die SEW entsandte zahlreiche Delegationen zu „Bruderparteien" u. a. in die UdSSR, nach Ungarn, Rumänien, Frankreich und Spanien. Mitglieder der DKP-Nebenorganisationen SDAJ und MSB halfen in Nicaragua beim Aufbau einer Druckerei für die „Sandinistische Jugend" (vgl. Abschnitt IV, Ziff. 2.6). Eine „Arbeitsbrigade" der SDAJ wirkte sechs Monate in einem Camp des mit der kommunistischen Partei Südafrikas zusammenarbeitenden „African National Congress" (ANC) in Tansania (vgl. Abschnitt IV; Ziff. 1.3.1).

Die „12. Weltjugendfestspiele" im Sommer in Moskau (vgl. Abschnitt IV, Ziff. 4.1) gaben weitere Gelegenheit zu Treffen mit „Bruderorganisationen" aus allen Ländern des „realen Sozialismus" und mit linksextremistischen Jugendorganisationen aus anderen Staaten.

1.2 Orthodox-kommunistisch beeinflußte Organisationen

„Frontorganisationen" unterstützen die sowjetische Außenpolitik

Angeleitet von der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU unterstützt ein Netz kommunistischer Tarnorganisationen („Frontorganisationen") die sowjetische Außenpolitik.* Die aktivste und bedeutendste „Frontorganisation" ist der „Weltfriedensrat" (WFR) mit Sitz in Helsinki. Sein Präsident, Romesh *Chandra*, ist Mitglied des Politbüros der KP Indiens. Zum Präsidium des WFR gehörten auch fünf Personen aus der Bundesrepublik Deutschland einschließlich

* Eine Gesamtdarstellung der Tätigkeit internationaler sowjetkommunistischer Propagandaorganisationen und ihrer Partner in der Bundesrepublik Deutschland enthält die vom Bundesministerium des Innern 1985 in der Reihe „Texte zur Inneren Sicherheit" veröffentlichte Broschüre „Kommunistische Frontorganisationen im ideologischen Klassenkampf".

Berlin (West), darunter als Vizepräsidentin Martha *Buschmann*, Mitglied des DKP-Präsidiums und des „Büros" des KFAZ (vgl. Abschnitt IV, Ziff. 1.4.3). Die VVN-BdA und die DFU sind dem WFR korporativ angeschlossen. Das WFR-Präsidium beschloß im März in Verfolgung der „friedenspolitischen" Prioritäten der KPdSU einen Appell „Nein zum Krieg der Sterne!" als Leitlinie für die aktuelle Arbeit. Auf Betreiben des WFR wird für Oktober 1986 ein „Weltkongreß zum Internationalen Friedensjahr" in Kopenhagen vorbereitet.

Neben dem WFR waren 1985 weitere „Frontorganisationen" – mit Ausstrahlung in die Bundesrepublik Deutschland – tätig, u. a.:

- Die „Internationale Föderation der Widerstandskämpfer" (FIR), in deren leitenden Gremien die VVN-BdA (vgl. Abschnitt IV, Ziff. 1.4.1) durch führende Funktionäre vertreten ist, und die „Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen" (IVDJ) der die VDJ (vgl. Abschnitt IV, Ziff. 1.4.7) als Sektion angehört. FIR und IVDJ zählten zu den Veranstaltern einer internationalen Konferenz „40 Jahre Nürnberger Prozesse" am 23./24. November in Nürnberg. Im Anschluß an diese Konferenz führte die FIR in Nürnberg noch eine Tagung ihres „Büros" (25./26. November) durch.
- Die „Christliche Friedenskonferenz" (CFK); sie ist in der Bundesrepublik Deutschland durch einen eigenen „Regionalausschuß" vertreten. Die Mehrzahl seiner Repräsentanten hat gleichzeitig Funktionen in der DFU oder der Initiative „Christen für die Abrüstung" (CfA) inne (vgl. Abschnitt IV, Ziff. 1.4.2).

DKP-beeinflußte Vereinigungen pflegten auch 1985 – neben ihrer Mitarbeit in „Frontorganisationen" – Kontakte zu „Partnerorganisationen" im kommunistischen Machtbereich, u. a. zu Verbänden von Widerstandskämpfern und zu „Friedensräten".

2. „Neue Linke"

„Neue Linke" ist „internationalistisch" orientiert

Die große Zahl von Solidaritätsaktionen, insbesondere für „Befreiungsbewegungen" in Mittelamerika und Südafrika, belegt die „internationalistische" Orientierung der „Neuen Linken". Zu Begegnungen und zur Zusammenarbeit mit ausländischen Linksextremisten kam es jedoch meist nur situationsbezogen und nach Einzelabsprachen. Über ein Netz von „Bruderorganisationen" im Ausland verfügen nur die Trotzkisten. Die in der Vergangenheit engen Kontakte der KPD nach Albanien kühlten merklich ab. Durch Beteiligung an „Arbeitsbrigaden" in Nicaragua – um „Erfahrung im Umgang mit den real-politischen Problemen einer Revolution" zu sammeln und die „weltweiten antiimperialistischen Kämpfe" zu unterstützen – übten Angehörige von Gruppen der „Neuen Linken" auch 1985 „praktische Solidarität"[247]. Stolz berichteten einige, als „Brigadisten" hätten sie sich auch am „Wachdienst mit der Waffe" beteiligt.

VIII. Deutscher linksextremistischer Terrorismus*

1. Entwicklung der Terroraktionen

Zahl der Terroranschläge ist deutlich gestiegen

Die Zahl der Terrorakte, die von deutschen Linksextremisten begangen wurden oder ihnen nach dem gegenwärtigen Ermittlungsstand zuzurechnen sind, ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. Die Aufklärungsquote bei Brand- und Sprengstoffanschlägen ist relativ gering. Mit zwei Morden, 214 ausgeführten oder versuchten Sprengstoff- und Brandanschlägen und fünf „Beschaffungsaktionen" (Raubüberfälle und Diebstahlversuche) hat sich der in den letzten Jahren (1980: 77; 1981: 129; 1982: 184; 1983: 215) mit Ausnahme von 1984 (148 Anschläge) zu beobachtende stetige Anstieg terroristischer Gewalttaten fortgesetzt. Der Anteil der besonders schwerwiegenden Fälle war wiederum auffallend hoch. Der insgesamt durch die Anschläge entstandene Schaden beläuft sich auf schätzungsweise mehr als 35 Millionen DM.

Hohe Sachschäden

In zwei Fällen kamen die Täter beim Transport selbstkonstruierter Sprengvorrichtungen ums Leben.

Nach Begehungsart und Täterkreis lassen sich die Anschläge des Jahres 1985 wie folgt aufschlüsseln:

	Brandanschläge	Sprengstoffanschläge	Morde	sonstige Straftaten**	insgesamt
„Rote-Armee-Fraktion"	–	1	2	5	8
Militante RAF-Anhänger	13	20	–	–	33***
„Revolutionäre Zellen/ Rote Zora"	3	15	–	–	18
sonstige Gruppen/ Einzeltäter	138	24	–	–	162
Summe	154	60	2	5	221

„Rote-Armee-Fraktion" tötete gezielt Menschen

Die „Rote-Armee-Fraktion" verübte 1985 erneut Anschläge, die auf die Tötung von Menschen gerichtet waren:

- am 1. Februar 1985 die Ermordung des MTU-Vorsitzenden Dr. Ernst *Zimmermann*

* Zur Terrorismusentwicklung in den zurückliegenden Jahren und zum letzten Hungerstreik inhaftierter Terroristen siehe auch die vom Bundesminister des Innern herausgegebene Broschüre „Terroristen im Kampf gegen Recht und Menschenwürde".

** Gezählt werden sog. „logistische" Aktionen der „Roten-Armee-Fraktion", die der Beschaffung von Geld und Sprengmitteln dienten bzw. dienen sollten.

*** In drei Tatbekenntnissen wiesen die als „Revolutionäre Zellen" auftretenden Täter sich durch ihre Argumentation als Anhänger der „Roten-Armee-Fraktion" aus.

- am 7./8. August 1985 die Ermordung des US-Soldaten Edward F. *Pimental* in der Nähe von Wiesbaden und
- am 8. August 1985 den Sprengstoffanschlag auf die Rhein-Main-Air-Base in Frankfurt.

Zahlreiche Terrorakte durch Hungerstreik, Weltwirtschaftsgipfel und Tod eines Demonstranten ausgelöst

Die übrigen gewaltorientierten Kräfte verübten hauptsächlich im Zusammenhang mit dem bundesweiten Hungerstreik inhaftierter Terroristen zu Jahresbeginn, dem Weltwirtschaftsgipfel und dem Tod eines Demonstranten in Frankfurt im September auf Sachschäden abzielende Terrorakte. So bildeten auch die Monate Januar (32 Anschläge), April (20 Anschläge) und Oktober (58 Anschläge) zeitliche Höhepunkte terroristischer Aktivitäten. Die Anschlagsserien waren von zahlreichen Bombendrohungen begleitet, mit denen zumeist unbekannte Gruppierungen sich bemerkbar machten.

Regionale Anschlagsschwerpunkte: Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg

Regional wurden in Hamburg (44 Anschläge) die meisten Terrorakte verübt, darunter zahlreiche Anschläge nach dem Tod eines Demonstranten in Frankfurt. Es folgen Niedersachsen mit 42, Nordrhein-Westfalen mit 34 und Baden-Württemberg mit 30 Anschlägen.

Die Taten sind Ausdruck der feindseligen Haltung dieser Gruppen gegen den Staat, die Gesellschaft sowie die industrielle und technische Entwicklung.

Hauptangriffsziele: Militär, Polizei und Justiz, Wirtschaftsunternehmen, Forschungsinstitute

Wie im Vorjahr standen bei den Anschlagszielen mit etwa einem Fünftel aller Anschläge militärische Einrichtungen der Bundeswehr und der NATO-Bündnispartner sowie Unternehmen mit Rüstungsproduktion im Vordergrund. Zu der Mehrzahl dieser Gewaltakte bekannten sich „antiimperialistisch" orientierte Gruppierungen, die in der NATO, besonders aber in deren militärischen Einrichtungen in Westeuropa ihren Hauptfeind sehen. An 2. Stelle waren Gebäude der Polizei, der Justizverwaltungen und sonstiger Behörden als Repräsentanten eines angeblichen „Überwachungs- und Unterdrükkungsstaates" betroffen. Als Ausdruck des Protestes gegen die „Ausbeuter- und Konsumgesellschaft" richteten sich zahlreiche terroristische Aktionen auch gegen Wirtschaftsunternehmen, Geldinstitute und Kaufhäuser. Bevorzugt wurden dabei Unternehmungen angegriffen, denen Geschäftsverbindungen vor allem zur Republik Südafrika vorgeworfen wurden.

Vermehrt waren auch Anschläge auf wissenschaftliche Institute und Forschungseinrichtungen, die mit der Entwicklung sog. „Schlüsseltechnologien" befaßt sind, zu verzeichnen. Daneben waren erneut lokale Themen wie Straßenbaumaßnahmen und Stadtsanierung Anlaß für Terrorakte. Auch der „Kampf" gegen die zivile Nutzung der Kernenergie blieb ein Thema für terroristische Gruppierungen.

2. „Rote-Armee-Fraktion"(RAF)

2.1 „Kommandobereich" der „Roten-Armee-Fraktion"

Personalstärke der „Roten-Armee-Fraktion" etwa 20 Personen

Der „Kommandobereich" der „Roten-Armee-Fraktion" hat gegenwärtig mit etwa 20 Personen wieder eine Personalstärke wie Mitte

der 70er Jahre erreicht. Es gibt Anzeichen dafür, daß auch 1985, wie im Vorjahr, Personen aus dem Umfeld der „Roten-Armee-Fraktion" zur „Kommandoebene" gestoßen sind.

Bei einem Raubüberfall auf zwei Geldbotinnen eines Supermarktes in Ludwigsburg wurde am 27. September das mit Haftbefehl gesuchte mutmaßliche Mitglied der „Roten-Armee-Fraktion" Karl-Friedrich *Grosser* gefaßt.

Dem am 26. November 1984 untergetauchten, mit Haftbefehl gesuchten mußmaßlichen terroristischen Gewalttäter Martin *Thiel*, der sich am 2. Dezember den Polizeibehörden stellte, konnte bisher eine Zugehörigkeit zu den illegalen Kadern der „Roten-Armee-Fraktion" nicht nachgewiesen werden.

„Rote-Armee-Fraktion" bleibt mit der „Offensive 84/85" schwerwiegende Gefahr für die innere Sicherheit

Die „Rote-Armee-Fraktion" ist heute personell und materiell in der Lage, ihre Ende 1984 begonnene „Offensive 84/85" mit den bisherigen Hauptanschlagszielen

- „US/NATO-Militärmaschine",
- „Rüstungsachse" Paris – Bonn,
- „Repressionsapparat" und
- „Pfeiler kapitalistischer Herrschaft"

weiter zu steigern. Dabei wird es immer schwieriger, die Bandbreite möglicher Angriffsziele der RAF einzugrenzen. Während sich ihre Anschläge seit 1977 ausschließlich gegen hochrangige Ziele im militärischen bzw. Rüstungsbereich richteten, spricht die „Rote-Armee-Fraktion" in einer Erklärung vom August von einer „Offensive gegen den imperialistischen Apparat in allen seinen politischen, ökonomischen und militärischen Verzweigungen und auf allen Ebenen".

Diese „Offensive", die von der „Roten-Armee-Fraktion" am 18. Dezember 1984 mit dem versuchten Sprengstoffanschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau begonnen wurde, erreichte ihren ersten Höhepunkt mit der brutalen Ermordung des MTU-Vorsitzenden Dr. Ernst *Zimmermann* am 1. Februar. Sie wurde am 7. und 8. August mit der Ermordung des US-Soldaten Edward F. *Pimental* in der Nähe von Wiesbaden und dem Sprengstoffanschlag auf die „Rhein-Main-Air-Base" in Frankfurt fortgesetzt.

Brutale Ermordung des MTU-Vorsitzenden Sprengstoffanschlag in Frankfurt tötet zwei Amerikaner

Dieser Terrorakt, bei dem zwei amerikanische Staatsangehörige getötet und elf weitere Personen zum Teil schwer verletzt wurden, liegt ganz auf der Linie ihrer bisherigen „Angriffe". Die US-Air-Base spielt nach der Behauptung der RAF als „Drehscheibe für Kriege in der 3. Welt", „Einfalltor nach Europa für den Krieg gegen die sozialistischen Staaten" und „Geheimdienstnest" eine bedeutsame Rolle innerhalb des „imperialistischen Konzepts". Die Ermordung des US-Soldaten begründete die RAF mit der Notwendigkeit, in den Besitz einer „ID-Card" zu gelangen, „um auf die Air-Base zu fahren".

Hungerstreik sollte „revolutionäre Linke" mobilisieren

Im Rahmen der „Offensive 84/85" führten inhaftierte Angehörige und Unterstützer der „Roten-Armee-Fraktion" einen neunwöchigen (4. Dezember 1984 bis 5. Februar) Hungerstreik durch. Sie wollten damit einerseits die Zusammenlegung der sich als „Kriegsgefangene" verstehenden inhaftierten Terroristen „in große Gruppen" und die

Anwendung der „Mindestgarantie der Genfer Konvention" erreichen. Vor allem jedoch sollte der Hungerstreik die „revolutionäre Linke" mobilisieren und sie zur Bildung einer terroristischen „antiimperialistischen Front in Westeuropa" bewegen.

Die RAF hatte diese terroristische Strategie, die eine Weiterentwicklung aller bisherigen Hungerstreikaktionen darstellte, in ihren Kerngedanken bereits in einem im Juli 1984 in Frankfurt sichergestellten „Planungspapier" vom 22. April 1984 formuliert. Danach erwarteten Angehörige der RAF von einer „Gesamtoffensive", bestehend aus ihren Anschlägen gegen Militär, Justiz und Sicherheitsbehörden, gewalttätigen Aktionen militanter Anhänger und schließlich dem Hungerstreik, daß sich die seit 1982 diskutierte, aber nicht erreichte gemeinsame „Front" der „revolutionären Linken" werde realisieren lassen.

Konspirative Wohnungen entdeckt

Durch einen Hinweis aus der Bevölkerung wurde am 24. Juni eine Wohnung der „Roten-Armee-Fraktion" in Offenbach entdeckt. Sie war von Mitgliedern der RAF als Depot und Unterkunft benutzt worden. In der Wohnung befanden sich neben Ausweispapieren auch Munition und fünf Faustfeuerwaffen aus früheren Waffendiebstählen des „Kommandobereichs". Eine weitere konspirative Wohnung der RAF, die vermutlich von August 1984 bis März 1985 genutzt worden war, wurde am 11. September in Tübingen entdeckt. Bei der Durchsuchung konnten Spuren von derzeit im Untergrund operierenden Angehörigen der RAF gewonnen werden.

„Rote-Armee-Fraktion" führt wieder „Beschaffungsaktionen" durch

Neben den Terroranschlägen führte die „Rote-Armee-Fraktion" auch wieder sog. „Beschaffungsaktionen" durch, die die Voraussetzungen für das Leben im Untergrund sicherstellen und die materielle Basis für die Vorbereitung und Ausführung von Terrorakten verbessern sollen.

So geht ein Einbruch in ein Sprengstofflager in Baden-Württemberg, bei dem am 7. Januar große Mengen an Sprengzündern und Sprengschnüren erbeutet wurden, mit großer Wahrscheinlichkeit auf das Konto der „Roten-Armee-Fraktion". Versuche, am 19. und 28. Juli in Ottenhöfen/Schwarzwald Sprengstoff zu rauben, schlugen fehl.

Brutale Methoden der Geldbeschaffung

Zur Geldbeschaffung hat die RAF neue Wege eingeschlagen. Während bisher nur bekannt war, daß sie die benötigten Mittel durch Banküberfälle erlangt, ist sie 1985 zu brutalen Raubüberfällen auf Geldboten von Privatunternehmen übergegangen.

Am 3. Juni überfielen Mitglieder der RAF im Kreis Tübingen den Boten einer Supermarktkette und raubten etwa 157.000,– DM; dabei wurde auf den Geldboten ohne Vorwarnung aus nächster Distanz ein Schuß in den Hals abgegeben, der ihn schwer verletzte. Am 27. September schlugen zwei Männer zwei Geldbotinnen eines Einzelhandelsgeschäfts mit Meißeln nieder und fügten ihnen schwere Kopfverletzungen zu (Beute ca. 16.000,– DM). Unmittelbar danach wurde als einer der Täter das mutmaßliche RAF-Banden-Mitglied Karl-Friedrich *Grosser* festgenommen.

Diese brutalen Überfälle und die heimtückische und skrupellose Er-

mordung des US-Soldaten in Wiesbaden lassen erkennen, daß die „Rote-Armee-Fraktion" auf eine „politische Vermittelbarkeit" ihrer Aktionen offenbar zunehmend weniger Wert legt. Die gezielte Tötung eines Menschen wird heute offensichtlich weder bei Beschaffungsaktionen von vornherein ausgeschlossen, noch auf Situationen beschränkt, in denen man sich einer drohenden Festnahme entziehen will. Damit ist die „Rote-Armee-Fraktion" von ihrem bisherigen Grundsatz abgerückt, daß sich ihre „Angriffe" niemals gegen Menschen richten dürfen, die „mit den Verbrechen des Imperialismus nichts zu tun haben."

Terroristisches Umfeld kritisiert Mord an US-Soldaten

Der Mord an dem Soldaten *Pimental* löste massive Kritik nicht nur im weiteren linksextremistischen Spektrum aus, sondern führte sogar im engeren „RAF-Umfeld" zu einer merklichen „politischen" Desorientierung. Bis in die jüngste Zeit wird in Erklärungen und Stellungnahmen immer wieder darauf hingewiesen, daß die Ermordung eines „einfachen" Soldaten, nur um in den Besitz eines Ausweises zu gelangen, im „internatioalen Klassenkampf" keinen Platz habe. Zu dieser Kritik nahm die „Rote-Armee-Fraktion" in der Septemberausgabe (Nr. 4) der von „Militanten der RAF" herausgegebenen Untergrundschrift „Zusammen Kämpfen" Stellung. Dabei versuchte sie den Anschlag auf die Air-Base und die Ermordung des US-Soldaten als notwendigen Teil ihres „antiimperialistischen Kampfes" zu erklären. Dessen Verschärfung entspräche der imperialistischen Eskalation, sei die „Erweiterung des Angriffs in die Tiefe und die Verzweigung der militärisch-politischen Position der US-Macht hier" und damit eine „zentrale Linie für den antiimperialistischen Kampf". Die Ermordung des US-Soldaten rechtfertigte sie mit dem Hinweis auf den angeblich bestehenden „Kriegszustand": „... jeder GI (muß) begreifen, daß er dafür bezahlt wird, Krieg zu führen, d. h. ALLE MÜSSEN BEGREIFEN DASS KRIEG IST – UND SICH ENTSCHEIDEN ..."

„Rote-Armee-Fraktion" für „Internationalisierung" des „Klassenkrieges"

In derselben Erklärung tritt die „Rote-Armee-Fraktion" erneut und nachdrücklich für eine verstärkte „Internationalisierung" des „Klassenkrieges" sowie für eine weltweit zunehmende Gleichzeitigkeit der „Befreiungskämpfe" ein, um das „imperialistische Gesamtsystem im Prozeß der Weltrevolution" effektiver „zerrütten" zu können. Sie macht mit ihren Erklärungen deutlich, daß sie an den seit Jahren formulierten, terroristischen Zielen und Angriffslinien festhält.

2.2 „Militante der RAF"

„Militante der RAF" als „neue Ebene" der „Roten-Armee-Fraktion"

In der „Roten-Armee-Fraktion" hat sich neben dem „Kommandobereich" eine neue Ebene entwickelt, die sich als die „Militanten der RAF" bezeichnen läßt. Sie hat ihren Ursprung in der Konstituierung des „antiimperialistischen Widerstands" Anfang der 80er Jahre und wurde erstmals im Grundsatzpapier der RAF vom Mai 1982 beschrieben. Danach entwickeln die „Militanten" „einheitliche koordinierte militante Projekte", „die darauf aus sind, die imperialistische Strategie zu durchkreuzen". Der „Kommandobereich" hat die Ei-

genständigkeit der „Militanten" sowohl in einem Schreiben vom 2. Februar „an die gefangenen Revolutionäre" zum Abbruch des Hungerstreiks als auch in einem „Interview mit den Genossen aus der RAF"[248] bestätigt. Träger dieses „militanten" Konzeptes, aus der „Legalität" heraus Anschläge gegen Objekte durchzuführen, sind vermutlich Personen des engeren Umfeldes der „Roten-Armee-Fraktion", die sich seit Jahren führend in der politisch/ideologischen Unterstützerarbeit betätigt haben.

Anschläge der „Militanten" richten sich ausschließlich gegen Sachwerte

Im Rahmen eines offensichtlich arbeitsteiligen Konzeptes, nach dem der „Kommandobereich" wie bisher „militärische", d. h. gegen Personen gerichtete Anschläge ausführt, richten sich die „militanten" Aktionen der neuen Ebene gegen Sachwerte. So kam es im Rahmen der Hungerstreikkampagne u. a. am 20. Januar zu einem Anschlag auf ein Rechenzentrum in Stuttgart/Vaihingen, bei dem sich einer der Täter, ein Angehöriger des engeren Umfeldes der RAF in Karlsruhe tödlich und seine Mittäterin schwer verletzten.

Unter der Bezeichnung „Illegale Militante" bekannten sich die Täter zu Sprengstoffanschlägen auf zwei Firmen in Hamburg am 4. April, zu einem versuchten Sprengstoffanschlag auf das „Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung" (BWB) in Koblenz am 3. Mai und zu einem Sprengstoffanschlag auf die NATO-Pipeline bei Ehringhausen am 4. Mai.

Nahtlose ideologische Übereinstimmung mit dem „Kommandobereich"

Die zu den Anschlägen bekanntgewordenen Erklärungen unterstreichen die nahtlose ideologische Übereinstimmung mit den Aussagen des „Kommandobereiches" der RAF; die „Angriffe" der „Militanten der RAF" richten sich wie die der „Kommandoebene" gegen die „zentralen imperialistischen Projekte". Dabei ist unverkennbar, daß die „Militanten" von Anfang an auch eine internationale Ausrichtung beabsichtigen. Fast alle Erklärungen und Publikationen nennen als Ziel den Aufbau einer „antiimperialistischen Front" in Westeuropa. Diese „Internationalisierung" kommt besonders im Inhalt und in der Zielsetzung der Schrift „Zusammen Kämpfen" zum Ausdruck, die 1985 in drei Ausgaben und zwei Sondernummern erschienen ist und mit hoher Wahrscheinlichkeit von „Militanten der RAF" herausgegeben wird.

„Militante der RAF" geben „Zusammen Kämpfen" heraus

Wie eng beide Ebenen der „Roten-Armee-Fraktion" zusammenarbeiten, zeigte sich an Tatmittelzusammenhängen zwischen verschiedenen Anschlägen der „Militanten" und des „Kommandobereiches". So wurde bei dem versuchten Sprengstoffanschlag der „Kommandoebene" auf die NATO-Schule in Oberammergau am 18. Dezember 1984 und bei dem versuchten Sprengstoffanschlag der „Militanten" auf das BWB in Koblenz am 3. Mai Sprengstoff gleicher Herkunft verwandt. Gleichartige Tatmittel (selbstgefertigte Metallbehälter, Bundesbahngasflaschen) benutzte die „Kommandoebene" bei dem Sprengstoffanschlag auf die US-Air-Base in Frankfurt und „Militante der RAF" bei den Terrorakten in Hamburg und Ehringhausen.

Auch als am 24. Juni in Offenbach eine Wohnung der RAF entdeckt

wurde sowie Waffen und Unterlagen des „Kommandobereiches" sichergestellt wurden, wurde deutlich, daß beide Ebenen personell und materiell miteinander verzahnt sind. Mindestens zwei Angehörige der „militanten" Ebene hielten sich dort längere Zeit unter Legende auf. Sie konnten nach der Enttarnung der Unterkunft festgenommen werden.

2.3 Umfeld der „Roten-Armee-Fraktion"

Anhänger der „Roten-Armee-Fraktion" bilden zuverlässiges Unterstützerpotential

Die das Gewaltkonzept der „Roten-Armee-Fraktion" bejahenden Gruppierungen bilden nach wie vor ein für sie verläßliches Unterstützerpotential. Zu den „klassischen" Aufgaben, insbesondere des engeren Umfeldes der RAF, dem etwa 200 Personen zuzurechnen sind, gehört auch weiterhin die „Öffentlichkeitsarbeit" für die „Rote-Armee-Fraktion" und das Werben für deren Ziele. Die Angehörigen dieser Gruppierungen betreuen inhaftierte terroristische Gewalttäter und Unterstützer der RAF und setzen sich für deren Forderungen ein. Außerdem gehört es zu ihren Aufgaben, den Informationsaustausch zwischen den Häftlingen und den im Untergrund lebenden terroristischen Gewalttätern aufrechtzuerhalten und deren Aufträge auszuführen.

Die zunehmende Bedeutung des engeren Umfeldes machte das „Planungspapier" der „Roten-Armee-Fraktion" vom 22. April 1984, das in einer konspirativen Wohnung aufgefunden wurde, deutlich. Dort trat die RAF dafür ein, ihre Anhänger stärker als bisher in die Vorbereitung und Durchführung einer neuen Terroroffensive einzubinden. Diese Erwartungen hat das engere Umfeld während der Hungerstreik-Phase voll erfüllt. So ist neben den in diesem Zeitraum verübten neun Brand- und zwölf Sprengstoffanschlägen die Zahl der von Unterstützern, Angehörigen und Anwälten der „RAF-Gefangenen" durchgeführten Solidaritäts- bzw. Diskussionsveranstaltungen zum Hungerstreik deutlich angestiegen. Weitere Agitationsschwerpunkte des Umfeldes bildeten 1985 der Weltwirtschaftsgipfel in Bonn und der Besuch des amerikanischen Präsidenten in der Bundesrepublik im Mai, die Apartheid-Politik in Südafrika und der Tod des Demonstranten *Sare* in Frankfurt/M. im September.

Aktivitäten der Anhänger der „Roten-Armee-Fraktion" nehmen während des Hungerstreiks zu

Die Ermordung des amerikanischen Soldaten *Pimental* durch die „Rote-Armee-Fraktion" am 8. August in der Nähe von Wiesbaden, die sie als notwendige Vorbereitungshandlung für den Anschlag auf die Rhein-Main-Air-Base in Frankfurt bezeichnete (siehe unten Seite 121), sogar im engeren terroristischen Unterstützerbereich erhebliche Verunsicherung hervorgerufen. So war man dort anfangs davon überzeugt, es habe sich um eine „Geheimdienstaktion" mit dem ausschließlichen Zweck gehandelt, die Tat der „Roten-Armee-Fraktion" in die Schuhe zu schieben. Nach der Veröffentlichung eines Bekennerschreibens der RAF zu dem Mord wurde die Tat dann bis in die jüngste Zeit hinein in vielen Stellungnahmen als falsch verurteilt. Der Soldat sei nicht im direkten „Einsatz für den imperialistischen Krieg" getötet worden, sondern bei einer „reinen Beschaf-

Ermordung des US-Soldaten löst Verunsicherung im engen Unterstützerbereich aus

fungsaktion". Diese sei nicht notwendig gewesen und „Ausdruck fehlender revolutionärer Moral". Ein Teil der RAF-Anhänger ist allerdings nach dem Bekanntwerden der Erklärung der „Kommandoebene" unverzüglich auf deren Linie umgeschwenkt und hat deren Argumente uneingeschränkt übernommen.

3. „Revolutionäre Zellen" (RZ)

Anschläge „Revolutionärer Zellen" sind deutlich angestiegen

Nachdem die terroristischen Aktivitäten der „Revolutionären Zellen" 1984 mit nur elf Gewaltakten einen Tiefpunkt erreicht hatten, ist die Zahl der von „Revolutionären Zellen" und ihrer autonomen Frauengruppe „Rote Zora" im Berichtsjahr verübten Brand- und Sprengstoffanschläge (insgesamt 18) wieder deutlich angestiegen. Regionale Schwerpunkte für Aktivitäten der „Revolutionären Zellen" waren Nordrhein-Westfalen (11) und Hamburg (3). Erstmals seit Juli 1983 verübte wieder eine „Revolutionäre Zelle" in Hessen einen Anschlag.

„Rote Zora" verübte wieder eigenständige Terroraktionen

Die „Rote Zora", die im Vorjahr keine eigenständigen Terroraktionen durchgeführt hatte, zeichnete für zwei Sprengstoffanschläge in Heidelberg und in Köln verantwortlich. Darüber hinaus bekannte sie sich zu einem angeblich gemeinsam mit den RZ durchgeführten Sprengstoffanschlag in Isernhagen (Niedersachsen).

Hauptanschlagsziele: Bio- und Gentechnologie sowie Mikroelektronik

Die Anschläge der „Revolutionären Zellen" und der „Roten Zora" richteten sich in erster Linie gegen Firmen, Forschungsinstitute und sonstige Einrichtungen, die sich mit der Entwicklung von Bio- und Gentechnologie befassen. In ihnen sehen die RZ wichtige „strategische Sektoren" einer „kapitalistischen Konzeption" zur „Bewältigung der wirtschaftlichen Krise"; diese dienten einerseits der „Profitmaximierung des Kapitals", andererseits verschärften sie die Ausbeutung der Menschen oder ganzer Länder. So bekannte sich die „Rote Zora" zu einem versuchten Sprengstoffanschlag auf das im Bau befindliche „Institut für medizinische und biologische Forschung" der Universität Heidelberg am 13. April und zu einem Sprengstoffanschlag auf einen Neubau des „Max-Planck-Instituts" in Köln am 19. August. „Revolutionäre Zellen" verübten am 7. Oktober einen Sprengstoffanschlag auf das „Botanische Institut" der Universität Köln, in dem sie offenbar – fälschlich – eine mit Gen-Forschung befaßte Einrichtung vermuteten. In Erklärungen begründeten RZ und „Rote Zora" die Terrorakte u. a. damit, die Forschung im Bereich der Nahrungsmittelproduktion und Pflanzengenetik diene letztlich nicht der Beseitigung des Hungers in der Welt, sondern dazu, die Länder in der „3. Welt" von den hoch technisierten Staaten bzw. den „multinationalen Konzernen" abhängig zu machen.
Weitere Anschläge der „Revolutionären Zellen"/„Rote Zora" richteten sich gegen Firmen und Institutionen, die mit der Entwicklung und Produktion von Computern und sonstigen Erzeugnissen aus dem Bereich der Mikroelektronik befaßt sind. Sie entsprechen einem von

den RZ bereits seit einigen Jahren propagierten und praktizierten Konzept, die „zunehmende Computerisierung der Gesellschaft" durch „Angriffe" gegen Hersteller oder Anwender von EDV-Anlagen zu bekämpfen; diese repräsentieren angeblich in besonderem Maße die bestehenden Herrschaftsstrukturen. In einer Erklärung zu Sprengstoffanschlägen auf zwei Computerfirmen in Hamburg und Dortmund am 2. Dezember wird daher vor allem die „technologische Gewalt" hervorgehoben, die von derartigen Unternehmen und ihren Produkten ausgehe. Diese sei gleichbedeutend mit „Ausbeutung, Unterdrückung, Zersplitterung, Selektion, Erfassung und Repression". Der Einsatz der Mikroelektronik führe in der Arbeitswelt zu Rationalisierungen, Massenentlassungen und somit letztlich zu einer Verschärfung der „Klassenauseinandersetzung".

„Revolutionäre Zellen" greifen „sozialrevolutionäre Themen wieder stärker auf"

Die Versuche „Revolutionärer Zellen", auch „sozialrevolutionäre" Themen wieder stärker aufzugreifen, verdeutlichen drei am 8. März verübte Sprengstoffanschläge gegen das Hauptverwaltungsgebäude der „IG Bergbau und Energie" in Bochum, das Verwaltungsgebäude des „Gesamtverbandes des Deutschen Steinkohlenbergbaus" in Essen und die Fa. „Schiffahrt KG Peter *Döhle*" in Hamburg. RZ begründeten die Terrorakte damit, daß die Betroffenen – jeder auf seine Weise – zu den „Totengräbern" des britischen Bergarbeiterstreiks gehörten und ihn „mit ausgehöhlt" hätten.

Anschläge gegen militärische Einrichtungen zurückgegangen

Der militärischen Infrastruktur galt nur ein Sprengstoffanschlag, der am 31. Mai auf einen Schieberschacht der NATO-Pipeline bei Mörfelden verübt wurde. Eine RZ brachte ihn in Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Startbahn West des Frankfurter Flughafens und deren angeblicher Vorteile für die US-Air-Base.

Drei Sprengstoffanschläge aus Anlaß des Weltwirtschaftsgipfels

Im Zusammenhang mit dem Weltwirtschaftsgipfel in Bonn wurden drei offensichtlich aufeinander abgestimmte Sprengstoffanschläge gegen die „Deutsche Bank" in Düsseldorf, den „Gesamtverband der Metallindustrie" und die Firma *„Hoechst"* in Köln verübt. In einer Erklärung wurden sie als Ausdruck des Protestes gegen die „Offensive des Kapitals" gegen das „Proletariat" bezeichnet, der Weltwirtschaftsgipfel diene dem „Weltkapital" dazu, sich in „Siegerlaune" zu zelebrieren.

Die von „Revolutionären Zellen" in ihren Erklärungen aufgegriffenen Themen ließen neben „sozialrevolutionären" auch „antiimperialistische" Ansätze erkennen. Obwohl sich einzelne „Zellen" in einer Erklärung nach dem Hungerstreik inhaftierter Mitglieder und Unterstützer der „Roten-Armee-Fraktion" im Prinzip mit deren Zielen solidarisch erklärten, machten kritische Stellungnahmen sowie die aktionistische und propagandistische Zurückhaltung der RZ während des Streiks die nach wie vor bestehende Distanz zwischen beiden terroristischen Gruppierungen deutlich.

Nach wie vor Distanz zwischen RAF und RZ

Keine nennenswerten publizistisch/propagandistischen Aktivitäten der RZ

Grundsatzpapiere der „Revolutionären Zellen" mit einer Fortschreibung ihrer ideologischen Zielvorstellungen sind 1985 nicht bekannt geworden. Diesem Rückgang der publizistisch/propagandistischen Aktivitäten der „Revolutionären Zellen" entspricht auch die geringe

Intensität, mit der ihr Konzept im terroristischen Umfeld diskutiert wurde.

4. Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen

Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen nahmen wieder deutlich zu

Die Zahl der von sonstigen Gruppierungen oder Einzelpersonen ausgeführten oder versuchten Brand- und Sprengstoffanschläge (162) nahm 1985 im Vergleich zum Vorjahr (1984: 116) wieder deutlich zu. Bei der vorzeitigen Zündung eines selbstkonstruierten Sprengsatzes wurde ein Täter in Hannover tödlich verletzt.

Keine Veränderung des Gewaltpotentials dieser Bereiche

Die überwiegend der autonomen linksextremistischen Szene zuzurechnenden gewaltbereiten Kleingruppen orientieren sich bei der Auswahl ihrer Zielobjekte und der Planung und Durchführung ihrer Anschläge häufig am Konzept der „Revolutionären Zellen". Nur zu etwa einem Fünftel aller Anschläge wurden Erklärungen der Täter bekannt. Dabei waren Terminologie und Argumente teilweise denen der „Roten-Armee-Fraktion" oder der „Revolutionären Zellen" angeglichen. Gemeinsames Merkmal blieb die grundsätzliche Ablehnung des staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems der Bundesrepublik Deutschland.

Besondere schwerwiegende Anschläge

Wie bereits in den vorangegangenen Jahren waren solche Gruppen für über 70 % aller Terrorakte verantwortlich. Die Zahl der in ihren Folgewirkungen besonders schwerwiegenden Anschläge verdeutlicht die von diesen Gruppen ausgehende Gefährdung der inneren Sicherheit. Regionale Schwerpunkte ihrer Terroraktionen bildeten Hamburg und Niedersachsen. Vorrangige Anschlagsziele waren neben Polizei- und Justizdienststellen sowie sonstigen Behörden weiterhin Geldinstitute, Kaufhäuser und Wirtschaftsunternehmen, die mit der Produktion von militärischen Gütern oder mit dem Bau bzw. dem Betrieb kerntechnischer Anlagen befaßt sind. Einrichtungen von Bundeswehr und NATO waren in zwölf Fällen betroffen.

Solidarität mit inhaftierten Terroristen

Vornehmlich zu Beginn des Jahres versuchten diese Gruppen, ihre Solidarität mit dem Hungerstreik inhaftierter terroristischer Gewalttäter zum Ausdruck zu bringen. Mit „notwendigem Widerstand" gegen „sämtliche Atomprogramme" sowie als Akt der Unterstützung der Hungerstreikenden begründete z. B. eine Gruppe „Hau weg den Scheiss" einen Sprengstoffanschlag auf eine Versorgungsleitung der „Hamburgischen Elektrizitätswerke" (HEW) für das Kernkraftwerk Krümmel (Sachschaden ca. 1,2 Mio. DM).

Kampf gegen Kernenergie bleibt Aktionsschwerpunkt

Auch im Kampf gegen die zivile Nutzung der Kernenergie setzten Linksextremisten wieder terroristische Mittel ein. Einige der Anschläge, die sich gegen die Betreiber von Kernkraftwerken und deren Zuliefererunternehmen richteten, verursachten Sachschäden in Millionenhöhe. Vor allem in Niedersachsen waren einige mit Baumaßnahmen für Kernkraftwerke und Endlagerstätten radioaktiver Abfallstoffe betraute Firmen wiederholt Ziel von Brandanschlägen. Zur Brandstiftung anläßlich einer Ausstellung einer Brennelemente-

den RZ bereits seit einigen Jahren propagierten und praktizierten Konzept, die „zunehmende Computerisierung der Gesellschaft" durch „Angriffe" gegen Hersteller oder Anwender von EDV-Anlagen zu bekämpfen; diese repräsentieren angeblich in besonderem Maße die bestehenden Herrschaftsstrukturen. In einer Erklärung zu Sprengstoffanschlägen auf zwei Computerfirmen in Hamburg und Dortmund am 2. Dezember wird daher vor allem die „technologische Gewalt" hervorgehoben, die von derartigen Unternehmen und ihren Produkten ausgehe. Diese sei gleichbedeutend mit „Ausbeutung, Unterdrückung, Zersplitterung, Selektion, Erfassung und Repression". Der Einsatz der Mikroelektronik führe in der Arbeitswelt zu Rationalisierungen, Massenentlassungen und somit letztlich zu einer Verschärfung der „Klassenauseinandersetzung".

„Revolutionäre Zellen" greifen „sozialrevolutionäre Themen wieder stärker auf"

Die Versuche „Revolutionärer Zellen", auch „sozialrevolutionäre" Themen wieder stärker aufzugreifen, verdeutlichen drei am 8. März verübte Sprengstoffanschläge gegen das Hauptverwaltungsgebäude der „IG Bergbau und Energie" in Bochum, das Verwaltungsgebäude des „Gesamtverbandes des Deutschen Steinkohlenbergbaus" in Essen und die Fa. „Schiffahrt KG Peter *Döhle*" in Hamburg. RZ begründeten die Terrorakte damit, daß die Betroffenen – jeder auf seine Weise – zu den „Totengräbern" des britischen Bergarbeiterstreiks gehörten und ihn „mit ausgehöhlt" hätten.

Anschläge gegen militärische Einrichtungen zurückgegangen

Der militärischen Infrastruktur galt nur ein Sprengstoffanschlag, der am 31. Mai auf einen Schieberschacht der NATO-Pipeline bei Mörfelden verübt wurde. Eine RZ brachte ihn in Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Startbahn West des Frankfurter Flughafens und deren angeblicher Vorteile für die US-Air-Base.

Drei Sprengstoffanschläge aus Anlaß des Weltwirtschaftsgipfels

Im Zusammenhang mit dem Weltwirtschaftsgipfel in Bonn wurden drei offensichtlich aufeinander abgestimmte Sprengstoffanschläge gegen die „Deutsche Bank" in Düsseldorf, den „Gesamtverband der Metallindustrie" und die Firma *„Hoechst"* in Köln verübt. In einer Erklärung wurden sie als Ausdruck des Protestes gegen die „Offensive des Kapitals" gegen das „Proletariat" bezeichnet, der Weltwirtschaftsgipfel diene dem „Weltkapital" dazu, sich in „Siegerlaune" zu zelebrieren.

Die von „Revolutionären Zellen" in ihren Erklärungen aufgegriffenen Themen ließen neben „sozialrevolutionären" auch „antiimperialistische" Ansätze erkennen. Obwohl sich einzelne „Zellen" in einer Erklärung nach dem Hungerstreik inhaftierter Mitglieder und Unterstützer der „Roten-Armee-Fraktion" im Prinzip mit deren Zielen solidarisch erklärten, machten kritische Stellungnahmen sowie die aktionistische und propagandistische Zurückhaltung der RZ während des Streiks die nach wie vor bestehende Distanz zwischen beiden terroristischen Gruppierungen deutlich.

Nach wie vor Distanz zwischen RAF und RZ

Keine nennenswerten publizistisch/propagandistischen Aktivitäten der RZ

Grundsatzpapiere der „Revolutionären Zellen" mit einer Fortschreibung ihrer ideologischen Zielvorstellungen sind 1985 nicht bekannt geworden. Diesem Rückgang der publizistisch/propagandistischen Aktivitäten der „Revolutionären Zellen" entspricht auch die geringe

gegen die „zentralen imperialistischen Strategien" gemeinsam führen. Der Veröffentlichung folgten die zwei aufeinander abgestimmten Morde an dem französischen General Rene *Audran* am 25. Januar in Paris und dem MTU-Vorsitzenden Dr. Ernst *Zimmermann* am 1. Februar in Gauting bei München. Die „Rote-Armee-Fraktion" erklärte zu den Anschlägen in einem in der Zeitschrift „Zusammen Kämpfen"[249] veröffentlichten „Interview mit Genossen aus der RAF": . . .„für AD und uns ging es darum, mit diesen aktionen den motor des imperialistischen europa-projekts anzugreifen: die achse paris bonn".

Eine weitergehende Kooperation beider Gruppen zeigte sich, als ein „gemeinsames Kommando" von RAF und AD sich zu dem Anschlag auf die „Rhein-Main-Air-Base" am 8. August bekannte. Dennoch ist – wie übrigens die RAF auch selbst erklärt hat – nicht davon auszugehen, daß es zu einem „organisatorisch/logistischen Zusammenschluß" beider Gruppen gekommen ist.

Terroristische Gruppierungen aus anderen Ländern haben sich dem Bündnis von „Roter-Armee-Fraktion" und „Action Directe" bisher nicht angeschlossen.

Keine eindeutige Zusammenarbeit mit belgischen Terroristen

Anhaltspunkte für eine Zusammenarbeit zumindest im „logistischen" Bereich ergaben sich aus der Verwendung des am 4. Juni 1984 in Ecaussines/Belgien gestohlenen Sprengstoffs sowohl durch AD und RAF als auch durch die belgischen Terrorgruppen „Cellules Communistes Combattantes" (C. C. C.) und „Front Revolutionaire d'Action Proletarienne" (FRAP). In Belgien veröffentlichten die C. C. C. zusammen mit ihrem Grundsatzpapier zum 1. Mai eine Erklärung, in der sie ihre auch in der Praxis eigenständige „politische" Linie trotz „punktueller Einheit in logistischen Fragen" herausstellten.

Solidaritätsaktionen für deutsche Terroristen im Ausland

Der Hungerstreik der inhaftierten Mitglieder der „Roten-Armee-Fraktion" löste zahlreiche Solidaritätsaktionen aus, an denen sich linksextremistische Gruppen, Gefangenengruppen, Solidaritätskomitees und Verwandtengruppen aus mehreren europäischen Ländern u. a. der Niederlande, Belgien, Frankreich, Spanien, der Schweiz und Dänemark beteiligten. So fanden z. B. am 8. Januar in Paris und am 16. Januar in Zürich Solidaritätsveranstaltungen statt. Angehörige der spanischen Terrororganisation „Antifaschistisches Kommando 1. Oktober" („GRAPO") bekannten sich zu einem versuchten Sprengstoffanschlag auf eine Niederlassung der „Daimler Benz AG" am 15. Januar in Barcelona. In Kopenhagen und in Amsterdam kam es zu Demonstrationen. Besonders intensiv waren die Verbindungen der Angehörigengruppe der „politischen Gefangenen" im Bundesgebiet zu entsprechenden Gruppierungen sowie inhaftierten Terroristen in Spanien.

Zusammenarbeit im publizistischen Bereich

Anhaltspunkte für eine europäische Zusammenarbeit im publizistischen Bereich bieten die Zeitschrift „Zusammen Kämpfen" und die holländische Publikation „De Knipselkrant". Sie veröffentlichen regelmäßig „Kommandoerklärungen" und Bekennerschreiben terrori-

stischer Gruppen aus mehreren Ländern Europas. 1985 nahm besonders die Berichterstattung über den Hungerstreik der in der Bundesrepublik Deutschland inhaftierten terroristischen Gewalttäter breiten Raum ein.

6. Strafverfahren

6.1 Anklageerhebungen

Im Oktober 1985 begannen die gerichtlichen Hauptverhandlungen gegen die Mitglieder der „Roten-Armee-Fraktion" Christa *Eckes*, Manuela *Happe*, Ingrid *Jakobsmeier*, Barbara *Ernst* und Volker *Staub*. Gegen zehn weitere Personen wurden Anklagen wegen Mitgliedschaft in, Werbens für oder Unterstützung eine(r) terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) erhoben.

6.2 Einzelne Verurteilungen

1985 ergingen gegen 20 (1984: 4) Personen Urteile wegen Straftaten mit linksterroristischem Hintergrund. So wurden verurteilt:

- die Mitglieder der „Roten-Armee-Fraktion" Adelheid *Schulz* zu dreimal lebenslanger sowie Brigitte *Mohnhaupt* und Christian *Klar* zu je fünfmal lebenslanger und 15 Jahren Freiheitsstrafe u. a. wegen Beteiligung an der Ermordung von Jürgen *Ponto*, Siegfried *Buback*, Hanns-Martin *Schleyer* und deren Begleitern; *Klar* wurde daneben des zweifachen Mordes an zwei Schweizer Grenzbeamten im Jahr 1977 für schuldig befunden;
- Rolf Clemens *Wagner* zu zweimal lebenslanger Freiheitsstrafe u. a. wegen Beteiligung an der Ermordung Hanns-Martin *Schleyers* und dessen Begleitern;
- Gisela *Dutzi* zu acht Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe u. a. wegen Mitgliedschaft in der „Roten-Armee-Fraktion" u. a. Straftaten;
- Claudia *Wannersdorfer* zu acht Jahren Freiheitsstrafe u. a. wegen Unterstützung der „Roten-Armee-Fraktion" und Beteiligung an einem Sprengstoffverbrechen.

IX. Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund und staatliche Maßnahmen

1. Gewalttaten und sonstige Gesetzesverletzungen

Linksextremisten versuchten im Berichtsjahr, ihre politischen Ziele auch mit Gewalt bis hin zum Terror durchzusetzen. Die Zahl der

Deutlich mehr Gesetzesverletzungen von Linksextremisten

1985 bekanntgewordenen Gesetzesverletzungen* ist gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen.
In die nachfolgende Übersicht sind auch terroristische Gewaltaktionen (1985: 2 Morde, 60 Sprengstoff- und 154 Brandanschläge; 1984: 44 Sprengstoff- und 101 Brandanschläge) einbezogen.

	1984	1985
Morde	–	2
Sprengstoffanschläge	47	63
Brandanschläge**	172	229
Aktionen mit Körperverletzungen	65	88
Raubüberfälle/Diebstähle	3	5
Landfriedensbruch und Widerstandshandlungen	117	112
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft- oder Straßenverkehr	95	115
Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung	770	990
Gewalttaten insgesamt	1.269	1.604
Gewaltandrohungen	38	74
Sonstige Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund	216	167
Gesamt:	1.523	1.845

1.1 Gewaltaktionen

Bei den im Berichtsjahr festgestellten 88 Aktionen mit Körperverletzungen wurden insgesamt 296 Personen verletzt, darunter 267 Polizeibeamte (1983: 106) und 7 Angehörige der Streitkräfte. In 11 Fällen waren die verletzten Personen Rechtsextremisten. Zu Angriffen auf Polizeibeamte kam es insbesondere bei Protesten gegen Veranstaltungen von Rechtsextremisten, ferner bei den Ausschreitungen nach dem Tode eines Demonstranten in Frankfurt/M. (28. September) und den als „Sonntagsspaziergängen" angekündigten Aktionen gegen die „Startbahn West" des Frankfurter Flughafens.
Die Zahl der festgestellten verkehrsgefährdenden Aktionen ist weiter angestiegen. Sie richteten sich mit Schwerpunkt gegen Atommülltransporte und kerntechnische Anlagen (61 Aktionen) sowie gegen Munitionszüge und andere militärische Transporte (31 Aktionen).

* Gesetzesverletzungen sind Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, z. B. Körperverletzungen, Gewaltandrohung, der unberechtigte Besitz von Waffen, Munition und Sprengstoff usw. Dabei wurde – wie in den Vorjahren – jede gewaltsame Aktion und jede sonstige Gesetzesverletzung nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand oder mehrere Straftatbestände erfüllte, mehrere Handlungen umfaßte oder von mehreren Tätern gemeinschaftlich begangen wurde.

** Umfaßt Brandstiftung und alle Sachbeschädigungen unter Einsatz von Brandmitteln.

Die Täter errichteten u. a. Sperren aus brennenden Reifen oder Strohballen, aus abgesägten Baumstämmen und Telefonmasten, sie beschädigten Signalanlagen und Bahngleise.
Ziel der Sachbeschädigungen waren in etwa 400 Fällen Banken sowie Bürogebäude oder Warenhäuser; davon ereigneten sich 48 Fälle bei Protestaktionen anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels (April/Mai), 188 Fälle nach dem Tode eines Demonstranten in Frankfurt/M. (28. September) und 40 Fälle bei Aktionen gegen die Apartheidpolitik Südafrikas. Weitere Ziele von Sachbeschädigungen waren Polizeifahrzeuge oder Polizeidienststellen (170 Fälle) und öffentliche Versorgungseinrichtungen (73 Fälle).

1.2 Gewaltandrohungen

Von den 74 erfaßten Gewaltandrohungen mit linksextremistischem, einschließlich terroristischem Hintergrund (meist Bombendrohungen), richteten sich 27 gegen militärische Einrichtungen oder gegen Munitionstransportzüge, 24 davon gegen die US-Streitkräfte. 15 Drohungen nahmen Bezug auf den Hungerstreik inhaftierter terroristischer Gewalttäter, sie richteten sich überwiegend gegen Justizvollzugsanstalten und andere staatliche Einrichtungen. 16 Gewaltandrohungen bezweckten die Verhinderung von Kernenergieprojekten oder sonstiger als umweltschädlich behaupteter Baumaßnahmen.

1.3 Sonstige Gesetzesverletzungen

Bei den 167 bekanntgewordenen sonstigen Gesetzesverletzungen handelt es sich im wesentlichen um Fälle des Hausfriedensbruchs und um Beleidigungsdelikte; die zahlreichen Schmieraktionen sind hierbei nicht mitgezählt, weil über sie kein vollständiger Überblick besteht.

2. Staatliche Maßnahmen gegen Linksextremisten

2.1 Verurteilungen (Überblick)*:

(Fortgeschriebene Vergleichszahlen 1984 in Klammern)

Insgesamt:	314	(560)	
davon:	17	(39)	Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, 1 (7) ohne Bewährung
	12	(22)	Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr, 9 (12) ohne Bewährung
	192	(360)	Geldstrafen, Verwarnungen, Geldbußen
	4	(1)	Jugendstrafen, 2 (1) mit Bewährung
	89	(139)	Arbeitsauflagen, Arreste und sonstige Schuldsprüche

2.2 Anklagen: Insgesamt 237 (1984: 531)

Über die Zahl der gegen Linksextremisten ergangenen Durchsuchungen und Beschlagnahmeanordnungen liegen keine exakten Erhebungen vor.

Fußnote zu S. 133

* Erfaßt wurden nur erstinstanzliche Urteile, die im Berichtsjahr ergangen sind, unabhängig vom Eintritt der Rechtskraft. Die Zahl der Urteile dürfte insgesamt höher liegen, da erfahrungsgemäß viele Verurteilungen erst erhebliche Zeit nach Erstellung des Verfassungsschutzberichtes bekannt werden.

Fundstellennachweis

1. DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit" UZ vom 24. 5. 1985
2. DKP-Bildungsjahr 1984/85, Heft 3, S. 20
3. UZ vom 16. 3. und 13. 12. 1985; Entwurf der „Thesen zum 8. Parteitag der DKP" – Thesen-Entwurf –, veröffentlicht in UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 28. 6. 1985, S. 53
4. DKP-Pressedienst vom 25. 4. 1985
5. „Roter Morgen" vom 16. 8. 1985
6. „Roter Morgen" vom 18. 1. 1985
7. „Hannoverscher Aktionskreis" in „die tageszeitung" vom 24. 6. 1985
8. „Herzschläge" Jan./Febr. 1985, „Informationsdienst Norddeutschland" Nr. 5/Mai 1985
9. „Oldenburger Stachel" Juni 1985
10. Thesen-Entwurf, a. a. O., S. 9
11. Bericht des MSB-Bundesvorstandes auf dem 9. Bundeskongreß, S. 9
12. Bericht des MSB-Bundesvorstandes, S. 9
13. Thesen-Entwurf, a. a. O., S. 33
14. Thesen-Entwurf, a. a. O., S. 31, UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 15. 6. 1985, S. 8
15. „Politische Berichte" – PB – vom 19. 10. 1985, S. 10
16. „was tun" vom 14. 3. 1985, S. 72; KPD-Flugblatt zum „Antikriegstag '85"
17. KPD-Flugblatt zum „Antikriegstag '85"
18. Positionspapier der BUF „gegen NATO-Kriegsvorbereitung"
19. AB-Flugblatt „Wir wählen das Leben"
20. u. a. UZ vom 4. 12. 1985
21. UZ vom 15. 2. 1985
22. „Jugendpolitische Blätter" 11/85, S. 3
23. UZ vom 15. 1. und 17. 7. 1985
24. „Jugendpolitische Blätter" 11/85, S. 3
25. PB-Extrablatt vom 19. 1. 1985
26. PB vom 21. 9. 1985
27. „Rote Fahne" vom 5. und 19. 10. 1985
28. „neue Arbeiterpresse" vom 14. 6. 1985, S. 8
29. „Rote Fahne" vom 12. 10. 1985
30. „elan" 3/85
31. DKP-Broschüre „Für sozialen Ausweg" hrsg. vom DKP-Parteivorstand, September 1985, S. 3,4
32. Thesen-Entwurf, a. a. O., S. 60 f.
33. „Roter Morgen" vom 20. 9. 1985, S. 5/6
34. „Informationen der Umweltschutzkommission der DKP Nordbayern", S. 7

35. DKP-Pressedienst vom 21. 1. 1985
36. UZ vom 15. 10. 1985; Flugblatt der DKP-Bezirksvorstände Nordbayern und Südbayern, Dezember 1985
37. „Freiraum" Nr. 10 August/ September 1985; Flugblatt der „Volksfront-Ortsgruppe München" vom 26. 9. 1985
38. „Radi Aktiv" Nr. 4 September/ Oktober und Nr. 3 Juli/August 1985
39. UZ vom 23. 1. 1985
40. UZ vom 23. 1. 1985
41. UZ vom 25. 5. 1985
42. UZ vom 23. 1. 1985
43. Flugblatt „Sturm auf den Weltwirtschaftsgipfel" der „Autonomen Rhein/Main"
44. Flugblatt des „Palästina/Libanon-Komitees" und des „Palästinensischen Studentenverbandes" Marburg, „was tun" 28. 3. 1985
45. „neue Arbeiterpresse" vom 2. 8. 1985, S. 12
46. UZ vom 3. 10. 1985
47. Aufruf zu einer Solidaritätsveranstaltung in Nürnberg, unterstützt durch den „Internationalismus-Arbeitskreis" der DKP, UZ vom 3. 10. 1985
48. „Marxistische Blätter" Nr. 2/85, S. 14
49. Thesen-Entwurf, a. a. O., S. 21
50. UZ vom 6. 12. 1985, Thesen-Entwurf, a. a. O., S. 21
51. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 31. 10. 1985, S. 42
52. Thesen-Entwurf, a. a. O., S. 91 f.
53. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 15. 6. 1985, S. 41
54. Thesen-Entwurf, a. a. O., S. 99
55. Thesen-Entwurf a. a. O., S. 99 f.
56. UZ vom 22. 5. 1985
57. UZ vom 20. 2. 1985, Thesen-Entwurf, a. a. O., S. 79
58. „Marxistische Blätter" Nr. 1/85, S. 87
59. DKP-Bildungsjahr 1984/85 Heft 3, S. 5 ff. „Marxistische Blätter" Nr. 1/85, S. 112
60. Thesen-Entwurf, a. a. O., S. 7
61. DKP-Bildungsjahr 1984/85, Heft 3, S. 9
62. UZ-Eigenbeilage vom 15. 6. 1985, S. 28
62. UZ vom 24. 7. 1985
63. DKP-Bildungsjahr 1984/85, Heft 3 S. 9, 22 ff.
64. UZ vom 18. 1. 1985; „Marxistische Blätter" Nr. 1/85 S. 112
65. DKP-Bildungsjahr 1984/85 Heft 3, S. 14, 21 f.
66. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 15. 6. 1985, S. 12 f. „Marxistische Blätter" Nr. 6/85, S. 34
67. DKP-Bildungsjahr 1984/85, Heft 3, S. 21
68. DKP-Bildungsjahr 1984/85, Heft 4, S. 6 f., Heft 3, S. 3
69. Thesen-Entwurf, a. a. O., S. 73 f.
70. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 31. 10. 1985, S. 4 ff.
71. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 30. 3. 1985, S. 39
72. Thesen-Entwurf, a. a. O., S. 73 f.
73. Bundestagsdrucksache Nr. 10/ 4626 vom 8. 1. 1986
74. DKP-Bildungsjahr 1984/85, Heft 4, S. 21
75. Hansjoachim *Höhne*, Report über Nachrichten-Agenturen, 2. erw. Auflage, Baden-Baden 1984, S. 295
76. „SDAJ-Bildungszeitung" September 1985
77. „Zirkel zum Aktionsprogramm-Bildungsarbeit aktuell" S. 26 und 27
78. „Junge Welt" vom 6. 3. 1985
79. „Diskussionspapier zur Vorbereitung der Festivalstafette" S. 9
80. „Diskussionspapier zur Vorbereitung der Festivalstafette" S. 9
81. „Referat an die 5. Bundeskonferenz"
82. „Rechenschaftsbericht des MSB-Bundesvorstandes auf dem 9. MSB-Bundeskongreß" – Rechenschaftsbericht des MSB-Bundesvorstandes – S. 3
83. 2. Bildungsthema Sommersemester '85, S. 8
84. „rote blätter – Sonderausgabe", S. 5
85. Rechenschaftsbericht des MSB-Bundesvorstandes, S. 37

86. 1. Bildungsthema, Sommersemester '85, S. 15/16
87. „15 Diskussionspunkte des MSB zur Vorbereitung des 9. Bundeskongresses", S. 6
88. „Marxistische Blätter" Nr. 4/85, S. 23/24
89. Rechenschaftsbericht des MSB-Bundesvorstandes, S. 69
90. „rote blätter – Sonderausgabe", S. 5
91. „antifaschistische rundschau" Nr. 9/1985
92. „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland", Arbeits- und Diskussionspapier des Präsidiums der VVN-BdA, Entwurf 1985
93. „Probleme des Friedens und des Sozialismus" Nr. 3/1985
94. „Probleme des Friedens und des Sozialismus" Nr. 11/1982
95. „Rundbrief" Nr. 1/1985
96. „Zivil Courage" Nr. 1/1983
97. „Friedensliste und DKP-Fragen und Argumente" hrsg. von den DKP-Bezirken Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen
98. „DFI-Gruppeninfo Aktionen" vom 16. 1. 1985
99. „DFI-Gruppeninfo Aktionen" vom 22. 4. 1985
100. „DFI-Gruppeninfo Aktionen" vom 16. 1. 1985
„DFI-Gruppeninfo Internes" vom 3. 9. 1985
101. VDJ-Forum Nr. 4/1984
102. „Rundbrief" vom 21. 6. 1985
103. Erklärung „Die Auswirkung des Sternenkriegsprogramms der USA auf die 3. Welt", Mitte 1985
104. UZ vom 23. 8. 1985
105. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 30. 3. 1985
106. „Probleme des Friedens und des Sozialismus" Nr. 4/1985
107. UZ vom 28. 6. 1985, UZ-Eigenbeilage zu UZ vom
108. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 30. 3. 1985
109. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 28. 6. 1985
110. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 28. 6. 1985
111. „Probleme des Friedens und des Sozialismus" Nr. 4/1985
112. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 28. 6. 1985
113. UZ vom 22. 5. 1985
114. UZ vom 28. 6. 1985
115. UZ vom 22. 5. 1985
116. „Marxistische Blätter" Nr. 4/85
117. UZ vom 20. 7. 1985
118. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 30. 3. 1985, S. 39
119. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 31. 10. 1985, S. 28
120. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 30. 3. 1985, S. 27 und vom 31. 10. 1985, S. 30
121. „Marxistische Blätter" Nr. 5/85, S. 59
122. „Marxistische Blätter" Nr. 5/85, S. 59
123. UZ vom 24. 10. 1985
124. UZ vom 23. 2. 1985
125. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 31. 10. 1985 ,S. 43.
126. „frontal" 4/85, S. 13
127. SHB-Bundesvorstand, März 85, S. 14
128. Rechenschaftsbericht zur 26. ordentl. Bundesdelegiertenversammlung – BDV –, S. 53
129. Rechenschaftsbericht zur 26. ordentl. BDV, S. 80
130. Antrag „Sozialdemokratie" auf der 26. ordentl. BDV
131. Thesen-Entwurf, a. a. O.
132. Harald *Werner*, Mitglied des DKP-Bezirksvorstands Bremen/Niedersachsen-Nord, in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus", Nr. 3/85
133. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 30. 3. 1985
134. „Probleme des Friedens und des Sozialismus", Nr. 9/85
135. UZ vom 26. 4. 1985
136. vgl. PPA vom 21. 11. 1985
137. UZ vom 22. 11. 1985
138. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 31. 10. 1985
139. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 15. 6. 1985
140. „Sozialismus: Theorie und Praxis", Digest der Sowjetpresse, Nr. 9/1985
141. UZ vom 7. 8. 1985
142. UZ vom 9. 4. 1985
143. „Probleme des Friedens und des Sozialismus" Nr. 8/1985
144. UZ vom 17. 9. 1985
145. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 26. 6. 1985
146. „Konsequent" Nr. 1/1985

147. UZ vom 15. 5. 1985
148. UZ vom 8. 5. 1985
140. UZ vom 10. 5. 1985
150. „antifaschistische rundschau", Nr. 11/1985
151. taz vom 30. 9. 1985
152. UZ vom 16. 10. 1985
153. UZ vom 14. 5. 1985
154. vgl. „Forum Wissenschaft", Nr. 4, Dezember 1985
155. Rechenschaftsbericht des MSB-Bundesvorstandes, S. 14
156. „Probleme des Friedens und des Sozialismus" Nr. 6/1985, S. 781
157. UZ vom 30. 8. 1985
158. „praxis" Nr. 5/85
159. Thesen-Entwurf, a. a. O., S. 102
160. Thesen-Entwurf, a. a. O., S. 62 und 102 vergl. auch „Marxistische Blätter", Nr. 4/85, S. 30
161. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 30. 3. 1985, S. 36; „praxis" Nr. 5/85
162. „Diskussionspapier zur Vorbereitung der Festivalstafette", S. 1
163. „Jugendpolitische Blätter", 11/85
164. PPA vom 3./5. 8. 1985
165. UZ vom 7. 8. 1985
166. UZ vom 13. 4. 1985
167. UZ vom 17. 12. 1985
168. Pionierleiter Info 11/85, S. 9 und 12/85, S. 8
169. UZ vom 28. 5. 1985
170. UZ vom 16. 6. 1985
171. „praxis" Nr. 2/85
172. UZ vom 9. 10. 1985
173. UZ vom 29. 10. 1985
174. „15 Diskussionspunkte" des MSB zur Vorbereitung des 9. Bundeskongresses, S. 23
175. „rote blätter" 10/85, S. 12
176. Thesen-Entwurf, a. a. O., S. 99 f.
177. Broschüre „Das IMSF-Kapitalismusforschung in der Bundesrepublik", Frankfurt/M. 1985, S. 5
178. Institutsmitteilung Nr. 23, „Arbeitsplan 1985", S. 1
179. „Marxistische Blätter" 6/85, S. 117 ff.
180. Neues Deutschland (ND) vom 6. 8. 1985, S. 1
181. UZ vom 28. 11. 1985
182. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 31. 10. 1985, S. 52
183. „praxis" Nr. 2/85, S. 21 „UZ-Magazin-Literatur", Oktober 1985, S. 23
184. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 26. 6. 1985
185. UZ vom 8. 11. 1985
186. „Marxistische Blätter" Nr. 3/1985
187. UZ vom 13. 7. 1985
188. UZ vom 28. 11. 1985
189. „Marxistische Blätter", Nr. 4/1985
190. UZ vom 14. 9. 1985
191. „Marxistische Blätter", Nr. 3/1985
192. UZ vom 21. 12. 1985
193. „Gemeinsame Beilage" zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU HD (A), FAU/R, KG (NHT), KPD, PA, Nr. 2, Mai 1985, S. 5
194. „Gemeinsame Beilage", a. a. O., S. 7
195. „was tun" vom 12. 12. 1985, S. 3 und 7
196. „Gemeinsame Beilage", a. a. O., S. 8
197. „Autonome Karlsruhe", Flugblatt, September 1985
198. „Gemeinsame Beilage", a. a. O., S. 9 ff.
199. „Statut der MLPD", S. 4
200. „Rote Fahne" vom 9. 11. 1985
201. „Rote Fahne" vom 25. 5. 1985
202. „Rote Fahne" vom 18. 5. 1985
203. „Rechenschaftsbericht des 1. ZK der MLPD" in: „Dokumente des II. Parteitags der MLPD", Oktober 1985, S. 296
204. „Organisations- und Kaderbericht" in: „Dokumente des II. Parteitags der MLPD", Oktober 1985, S. 296
205. „Rechenschaftsbericht des 1. ZK der MLPD", a. a. O., S. 230
206. „Roter Morgen" vom 8. 11. 1985
207. „Programmentwurf der KPD" in: „Dokumente vom Sonderparteitag der KPD" (November 1985), S. 6,8
208. „Resolution der KPD über das Selbstverständnis und die Rolle unserer Partei" in: „Dokumente vom Sonder-

parteitag der KPD" (November 1985), S. 13
209. „Der Weg der Partei – aktuell", 1985/86
210. „Gemeinsame Beilage", a. a. O., Nr. 2/85, S. 12
211. „Gemeinsame Beilage", a. a. O., Nr. 1/85, S. 10
212. Ergebnisse der 5. ordentlichen Delegiertenkonferenz des BWK, in „Politische Berichte", Sonderausgabe, April 1985, S. 35 ff
213. „Gemeinsame Beilage" a. a. O., Nr. 2/85, S. 9
214. „Gemeinsame Beilage", a. a. O., Nr. 2/85, S. 5 ff.
215. UZ vom 23. 4. 1985
216. „was tun" vom 12. 12. 1985
217. „was tun" vom 12. 12. 1985
218. „MSZ" 2/85, S. 5
219. „MSZ" 7/8-85, S. 14
220. „MSZ" 2/85, S. 5
221. „Bremer Hochschulzeitung" Nr. 120 vom 1. 7. 1985
222. „MSZ" 12/85, S. 37
223. „Autonome Karlsruhe" Flugblatt, September 85
224. „Karlsruher Stadtzeitung" Nr. 36, S. 1
225. „Autonomie – Neue Folge", Nr. 14, S. 13
226. Leserbrief „Hannoverscher Aktionskreis" in taz vom 24. 6. 1985
227. „Informationsdienst Norddeutschlands", Nr. 5, S. 21
228. Flugblatt „Sturm auf den Weltwirtschaftsgipfel" der „Autonomen Rhein Main", März 1985
229. Vorwort zur Broschüre „30 Jahre Bundeswehr: Ein Heer für den Angriff", Materialien, Analysen, Dokumente des KB, Göttingen
230. „Braunschweiger Antifa-Info Nr. Einz", September 1985
231. „'s Blättle" Nr. 109, November 1985, S. 6
232. „Autonome Karlsruhe" Flugblatt, September 1985
233. Flugblatt „Autonomer" aus Hamburg: „Aktionstage im Wendland"
234. Flugblatt „Unruhe im Wendland" der „Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen"
235. UZ vom 15. 10. 1985
236. Flugblatt der „Initiative gegen Verkabelung und Überwachungsstaat", Hamburg/Schanzenviertel, vom Januar 1985
237. Flugblatt „Lassen wir uns nicht mikrozensieren", anonym
238. „sabot", Nr. 2, September 1985
239. „Organisations- und Kaderbericht" in „Dokumente des II. Parteitags der MLPD", Oktober 1985, S. 297, 298
240. „was tun" vom 10. 10. 1985
241. „Hochschulpolitische Grundsatzerklärung" der Basisgruppen-Vertreter zur 10. Mitgliederversammlung der VDS im März 1985
242. „Hochschulpolitische Grundsatzerklärung" a. a. O.
243. Anhang zur „Hochschulpolitischen Grundsatzerklärung", a. a. O.
244. Thesen-Entwurf, a. a. O., S. 91 ff.
245. UZ vom 7. 5. 1985; SEW-Zentralorgan „Die Wahrheit" vom 6. 5. 1985
246. UZ vom 19. 11. 1985
247. Leserbrief von „Brigadisten", taz vom 29. 1. 1985
248. abgedruckt in „Zusammen Kämpfen", Nr. 2, April 1985
249. „Zusammen Kämpfen" Nr. 2, April 1985

Rechtsextremistische Bestrebungen 1985

I. Allgemeine Erfahrungen

Rechtsextremisten lehnen parlamentarische Demokratie ab

Rechtsextremisten streben – teils offen, teils verdeckt – totalitäre oder zumindest autoritäre Staatsformen an und lehnen daher die parlamentarische repräsentative Demokratie ab.

Nationalismus und Rassismus sind Triebfedern des Rechtsextremismus

Ihre Triebfedern sind ein Nationalismus, der die Freiheitsrechte der Menschen übermäßig einengt und sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, sowie Rassismus, der oft eine militante Juden- und „Ausländerfeindlichkeit" einschließt. Darüber hinaus diffamieren Rechtsextremisten Personen und Einrichtungen des demokratischen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland.

Neo-Nationalsozialisten wollen einen NS-Staat

Die Neo-Nationalsozialisten (Neonazis) unter den Rechtsextremisten wollen einen NS-Staat wiedererrichten. Sie leugnen die NS-Verbrechen und die deutsche Schuld am Ausbruch des 2. Weltkrieges.

„Nationalrevolutionäre" suchen Kontakt mit „Antiimperialisten"

Auch die „Sozialrevolutionäre" oder „Nationalrevolutionäre", die sich innerhalb des deutschen Rechtsextremismus zunehmend Resonanz verschaffen, sind Neo-Nationalsozialisten. Sie berufen sich auf den linken sog. *Strasser*-Flügel der NSDAP in der Weimarer Republik und lehnen *Hitler* als Leitfigur des Nationalsozialismus ab. Diese Strömung sieht ihren politischen Standort häufig in der Nähe von Linksextremisten und sog. „Antiimperialisten" und setzt in der Deutschland- und Europapolitik auf ein Entgegenkommen der Sowjetunion.

Die „Nationaldemokraten" und die „National-Freiheitlichen" kleiden ihre völkisch-kollektivistischen Systemvorstellungen in Begriffe wie „Volksgemeinschaft" und „Volksganzes" ein, wobei sie keinen Zweifel daran lassen, daß sie trotz aller Wortbekenntnisse zum Grundgesetz die Interessen der Volksgesamtheit über die Freiheitsrechte des Individuums setzen.

Nationalistischer Neutralismus und Antiamerikanismus

Nationalistisch-neutralistische Bestrebungen, die seit Beginn der 80er Jahre maßgeblich von der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) gefördert und inzwischen mit Ausnahme der „Deutschen Volksunion" (DVU) fast vom gesamten Rechtsextremismus vertreten werden, fordern ein wiedervereinigtes Deutschland in einem von beiden Weltblöcken unabhängigen atomwaffenfreien Europa unter deutscher Hegemonie. Mit diesem Neutralismus geht oft ein militanter Antiamerikanismus einher, der in der Vergangenheit bereits zu schweren Anschlägen auf hier stationierte amerikanische Soldaten geführt hat.

Fortdauer der Gewaltbereitschaft

Deutsche Rechtsextremisten verübten im vergangenen Jahr 69 Gewaltakte, darunter 5 mit terroristischem Einschlag. 268 Aktivisten,

der rechtsextremistischen Szene, davon über 80 % Neonazis, sind als militant einzustufen. Die Gefährlichkeit dieser gewaltorientierten Personen wird unterstrichen durch die Sicherstellung von 75 Schußwaffen (1984: 111), darunter 4 automatische Waffen, 27 Gewehre und 44 Faustfeuerwaffen, etwa 12.000 Schuß Munition (1984: 10.590), Hieb- und Stichwaffen, sowie zahlreicher Sprengmittel und sonstiger Materialien zur Sprengkörperherstellung. Die sich militant gebenden Neonazikreise unterhalten auch intensive Kontakte zu ausländischen Gesinnungsgenossen, wobei organisatorische oder propagandistische Pläne und konspirative Waffenbeschaffungen häufig eine Rolle spielen.

Ideologische Indoktrination von Skinheads überwiegend erfolglos – Ausländerhaß von Skinheads forderte zwei Tote

Die Versuche insbesondere von Neonazis, gewalttätige Skinheads zu indoktrinieren, sind fast überall gescheitert. Dennoch sind diese ein von Rechtsextremisten gern genutztes Gewaltpotential gegen politische Gegner. In einigen Fällen hatten Gewaltakte der Skinheads blutige Folgen. 1985 wurden zwei Türken durch Skinheads getötet.

Leichte Zunahme von Neonazis unter den Rechtsextremisten

Den Verfassungsschutzbehörden sind derzeit 1.420 aktive Neonazis im Bundesgebiet bekannt (1984: 1.350). Sie verteilen sich auf 29 (1984: 34) neonazistische Gruppierungen; etwa 150 sind nicht organisiert. Die bedeutsamsten Aktivitäten gingen 1985 von der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) und der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V." (HNG) aus. In beiden Organisationen hat der Einfluß von Aktivisten der verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) erheblich zugenommen.

Die Mitgliederzahlen der NPD und der „Deutschen Volksunion" (DVU) stagnierten.

II. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen und Mitgliederstand

Stagnation der Mitgliederentwicklung

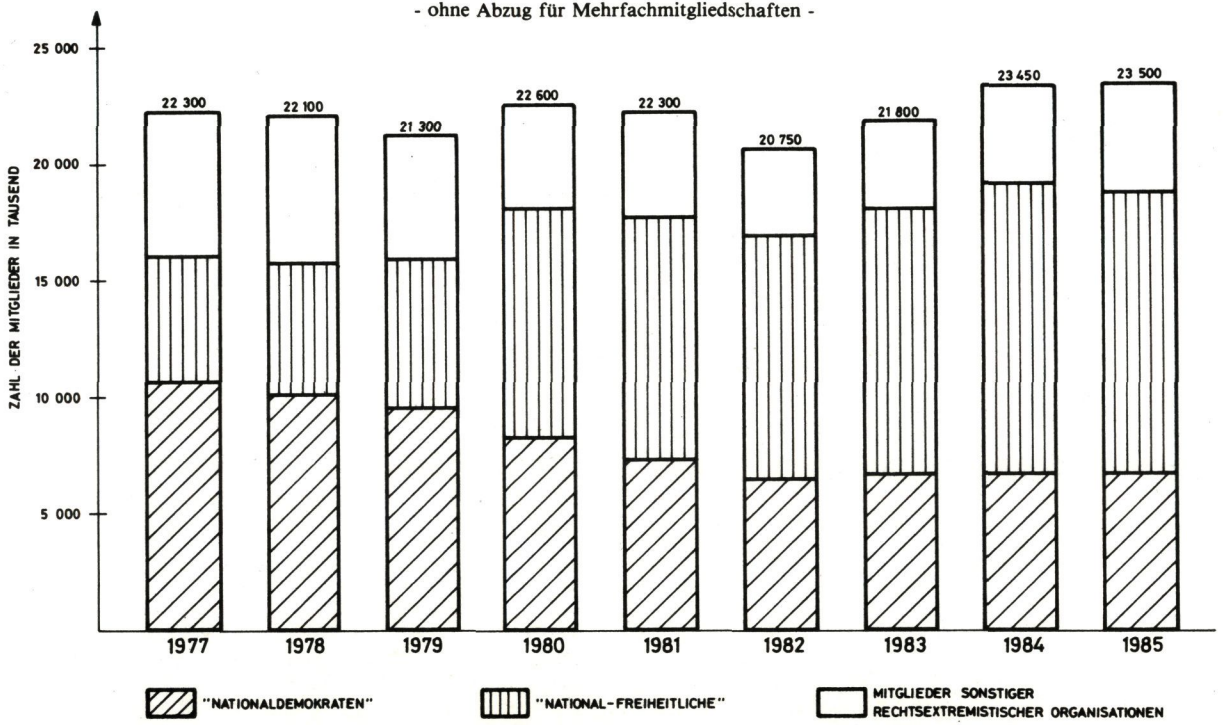
Ende 1985 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 78 (1984: 89) rechtsextremistische Organisationen mit rund 22.100 Mitgliedern (wie 1984).

Die Zahl der neonazistischen Gruppen ging um 5 auf 29 zurück. Dagegen erhöhte sich die Zahl der organisierten aktiven Neonazis auf rund 1.270 (1984: 1.150). Hinzu kommen rund 150 aktive Einzelgänger ohne Bindung an eine der bestehenden neonazistischen Gruppen. Dem Neonazibereich sind somit 1.420 Personen (1984: 1.350) zuzuordnen.

Die Mitgliederzahl der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) blieb mit rund 6.100 ebenso konstant (1984:

Entwicklung der Zahl der Mitgliedschaften in rechtsextremistischen Organisationen von 1977–1985

- ohne Abzug für Mehrfachmitgliedschaften -



6.100; 1983: 6.000) wie die der „Deutschen Volksunion" (DVU) mit über 12.000 (1984: über 12.000; 1983: über 11.000).
Einzelheiten der Entwicklung der letzten 3 Jahre zeigt die nachstehende Tabelle:

Art der Organisationen	Ende 1983 Anzahl der Org.	Mitglieder/ Mitglied-schaften	Ende 1984 Anzahl der Org.	Mitglieder/ Mitglied-schaften	Ende 1985 Anzahl der Org.	Mitglied-schaften
Neonazistische Gruppen	16	1.130	34	1.150	29	1.400*
„Nationaldemokratische" Organisationen	8	6.700	7	6.700	8	6.700
„National-freiheitliche" Organisationen	3	11.400	3	12.400	2	12.000
Sonstige Vereinigungen	41	2.600	45	3.200	39	3.400
Summe	68	21.830	89	23.450	78	23.500
Zahl der Mitglieder nach Abzug der Mehrfach-mitgliedschaften		20.300		22.100		22.100

2. Organisationsabhängige Verlage und Vertriebsdienste

Die Zahl der rechtsextremistischen Verlage und Vertriebsdienste stieg auf 48 (1984: 47).

Vertriebsdienste/Verlage	1983	1984	1985
Buchverlage	11	10	9
Zeitungs- und Schriftenverlage	17	20	21
Vertriebsdienste	17	17	18
Zusammen:	45	47	48

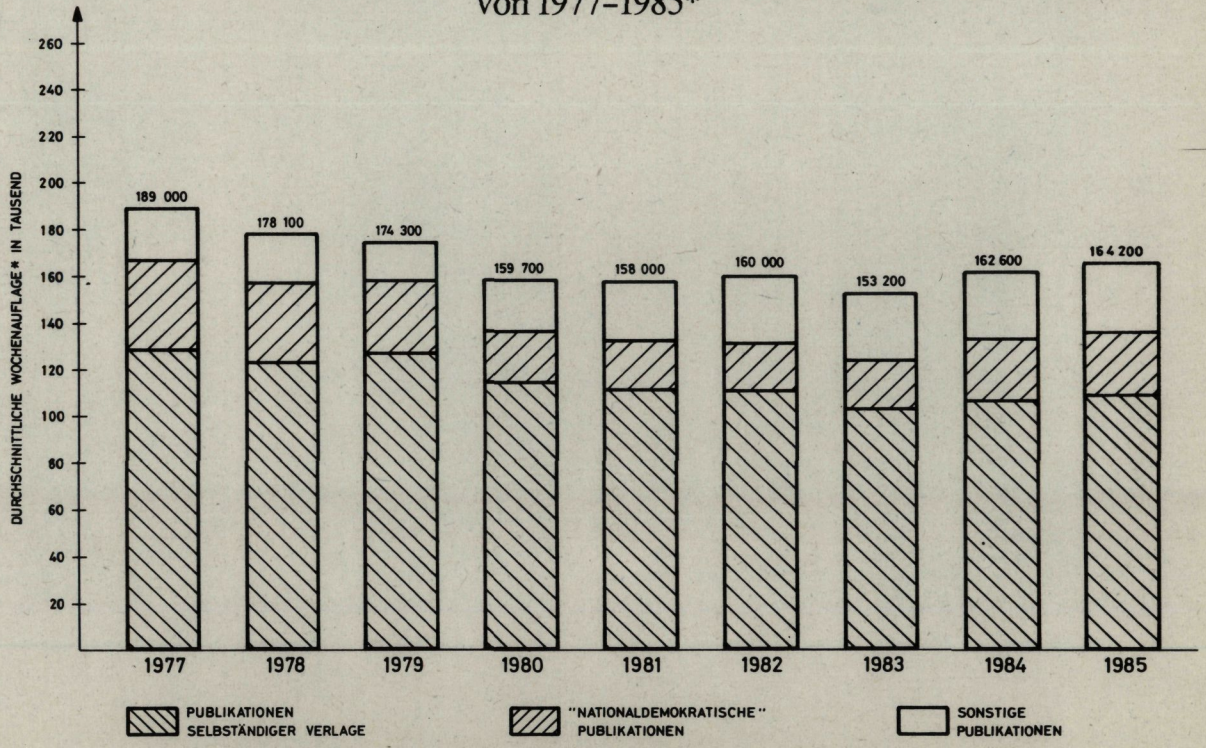
3. Periodische Publikationen

Zuwachs bei der Publizistik

Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Zeitschriften blieb mit 87 unverändert. Ihre tatsächliche Gesamtauflage erhöhte sich um 81.600 auf 8.538.600 (1984: 8.457.000).
Zahlen über die Entwicklung der relativ bedeutenden Zeitschriften, die mindestens viermal im Jahre erschienen sind, vermittelt die Übersicht auf der Seite 145.

* Da sich nun auch bei den neonazistischen Organisationen die vereinsrechtliche Struktur durchsetzt, wird in diesem Jahr erstmals – wie schon immer bei den nachfolgenden Positionen dieser Übersicht – die Zahl der Mitgliedschaften und nicht die Mitgliederzahl zugrundegelegt.

Entwicklung der rechtsextremistischen Publizistik von 1977–1985*



* Um vergleichbare Zahlen zu erhalten, sind die Auflagen der nicht wöchentlich erscheinenden Schriften auf eine durchschnittliche Wochenauflage umgerechnet worden

4. Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst

Zahl der Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst unverändert

4.1 Ende 1985 waren den Verfassungsschutzbehörden 255 Rechtsextremisten (1984: 256) im öffentlichen Dienst bekannt. Einzelheiten ergeben sich aus der folgenden Darstellung (Vergleichszahlen für 1984 in Klammern):

	Personen insgesamt		NPD		Sonstige Rechtsextremisten	
Bundesebene	113*	(111)*	61	(65)	52	(46)
Landesebene	95	(91)	42	(44)	53	(47)
Kommunalebene	47	(54)	29	(36)	18	(18)
	255	(256)	132	(145)	123	(111)

4.2 Die auf Bundesebene beschäftigten 113 Rechtsextremisten sind bei nachgeordneten Behörden tätig. 35 von ihnen sind bei der Deutschen Bundespost und 22 bei der Deutschen Bundesbahn – überwiegend in mittleren Positionen – beschäftigt. Der Bundeswehr gehören 46 an: 30 als Zeit- oder Berufssoldaten, 16 als Zivilbedienstete.

4.3 Von den 95 auf Landesebene Beschäftigten sind tätig:

an Schulen und Hochschulen	35	(34)
in der Justiz	11	(9)
in der Finanzverwaltung	8	(8)
bei der Polizei	9	(8)
in anderen Verwaltungsbereichen	32	(32)
	95	(91)

4.4 Von den 255 Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst sind 141 Beamte, 30 Soldaten, 52 Angestellte und 32 Arbeiter. Die 171 Beamten und Soldaten gehören folgenden Laufbahngruppen oder vergleichbaren Dienstgraden an:

höherer Dienst	23	(23)
gehobener Dienst	43	(38)
mittlerer Dienst	64	(60)
einfacher Dienst	41	(34)

* ohne Wehrpflichtige

Periodische rechtsextremistische Publikationen im Vergleich 1984–1985

Periodische Publikationen	Erscheinungsweise	1984			1985		
		Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage	Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage
Neonazistische Schriften	monatlich	4	2.850	34.200	3	2.800	33.600
	zweimonatlich	1	2.000	12.000	6	6.150	36.900
	vierteljährlich*	9	19.850	79.400	4	7.950	31.800
		14	24.700	125.600	13	16.900	102.300
„Nationaldemokratische" Schriften	monatlich	3	103.500	1.242.000	5	105.700	1.268.400
	zweimonatlich	9	9.700	58.200	6	8.500	51.000
	vierteljährlich*	4	3.250	17.000	8	6.200	29.600
		16	116.450	1.317.200	19	120.400	1.349.00
„National-freiheitliche" Schriften	wöchentlich	1	25.000	1.300.000	1	25.000	1.300.000
	zweimonatlich	2	150	900	1	100	400
		3	25.150	1.300.900	2	25.100	1.300.400
Schriften sonstiger Vereinigungen	zweimonatlich	2	7.000	42.000	2	2.000	12.000
	vierteljährlich*	10	14.850	59.400	8	8.150	32.600
		12	21.850	101.400	10	10.150	44.600
Schriften organisationsunabhängiger Verlage	wöchentlich	2	100.000	5.200.000	2	101.000	5.252.000
	2 × im Monat	1	1.500	36.000	1	1.500	36.000
	monatlich	5	25.000	300.000	7	28.200	340.400
	zweimonatlich	1	300	1.800	–	–	–
	vierteljährlich*	4	8.900	36.900	4	4.500	18.000
		13	135.700	5.574.700	14	135.200	5.646.400
	Summe:	58	323.850	8.419.800	58	307.750	8.442.700

* Hier sind auch unregelmäßig herausgegebene Publikationen erfaßt, sofern sie mindestens viermal im Jahr erschienen sind.

5. Soziologische Daten

5.1 Analyse verurteilter Personen

Analyse der soziologischen Gruppenkriterien der seit 1977* wegen der Begehung von Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund rechtskräftig verurteilen 1.661 Personen.

Altersstruktur bei Tatbegehung:

Jugendliche und Heranwachsende	14–20 Jahre	39 %
Personen der Altersgruppe	21–30 Jahre	32 %
Personen der Altersgruppe	31–40 Jahre	12 %
Personen der Altersgruppe	41–50 Jahre	9 %
Personen der Altersgruppe	über 50 Jahre	8 %

Berufsgliederung:

ungelernte Arbeiter	19 %
Facharbeiter/Handwerker	20 %
Angestellte	13 %
Schüler/Studenten	12 %
Auszubildende	20 %

Die übrigen 16 % verteilen sich auf sonstige Berufsgruppen. Dem öffentlichen Dienst gehören 4,5 % an, 1,9 % sind Akademiker. Der Anteil der Frauen an dieser Gruppe beträgt 4,5 %.
8,3 % der rechtskräftig Verurteilten waren arbeitslos.

5.2 Analyse mutmaßlicher Straftäter

Analyse der soziologischen Gruppenkriterien der für 1985 wegen der Begehung von Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund ermittelten 999 mutmaßlichen Täter**.

Altersstruktur:

		1983***	1985
Jugendliche und Heranwachsende	14–20 Jahre	50 %	48 %
Personen der Altersgruppe	21–30 Jahre	34 %	32 %
Personen der Altersgruppe	31–40 Jahre	6 %	9 %
Personen der Altersgruppe	41–50 Jahre	6 %	6 %
Personen der Altersgruppe	über 50 Jahre	4 %	5 %

* Dieser Personenkreis wurde erstmalig 1977 analysiert.
** Bei Schmier- und Plakataktionen wurden nur die Täter erfaßt, die der Erfüllung des Straftatbestandes des § 86a StGB verdächtigt sind.
*** Die Angaben wurden 1984 nicht zusammengestellt.

Berufsgliederung:

	1983*	1985
ungelernte Arbeiter	14 %	11 %
Facharbeiter/Handwerker	25 %	25 %
Angestellte	10 %	12 %
Schüler/Studenten	23 %	26 %
Auszubildende	13 %	13 %

Die übrigen 13 % verteilen sich auf sonstige Berufsgruppen. Dem öffentlichen Dienst gehören 0,6 % an; 0,5 % sind Akademiker. Der Anteil der Frauen an dieser Gruppe beträgt 4,1 %.
2,2 % der ermittelten Täter sind arbeitslos.

5.3 Analyse der militanten Rechtsextremisten

Den Verfassungsschutzbehörden sind z. Z. 268 Aktivisten (1984: 284) bekannt, die sich in den letzten Jahren an Gewaltakten beteiligt, Gewalt angedroht oder geplant haben bzw. im Besitz von Waffen, Munition oder Sprengstoff angetroffen wurden. Ihre Altersstruktur stellte sich am 31. 12. 1985 wie folgt dar:

Altersstruktur:

Jugendliche und Heranwachsende	14–20 Jahre	14 %
Personen der Altersgruppe	21–30 Jahre	56 %
Personen der Altersgruppe	31–40 Jahre	14 %
Personen der Altersgruppe	41–50 Jahre	11 %
Personen der Altersgruppe	über 50 Jahre	5 %

Berufsgliederung:

ungelernte Arbeiter	13 %
Facharbeiter/Handwerker	36 %
Angestellte	10 %
Schüler/Studenten	9 %
Auszubildende	9 %

Die übrigen 23 % verteilen sich auf sonstige Berufsgruppen. Dem öffentlichen Dienst gehören 1 % an; der Anteil der Frauen beträgt 2,2 %.
25 % der militanten Rechtsextremisten sind arbeitslos.

* Die Angaben wurden 1984 nicht zusammengestellt.

III. Schwerpunkte der Agitation 1985

Rechtsextremisten zielen darauf ab, die freiheitliche demokratische Grundordnung durch totalitäre oder autoritäre Staatsformen zu ersetzen; daran orientieren sich alle Agitationsthemen der Rechtsextremisten.

1. Verfassungspolitik.

Lippenbekenntnisse zum Grundgesetz und Verachtung der freiheitlichen Demokratie

„Nationaldemokraten" und „National-Freiheitliche" legen oftmals Lippenbekenntnisse zum Grundgesetz ab. Neonazis dagegen machen keinen Hehl aus ihrer Verachtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung:

> „Das Grundgesetz hat in vielen Beziehungen Ähnlichkeiten mit der Bibel. Es ist eine Ansammlung von Unfug und leeren Phrasen, die den Demokraten bzw. der Kirche als heilige Kuh gilt."[1]

Ihr erklärtes Ziel ist ein nationalsozialistischer Staat:

> „Zu dem wirklichen und wahren Deutschland, dem Deutschland, das eines Tages wieder erwachsen und in der alten Herrlichkeit bestehen wird, bekennen wir uns immer wieder aufs Neue. Das Deutschland aber, wie wir es heute vor uns sehen, lehnen wir aufs tiefste ab und werden es weiterhin bekämpfen, wie wir es bisher taten."[2]

2. Deutschlandpolitik

NPD und Neonazis fordern Blockfreiheit und Neutralität

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" sieht sich als „die einzige Partei, die den Gedanken eines wiedervereinigten, blockfreien Deutschlands vertritt."[3]

> „Nach den fortwährenden Verratshandlungen der Bonner Parteien an der deutschen Nation kann jetzt nur noch die Mobilisierung des Volkswillens verhindern, daß Deutschland endgültig zur Kolonie wird und die beiden deutschen Teilstaaten auf unabsehbare Zeit in den Status von fremdbeherrschten Militärprovinzen abgleiten."[4]

Die deutschlandpolitischen Erklärungen von Neonazis gleichen in bezug auf die propagierten Ziele solchen der NPD:

> „Beschreiten wir unbeirrt den als richtig erkannten Weg der Blockfreiheit und Neutralität, ohne Rücksicht zu nehmen auf das Geschrei und Gejammer derjenigen ‚Freunde', die unser nationales Unglück jahrzehntelang genüßlich ausnutzten, um uns zu demütigen und auszubeuten."[5]

Als einzige halten die „National-Freiheitlichen" um den Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung" (DNZ), Dr. Gerhard *Frey* (52), die NATO noch für unverzichtbar.

3. Innen- und Rechtspolitik

In der innenpolitischen Agitation der Rechtsextremisten spielte wie in den Vorjahren die Polemik gegen die Strafverfolgung von Gesinnungsgenossen eine wesentliche Rolle:

Rechtsextremisten polemisieren gegen Strafverfolgung von Gesinnungsgenossen

„Fieberhaft versucht Bundesjustizminister Engelhard sein Versprechen gegenüber dem Berliner Judenchef Galinski, das er ihm im Jüdischen Gemeindehaus zu Berlin gab, durchzusetzen und der Bevölkerung in der Bundesrepublik ein neues Gesinnungsstrafrecht aufzupfropfen, wonach Zweifel an Darstellungen über deutsche Schuld von der politischen Strafjustiz im sogenannten freiesten Staat der deutschen Geschichte verfolgt werden."[6]

„Während in Zeitungen, Büchern, Funk und Fernsehen wahre Schmutzkübel über unser Volk ausgegossen werden, stehen volksbewußte und rechtschaffene Deutsche, die unter täglichem Opfer von Kraft, Zeit und Geld für die Zukunft dieses Volkes sich einsetzen, unter ständiger Strafandrohung."[7]

„Die nach 1945 auf dem Boden des Deutschen Reiches entstandenen Staatsgebilde sind weder legal noch legitim. Folglich war auch die Übernahme der alliierten Vorschriften über das Verbot der NSDAP zunächst ins Strafgesetz weder legal noch legitim."[8]

4. Wirtschafts- und Sozialpolitik

Auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik propagiert die NPD einen eigenen „dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Kommunismus:

NPD propagiert „Dritten Weg" in der Wirtschafts- und Sozialpolitik

„Wir sind Antikapitalisten. Wir sind gegen den Staatskapitalismus des Ostens und gegen den liberalen Kapitalismus des Westens, weil wir für eine soziale Neuordnung im Rahmen des deutschen Volkes sind . . . Wir müssen den deutschen Arbeiter mitbeteiligen am Besitz, am Risiko und am Ertrag der deutschen Wirtschaft, um ihn damit an die deutsche Nation heranzuführen und ihn zu einem freien Bürger in diesem Lande werden zu lassen."[9]

Einen „dritten Weg" fordern auch Neonazis.
Nur die „National-Freiheitlichen" unter ihrem Anführer Dr. *Frey* bekennen sich zur sozialen Marktwirtschaft.

5. Ausländerpolitik

Rechtsextremisten agitieren auf unterschiedliche Weise gegen die Ausländer, die in der Bundesrepublik Deutschland leben. Anknüp-

Rechtsextremisten fordern „Ausländer raus!“

fungspunkt für ihre Agitation ist vor allem die Arbeitslosigkeit von Deutschen:

„Zum Beispiel ist die verantwortungslose massenhafte Einschleusung von Menschen fremder Kulturen und Lebensweisen in unser schon zuvor übersiedeltes Land ein maßgebender Grund für über zwei Millionen Arbeitslose und für wachsende innere Unsicherheit und Auflösung gewachsener Ordnung. Ohne radikale Abstoppung weiteren Zuzugs und energische Rückführung ist ein Weg zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit der hier Heimatberechtigten nicht ersichtlich.“[10]

Die Forderungen der Rechtsextremisten reichen von der schrittweisen Verminderung des Ausländeranteils an der Bevölkerung (NPD: „Ausländerstopp“, „National-Freiheitliche“: „Ausländerbegrenzung“) bis zur sofortigen Ausweisung aller hier lebenden Ausländer (Neonazis: „Ausländer raus!“). Sie sehen sich dabei in angeblicher Übereinstimmung mit der Volksmehrheit:

„Nur eine winzige Schicht volksferner Phantasten in den Schaltzentren der Meinungsmache würde protestieren. Davor jedoch braucht Bonn keine Angst zu haben. Denn das deutsche Volk hat sich gerade gegen die Einwanderungs- und Integrationspropaganda, die seit Jahren mit großer Heftigkeit betrieben wird, erstaunlich immun gezeigt.“[11]

„⅔ unseres deutschen Volkes sind für ‚Ausländer raus!‘ Des Volkes Wille ist unser Auftrag!“[12]

Während „Nationaldemokraten“ und „National-Freiheitliche“ in erster Linie Ressentiments, die in Teilen der Bevölkerung gegen Ausländer mobilisierbar sind, auszunutzen versuchen, um neue Mitglieder und Wähler zu gewinnen, ergehen sich Neonazis oft in der Verbreitung negativer Pauschalurteile:

„Der Einfall fremdländischer Elemente in unser Land wird immer schlimmer: Kamen erst Türken und Kanaken, so stürmen heute Tamilen und Neger das deutsche Land!“[13]

„Unsere Heimat verliert durch die Masseneinwanderung von Asiaten, Afrikanern und Orientalen immer mehr ihr deutsches Gesicht, und auch die widerliche Selbstbesudelung durch die vom Feind kontrollierten Medien will einfach nicht enden.“[14]

IV. Neuer Nationalsozialismus/Neonazismus

1. Zielsetzung

„Nationalrevolutionäre" unter den Neonazis fordern „Abschied vom Hitlerismus"

Die Neo-Nationalsozialisten unter den Rechtsextremisten wollen das Programm der ehemaligen „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" (NSDAP) verwirklichen. Ihr Ziel ist ein vom „Führer" geleiteter totalitärer großdeutscher Nationalstaat auf rassistischer Grundlage. Idol deutscher Neonazis war bis vor einigen Jahren noch uneingeschränkt Adolf *Hitler*.
Nachdem die beiden Rechtsterroristen Odfried *Hepp* und Walther *Kexel* im Sommer 1982 ihr Papier „Abschied vom Hitlerismus" verbreitet hatten, mehrten sich jedoch die Stimmen, die *Hitler* als Verräter am Nationalsozialismus bezeichnen, weil er diesen kapitalistisch ausgerichtet, verbürgerlicht und die Partei „verbonzt" habe. Die Anhänger dieses Anti-*Hitler*ismus, die sich „national-" oder „sozialrevolutionär", „linksnationalistisch", „rechtssozialistisch" und oft auch „antiimperialistisch" nennen, nehmen zu. Ihre historischen Leitbilder sind die Brüder Gregor und Dr. Otto *Strasser* sowie der SA-Chef Ernst *Röhm*.*
Allerdings vertreten nicht alle „Sozialrevolutionäre" unter den Neonazis von heute die „reine Lehre" der Brüder *Strasser*.

2. Zahlen

Zahl der Neonazis nimmt leicht zu

Den Sicherheitsbehörden waren Ende 1985 etwa 1.420 aktive Neonazis bekannt, rund 70 mehr als im Vorjahr. Ungefähr 1.270 (1984: 1.150) von ihnen verteilen sich auf 29 (1984: 34) erkannte neonazistische Gruppen. Die restlichen 150 (1984: 200) gehören keiner Gruppe an. Diese Zahlen zeigen, daß der Neonazismus leichten Zulauf hat und sich ein organisatorischer Sammlungsprozeß vollzieht.

3. Militante Neonazis

Starke Gewaltbereitschaft, insbesondere von Neonazis, ungebrochen

Von den 1.420 bekannten Neonazis sind 219 (1984: 231) als militant zu bezeichnen. Es handelt sich um Aktivisten, die in den letzten Jahren an Gewalttaten beteiligt waren, Gewalt angedroht oder geplant

* Die Brüder *Strasser* repräsentierten in der Frühzeit des Nationalsozialismus den linken Flügel der NSDAP. Gregor *Strasser* und *Röhm* wurden 1934 auf Befehl *Hitlers* bei der Niederschlagung des „*Röhm*-Putsches" ermordet. Dr. Otto *Strasser*, der Führer der „Schwarzen Front", setzte sich 1933 nach Kanada ab.

hatten oder im illegalen Besitz von Waffen, Munition oder Sprengstoff waren.*

4. Neonazistische Gruppen

Die Zahl der erkannten neonazistischen Gruppen sank bei steigender Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahr von 34 auf 29. Dieser Konzentrationsprozeß ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß einige Restgruppen von Aktivisten der 1983 verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) in der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) aufgegangen sind.

4.1 „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP)

ANS/NA-Aktivisten setzen ihre Unterwanderungsbemühungen fort

Die Anhänger der verbotenen ANS/NA setzen ihre Bemühungen fort, die ursprünglich politisch und zahlenmäßig unbedeutende, von dem Bundesvorsitzenden Martin *Pape* (58) geführte FAP zu unterwandern und für ihre Ziele umzufunktionieren. Die FAP zählt über 300 Mitglieder. Die Mehrzahl dieser Personen bekundet – ohne offizielle Beitrittserklärung – ihre „Mitgliedschaft" lediglich durch Teilnahme an Veranstaltungen und Zusammenkünften der FAP.

Die FAP konnte ihre Organisation weiter ausbauen. Neben den – nur z. T. weiter untergliederten – Landesverbänden Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Hessen, Bremen und Niedersachsen bestehen einzelne Kreisverbände in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Bayern. Die Arbeit der meist noch in der Aufbauphase befindlichen Gliederungen wirkt allerdings oft improvisiert und kurzlebig; einige Kreisverbände bestehen nur aus wenigen Personen. Die Mitgliederstruktur wird von jüngeren Menschen bestimmt, die unteren sozialen Schichten angehören; viele von ihnen verfügen nicht über geregelte Einkünfte.

Das FAP-Programm soll neonazistisch ausgerichtet werden

Wiederholt gab es in der FAP Versuche, das aus dem Jahre 1979 stammende „Aktionsprogramm der FAP" neonazistisch auszurichten. In Niedersachsen wurde ein „FAP-Kampfprogramm", in Nordrhein-Westfalen ein „Wahlprogramm der FAP" veröffentlicht, die u. a. Forderungen enthalten wie „Schaffung eines reinen Volkskörpers", „sofortige Ausländerrückführung", „Revision des in großen Zügen verfälschten Geschichtsbildes" und die Möglichkeit der Dienstverpflichtung von „notorischen Arbeitslosen". Beide „Programme" wurden bis jetzt von den zuständigen Organen der FAP noch nicht gebilligt.

Publizistik der FAP

Im September erschien eine vom Landesverband Nordrhein-Westfalen herausgegebene Propagandaschrift „FAP-Nachrichten" mit dem Untertitel „Kampfblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpar-

* Darüber hinaus sind den Sicherheitsbehörden noch 49 militante Rechtsextremisten bekannt, die nicht den Neonazis, sondern anderen rechtsextremistischen Strömungen angehören wie z. B. den „Jungen Nationaldemokraten" (JN) oder der „Wiking-Jugend" (WJ).

tei". Als ein „weiteres Bein unserer Propaganda" sollen durch sie „nicht Parteigenossen, sondern der unbedarfte Wähler" angesprochen werden.[15] *Pape* wirbt in der von ihm persönlich herausgegebenen Monatsschrift „Deutscher Standpunkt" für die politischen Vorstellungen der FAP. Propagandistisch traten Aktivisten der FAP auch unter den Aktionsbezeichnungen „Bürgerinitiative – Deutsche Arbeiterpartei" (BI-DAP) und „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf *Hitlers*" (KAH) auf.

FAP bei Wahlen erfolglos

Die FAP nahm 1985 an der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und der Kommunalwahl in Frankfurt/Main ohne nennenswerten Erfolg teil. Die wenigen dabei öffentlicht durchgeführten Veranstaltungen wurden häufig von heftigen Demonstrationen politischer Gegner begleitet. Die sich dabei entwickelnden gewalttätigen Auseinandersetzungen (z. B. im Ruhrgebiet, in Hamburg und Frankfurt) sind auch Folge der zunehmenden Bereitschaft neonazistischer Kreise, nicht nur „auf Gewalt mit Gewalt zu antworten", sondern ihrerseits aktiv gegen politische Gegner vorzugehen.

Die sonstigen öffentlichen Aktivitäten der FAP-Anhänger beschränkten sich zumeist auf das Verteilen von Flugblättern sowie Schmier- und Klebeaktionen mit vorwiegend ausländerfeindlicher Tendenz. Finanzkräftige Unterstützer gibt es nicht.

4.2 „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) – verboten am 7. Dez. 1983

Der ehemalige ANS/NA-Organisationsleiter Michael *Kühnen* (30), der derzeit wegen Verbreitung von NS-Propagandamitteln und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eine längere Freiheitsstrafe verbüßt, erklärte in der Publikation „Die Neue Front", die Teilnahme an Wahlkämpfen über die FAP solle zunächst dazu dienen, „unsere Anhängerzahl festzustellen und örtliche Hochburgen zu entdecken". Dies sei der Weg, der „ungeachtet des NS-Verbotes zur Parteineugründung führt".[16]

Ehemalige ANS/NA-Aktivisten und „Wiking-Jugend" gehen Bündnis ein

Nicht nur die FAP sondern auch die „Wiking-Jugend" (WJ) sind Zielobjekte der durch das Verbot „heimatlos" gewordenen ehemaligen ANS/NA-Aktivisten. Nachdem das WJ-Silvestertreffen zwischen Aktivisten beider Organisationen 1984/85 in der Rhön für sie zufriedenstellend verlaufen war, wurde im Januar als gemeinsame Aktionsplattform die „Volkstreue außerparlamentarische Opposition" (VAPO) gegründet. Sie soll allen „nationalen Verbänden" offenstehen und als eine Art „rechte APO" tätig werden. Unter der Bezeichnung VAPO wurde am 4. Mai in Aachen eine Gegenkundgebung zur zentralen DGB-Veranstaltung aus Anlaß des 40. Jahrestages der Kapitulation der deutschen Wehrmacht durchgeführt. Durch den starken Einsatz der Polizei kam es weder zu nennenswerten Auseinandersetzungen, noch gelang der VAPO die erhoffte öffentliche Selbstdarstellung.

Die nach dem Verbot gebildeten „Leserkreise" der von *Kühnen* herausgegebenen „Rundbriefe" bestehen zwar zum Teil nominell wei-

ter, entwickeln aber keine nennenswerten Aktivitäten mehr. Die Redaktion dieser „Rundbriefe" wurde aufgrund wiederholter exekutiver Maßnahmen nach Paris verlegt. Als Anschrift dient nunmehr ein Postfach der Zeitschrift „Notre Europe", der Publikation der neonazistischen „Faisceaux Nationalistes Européens" (F. N. E.) in Paris.

„Deutsche Frauenfront informiert"

Vorsitzende der 1984 gegründeten „Deutschen Frauenfront" (DFF), die mittlerweile über kleine Untergruppen in mehreren Bundesländern verfügt, ist seit Dezember 1984 Ursula *Müller* (52). Seit Juli 1985 wird auch die Publikation „Deutsche Frauenfront informiert" herausgegeben. Die Schriftleitung hat Ursula *Worch* (21), Ehefrau des ehemaligen Mitglieds der ANS/NA-Organisationsleitung Christian *Worch* (29), übernommen.

Kühnen zweimal verurteilt

Der Bundesgerichtshof hat am 23. September die Revision *Kühnens* gegen das Urteil des Landgerichts Frankfurt/M. vom 25. Januar verworfen. Die Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 4 Monaten wegen Verbreitens von NS-Propagandamitteln und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ist damit rechtskräftig. Seine Anhänger bezeichneten das BGH-Urteil als „Gesinnungs- und Polit-Justiz". Mit einem derartigen „Justiz-Terror" werde gegen alle Grundlagen eines freiheitlichen Staates verstoßen.

„Wenn *das* typisch für eine Demokratie ist, dann ist Widerstand gegen dieses System nicht nur legal, sondern die Pflicht eines jeden anständigen Bürgers!"[17]

Das Bundesverfassungsgericht nahm die in diesem Zusammenhang erhobene Verfassungsbeschwerde am 25. November nicht zur Entscheidung an.

Am 3. Oktober verurteilte das Landgericht Landau *Kühnen* in einer Berufungsverhandlung wegen eines 1983 begangenen Verstoßes gegen das Uniformverbot des Versammlungsgesetzes zu einer Geldstrafe von 1.800 DM. Auch dieses Urteil ist rechtskräftig.

4.3 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V." (HNG)

HNG ist weiterhin Sammelbecken für Neonazis

Die HNG blieb unter der Führung von Christa *Goerth* (49) als Sammelbecken für Neonazis aller Richtungen eine der größten neonazistischen Organisationen. Sie verfügt über eine Anhängerschaft von etwa 300 Personen; davon sind über 200 eingetragene Mitglieder.

Die HNG unterstützt rd. 30 inhaftierte Rechtsextremisten finanziell und ideell. Sie sieht sich als „Bindeglied zwischen den Kameraden draußen und unsern politischen Gefangenen."[18] Unter diesen befinden sich auch Gesinnungsgenossen, die wegen terroristischer Straftaten verurteilt wurden, so z. B. der ehemalige Rechtsanwalt Manfred *Roeder* (56). Vor allem aber gilt ein beträchtlicher Teil der „Gefangenenhilfe" Michael *Kühnen*. Seine Unterstützung läßt die Identifizierung mit dessen politischer Zielsetzung deutlich werden. Sie belegt die immer klarer werdende Stellung *Kühnens* als Leitfigur für

Kühnen ist Leitfigur für die HNG

die HNG. Die HNG verteilte Aufkleber und Plakate, in vielen Fällen mit Hilfe von Angehörigen der FAP, und versuchte auf diese Weise vor allem die Forderung nach Freilassung *Kühnens* aus „politischer Gefangenschaft" öffentlich zu machen.

„Nachrichten der HNG"

In dem Mitteilungsblatt „Nachrichten der HNG" demonstrierte die HNG Verständnis für politisch motivierte Straftaten und stellte die inhaftierten Rechtsextremisten als Opfer der Willkür der deutschen Justiz dar. So wurden in Artikeln, Leserbriefen und Berichten von HNG-Mitgliedern die Aktivitäten *Kühnens* als „kompromißloser Einsatz für seine Überzeugung" dargestellt. Im Zusammenhang mit einem Verfahren gegen *Worch* wegen mehrerer NS-Propagandadelikte wurde behauptet, die deutsche Rechtsprechung diene „der Beseitigung unliebsamer politischer Kräfte". Sondergesetze gegen Nationalsozialisten verhinderten nahezu jede freie Meinungsäußerung.[19]

Häftlingsbetreuung ist nur Tarnung

Dies macht deutlich, daß sich die Aktivitäten der HNG nicht – wie sie immer wieder vorgibt – darin erschöpfen, rechtsextremistische Häftlinge zu betreuen, sondern vor allem darauf gerichtet sind, neonazistische Ziele zu verfolgen. Den stärksten Einfluß innerhalb der HNG üben Neonazis aus, die Kreisen der verbotenen ANS/NA entstammen oder der FAP angehören. Die Schriftleitung der „Nachrichten der HNG" ging im März von *Worch* auf den FAP-Funktionär Volker *Heidel* (31) über.

Auch HNG im Fahrwasser der verbotenen ANS/NA

Die HNG unterhält u. a. Verbindungen zu Neonazis in Belgien und Österreich. Sie erklärte sich auch „grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit jeder anderen national eingestellten Gruppe bereit."[20]

4.4 „Nationalistische Front" (NF)

Neugegründete NF versteht sich als Partei

Die von Bernhard *Pauli* (41) geführte und mehrere Dutzend Mitglieder umfassende NF wurde am 16. November in Steinhagen von mehreren Gruppen als „Partei" gegründet. Keimzelle war die im September 1983 in München ins Leben gerufene „Nationale Front/Bund Sozialrevolutionärer Nationalisten", die sich 1984 in „Nationalistische Front" (NF) umbenannt hatte. Diese Münchner Aktivistengruppe, die sich maßgeblich aus Kreisen der 1982 verbotenen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit" (VSBD/PdA) und deren Jugendorganisation „Junge Front" (JF) zusammensetzt, steht in der sozialrevolutionären Tradition der Brüder *Strasser*. Bei den anderen regionalen Gründungspartnern, z. B. bei der publizistisch sehr aktiven Bielefelder Gruppe um das Vorstandsmitglied des NPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Meinolf *Schönborn* (30), und bei einem Aktivistenkreis in Berlin werden ebenfalls „linksnationalsozialistische" Tendenzen deutlich.

NF auf Strasser-Kurs

Die NF bezeichnet sich „als Teil der weltweiten Bewegung der Befreiungsnationalisten zur Zerschlagung des internationalen Imperialismus". Ziel sei, eine vereinte souveräne deutsche Nation auf der Grundlage des „modernen Nationalismus" zu schaffen. Sie ruft deshalb zum Kampf „gegen den US- und Sowjetimperialismus" auf und

will die Nation „von ausländischer Bevormundung" befreien. Auch will sie nicht dulden, „daß unser Land durch sogenannte Gastarbeiter, Scheinasylanten u. ä. überfremdet wird" und fordert: „Alle Ausländer heim!".
Mehrere NF-Angehörige wurden wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten zu Geldstrafen verurteilt. Sie hatten die Schrift „Klartext" verteilt, in der zur Gewaltanwendung „gegen die Linken" aufgefordert wird.

4.5 „Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund" (ANV/VB)

Neue Neonazi-Gruppe

Im Sommer 1985 gründete der NPD-Funktionär Peter *Naumann* (33) die ANV/VB, deren Veranstaltungen in der Wetterau einigen Zuspruch fanden. So waren bei der Wintersonnwendfeier am 21. Dezember in Butzbach annähernd 100 Aktivisten anwesend. *Naumann* will

> „allen Umerziehungsversuchen der Volksfeinde zum Trotz den Sitten und Gebräuchen unserer Vorfahren wieder den ehrenvollen Platz einräumen", da „die geschickt vorangetriebene Auslöschung aller unserer völkischen Eigenheiten nur dem einen Ziel dient, nämlich den endgültigen Sieg über uns Deutsche zu erringen" (Einladungsflugblatt zur Wintersonnwendfeier).

4.6 „NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation" (NSDAP-AO)

NSDAP-AO wird weiter mit NS-Propagandamaterial aus den USA versorgt

Die NSDAP-AO unterhält weiterhin zahlreiche Stützpunkte in der Bundesrepublik Deutschland. Diese werden von dem Propagandaleiter der Organisation, dem US-Bürger Gary Rex *Lauck* (32), mit großen Mengen von Agitationsmaterial aus Lincoln (Bundesstaat Nebraska) versorgt. Auch 1985 betrieben sie eine Reihe von Plakataktionen und verteilten Flugblätter mit neonazistischen Parolen. Neben den in den USA straffrei hergestellten Flugschriften und Hakenkreuzaufklebern liefert *Lauck* den deutschen NS-Aktivisten mit dem vierteljährlich erscheinenden NSDAP-AO-Organ „NS-Kampfruf" ein weiteres Propaganda- und Kommunikationsmittel.*
Besondere Initiative entwickelt seit Mitte des Jahres ein anonymer „NSDAP-AO-Gau Hessen-Nassau" mit der Herausgabe der NS-Schrift „Volksgenosse", einem „Kampfblatt gegen Demokratie, Kommunismus und andere Besatzungszustände". Als Kontaktadressen sind u. a. die Anschriften *Laucks* und der vorgenannten französischen NS-Publikation „Notre Europe" angegeben. Dies dokumentiert die Verflechtung der Propagandaaktivitäten der NSDAP-AO mit den politischen Initiativen der französischen „Faisceaux Nationalistes Européens" (F. N. E.).

* In den letzten Monaten scheinen Herstellungsschwierigkeiten aufgetreten zu sein.

Neonazistische Agitation

Pressesondermeldung

Nationalistischen Front (NF)

Die *Nationalistische Front (NF)* ist die neue vereinigte Kraft aller revolutionären Nationalisten in der BRD!

Die *Nationalistische Front (NF)* kämpft mit allen möglichen legalen Mitteln für folgende Ziele:

Gegen den US- und Sowjetimperialismus in Ost und West!

Wir sind nicht länger bereit, die Vergewaltigung unseres Volkes durch die Sieger von 1945 hinzunehmen!
Wir fordern den totalen Abzug aller fremden Truppen aus Ost- und Westdeutschland, den Abbau aller fremden Vernichtungswaffen in Deutschland, den Austritt aus allen Bündnissen, die gegen Freiheit und Selbstbestimmung unseres Volkes gerichtet sind!

Wir fordern ferner:

Alle Ausländer heim!
Schutz des Lebens statt des Kapitals!
Verhinderung von Mietwucher und Spekulation!

Nationalistische Front (NF) — Damit aus diesem Land wieder Deutschland wird!!!

NF NUR DER ORGANISIERTE WILLE BEDEUTET MACHT
NATIONALISTISCHE FRONT

Nationaler Freiheitskampf

Bürgerinitiative Deutsche Arbeiterpartei

DEN GEIST VON JALTA ÜBERWINDEN

WIR FORDERN – WIE DIE TAPFEREN DEUTSCHEN ARBEITER VOM 17. JUNI 1953

→ **Imperialisten raus aus Deutschland!**
Abzug aller fremden Truppen samt ihren Waffensystemen aus ganz Deutschland – Schaffung eines vereinten und souveränen deutschen Nationalstaates.

→ **Zerschmettert Kommunismus und Kapitalismus!**
Für eine neue Ordnung jenseits der materialistischen Systeme in Ost und West – Aufbau eines freien und volksbezogenen Sozialismus in einer gesamtdeutschen Volksrepublik.

Die Nachkriegsordnung ist zum Untergang verurteilt

Deshalb:

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DIE RECHTE DES VOLKES –

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DEN SIEG DES NEUEN NATIONALISMUS!

DEUTSCHE, WEHRT EUCH!
HINEIN IN DIE NATIONALISTISCHE FRONT!

NF NUR DER ORGANISIERTE WILLE BEDEUTET MACHT
NATIONALISTISCHE FRONT

Wir fordern: FREIHEIT FÜR ALLE VERFOLGTEN NATIONALISTEN

Postscheckkonto Frankfurt

„Postscheckkonto Nr.
„000 Hannover

FREMDE TRUPPEN RAUS AUS Europa

„Der Befreier Deutschlands"

"Est ist notwendig, daß ich für mein Volk sterbe.
Aber mein Geist wird auferstehen und die Welt wird wisser daß ich Recht hatte."

Für
- RASSENSTOLZ!
- VOLKS-GEMEINSCHAFT!
- DEUTSCHE EINHEIT!

Bürgerinitiative Deutsche Arbeiterpartei

WIR DEUTSCHE

40 Jahre besetzt • 1945 • 8. MAI • 1985 • ohne Friedensvertrag • geteilt •

FEIERN NICHT !

DIE NEUE FRONT

Freiheitliche Deutsche Arbeiter Partei

Deutschland den Deutschen

Ausländer RAUS!

Unsere Jugend ist arbeitslos.

Schafft eine starke

FAP

Befreiungs-Nationalismus gegen

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR EIN GEEINTES, UNABHÄNGIGES DEUTSCHLAND!

4.7 „Deutsche Bürgerinitiative" (DBI)

Der Leiter der auch als „Europäische Freiheitsbewegung" und als „Freiheitsbewegung Deutsches Reich" auftretenden DBI, Manfred *Roeder* (56), verbüßt seit 1982 eine wegen Rädelsführerschaft in der terroristischen Vereinigung „Deutsche Aktionsgruppen" gegen ihn verhängte Freiheitsstrafe von 13 Jahren. Seine Ehefrau Gertraud (46) ist bemüht, durch regelmäßige gutbesuchte „Freundestreffen" auf dem in Schwarzenborn/Hessen vor Jahren erworbenen Anwesen den Zusammenhalt der Gruppe aufrechtzuerhalten.

„Freundestreffen" werden fortgesetzt

Roeder selbst versucht, mit Hilfe seiner in der Haft verfaßten und durch seine Ehefrau vertriebenen Schriften – wie der „Deutsche Jahrweiser" und der „Europäische Freiheitsbewegung-Brief" – weiter auf seine Gesinnungsgenossen einzuwirken.

4.8 Neonazi-Gruppe um Ernst Tag

Neonazistische Kadergruppe in der Pfalz

Der NS-Aktivist Ernst *Tag* (39) aus Ludwigshafen/Rh., der seit Jahren durch seine neonazistische Agitation öffentliches Aufsehen erregt, bemühte sich, eine führende Rolle in der Neonaziszene zu spielen. Ende Mai erwarb er ein Haus in Weidenthal (Landkreis Bad Dürkheim), das ihm als ein „Nationalsozialistisches Zentrum" dient, in dem er sich mit seinen Anhängern regelmäßig trifft. In der September-Ausgabe seines „Schulungsbriefes" beklagt *Tag*, „daß die nationalsozialistische Szene in der brd wertvolle Kampfeskraft, vor allem durch interne Machtkämpfe", verschwende. Sein Bestreben sei es daher, in Weidenthal

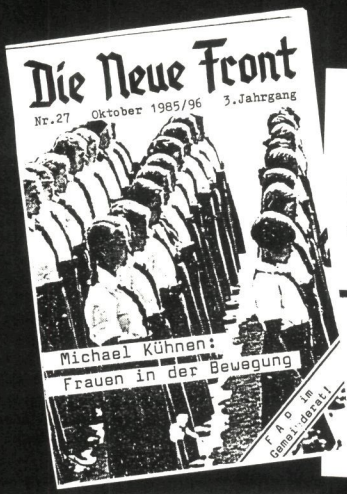
> „eine Gruppe von Volksgenossen zusammenzufügen, die dann auf Grund ihrer Fähigkeiten und der dargebotenen Willens- und Geisteskonzentration ausstrahlen in das deutsche Volk und ganz Europa . . . Ihr Ziel wird sein, eine nationale-sozialistische Bewegung unter Beachtung der grund- und strafrechtlichen Bestimmungen der brd ins Leben zu rufen . . . Was geschaffen werden muß, ist eine Elite des deutschen Volkes, unbeugsam im Kampf, unerschütterlich im Glauben, unanfechtbar gegenüber allen Verlockungen und Widrigkeiten."[21]

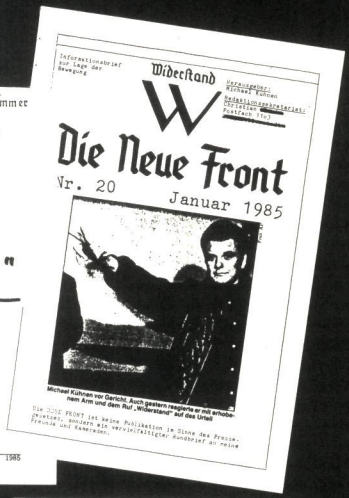
Die Polizei durchsuchte am 23. November wegen Verdachts des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz die Anwesen *Tags* in Ludwigshafen und Weidenthal. Dabei wurden u. a. Hakenkreuzarmbinden sowie Druckplatten zur Herstellung von Neonazi-Schriften sichergestellt.

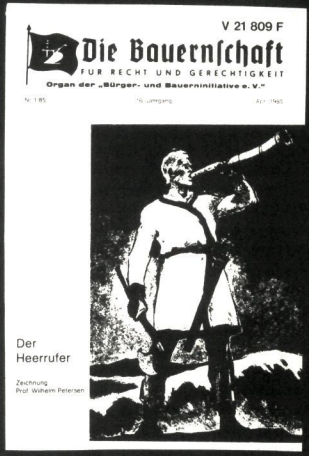
4.9 „Bürger- und Bauerninitiative" (BBI)

Nach seiner Haftentlassung im August 1984 versuchte der BBI-Leiter Thies *Christophersen* (67), die Gruppierung mit zunächst kleineren „Freundestreffen" von geringer Resonanz zu reaktivieren. Im Laufe des Jahres 1985 gelang es ihm, die Teilnehmerzahlen wieder zu steigern.

Neonazistische Schriften







V. „Nationaldemokraten“

1. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

1.1 Politisch-ideologischer Standort

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) dokumentierte auch 1985 ihre ausländerfeindliche Ausrichtung, propagierte eine Volksgemeinschaftsidee mit rassistischen Anklängen und trat weiterhin für einen nationalistischen Neutralismus zwischen Ost und West ein.

1.1.1 Das Parteiblatt „Deutsche Stimme“ fordert die „Sicherung der völkischen Existenz ... auf dem Boden des naturrechtlichen Grundanspruchs auf Erhaltung der Identität unseres Volkes“[22], „auf dem Boden der solidarischen nationalen Gemeinschaft, die sich dem Einzelnen verpflichtet weiß“[23]. Die „Bonner Politik“ habe dagegen aus den Deutschen eine Gesellschaft von Gruppen- und Einzelinteressen gemacht.[24]

Agitation gegen „Bonner Politik“

„Es ist das gewünschte Ergebnis der Umerziehung und der Entnationalisierung, wenn diese krankhafte nationale Schwäche und Gleichgültigkeit von bestimmter Seite gewürdigt und gelobt wird.“[25]

„Einziger Maßstab für unser politisches Handeln ist und bleibt der Gemeinnutz für Volk und Vaterland!“[26]

1.1.2 Die NPD agitiert gegen die Integration von Ausländern:

„Wir wollen weder eine ‚multirassische‘ noch eine ‚multikulturelle‘ Gesellschaft werden, sondern das Recht der Deutschen auf nationale und kulturelle Identität wahren!“[27]

Deshalb „wenden wir uns gegen die schleichende Überfremdung unseres Volkes“[28], gegen „Schwächung und Verlust der nationalen Identität durch Vermischung.“[29]

NPD agitiert gegen Integration von Ausländern

Die Ausländerintegration wird von den „Nationaldemokraten“ als ein Fall der „Umweltzerstörung“ bezeichnet, „vergleichbar mit den meist zerstörerischen Eingriffen der Zivilisation in die Natur.“[30]

NPD setzt Diffamierung politischer Gegner fort

1.1.3 Die NPD setzte auch 1985 die Diffamierung politischer Gegner fort. Wiederum war von den „verkommenen Politikern aller etablierten Parteien“, von „Versagerparteien“[31] und von „Asylgewährungsextremisten“[32] die Rede. In Bonn regiere „Eigennutz, Käuflichkeit und Machterhaltungswahn“[33].

NPD Schrittmacherin des nationalistischen Neutralismus

1.1.4 Die NPD ist seit drei Jahren die Schrittmacherin des nationalistischen Neutralismus. Sie hat durch diese Kampagne fast alle rechtsextremistischen Gruppen in die Forderung nach einem „dritten

Weg" – losgelöst von den beiden Militär- und Kulturblöcken – gedrängt. Diese Tendenzen wurden 1985 auch erstmals bei rechtsextremistischen Bundeswehrangehörigen sichtbar. So weigerte sich ein wehrpflichtiger Neonazi, das „feierliche Gelöbnis" abzulegen, mit der Begründung, er empfinde die Bundeswehr als eine Kolonie der Yankees.

1.2 Mitgliederzahl

Mitgliederzahlen stagnieren

Im Gegensatz zu den beiden Vorjahren, in denen die Partei jeweils leicht zunahm, stagnierte die Mitgliederzahl 1985 bei etwa 6.100.

1.3 Finanzen

Finanzlage erheblich verbessert

Da die NPD 1984 aus der Wahlkampfkostenerstattung für die Europawahl nach Abzug ihrer früheren Schulden etwa 1,1 Millionen DM erhalten hatte und bis 1989 eine weitere Million DM als Wahlkampfkostenvorauszahlung zu erwarten hat, hat sich die finanzielle Situation der Partei erheblich verbessert.

1.4 Aktivitäten

Bundesweite Großveranstaltungen

Die „Nationaldemokraten" führten 1985 zwei bundesweite Großveranstaltungen durch: das traditionelle „Deutschlandtreffen" am 15. Juni in Stadthagen (Kreis Schaumburg) und den Bundesparteitag am 14./15. September in Neustadt/Weinstraße.

Das „Deutschland-Treffen" wurde in die räumliche und zeitliche Nähe des Schlesiertreffens in Hannover gelegt, um dort für die NPD werben zu können. Am 15. Juni trafen sich etwa 450 Parteiangehörige in Hannover, um dort „nationaldemokratisches" Propagandamaterial zu verteilen. Dazu gehörten auch eine Sonderausgabe des Parteiorgans „Deutsche Stimme", die sich ausschließlich mit Vertriebenenthemen befaßte, Flugblätter mit dem Titel „Schlesien bleibt unser" und Ansteckplaketten mit dem Text „Ein Herz für Deutschland". Im Anschluß daran fuhren die NPD-Mitglieder zum „Deutschlandtreffen" nach Stadthagen, an dem insgesamt rund 700 Personen teilnahmen.

Führungsspitze bestätigt

Auf dem Parteitag in Neustadt mit etwa 800 Teilnehmern wurde der bisherige Vorsitzende Martin *Mussgnug* (49) ebenso in seinem Amt bestätigt wie seine drei Stellvertreter Jürgen *Schützinger* (32), Walter *Bachmann* (62) und Walter *Seetzen* (69). Neu in den Vorstand gewählt wurde u. a. der Leiter der neu eingerichteten NPD-„Führungsakademie", Udo *Voigt* (33). Die Delegierten nahmen den Entwurf des neuen Parteiprogramms in erster Lesung an; er soll dem Parteitag 1986 zur endgültigen Verabschiedung vorgelegt werden. Das neue Programm soll u. a. der veränderten außen-, verteidigungs- und deutschlandpolitischen Zielsetzung der NPD Rechnung tragen. Mit aktuellen politischen Themen und Problemen wie z. B. Familienplanung, Arbeitslosigkeit und Umweltschutz soll gleichzeitig versucht werden, neue Wählerschichten anzusprechen.

Politische Gegner versuchten auch im vergangenen Jahr, „Deutsch-

Erneut gewalttätige Auseinandersetzungen am Rande von NPD-Veranstaltungen

landtreffen" und Parteitag sowie andere Veranstaltungen der NPD zu verhindern. Dabei kam es wiederholt zu Konfrontationen mit der Polizei, die zum Schutz der Veranstaltungen tätig werden mußte. In Frankfurt endete die Demonstration gegen eine Kundgebung der NPD mit gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei, wobei ein Demonstrant zu Tode kam.

1.5 Mitgliederaus- und -fortbildung

Ausbildungszentrum in Italien eingerichtet

Zur Schulung der Parteimitglieder errichtete der NPD-Parteivorstand Mitte 1985 eine „Hauptabteilung Bildung". Als Ausbildungszentrum dient ein Ferienhaus in Oberitalien, das eine Gönnerin der NPD zur Verfügung gestellt hat. Seit Oktober werden dort mehrtägige Grundlehrgänge für Funktionäre durchgeführt. Die Teilnehmer werden von der Bildungsabteilung ausgewählt. Themen dieser Grundlehrgänge sind u. a. „Recht und Staat" und „Geschichte, Ideologien und politische Abläufe", die Geschichte der NPD sowie Führungs-, Organisations- und Verwaltungslehre.

1.6 Teilnahme an Wahlen

1.6.1 Landtagswahl im Saarland

Nach dem für die NPD unerwartet guten Ausgang der Europawahl (17. Juni 1984) erklärte der Parteivorstand die Landtagswahl im Saarland am 10. März zur Schwerpunktwahl für die gesamte Partei. Da der Landesverband selbst über zuwenig Mitglieder verfügt, um einen intensiven Wahlkampf zu führen, beteiligten sich alle anderen Landesverbände an den Wahlkampfaktivitäten.

Bei der Wahl erhielt die NPD 4.659 Stimmen (= 0,7 %). Sie konnte damit im Saarland im Vergleich zur Bundestagswahl 1983 (1.956 Stimmen = 0,3 %) und zur Europawahl 1984 (3.931 Stimmen = 0,6 %) sowohl ihre Stimmenzahl als auch ihren Stimmenanteil verbessern. Ihr Ziel, 1,5 % der Stimmen zu erhalten und damit in den Genuß der Wahlkampfkostenerstattung zu kommen, erreichte sie im Saarland jedoch nicht.

Stimmenanteil verbessert

Aufgrund eines Beschlusses des NPD-Parteivorstandes nahm die Partei an der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 12. Mai nicht teil. Dies entspricht der Taktik, bei Wahlen nur dort zu kandidieren, wo sie zumindest auf einen Achtungserfolg hoffen kann.

1.6.2 Kommunalwahl in Hessen

Bei den Kommunalwahlen in Hessen am 10. März kandidierte die NPD nur zu je drei Kreistagen und Gemeinderäten. In der Gemeinde Wölfersheim im Wetteraukreis, in der der Kreisvorsitzende Volker *Sachs* (51) die NPD-Liste als Spitzenkandidat anführte, erzielte sie 11,5 % der abgegebenen Stimmen und erhielt damit drei Sitze im Gemeinderat. (Bei den vorhergehenden Kommunalwahlen 1981 hatte sie dort mit 5 % Stimmenanteil einen Sitz im Gemeinderat erhal-

Parolen der "Nationaldemokraten"

ten.) Ansonsten erzielte sie Stimmenanteile zwischen 0,7 und 1,5 %.

Zahl der Mandatsträger in Kommunalparlamenten leicht erhöht

Auf die NPD entfallen zur Zeit 16 Mandate in Vertretungen kommunaler Gebietskörperschaften in der Bundesrepublik Deutschland, zwei mehr als im Vorjahr.

2. „Junge Nationaldemokraten" (JN)

2.1 Mitgliederzahl

Mitgliederzahl der JN stagniert

Wie 1984 lag die Mitgliederzahl der JN 1985 bei etwa 550.

2.2 Innere Situation

Bundesvorstand hat Führungsschwäche überwunden

Der JN-Bundesvorstand leistete 1985 unter seinem Bundesvorsitzenden Hermann *Lehmann* (35) nach Jahren der Führungsschwäche wieder kontinuierliche Arbeit. Es bleibt aber abzuwarten, wie sich der Rücktritt des bisherigen Bundesgeschäftsführers Stefan *Meise* (24) auf die weiteren Aktivitäten der Organisation auswirken wird.

Situation der Landesverbände nicht verbessert

Die Situation in den Landesverbänden verbesserte sich auch in diesem Jahr nicht. In Schleswig-Holstein, Hamburg, Rheinland-Pfalz und im Saarland ist die Wiedererrichtung von Landesverbänden bisher nicht gelungen. Den bestehenden Landesverbänden bzw. -vorständen fiel es weiterhin schwer, eine Einheit in der Meinungsbildung zwischen der Basis und dem Bundesvorstand herzustellen. Lediglich der JN-Landesverband Berlin konnte seine Mitglieder im Sinne der Bundesführung aktivieren und u. a. die Publikation „Denkste" herausgeben.

2.3 Aktivitäten

Vom 24. bis 27. Mai führten die „Jungen Nationaldemokraten" zusammen mit der rechtsextremistischen flämischen Organisation „VOORPOST" in Gilserberg-Sebbeterode (Schwalm-Eder-Kreis) ein „Europäisch-Nationalistisches Pfingstlager" durch.

Der diesjährige Bundeskongreß fand am 26./27. Oktober in München unter dem Motto „JN – Hammer statt Amboß" statt. Während der Bundesvorsitzende Hermann *Lehmann* mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt wurde, wählten die rund 200 Delegierten den Bundesvorsitzenden des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB), Karl-Heinz *Sendbühler* (28), den bisherigen Bundesgeschäftsführer *Meise* und Max-Arndt vom *Brocke* (26) zu neuen stellvertretenden Vorsitzenden.

Bundeskongreß empfiehlt Unvereinbarkeitsbeschluß zur „Wiking-Jugend"

Der Kongreß forderte den NPD-Parteivorstand auf, bundesweit einen Unvereinbarkeitsbeschluß in bezug auf die „Wiking-Jugend" zu erlassen, „deren neonazistische Tendenzen für die JN unerträglich werden".

Seit Juli 1985 vertreiben die JN im Bundesgebiet die Zeitschrift „Komet", die sich an Schüler und andere Jugendliche wendet. Nach der 1981 gestarteten „Schülerzeitungsoffensive", die bis 1983 fast völlig

abgeflaut war, bedeutet dies einen erneuten Versuch der Jugendorganisation der NPD, Interessenten unter Schülern und anderen Jugendlichen zu werben. Die Artikel sind aber so dilettantisch aufgemacht, daß die Publikation ihrem Anspruch, einen Großteil der Schülerschaft ansprechen zu wollen, bisher nicht gerecht geworden ist. Die Auflagenhöhe wird mit 110.000 Exemplaren weit überhöht angegeben.

Erneuter Versuch, auf Schüler Einfluß zu nehmen, ohne Erfolg

3. „Nationaldemokratischer Hochschulbund" (NHB)

Der am 14. Dezember wiedergewählte NHB-Vorsitzende Karl-Heinz *Sendbühler* zeigte sich in einem Rundschreiben vom 16. Dezember über die gestrichenen Finanzzuwendungen der NPD an den NHB verärgert und kritisierte, daß der NPD-Vorsitzende *Mussgnug* noch nicht einmal eine Grußadresse an die NHB-Bundesversammlung gerichtet habe.

Kleine Hochschulgruppen des NHB bestehen z. Z. in München, Erlangen und Saarbrücken.

Nur drei kleine NHB-Hochschulgruppen

Auch in diesem Jahr beschränkten sich die NHB-Aktivitäten darauf, den „NHB-Report" herauszugeben, der jetzt von der „Deutsche Stimme – Verlagsgesellschaft" in Stuttgart, dem Verlag des NPD-Parteiorgans, verlegt wird. Das weitere Erscheinen dieses Blattes ist in Frage gestellt.

VI. „National-Freiheitliche"

1. Politisch-ideologischer Standort

Tagespolitische Ereignisse sind Schwerpunkte der Agitation

Im Gegensatz zu den Neonazis und den „Nationaldemokraten", die beide weltanschaulichen und ideologischen Leitlinien folgen, orientiert sich der Münchener Verleger Dr. Gerhard *Frey*, der Führer der „National-Freiheitlichen", mit seiner Agitation mehr an tagespolitischen Ereignissen.

1.1 1985 stand die Erörterung der Frage im Mittelpunkt, ob und wie man des Kriegsendes vom 8. Mai 1945 gedenken solle. Die „Deutsche National-Zeitung" (DNZ) beantwortete diese Frage bereits in ihrer ersten Ausgabe im neuen Jahr mit der Schlagzeile „Die eigene Niederlage feiern? – So sollen die Deutschen am 8. Mai gedemütigt werden."[34] In einer Eigenanzeige hieß es:

„Mit der Kapitulation der Wehrmacht begann für das deutsche Volk ein Leidensweg, dem viele Millionen zum Opfer fielen."[35]

„Nationalfreiheitliche" manipulieren die historische Wahrheit

1.2 Dr. *Freys* Blätter manipulierten die historische Wahrheit. So zitierten sie zustimmend den verstorbenen *Frey*-Anhänger Professor Bolko Freiherr von *Richthofen* mit dem Satz:

„Die Alleinschuldthese gegen Deutschland ist ein politisches Propagandamärchen und keine historische Wahrheit."[36]

1.3 Die Zeitungen Dr. *Freys* bedienen sich seit Jahren einer Schlagzeilentechnik, die politisch brisante Tatsachenbehauptungen in Wortpassagen faßt, die als Provokation formuliert oder in Fragen gekleidet sind. Diese Methode wird insbesondere dann angewendet, wenn es darum geht, Abneigung gegen Ausländer oder sonstige ethnische Minderheiten auszudrücken. Beispiele:

Stimmungsmache gegen Ausländer

„Deutschland den Türken?."[37]
„Offenbar muß ein deutscher Regierungschef selbst Jude sein, um Wiesenthal angemessen entgegentreten zu können"[38], „die Zigeunerorganisation ist seit einigen Jahren bemüht, das NS-Trauma der Deutschen zu vertiefen, um an zusätzliche Wiedergutmachungsleistungen zu kommen."[39]

DNZ und DA agitieren gegen Repräsentanten der Demokratie

1.4 Während DNZ und „Deutscher Anzeiger" (DA) in den vergangenen Jahren in erster Linie führende Politiker der SPD angriffen, bildeten 1985 vor allem Repräsentanten der CDU ihre Zielscheibe. Bundespräsident, Bundestagspräsident und Bundeskanzler wurde unterstellt, sie bemühten sich, ihre „Kollegen in der Beschwörung bleibender deutscher Kollektivscham und -verantwortung, die die Geschichte überdauern soll, zu überbieten."[40] Andere Verlautbarungen:

„An die Spitze der Bewältiger setzt sich nun Kohl, der völlig undifferenziert selbst die absurdesten Übertreibungen der kommunistischen Propaganda übernimmt und dem deutschen Volk ein bleibendes Kainsmal aufzudrücken trachtet."[41]

„Er (gemeint ist der Bundespräsident) versäumt keine Gelegenheit, bedingungslos auf Kosten des deutschen Volkes zu bewältigen. Ein trauriger Höhepunkt war seine Rede zum 8. Mai."[42]

2. „Deutsche Volksunion" (DVU)

Mitgliederzahl der DVU bleibt konstant

2.1 Die DVU mit ihren sechs Aktionsgemeinschaften und über 12.000 Mitgliedern ist nach wie vor die mit Abstand mitgliederstärkste Organisation des deutschen Rechtsextremismus. Dr. *Frey* gibt die Mitgliederzahl mit 15.000 an.

Die politischen Aktivitäten der DVU beschränkten sich 1985 wie in den Vorjahren auf Agitationskampagnen ihrer Presse sowie auf eine Reihe von Kundgebungen und Vortragsserien mit dem britischen historischen Schriftsteller David *Irving* (47) zu den Themen „Sollen die Deutschen die Kapitulation feiern?", „Sollen die Deutschen ewig büßen?" und „Die Geheimnisse des Nürnberger Prozesses".

Irving nach wie vor Hauptredner bei der DVU

2.2 Schon seit Jahren veranstaltet Dr. *Frey* propagandistisch begleitete Preisverleihungen: Aus Anlaß des Jahrestages der Reichsgründung vom 18. Januar 1871 veranstaltete die DVU am 19. Januar in Lüdenscheid eine Kundgebung, auf der Dr. *Frey* dem inzwischen verstorbenen ehemaligen Wehrmachts-Obersten Walter *Dahl* den „Europäischen Freiheitspreis der Deutschen National-Zeitung" verlieh. Auf der Bundesversammlung der DVU am 2. Juni in Würzburg wurde der „Hans-Ulrich-*Rudel*-Preis" an *Irving* vergeben. Auf der Bundesversammlung der DVU-Aktionsgemeinschaft „Aktion Deutsche Einheit" (AKON) am 10. August in Passau verlieh Dr. *Frey* dem Südtiroler Schützenhauptmann Oswald *Astfäller* (57), der in Italien eine Freiheitsstrafe wegen Sprengstoffbesitzes verbüßt hatte, den „Andreas-Hofer-Preis des Deutschen Anzeigers". Die drei genannten Preise waren dieses Jahr erstmals mit je 20.000 DM dotiert.

Propagandistische Preisverleihungen

3. Verlage

3.1 Die „Deutsche National-Zeitung" und der „Deutsche Anzeiger", die im „Druckschriften- und Zeitungsverlag" von Dr. *Frey* erscheinen, sind mit zusammen etwas über 110.000 Exemplaren nach wie vor die auflagenstärksten rechtsextremistischen Zeitungen.
Hinzu kommt jetzt die „Deutsche Wochen-Zeitung" mit rund 16.000 Exemplaren, die Dr. *Frey* kurz vor Jahresschluß gekauft hat.

Dr. Frey kauft DWZ

3.2 Die Blätter nutzten 1985 den 40. Jahrestag der Kapitulation (8. Mai 1945) zu einer großangelegten Werbekampagne für Dr. *Freys* Verlagserzeugnisse und seine DVU samt ihren Aktionsgemeinschaften. Eine als „Meinungsumfrage" getarnte Werbeanzeige für Dr. *Freys* Blätter und Mitgliederorganisationen trug die Überschrift „Sollen wir den 8. Mai feiern?".

3.3 Ein als „Ehrenbuch des deutschen Soldaten" mit einem „Lexikon der Geschichtslügen" angekündigtes Buch erschien im Dezember im „Freiheitlichen Zeitungsverlag" (FZ-Verlag), der Dr. *Freys* Ehefrau gehört. Als Herausgeber des Buches wurde der Wehrmachts-Oberst *Dahl* genannt.
In demselben Verlag erschien bereits 1984 das Buch „Prominente ohne Maske", das vor allem „Umerzieher von heute, die früher NS-Aktivisten waren" unglaubwürdig machen soll. Diesem Buch mit

Schlagzeilen der "Deutschen National - Zeitung" und des "Deutschen Anzeigers"

Hat Deutschland aus Juden Seife gemacht?

Und wo bleibt die Sühne für 6 Millionen ermordete Deutsche?

Dokumente widerlegen Fälschungen

Weizsäckers Verbeugung vor den Kommunisten

Sonderrechte für Juden?

Der Frankfurter Theater-Skandal/s. 4

Ist Kohl noch zu retten? Der Kanzler läuft Amok

Sind Verbrechen an Juden schlimmer als Verbrechen an Deutschen?

Hintergründe des neuen Sondergesetzes

Wie Rote Armee wütete

Hitlers Schuld am 2. Weltkrieg

Unsere Dokumentation enthüllt die Wahrheit

Schlesien bleibt deutsch, Herr Bundeskanzler!

Völkermord an Zigeunern?

Was wirklich geschah

8. Mai 1945: Keine Befreiung sondern Mord und Totschlag /

Sollen die Deutschen ewig büßen?

Wollte Deutschland den Krieg?

Dokumente widerlegen Alleinschuld/S. 4

Israels Zensur in Frankfurt

Deutschland den Türken?

So folterten die Sieger

Wie Weizsäcker die Deutschen belastet

Was bezweckt der Bundespräsident?/s. 4

Vom Nazi zum Umerzieher

Die Verbrechen des „Verfassungsschutzes"

Brandt – Moskaus Mann

Das wahre Gesicht antideutscher Hetzer

über tausend Kurzbiographien will Dr. *Frey* im nächsten Jahr einen zweiten Band folgen lassen.
Weitere Erzeugnisse des FZ-Verlages, für die in Dr. *Freys* Zeitungen eifrig geworben wird, sind Schallplatten und Tonbandkassetten mit „vaterländischen Liedern" sowie Gedenkmedaillen in Gold und Silber.

VII. Sonstige rechtsextremistische Gruppen

Den Sicherheitsbehörden sind außer 29 neonazistischen, 8 „nationaldemokratischen" und 2 „national-freiheitlichen" 39 sonstige rechtsextremistische Gruppen mit insgesamt etwa 3.400 Mitgliedern bekannt. Zumeist handelt es sich um Klein- und Kleinstgruppen. Nur die folgenden sind erwähnenswert:

1. Kulturgruppen

1.1 „Gesellschaft für Freie Publizistik" (GFP)

Die GFP – mit mehreren hundert Mitgliedern nach wie vor größte rechtsextremistische Kulturvereinigung – verlieh auf ihrem Jahreskongreß vom 3. bis 5. Mai in Kassel den mit 15.000 DM dotierten *Hutten*-Preis an den Schriftsteller Dr. Georg *Franz-Willing* (70). Dieser erklärte in seiner Ansprache:

> „Aus der Drachensaat der Pariser Vorortsverträge, den Diktaten von Versailles, Saint Germain und Trianon ging der Zweite Weltkrieg hervor, angezettelt von der amerikanischen Regierung und ihren jüdischen Hintermännern mit dem Ziel, das ‚amerikanische Jahrhundert' zu verwirklichen. Die Amerikaner tragen die Hauptverantwortung für den ungeheuren Aufruhr, die chaotischen Verhältnisse infolge der beiden von ihnen gewonnenen Weltkriege. Ihr Werk ist die Zerstörung Europas."[43]

1.2 „Deutsche Kulturgemeinschaft" (DKG)

Die DKG, die sich 1979 vom rechtsextremistischen „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG) abgespalten hat, besteht jetzt aus zwei einander bekämpfenden Gruppen. Eine von ihnen veranstaltete vom 12. bis 14. April in Lüneburg unter dem Namen „Arbeitskreis für Kultur und Politik" eine Vortragstagung, die sie als „Norddeutsches Forum" bezeichnete. Die Veranstaltung leitete der ehemalige Bundesführer des rechtsextremistischen „Bundes Heimattreuer Jugend" (BHJ), Gernot *Mörig* (31).

2. Weitere Gruppen

2.1 „Die Deutsche Freiheitsbewegung" (DDF)

DDF erfolglos

Der Vorsitzende der DDF, Otto Ernst *Remer* (73), (1944 Kommandeur des Wachregiments in Berlin, das an der Niederschlagung des Aufstandes vom 20. Juli beteiligt war), bemühte sich 1985 vergeblich, neue Anhänger für seine „Neutralitätspolitik" und „Interessenpolitik zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich" zu gewinnen.

Ein aus Anlaß des 20. Juli 1984 von *Remer* verfaßtes Flugblatt „An alle Soldaten der Bundeswehr", in dem er die Männer des 20. Juli 1944 beleidigte, führte im September 1985 zu einer Geldstrafe wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. In der Juni-Ausgabe des Organs der DDF schrieb er in Erwartung seiner Verurteilung:

> „Ungebeugt werde ich jede neue Haftstrafe auf mich nehmen. Es kann für jeden deutschen Patrioten nur die größte Ehre sein, von den Bütteln eines Vasallensystems, das die Sieger über unser Volk als Befreier feiert, verfolgt zu werden."[44]

2.2 „Freundeskreis Ulrich von Hutten"

Kleiner deutsch-österreichischer Freundeskreis

Der kleine deutsch-österreichische „Freundeskreis Ulrich von Hutten" warnte vor einer „Vermischung der Großrassen", da sich dabei „im Augenblick der Zeugung zwei Welten" miteinander vermischen, „deren Wesen, Charakter und Verhalten chaotisch aufeinander wirken."[45] Daher gehe

> „die Spekulation des kosmopolitischen Judentums, mit dem rassischen Schmelztiegel USA und mit Hilfe des Kapitals und der Massenmedien die Weltmacht ausüben zu können . . . aus naturgesetzlichen Gründen niemals auf."[46]

2.3 „Unabhängige Arbeiterpartei" (UAP)

UAP nahezu bedeutungslos

Die immer unbedeutender werdende UAP, die sich vorher an jeder Wahl zum nordrhein-westfälischen Landtag beteiligt hatte, trat zu der Wahl vom 12. Mai nicht an. Ihre politischen Aktivitäten beschränkten sich im wesentlichen auf die Agitation in ihrem Organ „Reichs-Arbeiter-Zeitung" (RAZ).

VIII. Jugendgruppen

1. Überblick

Es gibt 10 rechtsextremistische Jugend- und Studentengruppen mit zusammen etwa 1.150 Mitgliedern (1984: 1.200). Davon haben nur die „Jungen Nationaldemokraten" (vgl. oben V.2) und die „Wiking-Jugend" (WJ) relative Bedeutung. Die Führer der WJ und anderer nationalistischer Jugendgruppen sind durchweg überzeugte Rechtsextremisten. Dies gilt jedoch häufig nicht für die Mitglieder, die z. T. noch im Kindesalter sind. Viele der Jugendlichen fühlen sich weniger von den rechtsextremistischen Ideen angezogen als vielmehr von der Erwartung der Kameradschaft, den sportlichen Anforderungen und der Zelt- und Lagerfeuerromantik, die dort bewußt als Lockmittel zur politischen Indoktrination eingesetzt werden.

2. Jugendliche Randgruppen

Auch im vergangenen Jahr ist es Rechtsextremisten nicht gelungen, jugendliche Randgruppen militanter Fußballfans und Skinheads politisch zu steuern; Einflußnahmeversuche sind – von wenigen Ausnahmen abgesehen – gescheitert. Rechtsextremisten haben erkennen müssen, daß die undisziplinierten, im Regelfall auch politisch weitgehend uninteressierten Fans und Skins für rechsextremistische Indoktrinationen meist ungeeignet sind. Dennoch versuchen Rechtsextremisten ihre Kontakte zu militanten Fußballfans und Skinheads zu nutzen.
Neonazis veranlassen Skinheads, ihre Versammlungen zu besuchen, auch um Angriffe politischer Gegner abzuwehren; Rechtsextremisten nutzen die Gewaltbereitschaft dieser Jugendlichen und deren Neigung, provokative Nazi- und extrem ausländerfeindliche Parolen lautstark zu artikulieren. Türken waren in zunehmendem Maße Angriffen von gewalttätigen Skinheads ausgesetzt. Zwei türkische Männer wurden bei Straßenüberfällen in Hamburg getötet.
In Berlin existiert eine Gruppe um den Neonazi und Skinhead Andreas *Pohl* (25), die sich inzwischen der „Nationalistischen Front" angeschlossen hat. Dieser Personenkreis setzte sich z. B. im April aus Anlaß des Geburtstages *Hitlers* mit einem neonazistischen Auftritt in Szene.

3. „Wiking-Jugend" (WJ)

WJ-Führung neigt verstärkt zu militantem Neonazismus

Die seit Jahren erkennbare Neigung der von einer Nordlandideologie bestimmten WJ-Führung zum militanten Neonazismus hat sich im Laufe des Jahres 1985 weiter verstärkt. Schon anläßlich einer

Kundgebung zum Jahreswechsel 1984/85 in Hilders (Krs. Fulda) forderte der WJ-Bundesführer Wolfgang *Nahrath* (56) in einem Rundschreiben an die WJ-Mitglieder:

> „Es muß sich bei diesen Banditen* festigen und herumsprechen, daß wir uns nichts gefallen lassen. Bringt stämmige Kameraden und Gesinnungsgenossen mit, aus welchen Gruppen und Verbänden sie auch kommen mögen."

An der Kundgebung nahmen dann auch zahlreiche Anhänger der verbotenen ANS/NA teil.

WJ arbeitet eng mit Aktivisten der ANS/NA in der VAPO zusammen

Die enge Zusammenarbeit mit Aktivisten der verbotenen ANS/NA führte im Januar 1985 dazu, daß sich die beiden Gruppierungen zur „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition" (VAPO) zusammenschlossen (vgl. oben IV.4.2). In der Neonazischrift „Neue Front" hieß es dazu:

> „Durch die erfolgreiche Zusammenarbeit von Wiking-Jugend und der von Michael *Kühnen* gegründeten nationalsozialistischen Weltanschauungsgemeinschaft anläßlich der Sylvester-Aktion in der Rhön ist offenbar eine Weiche gestellt worden ... Offenbar aus diesem Grunde ist Anfang Januar eine Gruppe gegründet worden, die sich VAPO nennt – Volkstreue Außerparlamentarische Opposition –. Diese VAPO, die weder eine Partei noch ein fest organisierter Verein sein will, hat die Absicht, zu einer Art ‚rechter APO' zu werden. Der von der VAPO verbreitete Grundsatz lautet: ‚Alle machen mit, keiner ist verantwortlich'."[47]

Ehemalige ANS/NA- und jetzige FAP-Aktivisten nehmen regelmäßig an Veranstaltungen der WJ teil. Die WJ-Führung unterstützte die FAP im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf. Trotz behördlichen Verbotes von Treffen der FAP und der WJ am Silvestertag 1985 in der Rhön störten etwa 60 Aktivisten beider Organisationen in Fulda eine Demonstration des Aktionskomitees „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg". Die Polizei konnte gewaltsame Konfrontationen verhindern; mehrere Rechtsextremisten wurden festgenommen. Schon bei der Anreise waren bei rechtsextremistischen Aktivisten Schreckschußwaffen, Schlagstöcke, Schlagringe, Kanthölzer und Schutzhelme sichergestellt worden.

Militante WJ-Zeitschrift

Die WJ-Zeitschrift „GÄCK" zeigte in der als Nr. 1/84 gekennzeichneten Ausgabe, die tatsächlich aber im Jahre 1985 erschien, auf dem Titelblatt das Foto eines Aufmarsches der Hitler-Jugend mit dem Text „Neue Männer braucht das Land". Ein angeblicher Leserbrief rief indirekt zu Gewalttätigkeiten gegen Ausländer in Fußballstadien auf. Ein Foto zeigte Häftlinge eines Konzentrationslagers hinter Stacheldraht, die winken und lachen; das Bild trug den Untertitel „Betrunkene Fans randalieren im Stadion."[48]

* Gemeint sind damit als politische Gegner angesehene Anhänger des Aktionskomitees „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg" in Fulda, das zu einer Demonstration gegen die WJ aufgerufen hatte.

IX. Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste

Die 49 organisationsunabhängigen Verlage und Vertriebsdienste (1984: 47) vertrieben auch 1985 große Mengen rechtsextremistischer Druckerzeugnisse.

1. Zeitungs- und Schriftenverlage

Die Zahl der rechtsextremistischen Zeitungs- und Schriftenverlage stieg 1985 von 20 auf 22. Von ihren Erzeugnissen sind außer der DNZ und dem DA erwähnenswert:

1.1 „Deutsche Wochen-Zeitung" (DWZ)

Die mit einer Auflage von etwa 16.000 Exemplaren drittgrößte rechtsextremistische Wochenzeitung, die kurz vor Jahresende von Dr. *Frey* übernommen wurde, polemisierte u. a. dagegen, daß

Agitation u. a. gegen die Kriegsschuld

> „von einer deutschen Regierung öffentlich Schuldbekenntnisse abgelegt werden, die einseitig zu Lasten unseres Volkes gehen, um dieses für alle Zeit vor der Welt verächtlich zu machen."[49]

1.2 „Nation Europa" (NE)

Ausländer- und Judenfeindlichkeit

Die monatlich in einer Auflage von etwa 10.000 Exemplaren erscheinende Schrift betonte „die Notwendigkeit, die europäische Identität gegen die afro-asiatische Invasion zu verteidigen"[50], und behauptete, daß der Zweite Weltkrieg „von der amerikanischen Regierung und ihren jüdischen Hintermännern"[51] angezettelt worden sei. Den Bundespräsidenten beschuldigte sie nach seiner Rede zum 8. Mai, „die Vergangenheit ausschließlich auf Kosten des deutschen Volkes zu bewältigen".[52]

1.3 „Deutsche Monatshefte" (DM)

DM verunglimpft demokratische Politiker

Die in einer Auflage von etwa 6.000 Exemplaren erscheinenden „Deutschen Monatshefte" fuhren fort, demokratische Politiker zu verunglimpfen. So ist Bundestagspräsident Dr. *Jenninger* für sie „eine fade und fadenscheinige Figur, ein Erfüllungsgehilfe von Erfüllungspolitikern"[53], Adolf *Hitler* dagegen „der deutsche Cromwell, der deutsche Napoleon"[54]. Das Blatt sagt über das kommende „Vierte Reich":

> „Im künftigen Deutschland ist für Antifaschisten kein Platz. Der Weg zur Selbstfindung der Deutschen geht über die Trümmer der KZ-Gedenkstätten."[55]

1.4 „Deutschland in Geschichte und Gegenwart" (DGG)

Die verglichen mit den „Deutschen Monatsheften" nur etwa halb so auflagenstarke Vierteljahresschrift stellte fest:

> „Landesverrat ist seit 40 Jahren kein Verrat mehr, wenn er den Siegern dient, eher der Befähigungsnachweis für höchste politische Ämter in allen deutschen Teilstaaten."[56]

Sie schloß sich der allgemeinen rechtsextremistischen Schelte am Bundespräsidenten wegen dessen Rede zum 8. Mai an:

> „Wohl selten wurde die geschichtliche Wahrheit von hoher deutscher Stelle so einseitig und verzerrt, so durchsichtig, zweckhaft zum Nachteil Deutschlands dargestellt."[57]

2. Buchverlage und Vertriebsdienste

Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Buchverlage und Vertriebsdienste blieb mit 27 gegenüber dem Vorjahr gleich.
Zum Angebot einiger Vertriebsdienste zählten neben Büchern rechtsextremistischen Inhalts auch Schallplatten, Tonbandkassetten und Filme, die Originalaufnahmen von Reden und Veranstaltungen der NS-Zeit teils unkommentiert, teils mit NS-Originalkommentar wiedergeben.

X. Verbindungen zum ausländischen Rechtsextremismus

1. Internationaler Neuer Nationalsozialismus

Neonazistische Verbindungen bestehen hauptsächlich nach Frankreich, Österreich, Belgien und in die Schweiz

Die Verbindungen innerhalb des internationalen Rechtsextremismus wurden wiederum vorwiegend von Neonazis aufrechterhalten. Schwerpunkte bildeten wie im Vorjahr die Verbindungen nach Frankreich und Österreich, aber auch nach Belgien und in die Schweiz. Intensiviert wurden die Kontakte zu spanischen Neonazis.
Die Impulse für die organisatorische und propagandistische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene gingen maßgeblich von Aktivisten der französischen neonazistischen Organisation „Faisceaux Nationalistes Européens" (F. N. E.) aus. Ausgangsbasis für diese „Europäische Bewegung" war die 1984 von *Kühnen* geschaffene „ANS-Auslandsorganisation" (ANS-A. O.).

Sonstige rechtsextremistische Schriften

Stauffenberg – Verräter oder Held?

Die wahren Ziele der Hitler-Attentäter /s

Deutsche

National-Zeitung

R 2295 C

Nr. 30 / 35. Jahrgang
19. Juli 1985

1,80 DM / 10,– ÖS

freiheitlich ■ unabhängig ■ überparteilich

Postvertriebsstück · Gebühr bez
DSZ-Verlag · 8000 München 60

Ägypt. 7,75 EG £ / Arg. 1308 Pes. / Austr. 1,– $ A / Belg. 25 bfr / Dän. 6,– dkr / Finnl. 5,– Fmk / Griech. 40 Dr. / Holl. 2,25 hf / Ind. 700 Lit. / Kan. 1,30 $ / Port. 50 Esc. / Span. 150 Ptas / Kanaren 175 Pts / Südafr. 1,– R / Türk. 70 TL / USA 1,30 $

Deutschlands Alleinschuld – eine Fälschung? /Seite 6

Deutscher Anzeiger

Freiheitliche Wochenzeitung

Postvertriebsstück · Gebühr bezahlt
DSZ-Verlag · 8000 München 60

R 2357 C

Nr. 47 / 28. Jahrgang / 15. November 1985
Einzelpreis 1,50 DM / 10,– ÖS

War es Hitlers Krieg? (Seite 7)

Deutsche Wochen-Zeitung

DEUTSCHE NACHRICHTEN

27. Jahrgang, Nr. 15
Rosenheim, 5. April 1985
Preis 2,– DM · Österreich 18,– ÖS

OST – WEST – KURIER

2343 C

FÜR NATIONALE POLITIK · KULTUR UND WIRTSCHAFT

B 21113 E

Deutsche Monatshefte

für Kultur und Geschichte, Politik und Wirtschaft

J 5104 E

NATION EUROPA

Monatsschrift im Dienst der europäischen Neuordnung

Hüttenbriefe

für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht

Ersatzausgabe

Reichs-Arbeiter-Zeitung

sozialistisch-national

Herausgegeben vom UAP-Zentralbüro, 43 Essen 1, Postfach 103813
im Auftrage des Ruhr-Arbeiter-Verlages GmbH., 43 Essen 11, Bergmühle 5

Deutschland

in Geschichte und Gegenwart

Neonazistische Schriften aus dem Ausland

Der auch im Bundesgebiet verbreitete, stark antisemitische „Österreichische Beobachter – Kampfblatt der NSDAP (Hitlerbewegung) in Österreich" drohte in seiner Februarausgabe mit massivem Terror: Noch seien sich die „politischen Mörder, schäbigen Vermögensdiebe – und all das sind die demokratischen Politiker" sicher, daß „aus unseren Reihen nie eine RAF erwachsen kann". Sie könnten sich aber täuschen. Der „Glaube" könne

„einmal jemanden so intensiv ins Blut fahren, daß die Finger automatisch abdrücken – mit dem richtigen Hetzer im Fadenkreuz".

Es sei „Zeit für Rache".

5. Schweiz

ENO spielt nach wie vor wesentliche Rolle im internationalen Rechtsextremismus

Die sich als Verteidigerin der „arischen Rassengemeinschaft" verstehende neonazistische „Europäische Neu-Ordnung" (ENO) mit Sitz in Lausanne führte am 6./7. April in Hagenau/Elsaß ihre „17. Versammlung" durch, an der einige Dutzend in- und ausländische Rechtsextremisten teilnahmen. In der dort verabschiedeten „Zweiten Hagenauer Erklärung" wurde die sich „verschärfende Unterdrückung" in der Bundesrepublik Deutschland verurteilt.[61]
Die schweizerische rechtsextremistische Monatsschrift „Eidgenoss – Informationsblatt zur eidgenössischen und europäischen Besinnung", die auch im Bundesgebiet verbreitet wird, warb in einem Rundschreiben für das indizierte Buch „Der Auschwitz-Mythos" von Wilhelm *Stäglich*, in dem die planmäßige Judenvernichtung im „Dritten Reich" geleugnet wird.

6. Spanien

Kontakte zu spanischen Neonazis intensiviert

Wie in den vergangenen Jahren war an den Kontakten zwischen spanischen und deutschen Rechtsextremisten maßgeblich der spanische neonazistische „Circulo Espanol de Amigos de Europa" (CEDADE) beteiligt, dessen Schriften „CEDADE" und „FUNDAMENTOS" und dessen vielfältiges neonazistisches Propagandamaterial auch im Bundesgebiet verbreitet wurden. CEDADE-Mitglieder nahmen an der „17. Versammlung" der ENO teil. Die „Hagenauer Erklärung" der ENO „begrüßt" ausdrücklich die propagandistische „Arbeit" von CEDADE. Im August fuhren mehrere Anhänger von ANS/NA und FAP zu einem internationalen Treffen von Rechtsextremisten in der Nähe von Madrid.

7. Nordamerika

Erhebliche Unterstützung erfuhren deutsche NS-Aktivisten durch neonazistische Propagandazentren in Nordamerika.

Neonazistische Agitation aus dem Ausland

Represión en Europa

Libertad para Michael Kühnen

LASST KÜHNEN FREI

KAUFT NICHT BEI JUDEN!
NSDAP-AO Box 6414, Lincoln, NE 68506 USA

ROTFRONT VERRECKE!
NSDAP-AO Box 6414, Lincoln, NE 68506 USA

Ausländer RAUS!
Unsere Jugend ist arbeitslos.

WIJ HERDENKEN ONZE VERMOORDE KAMERADEN

Klaus-Ludwig Uhl
geb. 19.06.1957
gef. 20.10.1981

Kurt Eduard Wolfgram
geb. 29.02.1960
gef. 20.10.1981

KAMPF DEN JUDENPARTEIEN
KPD SPD CDU CSU FDP
NSDAP-AO
Box 6414, Lincoln, NE 68506 USA

Gegen US- und Sowjetimperialismus – Befreiungsnationalismus

Schutz des Lebens statt des Kapitals

DIE UNHEIMLICHEN STATTHALTER DER

US & SU-BESATZER IN MITTELEUROPA!

Einsteria 25, 65/DM 3.70/Sfr. 3.70

UNTER DIESEM ZEICHEN
- *KEINE ARBEITSLOSIGKEIT*
- *KEINE INFLATION*
- *KEINE SCHWINDEL*

deshalb fordern wir

NS-VERBOT AUFHEBEN!

Die KPD ist legal. Wieso ist die NSDAP verboten?

NSDAP-AO
Box 6414, Lincoln, NE 68506 USA

BESATZUNGS-FASCHISMUS
statt
HITLERISMUS

40 JAHRE „BEFREIUNG"
durch die
US-ARMEE

DEMOKRATIE IN SONDERANFERTIGUNG...

DAMIT UNSERE ZUKUNFT NICHT SO WIRD -

DEUTSCHLAND ERWACHE!

LIBROS

AUGE Y VICTORIA DE LA
Juventud-Hitleriana

Nothung

Zum Geburtstag des Fuehrers am 20. April

JA ZUR DEUTSCHEN WIEDERVEREINIGUNG!
BRD-Bevölkerung für gesamtdeutsche NEUTRALITÄT

GEEN STEMRECHT

voor GASTARBEIDERS

DIE DEUTSCHE FRAGE IN DER DISKUSSION:

Wir fordern:

- Wiederherstellung der deutschen Schicksalsgemeinschaft!
- Schaffung eines neutralen deutschen Staatenbundes in Mitteleuropa!
- NATO und Warschauer Pakt raus!
- Friedensvertrag statt Staatsvertrag!
- Aussöhnung statt Unterwerfung!

FREIHEIT FÜR
Michael Kühnen!
NSDAP-AO
Box 6414, Lincoln, NE 68506 USA

Wieder erhältlar!
Mein Kampf

in deutscher Sprache
Preis: DM65,00
NSDAP-AO
Box 6414, Lincoln, NE 68506 USA

WIR SIND WIEDER DA!
NSDAP-AO Box 6414, Lincoln, NE 68506 USA

JETZT NSDAP!
NSDAP-AO Box 6414, Lincoln, NE 68506 USA

ERNST RÖHM

VORKÄMPFER FÜR DEN NATIONAL-SOZIALISMUS

Propagandamaterial aus den USA und Kanada unterstützt deutsche NS-Aktivisten erheblich

Der „Propagandaleiter der NSDAP-AO", Gary Rex *Lauck,* in Lincoln/Nebraska versorgte seine deutschen Anhänger wiederum mit großen Mengen neonazistischen NS-Propagandamaterials, u. a. Aufklebern, Plakaten, Fahnen, Abzeichen, das in der Bundesrepublik Deutschland bei Verteil-, Schmier- und Klebeaktionen der NSDAP-AO-Aktivisten eingesetzt wurde (siehe oben IV. 4.6). Darüber hinaus verbreitete *Lauck* die vierteljährliche Kampfschrift „NS-Kampfruf" sowie die unregelmäßig erscheinende englischsprachige Neonazischrift „The New Order". Wie 1984 war der „Kampfruf" weitgehend durch den Abdruck des von *Kühnen* verfaßten Buchmanuskripts mit dem Titel „Die Zweite Revolution" ausgefüllt. In einem Rundschreiben an seine „Kameraden" stellte *Lauck* fest, die „Terrorurteile" gegen führende NS-Aktivisten erforderten eine „Gegenoffensive der NSDAP-AO Untergrundorganisation . . . Deutschland muss in einen wunderschoenen Hakenkreuzgarten umwandelt werden". In seinem „6. Brief aus der Haft"[62] bekannte sich *Kühnen* zu seiner NSDAP-AO-Mitgliedschaft und führte aus: „Eindeutig nationalsozialistische Propaganda kann nur noch illegale Propaganda sein. Niemand hat darin soviel Erfahrung und sich . . . so bewährt wie die NSDAP/AO".

Der deutsche Staatsangehörige Ernst Christof *Zündel* (46), Inhaber des Verlages „Samisdat Publishers Ltd." in Toronto/Kanada, dessen Ziel die Aufklärung der „Fälschung der deutschen Geschichte" ist, wurde am 25. März in Toronto wegen Veröffentlichung der Schrift „Did Six Million Really Die", die die Judenvernichtung im Dritten Reich leugnet, zu 15 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Er darf drei Jahre lang nichts zum Thema „Holocaust" veröffentlichen. *Zündel* legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Unter dem Titel „Der große Holocaust Prozeß" erschien im Verlag „Liberty Bell Publications" des deutsch-amerikanischen Neonazis Georg P. *Dietz* (57) West Virginia/USA, eine Broschüre über den *Zündel*-Prozeß. Der von *Zündel* herausgegebene „Rundbrief" wurde – ohne das Thema „Holocaust" – an Freunde sowie unaufgefordert an Privatpersonen und staatliche Institutionen gesandt.

XI. Deutscher rechtsextremistischer Terrorismus*

Terrorakte rückläufig

Deutsche Rechtsextremisten verübten 1985 5 Gewaltverbrechen mit terroristischem Charakter** (1984: 11). Dabei handelt es sich um drei Brandanschläge und zwei Banküberfälle. Der seit 1982 anhaltende Rückgang rechtsextremistischer Gewalttaten (vgl. auch Ziff. XII) ist nicht zuletzt eine Folge der Beobachtung gerade der militanten rechtsextremistischen Kreise durch die Sicherheitsbehörden. Die Strafverfolgungsbehörden erzielen bei Gewalttaten von Rechtsextremisten eine relativ hohe Aufklärungsquote.

Militante Rechtsextremisten erörtern Gewaltpläne

Den Verfassungsschutzbehörden liegen Erkenntnisse vor, daß militante Rechtsextremisten zur Zeit wieder verstärkt Gewaltakte erörtern. Dem dienen auch meist im Ausland hergestellte Schriften, die unter deutschen Rechtsextremisten verbreitet werden. Oft werden dabei die Rechtsterroristen *Hepp* und *Kexel* glorifiziert und zu militanten Aktionen gegen die „US-Besatzungstruppen" aufgerufen, wie im „Schwarzen Rebell" (vgl. oben Ziff. X. 2).

1. Waffen-, Munitions- und Sprengstoffunde

Auch 1985 zahlreiche Waffen- und Munitionssicherstellungen

Zahlreiche Funde an Waffen, Munition und Sprengstoff belegten auch 1985 die potentielle Gewaltbereitschaft der militanten rechtsextremistischen Szene.

Gewehre, Pistolen, Munition und Handgranaten sowie NS-Schriften und -Embleme wurden am 7. März bei einem 25jährigen in Berlin aufgefunden, der vor der Durchsuchung seiner Wohnung Selbstmord beging.

Eine Hausdurchsuchung bei vier Rechtsextremisten im Raum Stuttgart förderte am 17. April neben neonazistischem Propagandamaterial Faustfeuerwaffen, ein Gewehr, Munition, Sprengkörper und Schwarzpulver zu Tage.

Eine Rohrbombe, neonazistische Schriften und Aufkleber wurden

* Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

** Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan etwa aus gewalttätig verlaufenden Demonstrationsveranstaltungen heraus durchgeführt werden.

am 26. April bei einem 19jährigen Hamburger Neonazi sichergestellt, der bereits ein Schreiben fertiggestellt hatte, das einen Bombenanschlag gegen ein Kommunikationszentrum in Hamburg androhte, in dem die kommunistisch beeinflußte „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA) eine Veranstaltung durchgeführt hatte.
Im Mai wurde bekannt, daß zwei deutsche Rechtsextremisten junge Deutsche als Söldner für militärische Einsätze in Krisengebieten des mittleren Ostens anzuwerben suchten. Zwölf Personen hatten bereits Anwerbeverträge unterzeichnet. Bei Durchsuchungen von insgesamt acht Wohnungen wurden u. a. sechs Faustfeuerwaffen, elf Stichwaffen, ein Karabiner, ein Gewehr mit Zielfernrohr, ein Maschinengewehr, rund 2.000 Schuß Munition, Kampfanzüge, Anleitungen zur Sprengkörperherstellung, Einsatzbefehle sowie rechtsextremistische Literatur beschlagnahmt.

2. Strafverfahren

2.1 Verurteilungen

Hohe Freiheitsstrafen für Terroristen der Hepp/Kexel-Gruppe

Das Oberlandesgericht Frankfurt verurteilte am 15. März fünf Mitglieder der rechtsterroristischen Gruppe *Hepp/Kexel;* die Mitglieder der Gruppe wurden für schuldig befunden, 1982 an drei Mordanschlägen auf Amerikaner und an fünf Banküberfällen mit einer Gesamtbeute von 630.000 DM beteiligt gewesen zu sein. Walther *Kexel* (23) erhielt wegen versuchter Gründung einer terroristischen Vereinigung, versuchten Mordes in drei Fällen und anderer Delikte eine Freiheitsstrafe von 14 Jahren. Die vier Gruppenmitglieder Wulf Helge *Blasche* (43), Hans-Peter *Fraas* (25), Dieter *Sporleder* (25) und Ulrich *Tillmann* (23) wurden u. a. wegen versuchten Mordes, räuberischer Erpressung und gefährlicher Körperverletzung zu Freiheitsstrafen zwischen 10 und 5 Jahren verurteilt. Die Urteile sind rechtskräftig. *Kexel,* der das Urteil annahm, beging kurz darauf im Gefängnis Selbstmord.
Das Landgericht Gießen verurteilte am 30. April den Neonazi *Mössle* wegen eines bewaffneten Banküberfalls zu einer Haftstrafe von 6 Jahren und 6 Monaten. Das Urteil ist rechtskräftig.
Das Landgericht Stade verurteilte im Juni die beiden 23jährigen Neonazis Andreas *Sachse* und Andreas *Grimmelshäuser* zu 9 bzw. 2 Jahren Freiheitsstrafe. Beide waren bereits als gewalttätige NS-Aktivisten hervorgetreten und hatten ab September 1984 im norddeutschen Raum bei zahlreichen Einbrüchen u. a. Schußwaffen, Funkgeräte, Landkarten und Geld erbeutet. Bei einer Fahrzeugkontrolle am 2. November 1984 war es zu einem Schußwechsel mit der Polizei gekommen, bei dem ein Polizeibeamter verletzt wurde. In der Wohnung des Andreas G. wurden u. a. 3 Gewehre, 1 Pistole und eine größere Menge Munition sichergestellt. Das Urteil ist für beide Verurteilte rechtskräftig.

2.2 Festnahme in Frankreich

Rechtsterrorist Hepp in Paris verhaftet

Französische Sicherheitsbehörden nahmen am 8. April den seit Februar 1983 mit internationalem Haftbefehl gesuchten deutschen Rechtsterroristen Odfried *Hepp* in Paris fest. Die Festnahme erfolgte im Zusammenhang mit Maßnahmen der französischen Sicherheitsbehörden gegen in Europa geplante militante Aktivitäten der „Palestine Liberation Front" (PLF). Gegen *Hepp* erging wegen des Verdachts der Beteiligung an illegalen Waffengeschäften der PLF und der Benutzung gefälschter Papiere Haftbefehl; die Bundesregierung hat seine Auslieferung beantragt.

XII. Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund

1. Überblick

Im Jahre 1985 wurden insgesamt 1.569 Gesetzesverletzungen* mit rechtsextremistischem Hintergrund, davon 69 Gewaltakte, erfaßt. Diese Gesetzesverletzungen gliedern sich wie folgt (Tabelle S. 185):

2. Gewaltaktionen

Am 24. Juli erschlug ein Skinhead, der bereits neonazistisch hervorgetreten war, zusammen mit zwei anderen Personen in Hamburg einen Türken.
Ebenfalls in Hamburg forderte die eskalierende Militanz von Skinheads Ende des Jahres erneut ein Todesopfer. Am 21. Dezember verfolgten militante Skinheads u. a. den Türken Ramazan *Avci* (26). Dieser stürzte vor ein fahrendes Auto; seine Verfolger schlugen mit Schlagstöcken auf ihn ein. A. erlag am 24. Dezember seinen Verletzungen. Einige der in Untersuchungshaft genommenen mutmaßlichen Täter hatten bereits früher tätliche Angriffe gegen Türken verübt, waren durch neonazistische Parolen hervorgetreten und stehen

* Gesetzesverletzungen sind Straftaten, einschließlich strafbarer Versuchshandlungen und Ordnungswidrigkeiten, z. B. Terrorakte, Gewaltandrohungen, der unberechtigte Besitz von Waffen, Munition und Sprengstoff, Schmieraktionen, die den Tatbestand des § 86 a StGB erfüllen sowie das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen. Dabei wurde – wie in den Vorjahren – jede Gesetzesverletzung nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand, mehrere Straftatbestände erfüllte, mehrere Handlungen umfaßte oder von mehreren Tätern gemeinschaftlich begangen wurde. Ein Vergleich der Gesamtzahl mit der Zahl der Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund ist mangels einer dem § 86 a StGB entsprechenden Strafvorschrift im Bereich des Linksextremismus nicht möglich

	1984*	1985
Tötungsdelikte	1	2
Sprengstoffanschläge	1	–
Brandanschläge	11	11
Raubüberfälle	–	2
Körperverletzungen	44	33
Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung	26	21
Gewalttaten insgesamt	83	69
Gewaltandrohungen	159	127
Sonstige Gesetzesverletzungen ohne Schmieraktionen	812	616
Insgesamt	1.054	812
Schmier- und Klebeaktionen, die den Tatbestand des § 86a StGB erfüllen**	660	757

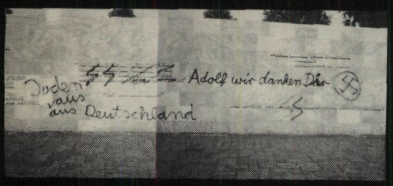
der FAP nahe. Welche Motive dieser Tat zugrunde liegen, hat das wegen Mordverdachts eröffnete Strafverfahren zu erweisen.
Die 1985 festgestellten 33 Körperverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund richteten sich in 11 Fällen gegen Ausländer. Die 21 Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewalteinwirkung richteten sich in vielen Fällen gegen jüdische Einrichtungen und Gedenkstätten. Es kam auch häufig zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern, wobei die Angriffe allerdings zumeist von den politischen Gegnern ausgingen.

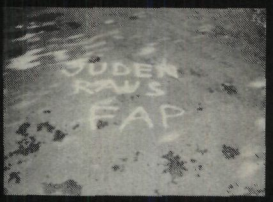
3. Gewaltandrohungen

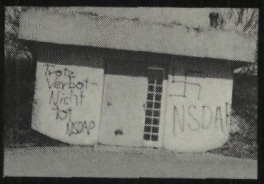
Von den 127 im Berichtsjahr bekanntgewordenen Gewaltandrohungen richteten sich 37 (29 %) (1984: rund 40 %) gegen ausländische, insbesondere türkische Personen bzw. Objekte. Nahezu alle Gewaltandrohungen gegen öffentliche Einrichtungen waren mit Forderungen wie „Ausländer raus!", „Kanaken raus!" oder „Türken raus!" verbunden. In 32 Fällen (25 %) richteten sich Drohungen, zumeist begleitet von Beleidigungen und Verunglimpfungen, gegen jüdische Personen und Objekte.

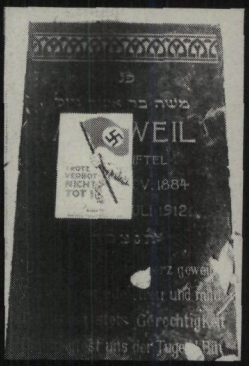
* Die Vergleichszahlen für 1984 wurden aufgrund von nachträglichen Meldungen fortgeschrieben. Sie weichen daher von den im Vorjahresbericht genannten Zahlen ab.
** Mangels einer dem § 86 a StGB entsprechenden Strafvorschrift sind vergleichbare Taten im Abschnitt über linksextremistische Bestrebungen nicht aufgeführt.

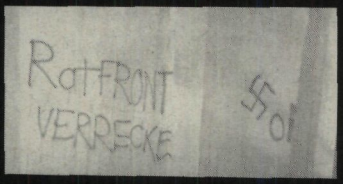
Neonazistische Aktionen

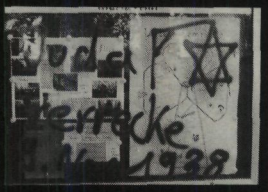


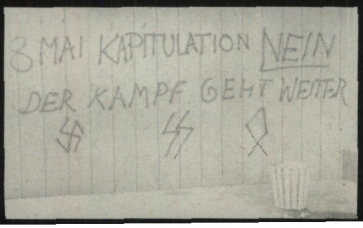












4. Sonstige Gesetzesverletzungen

Von den 1.373 (1984: 1.472) Gesetzesverletzungen ohne Gewaltbezüge waren 757 (rund 55 %) Schmier- und Klebeaktionen nach § 86 a StGB. In 74 Fällen wurde Propagandamaterial der NSDAP-AO verwendet.

5. Gesetzesverletzungen aus antisemitischen Beweggründen

355 (1984: 310) Gesetzesverletzungen (rund 23 %) hatten antisemitischen Charakter. 16 (1984: 12) der insgesamt 35 (1984: 28) bekanntgewordenen Schändungen jüdischer Friedhöfe und Kultstätten sind mit großer Wahrscheinlichkeit Rechtsextremisten zuzuordnen.

6. Täter

Als mutmaßliche Täter für insgesamt 558 Gesetzesverletzungen wurden 999 Personen bekannt, von denen 306 neonazistischen und 122 anderen rechtsextremistischen Bereichen zuzurechnen sind. Bei den restlichen Taten, meist Schmier- und Klebeaktionen nach § 86 a StGB konnten die Täter noch nicht ermittelt werden. Die Aufklärungsquote beträgt damit rund 36 %. Von den festgestellten Tätern stehen 122 im Verdacht, im Berichtsjahr mehr als eine Gesetzesverletzung begangen zu haben.

XIII. Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten und rechtsextremistische Vereinigungen

1. Verurteilungen*

Eine Gliederung der Verurteilungen nach dem Strafmaß ergibt folgendes Bild (in Klammern die Zahlen des Vorjahres):

* Erfaßt wurden nur erstinstanzliche Verurteilungen, die im Berichtsjahr ergangen sind, unabhängig vom Eintritt der Rechtskraft. Die tatsächliche Zahl dieser Urteile dürfte insgesamt höher sein, weil erfahrungsgemäß viele Verurteilungen erst erhebliche Zeit nach Erstellung dieses Jahresberichts bekannt werden. Die Vorjahreszahlen sind fortgeschrieben und dadurch erhöht worden. Erfaßt wurden Verurteilungen aufgrund von Schmierdelikten und Plakataktionen, die den Tatbestand des § 86 a StGB erfüllen.

21	(10)	Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr davon
9	(9)	ohne Bewährung
28	(59)	Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, davon
9	(10)	ohne Bewährung
28	(97)	Geldstrafen
45	(67)	sonstige Schuldsprüche, wie Verwarnungen mit Strafvorbehalt, Geldbußen, Arbeitsauflagen, Arreste.

Von den insgesamt 122 (233) im Jahre 1985 bekanntgewordenen Verurteilungen wurden 50 (116) auch in diesem Jahr rechtskräftig.

2. Anklagen

1985 wurde Anklage gegen 252 Personen (1984: 332) erhoben.

3. Durchsuchungen, Beschlagnahmen, Festnahmen

Im Berichtsjahr wurden

266	(419)	Durchsuchungen
263	(404)	Beschlagnahmen
228	(366)	Festnahmen

registriert. Bei den 266 (419) Durchsuchungen wurden in 85 (69) Fällen Waffen und Munition und Materialien zur Explosivkörperherstellung gefunden.

4. Veranstaltungsverbote

Die Ordnungsbehörden verboten 10 Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen.
Ein Verbot betraf eine Veranstaltung der NPD (1983: 3), siebenmal wurden Veranstaltungen der FAP verboten.

Fundstellennachweis

1. „Schwarzer Rebell" 3/85, S. 4
2. „Deutsche Frauenfront informiert" 2/85, S. 10
3. „Deutsche Stimme" (DSt) 2/85, S. 2
4. „Stimmen der hessischen Nationaldemokraten" 6/85, S. 7
5. Flugblatt „Deutschland den Deutschen – Besatzer raus!"
6. „Deutsche National-Zeitung" (DNZ) 17/85, S. 1
7. „Unabhängige Nachrichten" (UN) 2/85, S. 2
8. „Die Neue Front" Nr. 21, Febr./März 85, S. 5
9. „Stimmen der hessischen Nationaldemokraten" 5/85, S. 3
10. UN 1/85, S. 6
11. „Deutscher Anzeiger" (DA) 13/85, S. 8
12. „Klartext" Nr. 16, S. 1
13. Flugblatt „Ausländer raus!" des FAP-Kreisverbandes Münster
14. „SIEG-AJ-Presse-Dienst" 7/8/85, S. 8
15. Rundschreiben der „FAP-Nachrichten"-Schriftleitung vom 23. 9. 1985
16. „Die Neue Front" Nr. 24, S. 3,4
17. „Die Neue Front" Nr. 20, S. 6
18. „Nachrichten der HNG" Nr. 59, S. 4
19. „Nachrichten der HNG" Nr. 59, S. 13 und Nr. 60, S. 15
20. „Nachrichten der HNG" Nr. 62, S. 11
21. „Der Schulungsbrief" 7–9/85, Titelseite und S. 2
22. DSt 3/85, S. 2
23. DSt 3/85, S. 1
24. „NPD-Aktuell" XII/85
25. *Mussgnug* „Deutschlands Wiedergeburt – Hoffnung für Europa", S. 3
26. „Südwest-Stimme" 4/85, S. 1
27. DSt 1/85, S. 1
28. „NPD-Forum", Januar 1985
29. „Stimmen der hessischen Nationaldemokraten" 2/85, S. 14
30. „Stimmen der hessischen Nationaldemokraten" 6/85, S. 11
31. „Stimmen der hessischen Nationaldemokraten" 9/10/85, S. 6
32. „NDP-Aktuell" XII/85
33. „NPD-Forum" 7/85
34. DNZ 1/2/85, S. 1
35. DNZ 4/85, S. 5
36. DA 44/85, S. 1
37. DNZ 49/85, S. 1
38. DNZ 15/85, S. 1
39. DNZ 1/2/85, S. 6
40. DA 21/85, S. 1
41. DNZ 19/85, S. 7
42. DNZ 23/85, S. 3
43. „Nation Europa" (NE) 5/6/85, S. 60
44. „Der Bismarck-Deutsche" 3/85, S. 8
45. „Huttenbriefe" 5/85, S. 3
46. „Huttenbriefe" 5/85, S. 5
47. „Die Neue Front" Nr. 20, S. 20
48. „GÄCK", 1/84, S. 1/2
49. DWZ 28/85, S. 1
50. NE 7/85, S. 4
51. NE 5/6/85, S. 60
52. NE 5/6/85, S. 3
53. „Deutsche Monatshefte" (DM) 1/85, S. 15
54. DM 5/6/85, S. 5
55. DM 1/85, S. 23
56. „Deutschland in Geschichte und Gegenwart" (DGG) 1/85, S. 2
57. DGG 3/85, S. 3
58. Rundschreiben des „SIEG-AJ-Presse-Dienst" ohne Datumsangabe
59. „Schwarzer Rebell" 4/85, S. 1 und 2
60. „SIEG-AJ-Presse-Dienst" 2/85, S. 12
61. Beilage zu „Courrier du Continent" Nr. 265, S. 6
62. „Die Neue Front" Nr. 23, S. 3 und 10

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern 1985

I. Allgemeine Erfahrungen

Gesamtmitgliederzahl extremistischer Ausländerorganisationen stagniert

Die ganz überwiegende Mehrzahl der im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) lebenden ca. 4,4 Millionen Ausländer verhielt sich auch 1985 gesetzestreu. Die Mitgliederzahl der Organisationen extremistischer Ausländer[1] blieb gegenüber 1984 mit ca. 116.300 (1984: 116.000) nahezu gleich. Ihre Aktivitäten wurden wie bisher vor allem von Konflikt- und Krisensituationen in den Herkunftsländern bestimmt. Einige Gruppen ausländischer Extremisten steigerten ihre Agitation gegen die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und außenpolitische Entscheidungen der Bundesregierung.

Palästinensische, türkische, kurdische, iranische und jugoslawische Extremistengruppen gefährden innere Sicherheit

Wie in den Vorjahren beeinträchtigen extremistische Ausländergruppen auf deutschem Boden die Sicherheit sowie wichtige innen- und außenpolitische Belange unseres Landes. Palästinensische, türkische, kurdische, iranische und jugoslawische Extremistengruppen traten dabei besonders hervor.

Sicherheitsgefährdende Aktivitäten gehen nach wie vor von palästinensischen Gruppen aus. Die verstärkten innerarabischen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Palästinafrage und der Mangel an geeigneten Perspektiven zur Lösung des Konflikts mit Israel führten sowohl zur Zunahme der Gewaltanschläge durch palästinensiche Organisationen als auch zur Wiederaufnahme terroristischer Aktivitäten in Europa. Die sich verschärfenden politischen Spannungen in dieser Region lassen eine noch zunehmende Gewaltanwendung auch in Europa erwarten.

Die türkische „Neue Linke"* trat wieder durch ihre Gewaltbereitschaft insbesondere gegenüber extrem-nationalistischen Türken und durch Kontakte zum deutschen terroristischen Umfeld in Erscheinung. Die Aktivitäten extremistischer Muslime unter den Türken, denen die islamische Revolution im Iran als Vorbild dient, geben Anlaß zu Besorgnis. Die türkischen links- und rechtsextremistischen Organisationen konnten ihren 1984 beobachteten Mitgliederrückgang stoppen.

1 Darunter werden hier solche Organisationen der im Bundesgebiet lebenden Ausländer verstanden, deren Bestrebungen sich im Sinne von § 3 Abs. 1 VerfSchG gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder – aus politischen Motiven – gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder die durch Anwendung von Gewalt oder hierauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

* Zum Begriff der „Neuen Linken" siehe Seite 193, Fußnote 7.

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen linksextremistischen Türken und ihren politischen Gegnern ließen nach. Auf beiden Seiten gab es aber – zum Teil lebensgefährlich – Verletzte.
Unter den Organisationen der türkischen Kurden hielt die besondere Gewaltbereitschaft der orthodox-kommunistischen „Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) unvermindert an. Die tätlichen Übergriffe auf Gegner der Organisation gingen weiter; sie forderten 1985 wieder Todesopfer und Verletzte in Westeuropa. Zahlreiche Besetzungsaktionen gegen diplomatische Einrichtungen Schwedens im Bundesgebiet waren die Reaktion auf Maßnahmen der schwedischen Regierung gegen gewalttätige PKK-Angehörige.
Iranische extremistische Organisationen beschränkten sich auf die organisationsinterne Arbeit und die Herausgabe von Propagandaschriften. Die orthodox-kommunistische Tudeh-Partei trat erstmals offen für den Sturz der iranischen Regierung ein. Die Zahl der Aktionen mit Gewaltanwendung im Bereich des iranischen Extremismus verringerte sich auf fünf (1984: 10). Eine Briefbombe aus Frankreich explodierte in der iranischen Botschaft in Bonn.
Der Verfall jugoslawischer Exilorganisationen hielt an. Bestrebungen, die Zersplitterung der kroatischen Emigration durch Zusammenschlüsse zu überwinden, scheiterten. Linksorientierte Kroaten sowie albanische Nationalisten, die eine stärkere Selbständigkeit des KOSOVO-Gebietes (Amselfeld) oder gar dessen Loslösung vom jugoslawischen Staat und den Anschluß an Albanien anstreben, befürworten zur Durchsetzung ihrer Ziele weiterhin Gewaltanwendung.

Schwere Gewaltkriminalität nimmt zu

Die Zahl der versuchten oder vollendeten Terror- und sonstigen schweren Gewaltakte extremistischer Ausländer stieg gegenüber dem Vorjahr von neun auf 15 an. Die Zahl der versuchten bzw. vollendeten Sprengstoffvergehen (acht) nahm wieder zu (1984: zwei), ebenso die Anzahl der Tötungsdelikte, die sich auf fünf erhöhte (1984: 1). Die Zahlen der leichteren Gewalttaten wie Sachbeschädigungen und Hausfriedensbruch unter Gewaltanwendung verminderten sich hingegen erheblich. Die Gesamtzahl der Gewaltakte sank dadurch auf 76 (1984: 108).
Wiederum kam es im Bundesgebiet zu terroristischen Aktionen, hinter denen ausländische staatliche Stellen vermutet werden, die ihre Gegner auch im Ausland verfolgen.

II. Übersicht in Zahlen

1. Überblick

Im Bundesgebiet leben 4.365.900 (Stand 30. September 1985) ausländische Staatsangehörige. Ca. 3.347.800 davon sind über 16 Jahre

Anteil extremistischer Ausländer an ausländischer Wohnbevölkerung unverändert

alt. Nach Schätzungen der Sicherheitsbehörden sind von diesen knapp 3,5 % in Vereinigungen organisiert, von denen extremistische Bestrebungen ausgehen. Dieser Prozentsatz blieb bei leichter Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung gegenüber 1984 gleich.

Tabelle 1:
Vergleichszahlen der ausländischen Wohnbevölkerung, Ausländer über 16 Jahre und Mitglieder extremistischer bzw. extremistisch beeinflußter Organisationen (Vergleichszahlen 1984 in Klammern).

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Wohnbevölkerung	Ausländer über 16 Jahre	Mitglieder extremistischer bzw. extremistisch beeinflußter Organisationen über 16 Jahre[2]
Araber[3]	121.900	85.700	3.340 = 3,9 %[6]
			(3.550) = 4,2 %
Türken	1.400.400	923.500	44.260 = 4,8 %
			(44.200) = 4,8 %
Kurden[4]	–	–	2.540
			(2.300)
Iraner	47.300	40.600	2.430 = 6,0 %
			(2.400) = 7,3 %
Jugoslawen	592.400	461.400	1.020 = 0,22 %
			(1.250) = 0,26 %
Sonstige[5]	2.203.900	1.836.600	62.710 = 3,45 %
			(62.300) = 3,5 %
Insgesamt:	4.365.900	3.347.800	116.300 = 3.5 %
			(116.000) = 3,5 %

2. Organisationen

Die Zahl der Organisationen ausländischer Extremisten und der von ihnen beeinflußten und im Bundesgebiet aktiven Vereinigungen blieb annähernd konstant. Ende 1985 waren den Behörden für Verfassungsschutz insgesamt 113 Organisationen (1984: 115) bekannt,

2 Zur Aufgliederung der Vereinigungen in Kern-, Neben- und extremistisch beeinflußte Organisationen und deren Mitglieder vgl. Tabelle 4 (Seite 195).
3 Araber: Iraker, Libanesen, Libyer, Marrokaner, Palästinenser, Syrer.
4 Zu den Kurden, die in verschiedenen Staaten beheimatet sind, liegen keine Zahlen zur ausländischen Wohnbevölkerung und zu Ausländern über 16 Jahren vor.
5 Sonstige: Armenier, Äthiopier, Afghanen, Bulgaren, Chilenen, Griechen, Italiener, Japaner, Pakistani, Portugiesen, Spanier, Vietnamesen und Organisationen mit national gemischter Mitgliedschaft.
6 Prozentsatz an der ausländischen Wohnbevölkerung über 16 Jahren.

die nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger als extremistisch einzuschätzen sind.

Tabelle 2:
Organisationen ausländischer Extremisten und der von ihnen beeinflußten Vereinigungen mit Aktivitäten im Bundesgebiet nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1984 in Klammern).

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Orthodox-kommunistische Gruppen		„Neue Linke"[7] u. sozialrevolutionäre Gruppen		Rechtsextremistische Gruppen[8]		Extrem-nationalistische Gruppen[9]		Islamisch extremistische Gruppen[10]		Insgesamt	
Araber	4	(4)	13	(14)	–	(–)	–	(–)	3	(3)	20	(21)
Türken	6	(5)	5	(6)	–	(–)	1	(1)	3	(3)	15	(15)
Kurden	8	(7)	3	(3)	–	(–)	–	(–)	–	(–)	11	(10)
Iraner	3	(3)	8	(8)	–	(–)	1	(1)	1	(1)	13	(13)
Jugoslawen	–	(–)	2	(1)	–	(–)	6	(7)	–	(–)	8	(8)
Sonstige	19	(20)	21	(22)	1	(1)	2	(5)	3	(–)	46	(48)
Insgesamt	40	(39)	52	(54)	1	(1)	10	(14)	10	(7)	113	(115)

3. Mitglieder

Gesamtstärke ausländischer Extremisten unverändert

Die Gesamtstärke der Gruppen extremistischer Ausländer im Bundesgebiet veränderte sich 1985 kaum. Von den 116.300 (1984: 116.000) Mitgliedern und Anhängern ausländischer Extremistengruppen gehörten 59.450 (1984: 59.650) orthodox-kommunistischen Gruppen und 22.100 (1984: 22.000) Vereinigungen der „Neuen Linken", insgesamt also 81.550 linksextremistischen Organisationen an. Rechtsextremistische Gruppen zählten wie im Vorjahr 3.000 Mitglieder, islamisch-extremistische Vereinigungen 20.300 (1984: 19.650) und extrem-nationalistische Gruppen 11.450 (1984: 11.700).

7 Zur „Neuen Linken" werden hier – wie schon in früheren Jahren – solche linksextremistischen Gruppen gezählt, die den orthodoxen, moskauorientierten Kommunismus ablehnen, einschließlich der Gruppen mit sozialrevolutionär-nationalistischer Einstellung.

8 Unter rechtsextremistischen Gruppen werden hier die ausländischen Vereinigungen verstanden, die demokratische freiheitliche Grundwerte aus nationalistischen Gründen in Frage stellen.

9 Extrem nationalistische Gruppen sind extremistische ausländische Vkreinigungen, die nationalistische Ziele in aktiv-kämpferischer, aggressiver Haltung verfolgen.

10 Islamisch-extremistische Gruppen sind Vereinigungen, die auf revolutionärem Weg ein islamisch-fundamentalistisches theokratisches Staatswesen erzwingen wollen.

Mitgliederentwicklung bei ausländischen Extremistengruppen 1981–1985

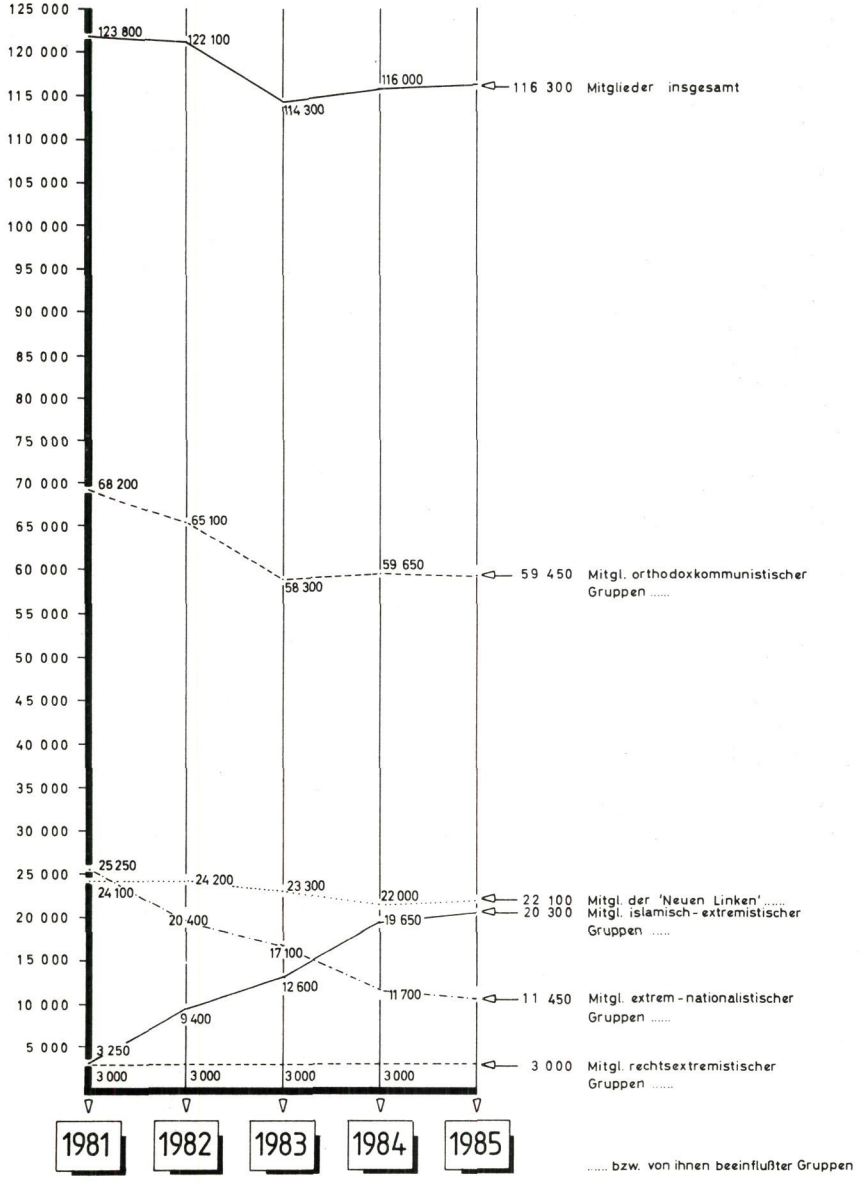


Tabelle 3:
Mitglieder extremistischer Gruppen nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1984 in Klammern).

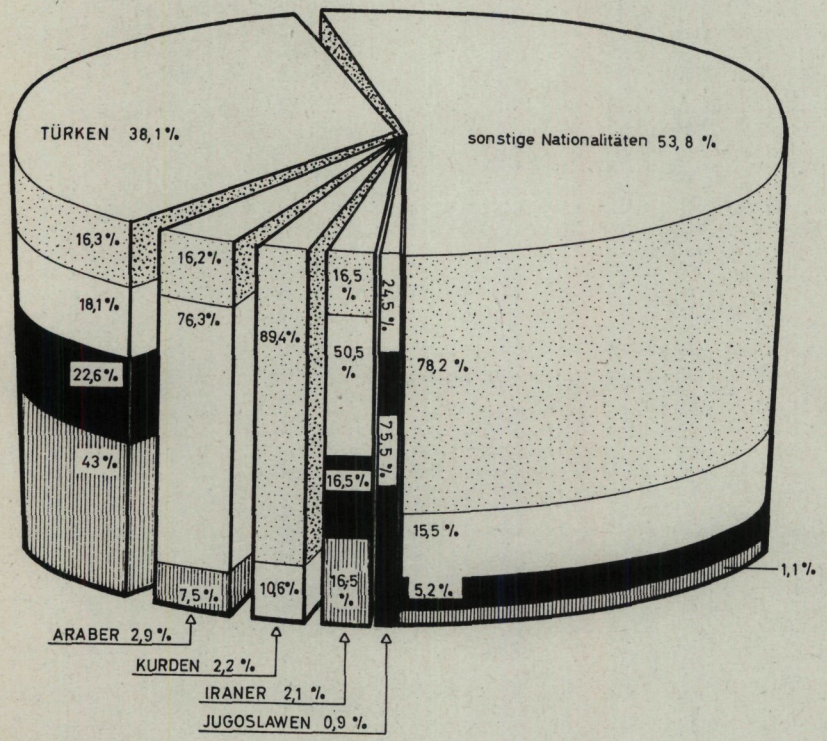
Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Orthodox-kommunistische Gruppen	„Neue Linke"[7] u. sozialrevolutionäre Gruppen	Rechtsextremistische Gruppen[8]	Extrem-nationalistische Gruppen[9]	Islamisch extremistische Gruppen[10]	Insgesamt
Araber	540	2.550	–	–	250	3.340
	(500)	(2.800)	(–)	(–)	(250)	(3.550)
Türken	7.210	8.050	–	10.000	19.000	44.260
	(7.200)	(8.000)	(–)	(10.000)	(19.000)	(44.200)
Kurden	2.270	270	–	–	–	2.540
	(2.000)	(300)	(–)	(–)	(–)	(2.300)
Iraner	400	1.230	–	400	400	2.430
	(400)	(1.200)	(–)	(400)	(400)	(2.400)
Jugoslawen	–	250	–	770	–	1.020
	(–)	(200)	(–)	(1.050)	(–)	(1.250)
Sonstige	49.030	9.750	3.000	280	650	62.710
	(49.550)	(9.500)	(3.000)	(250)	(–)	(62.300)
Insgesamt	59.450	22.100	3.000	11.450	20.300	116.300
	(59.650)	(22.000)	(3.000)	(11.700)	(19.650)	(116.000)

Tabelle 4:
Mitglieder der extremistischen Kern-, Neben- und extremistisch beeinflußten Organisationen nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1984 in Klammern).

	Orthodox-kommunistische Gruppen	„Neue Linke"[7] u. sozialrevolutionäre Gruppen	Rechtsextremistische Gruppen[8]	Extrem-nationalistische Gruppen[9]	Islamisch extremistische Gruppen[10]	Insgesamt
Kern-organisationen	19.000	20.400	–	11.450	20.000	70.850
	(19.200)	(20.350)	(–)	(11.700)	(19.650)	(70.900)
Neben-organisationen	2.250	250	3.000	–	300	5.800
	(2.200)	(300)	(3.000)	(–)	(–)	(5.500)
Extremistisch beeinflußte Organisationen	38.200	1.450	–	–	–	39.650
	(38.250)	(1.350)	(–)	(–)	(–)	(39.600)
Insgesamt	59.450	22.100	3.000	11.450	20.300	116.300
	(59.650)	(22.000)	(3.000)	(11.700)	(19.650)	(116.000)

Zu den Anmerkungen 7–10 siehe Seite 193.

Vergleich der Mitglieder extremistischer bzw. extremistisch beeinflußter Organisationen, unterteilt nach Nationalität und politisch ideologischem Standort 1985



orthodoxkommunistisch
Neue Linke und sozialrevolutionär
rechtsextremistisch und extrem nationalistisch
islamisch - extremistisch

4. Publizistik

Die Zahl der im Bundesgebiet verbreiteten periodischen Schriften ausländischer Extremistengruppen und der von ihnen beeinflußten Vereinigungen stieg von 189 auf 200 an, von denen 174 im Ausland gedruckt werden.

Tabelle 5:
Periodische Publikationen ausländischer Extremistengruppen und der von ihnen beeinflußten Vereinigungen (Vergleichszahlen 1984 in Klammern).

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Gesamtzahl der Publikationen	davon im Bundesgebiet gedruckt
Araber	29 (24)	1 (1)
Türken	52 (50)	7 (8)
Kurden	19 (14)	3 (4)
Iraner	24 (24)	– (–)
Jugoslawen	22 (24)	6 (7)
Sonstige	54 (53)	9 (8)
Insgesamt	200 (189)	26 (28)

82 % der Schriften hatten linksextremistische Tendenzen, die restlichen 18 % verbreiteten rechtsextremistisches bzw. extrem-nationalistisches oder islamisch extremistisches Gedankengut.

Tabelle 6:
Periodische Publikationen ausländischer Extremistengruppen und der von ihnen beeinflußten Vereinigungen nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1984 in Klammern).

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Orthodox-kommunistische Gruppen	„Neue Linke"[7] u. sozialrevolutionäre Gruppen	Rechtsextremistische Gruppen[8]	Extrem-nationalistische Gruppen[9]	Islamisch extremistische Gruppen[10]	Insgesamt
Araber	6 (7)	21 (14)	– (–)	1 (–)	2 (3)	30 (24)
Türken	25 (23)	23 (18)	– (–)	2 (7)	2 (2)	52 (50)
Kurden	17 (12)	2 (2)	– (–)	– (–)	– (–)	19 (14)
Iraner	6 (6)	13 (13)	– (–)	3 (3)	2 (2)	24 (24)
Jugoslawen	– (–)	5 (5)	– (–)	17 (19)	– (–)	22 (24)
Sonstige	23 (23)	23 (22)	1 (1)	2 (7)	4 (–)	53 (53)
Insgesamt	77 (71)	87 (74)	1 (1)	25 (36)	10 (7)	200 (189)

Zu den Anmerkungen 7–10 siehe Seite 193.

Tabelle 7:
Übersicht zu politisch motivierten Gewaltaktionen von Ausländern im Bundesgebiet 1985 (Vergleichszahlen 1984 in Klammern).[11]

Terrorakte[12] und andere schwere Gewaltakte	ausgeführte bzw. versuchte oder vorbereitete Gewaltaktionen		angedrohte Gewaltaktionen		Insgesamt	
Tötungsdelikte	5	(1)	3	(5)	8	(6)
Sprengstoffvergehen	8	(2)	17	(24)	25	(26)
Brandanschläge	2	(6)	–	(–)	2	(6)
Zwischensumme	15	(9)	20	(29)	35	(38)
Sonstige Gewaltakte						
Körperverletzungen	32	(29)	–	(–)	32	(29)
Sachbeschädigungen	7	(21)	–	(–)	7	(21)
Verstöße gegen VersammlG, Hausfriedensbruch u. ä.	22	(49)	4	(–)	26	(49)
Insgesamt	76	(108)	24	(29)	100	(137)

5. Gewaltaktionen

Die Gesamtzahl der politisch motivierten versuchten und vollendeten Gewaltaktionen, für die ausländische Extremisten verantwortlich gemacht werden, ging 1985 im Vergleich zu 1984 von 108 auf 76 zurück. Trotz dieser rückläufigen Gesamtzahl besteht kein Grund zu der Annahme, daß extremistische Ausländer ihr Verhältnis zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung prinzipiell geändert hätten. Denn wie die nachstehende Aufschlüsselung zeigt, beruht die zahlenmäßige Abnahme der politischen Gewaltkriminalität

11 In der Übersicht ist jede gewaltsame Aktion und sonstige Gesetzesverletzung nur einmal gezählt. Sind z. B. während einer Demonstration mehrere Körperverletzungen eingetreten, erscheinen sie nur als eine Gewalttat in der Rubrik Körperverletzungen. Sind im Verlauf einer Aktion mehrere der in den Rubriken genannten Gesetzesverletzungen (z. B. Körperverletzung und gleichzeitig Sachbeschädigung) eingetreten, so wurde die Aktion nur in der Rubrik des schwerwiegenderen Verstoßes aufgenommen.

12 Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten gezielt im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan, etwa aus gewalttätig verlaufenden Demonstrationsveranstaltungen heraus, durchgeführt werden.

von Ausländern ausschließlich darauf, daß sich die Zahl der leichteren Straftaten unter Gewaltanwendung verringert hat, während sich die Anzahl der schweren Gewalttaten erheblich erhöhte. Leib und Leben gefährdende Gewalt wurde vor allem gegen libysche Oppositionelle und politisch rivalisierende Kurden verübt. Bei Sprengstoff- bzw. Brandanschlägen gegen deutsche Einrichtungen im In- und Ausland gab es drei Todesopfer, zahlreiche Verletzte und erhebliche Sachschaden. Betroffen waren u. a. der Flughafen Frankfurt/Main, das Lufthansabüro in West-Beirut, Zweigunternehmen deutscher Firmen in Brüssel und die deutschen Botschaften in Athen und Kopenhagen.

Schwere Gewaltaktionen ausländischer Extremistengruppen steigen an

Mit Gewalt und Terror bedrohten anonyme Täter aus politischen Gründen vor allem Diplomaten, diplomatische Vertretungen, politische Gegner, Büros und Verkehrsmaschinen verschiedener Luftverkehrsgesellschaften sowie Einrichtungen der britischen Rheinarmee. In 20 (1984: 29) Fällen wurden Mord- und Sprengstoffanschläge angedroht. Soweit erkennbar, gingen diese Drohungen in erster Linie von extremistischen Türken, Kurden, Iranern, Arabern, Spaniern und Pakistanern aus; sie hatten einen überwiegend linksextremistischen Hintergrund.

III. Mitgliederentwicklung*, Aktionsschwerpunkte, Tendenzen einzelner Ausländergruppen

1. Araber

1.1 Mitgliederentwicklung

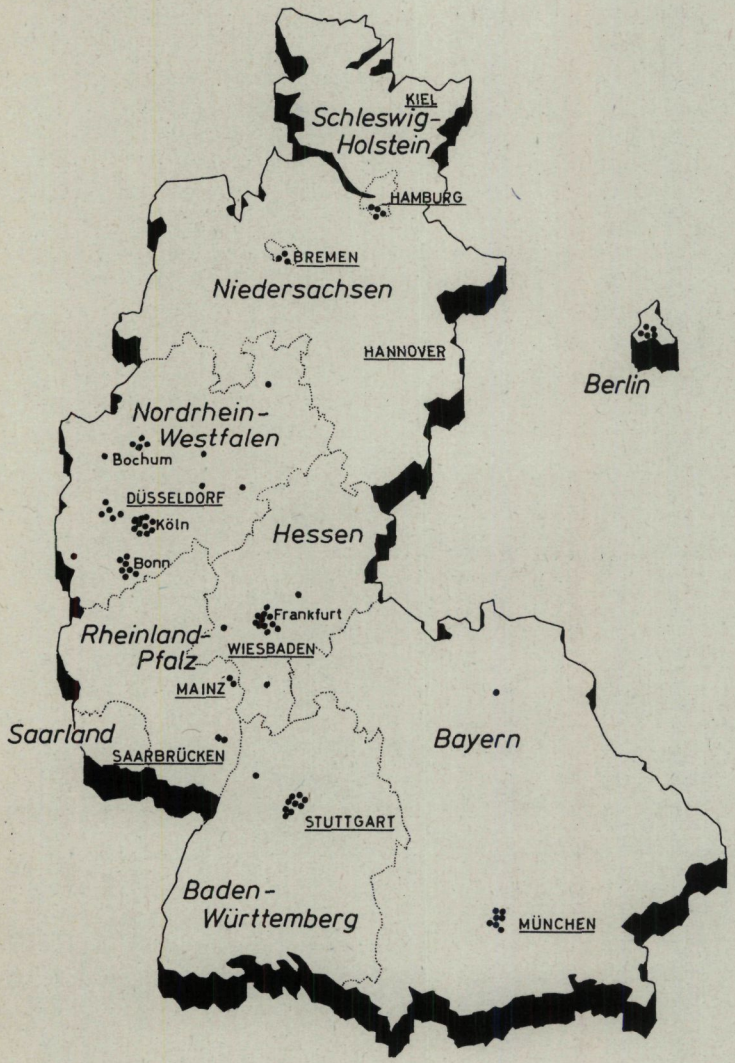
Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflußte Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1984
2.940	160	240	3.340	3.550

1.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Die Aktivitäten der Zweigstellen palästinensischer Widerstandsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland blieben auch 1985 insgesamt gering. Nach wie vor war nur ein kleiner Teil ihrer Mitglieder

* Die Zahlenangaben beruhen auf Schätzungen. Veränderungen der Mitgliederzahlen gegenüber dem Vorjahr können auch auf neuere Erkenntnisse zurückzuführen sein, bedeuten daher nicht immer einen tatsächlichen Mitgliederzuwachs bzw. Mitgliederverlust.

Führungsstellen extremistischer bzw. extremistisch beeinflußter Ausländerorganisationen im Bundesgebiet für 1985



bereit, sich über die gelegentliche Teilnahme an Veranstaltungen und internen Diskussionen hinaus politisch zu engagieren. Die Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern der Linie des Vorsitzenden der „Palästinensischen Befreiungsorganisation" (PLO), Yassir *Arafat*, dauerten an.

Auseinandersetzungen innerhalb der PLO halten an

Die in der syrisch kontrollierten „Palästinensischen Nationalen Rettungsfront" zusammengeschlossenen PLO-Dissidenten konnten bisher weder ihre Anhängerschaft noch ihren Einfluß wesentlich erweitern; ihre Zusammenarbeit wird durch teilweise unterschiedliche Auffassungen und rivalisierende Führungsansprüche beeinträchtigt. Allerdings gelang es den FATAH-Rebellen unter Said Mussa *Maragha (Abu Mussa)* gemeinsam mit der orthodox-kommunistisch orientierten „Volksfront für die Befreiung Palästinas" (PFLP), den „Palästinensischen Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland" (PSV) zu spalten und im Juli einen eigenen Dachverband zu gründen.

Die mit ca. 1.000 Mitgliedern größte palästinensische Organisation im Bundesgebiet, der „Palästinensische Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin" (PAV) wird nach wie vor von der FATAH (Leiter: PLO-Chef *Arafat*) beherrscht. Bemühungen der Dissidenten, eine konkurrierende Arbeiterorganisation aufzubauen, blieben in den Anfängen stecken. Die orthodox-kommunistische „Demokratische Front für die Befreiung Palästinas" (DFLP), die sich der „Palästinensischen Nationalen Rettungsfront" nicht angeschlossen hat, arbeitet teilweise mit der FATAH zusammen, obwohl sie die gemeinsame Friedensinitiative König *Husseins* und *Arafats* ablehnt.

1.3 Vorbereitung und Durchführung von Gewaltaktionen

1.3.1 Am 19. Februar nahm die Polizei auf dem Flughafen Frankfurt einen aus Damaskus angereisten Palästinenser fest. In seinem Gepäck waren Sprengmittel gefunden worden, die er nach Spanien weitertransportieren wollte. Das Landgericht Frankfurt verurteilte ihn am 10. September zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren.

Am 24. November detonierte auf dem Gelände eines Einkaufszentrums für Angehörige der amerikanischen Streitkräfte in Frankfurt eine Autobombe. Durch die Explosion wurden 35 Menschen verletzt; es entstand hoher Sachschaden. Die unbekannten Täter gehören wahrscheinlich einer arabischen Terrorgruppe an.

Gewaltaktionen im In- und Ausland nehmen zu

Im europäischen Ausland nahm die Zahl der Anschläge und Anschlagsvorbereitungen palästinensischer Kommandos erheblich zu. Für die meisten Terroroperationen ist mit großer Wahrscheinlichkeit die besonders militante, nicht der PLO angehörende pro-syrische bzw. pro-libysche sog. *Abu Nidal*-Gruppe verantwortlich, eine Abspaltung von der FATAH. Sie trat dabei unter verschiedenen Kommandobezeichnungen wie z. B. „Arabische Revolutionäre Brigaden" und „Schwarzer September" auf.

Kreise der FATAH tragen mutmaßlich die Verantwortung für Operationen u. a. gegen syrische Ziele und die Ermordung der Besatzung einer israelischen Yacht in Larnaca/Zypern im September. Ein ebenfalls zur PLO *Arafats* gehörender, jedoch dessen Zusammenarbeit mit Jordanien ablehnender Flügel der „Palästinensischen Befreiungsfront" (PLF) steht wahrscheinlich hinter der Entführung des italienischen Kreuzfahrtschiffes „Achille Lauro" im Oktober.

Libyscher Regimegegner ermordet

1.3.2 Am 6. April erschoß im Auftrag libyscher Stellen der im Februar ins Bundesgebiet eingereiste Libyer *El Tarhoni* in der Bonner Innenstadt den libyschen Oppositionellen Gebril *Denali*. Dabei wurden auch zwei deutsche Passanten durch Schüsse verletzt. Das Bonner Landgericht befand den Angeklagten am 11. November für schuldig, seinen Landsmann aus überwiegend politischen Motiven ermordet zu haben, und verurteilte ihn zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

2. Türken

2.1 „Neue Linke"

2.1.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflußte Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1984
8.050	–	–	8.050	8.000

Türkische „Neue Linke" besonders aktiv

2.1.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Ungeachtet ideologischer Differenzen zeigten die Organisationen der türkischen „Neuen Linken" grundsätzliche Übereinstimmung in ihren Zielen: dem Sturz der türkischen Regierung durch revolutionäre Gewalt und der Errichtung einer „Diktatur des Proletariats". Auf deutschem Boden agitierte man gegen die Verhältnisse in der Türkei und „die Länder des Imperialismus" sowie gegen verschiedene Ziele der deutschen Politik.

Die „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten" (TKP/M-L) propagierte den „Weg des bewaffneten Volkskampfes" in der Türkei. Die Bundesrepublik Deutschland und andere westliche Staaten wurden wegen Unterstützung der türkischen Regierung angegriffen. In einem deutschsprachigen Flugblatt vom April rief die TKP/M-L zum Protest gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Bonn als „Kriegseinheitsgipfel der imperialistischen Gangster" auf, die daran gehindert werden müßten, einen „in der Geschichte noch nie dagewesenen Massenmord" durchzuführen. Das weltweite Kräfteverhältnis der „US-Imperialisten" und der „russischen Sozialimperialisten"

Agitation der türkischen „Neuen Linken“

Bütün ülkelerin isçileri ve ezilen halklar, birleşin!

İŞÇİ-KÖYLÜ KURTULUŞU

EYLÜL 1985 Sayı: 68 2 DM

TÜRKİYE KOMÜNİST PARTİSİ/MARKSİST-LENİNİST MERKEZİ YAYIN ORGANI

12 Eylül 1980 darbesinin 5. yılında;

ASKERİ FAŞİST CUNTAYI NEFRETLE LANETLİYORUZ!

Biz Türkiye ve komprador burjuvazinin ve toprak ağaları sınıfının demokrasi getireceğine, veya onların diktatörlüğü altında burjuva anlamda bile demokrasinin mevcut olabileceğine, hele günümüz şartlarında asla inanmıyoruz. Ancak faşizmin değişik türlerini mümkün olabilir, öyle demiyoruz. Komünistler emekçileri faşizmin değişik türleri arasında seçime yapmaya zorlamazlar.

Faşizmi, şartlara göre parlamentoyu muhafaza ederek veya tasfiye ederek, çok daha kötü şekillerde de olsa, çok daha barbarlaşabilir. Bu önlemlerin yolu, faşist diktatörlüğün daha kötü biçimlerine karşı elverişli biçimlerinin muhafazasının savunmak değildir. Şartları muasır görmek gerektikçe, (ilerliğe aracı olan bir reformu) burjuva iktidarını savunmak da değildir. Faşizmin bütün biçim ve derecelerine karşı, anti faşist halk cephesi iktidarını savunmak bunun için mücadele etmek ve bu iktidarı gerçekleştirmektir. Bu hedeflerin zeminde anti feodal ve anti emperyalist mücadelelerin, yani demokratik halk devriminin de hedefidir. Ülkemizin bugünkü şartlarında ortaya toprak devrimi olan demokratik halk devrimi mücadelesi, aynı zamanda anti faşist bir karakter taşır. Feodalizm ve emperyalizme bütünüyle karşı çıkmadan, onlarla uzlaşmaya yanaşmadan, onlara karşı en kararlı mücadeleyi vermeden faşizmin de kökünü kazıyacak olan mücadele proletaryanın önderliğinde, temel gücünü köylülerin teşkil edeceği silahlı halk savaşıdır. Emperyalizme ve feodalizme karşı olduğu gibi faşizme karşı da halkın üç silahı vardır. Parti, halk ordusu, halkın birleşik cephesi. Halk bütün düşmanlarını; feodalizmi, komprador büyük burjuvaziyi, emperyalizmi ve faşizmi, bu üç silahla yenecektir.

İBRAHİM KAYPAKKAYA (Seçme Yazılar cf. 299-301)

Devamı Sayfa 2'de

Parlamentosuyla, Cuntasıyla,
Kahrolsun Komprador Patron-Ağa Devleti!
Faşizme Ölüm, Bağımsız Demokratik Türkiye!
Demokratik Halk Devrimi Yolu Halk Savaşı Yoludur!

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar, birleşin!

İŞÇİ-KÖYLÜ KURTULUŞU

OCAK 1985 Sayı: 61 2 DM

TÜRKİYE KOMÜNİST PARTİSİ/MARKSİST-LENİNİST MERKEZİ YAYIN ORGANI

bir yeni yıla daha girerken

dünyada ve ülkemizde siyasi durum ve görevlerimiz (1)

Yıllar yılları takip ediyor ve dün yarını adım adım yeni bir yüzyılın kapısına dayanıyor.

Nasıl bir çağda, dünyada ve ülkede yaşıyoruz? Çağımız, dünyamız ve ülkemiz nasıl bir değişime ve gelişime gösteriyor? Nereden nereye gelduk, nereye gidiyoruz? Dün neydi, bugün nedir, yarın ne olacaktır?

Bütün bunlar, içinde yaşanılan her tarihi an ve kesitte sürekli olarak karşı karşıya bulunulan, herkesin nihayi kendi sınıfsal konum ve çıkarlarına uygun olarak mesajel eden, özellikle de uluslararası komünist hareket ve onun tek tek örgütl çerçeveleri açısından, mümkün olduğu kadar, bilimsel ve diyalektik tarzda cevaplandırabilmesi çok daha önel önem kazanan sorunlardır.

Biz, enternasyonal proletaryanın ülkemiz parçasının sınıf bilinçli hareketi olarak, acı ve sevinçleri, başarı ve başarısızlıkları, kazanım ve kayıpları, kısacası tüm günah ve sevaplarıyla eski bir yılı, 1984 ü tarihe mal edip, yeni bir yılı, 1985 e girerken, bu ve benzeri sorular, dilimizin döndüğü, gücümüzün yettiğince cevaplandırmaya, dünyada ve ülke-

Devamı Syf. 2'de

UNTERSTÜTZT DEN VOLKSKRIEG IN PERU
PERU'DAKİ HALK SAVAŞINI DESTEKLE

Weltweite Kampagne Initiiert von der Revolutionären Internationalistischen Bewegung
Devrimci Enternasyonalist Hareket'ig Dünya Çapında Başlattığı Kampanya

ORT (YER):

TKP/ML

ZİNCİRLER KIRILSIN DUVARLAR YIKILSIN

Sprengt die Ketten — reißt die Mauern ein
Generalamnestie für alle Gefangenen

ATIF (Föderation der Arbeiter aus der Türkei in der BRD)

DESTEKLEYEN: DSB (Demokrat Sanatçılar Birliği)

könne allein mit „dem Siegen der Revolutionen" zerstört und nur so der 3. Weltkrieg vermieden werden.
Die von der TKP/M-L beeinflußte „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V." (ATIF) ist nach wie vor in die Gruppen „PARTIZAN" und „PARTIZAN BOLSEVIK" gespalten.
Die mitgliederstärkere Gruppe „PARTIZAN" beschränkte sich in ihren Propagandaschriften nicht auf Angriffe gegen die Verhältnisse in der Türkei. Sie bezog in ihren „antiimperialistischen Kampf" auch die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ein. In ihrem Organ „MÜCADELE" („Kampf") vom Februar/März erklärte sie, daß

Angriffsziel ist auch die freiheitliche demokratische Grundordnung

> „die Befreiung der deutschen Arbeiterklasse einzig in einer bewaffneten sozialistischen Revolution unter Führung der Arbeiterklasse liegt. Nur so kann der Staat der westdeutschen Bourgeoisie vernichtet und zum Sozialismus übergegangen werden."

Dementsprechend erklärte sich die Gruppe mit linksextremistischen deutschen Terroristen solidarisch. Im „MÜCADELE" vom Januar nahm sie den Hungerstreik der RAF vom Dezember 1984 zum Anlaß, die „Folterungen und Blutrünstigkeit der rachsüchtigen westdeutschen Imperialisten" zu verurteilen. Der „westdeutsche Imperialismus" war auch ein Schwerpunkt der Agitation der Gruppe „PARTIZAN BOLSEVIK", die 1985 wegen interner ideologischer Meinungsverschiedenheiten in eine Krise geriet. Ihre Flugschriften behaupteten unter der Überschrift „Tod dem westdeutschen Imperialismus", die Bundesrepublik Deutschland beschreite den „Weg der Faschisierung". Anknüpfend an die „chauvinistischen Rassentheorien der Hitlerfaschisten" schürten heute alle Parteien im Bundesgebiet den „Ausländerhaß", insbesondere den „Türkenhaß", als ideologisches Mittel der „Faschisierung".
Der militante Charakter von „PARTIZAN BOLSEVIK" wurde auch in einer im Mai verbreiteten Flugschrift deutlich, die zur bewaffneten sozialistischen Revolution des Proletariats als einzigem Weg aufrief, den „westdeutschen Imperialismus" zu zerschlagen. Auch in der Türkei propagierte die Gruppe die bewaffnete Volksrevolution.
Die „Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e. V." (DIDF), die das Gedankengut der in der Türkei verbotenen „Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei" (TDKP) vertritt, polemisierte in Propagandaschriften vor allem gegen die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der türkischen Regierung und die „Ausländerfeindlichkeit". Anhänger der TDKP führten Anfang Februar in Wuppertal anläßlich des Gründungstages der Partei in der Türkei – vor fünf Jahren – eine Großveranstaltung mit über 3.000 Teilnehmern aus dem In- und Ausland durch.

Agitation der türkischen „Neuen Linken“

ES LEBE DER 1. MAI SYMBOL DES PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS!

YAŞASIN PROLETARYA ENTERNASYONALİZMİNİN SEMBOLÜ 1 MAYIS!

ATİF Almanya Türkiye'li İşçiler Federasyonu
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in der BRD.

2.1.3 Gruppen mit besonderer Bereitschaft zur Gewaltanwendung

THKP/-C und von ihr beeinflußte Organisationen für Terrorakte im Ausland verantwortlich

Die „Türkische Volksbefreiungspartei/-Front" (THKP/-C) und die von ihr beeinflußten Vereinigungen, die überwiegend konspirativ arbeiten, stellen weiterhin eine erhebliche Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar. Der „Marxistisch-leninistischen bewaffneten Propagandaeinheit" (MLSPB), die auch unter der Bezeichnung „DEVRIMCI KURTULUS" („Revolutionäre Befreiung") auftritt, werden mehrere Terroranschläge in der Türkei zugerechnet. Ein Mitglied der MLSPB/THKP/-C wurde am 24. April in Frankreich in einem Zug aus Brüssel festgenommen. Der Festgenommene war im Besitz von Sprengstoff, Falschdokumenten und Aufzeichnungen über die Herstellung von Sprengkörpern. Nach seinen Einlassungen war der Sprengstoff für Gewaltaktionen in der Türkei bestimmt.

Es liegen Hinweise auf Verbindungen von Angehörigen der MLSPB zur „Roten-Armee-Fraktion" (RAF) und zur französischen Terrororganisation „Action Directe" vor. Im Bundesgebiet verbreitete die MLSPB bisher nur Propagandaschriften und führte Plakataktionen durch.

Die am 9. Februar 1983 durch den Bundesminister des Innern verbotene besonders militante Organisation „DEVRIMCI SOL" (DEV SOL) („Revolutionäre Linke"), deren Anhänger auch unter der Bezeichnung „AVRUPA'da DEV GENC" („Revolutionäre Jugend in Europa") auftreten, zeigte im vergangenen Jahr nur geringe öffentliche Aktivitäten. Die zehn Anhänger der Gruppe, die am 3./4. November 1982 gewaltsam das türkische Generalkonsulat in Köln besetzt und zahlreiche Geiseln genommen hatten, wurden nach Verbüßung von zwei Dritteln ihrer Freiheitsstrafen aus der Haft entlassen.

Ideologische Auseinandersetzungen in der Organisation „DEVRIMCI YOL" (DEV YOL) („Revolutionärer Weg") lähmten die öffentlichen Aktivitäten dieser Gruppe weitgehend. Es gibt jedoch Anzeichen, daß die Anhänger des militanten Flügels von DEV YOL zunehmen.

2.2 Orthodoxe Kommunisten

2.2.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflußte Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1984
1.210	–	6.000	7.210	7.200

2.2.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

FIDEF bedeutsamste Organisation der türkischen orthodoxen Kommunisten

Nach wie vor ist die „Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V." (FIDEF) mit schätzungsweise 6.000 Mitgliedern die stärkste türkische orthodox-kommunistisch

beeinflußte Organis… in der Bundesrepublik Deutschland. Ar-
beits- bzw. Agit…schwerpunkte der FIDEF waren u. a.
– die Auslä…tik der Bundesregierung,
– das E…t in der Friedensbewegung,
– de…gen die „Ausländerfeindlichkeit“,
…schismuskampagne“,
…stützung des kurdischen Volkes.
…der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) und der
…ser beeinflußten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregi-
– Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) nahmen am 9. Kon-
…ß der FIDEF am 20./21. April in Essen teil.

Bundesweite Aktionswoche

Vom 9. bis 14. September führten sechs türkische orthodox-kommunistische Organisationen, darunter mitgliederstarke Dachverbände wie die FIDEF und die „Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD e. V.“ (KOMKAR), im Rahmen eines Aktionsbündnisses eine bundesweite Aktionswoche durch, um die Öffentlichkeit durch Informationsveranstaltungen auf die Situation in der Türkei und in Kurdengebieten aufmerksam zu machen. In einer gemeinsamen Erklärung warfen sie der türkischen Regierung „systematischen Terror, barbarische Machenschaften und die Institutionalisierung des Faschismus“ vor.

Die orthodoxe „Kommunistische Partei der Türkei“ (TKP) veranstaltete am 21. September in Duisburg eine Festveranstaltung zum 65. Jahrestag ihrer Gründung mit etwa 6.000 Teilnehmern aus dem Bundesgebiet und dem benachbarten westlichen Ausland. Hauptredner waren neben dem TKP-Generalsekretär *Kutlu* der DKP-Vorsitzende Herbert *Mies*. Auf Transparenten im Saal hieß es: „Es lebe der Marxismus-Leninismus“, „Es lebe die Internationale Solidarität“ und „Wir kämpfen für eine demokratische Türkei“.

Aktionseinheit orthodox-kommunistischer Parteien

Die im Dezember 1984 gegründete Aktionseinheit von sechs orthodox-kommunistischen Parteien, die sich „SOL BIRLIK“ („Linke Einheit“) nennt, zeigt im Bundesgebiet kaum Aktivitäten. Positiv über „SOL BIRLIK“ äußerte sich die in Belgien im Exil lebende Vorsitzende der „Arbeiterpartei der Türkei“ (TIP), Behice *Boran*, während einer Veranstaltung am 23. Februar in Düsseldorf. Sie erklärte vor etwa 130 Anhängern, Ziel des Bündnisses sei die Beseitigung des „Faschismus“ in der Türkei sowie der Sturz der „politisch-ökonomischen Herrschaft des Monopols und des Feindes“ in den türkischen Kurdengebieten. Zur Verwirklichung dieser Ziele sei eine politische Einheit der „Linken“ unerläßlich.

Die Hilfsorganisation der TIP im Bundesgebiet, die „Föderation der Einheit für Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland“ (DIBAF) verfehlte ihr Ziel, sich zu einer Massenorganisation zu entwikkeln. Auf dem Jahreskongreß am 18./19. Mai in Gelsenkirchen wurde beschlossen, die Jugend- und Frauenarbeit zu intensivieren und das Wahlrecht für ausländische Arbeitnehmer zu fordern. An der Veranstaltung nahmen u. a. Vertreter der KOMKAR, der FIDEF und der DKP teil.

2.3 Islamische Extremisten

2.3.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflußte Organisationen	Insgesam	
19.000	–	–	19.000	19.0

2.3.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Islamisch extremistische Organisationen neu formiert

Die islamisch extremistischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, die in der Türkei einen islamischen Staat nach dem Vorbild der „Islamischen Republik Iran" errichten wollen, formierten sich nach internen Auseinandersetzungen und Abspaltungen neu. Die „Islamische Union Europa e. V." und das „Islamische Zentrum Köln e. V." (IZ) gingen Mitte 1985 in der „Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V." (AMGT), Köln, auf. Die AMGT wurde damit Sammelbecken von Anhängern der in der Türkei verbotenen und aufgelösten „Nationalen Heilspartei" (MSP). Öffentliche Aktivitäten der neuen Vereinigung wurden bisher kaum festgestellt.

Anfang 1985 wurde der „Verband islamischer Vereine und Gemeinden e. V." mit Sitz in Köln gegründet. Versammlungen in Köln am 2./3. März mit etwa 1.000 und am 15. September mit 3.500 Anhängern aus dem In- und Ausland offenbarten die Stärke dieses Verbandes.

Starker religiöser Fanatismus

Mitte August veröffentlichte der „Verband islamischer Vereine und Gemeinden e. V." die Erstausgabe seines neuen Organs „TEBLIG" („Die Verkündung"). Zur Türkischen Staatsordnung wird darin festgestellt, daß „sie einen Muslim zum Wahnsinn treiben" könne. Rettung sei nur durch den Umsturz des „Unglaubensregimes" durch die Gläubigen möglich, denn „der Muslim ist ein Revolutionär, dem die Fähigkeit gegeben ist, die auf dem Unglauben beruhenden Ordnungen mit der Wurzel auszurotten". Die europäischen Staaten, von denen eine „Verwestlichung" der muslimischen Bevölkerung befürchtet wird, werden mit ihren Kulturen und Religionen verteufelt:

„Zwischen dem Römer, der mit außerordentlichem Genuß und großer Lust die Sklaven in der Arena von hungrigen Löwen zerreißen ließ, den europäischen Sklavenhändlern, die die Afrikaner aus ihrer Heimat rissen und nach Amerika brachten, sie dort wie Tiere unterjochten und für ein Stück Brot arbeiten ließen, und dem heutigen Europäer, der in den Weltraum fliegt, der großspurig, stolz und überheblich ob seiner weit entwickelten Technologie die Entwicklungsländer mit seiner ihm eigenen wirtschaftlichen, politischen, militärischen und kulturellen Propaganda in der Arena zu zerreißen droht, gibt es überhaupt keinen Unterschied. Geändert haben sich lediglich die Werkzeuge und Hilfsmittel der Tyrannei, die Couleur und das Auftreten der Tyrannen und die Art der Are-

Agitation türkischer islamischer Extremisten

nen. Die Stelle des stolzen und überheblichen Römers hat heute der blutspuckende, Todesmaschinerien produzierende Europäer oder sein illegaler Abkömmling, der Amerikaner, eingenommen. Die kranken Anführer dieser zivilisierten (!) Gesellschaft, diese modernen Gladiatoren verbergen ihre – die Grausamkeit der afrikanischen Menschenfresser weit hinter sich lassende – nackte Gewalt hinter angenehm klingenden Ausdrücken wie Freiheit, Frieden, Brüderlichkeit, Wirtschaftshilfe, Entwicklungsfonds, und organisieren sich hinter diesen Masken. Sie setzen ihren Terror, ihre Kolonisation und ihre Massaker auf verschlagene, lügnerische Weise in moderner Form fort und verwenden dazu Organisationen wie die OPEC, NATO, EWG, UNO, Weltbank, Warschauer Pakt, „Länder der Dritten Welt", Menschenrechtsdeklaration, Internationaler Gerichtshof in Den Haag u. a."

2.4 Extreme Nationalisten

2.4.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflußte Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1984
10.000	–	–	10.000	10.000

2.4.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Mitgliederzahlen der ADÜTDF unverändert

Die „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V." (ADÜTDF), der unverändert etwa 10.000 Mitglieder im Bundesgebiet angehören, zeigte in der Öffentlichkeit – außer friedlichen Demonstrationen gegen die bulgarische Assimilationspolitik gegenüber der türkischen Minderheit – kaum Aktivitäten. Aus ihren Veröffentlichungen war nicht erkennbar, ob und in welcher Weise sie ihre Verbindungen zu der in der Türkei verbotenen „Partei der Nationalen Bewegung" (MHP) und deren Gedankengut noch aufrechterhält; organisationsintern gab es jedoch Anzeichen dafür, daß die Sympathie der ADÜTDF-Anhänger für die MHP ungebrochen ist. So skandierten auf dem 7. Jahreskongreß der ADÜTDF am 18. Mai in Castrop-Rauxel die Versammlungsteilnehmer ein Grußtelegramm des früheren Vorsitzenden der MHP *Türkes*, der am 9. April in der Türkei aus der Untersuchungshaft entlassen worden war, mit der Parole „Führer *Türkes*".

2.5 Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Türken

Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen extremistischen Türken rückläufig

Die Auseinandersetzungen zwischen linksextremistischen Türken und ihren politischen Gegnern nahmen im vergangenen Jahr ab. Folgende vier Fälle (Vorjahr: 6) sind nennenswert:

– Am 7. Januar verteilten vor dem VW-Werk in Hannover sieben Anhänger des „Vereins türkischer Idealisten in Hannover und Umgebung e. V.", Mitgliedsverein der ADÜTDF, Flugschriften

an Werksangehörige. Bei einer tätlichen Auseinandersetzung mit orthodox-kommunistischen Türken verletzten die Flugblattverteiler einen Gegner durch Stiche lebensgefährlich.

- Am 11. Januar wurde in München bei einer Auseinandersetzung anläßlich einer Flugblattverteilung vor dem Eingang des BMW-Werkes ein Mitglied des örtlichen ADÜTDF-Vereins durch fünf Messerstiche verletzt; die beiden mutmaßlichen Täter sind Anhänger einer Gruppe der türkischen „Neuen Linken".
- Am 9. Februar demonstrierten in Nürtingen 200 meist linksgerichtete türkische Staatsangehörige gegen eine Veranstaltung des „Türkischen Nationalen Kulturvereins in Nürtingen e. V.", Mitgliedsverein der ADÜTDF. Nach der von einem „Antifaschistischen Komitee" organisierten Kundgebung zogen die Demonstranten vor den Versammlungsraum und behinderten die Veranstaltungsteilnehmer u. a. durch Steinwürfe beim Betreten der Halle. Dabei kam es zu Handgreiflichkeiten. Polizeikräfte verhinderten größere Ausschreitungen.
- Am 11. Mai wurden gegen 1.30 Uhr morgens linksextremistische Türken, die Plakate für eine Veranstaltung der ATIF am Vereinsheim des „Türkischen Nationalen Kulturvereins in Stuttgart e,V., Stuttgart und Umgebung", Mitgliedsverein der ADÜTDF, anbringen wollten, von Angehörigen dieses Vereins überrascht. Nach verbalen Auseinandersetzungen wurde auf einen anfahrenden Pkw eines ADÜTDF-Sympathisanten ein Schuß aus der Gruppe der Linksextremisten abgegeben, der den Türholm des Pkw durchschlug und den Fahrer verletzte.

3. Türkische Kurden

3.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflußte Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1984
1.300	1.240	–	2.540	2.300

3.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

PKK und andere kurdische Widerstandsorganisationen stark aktiv

Die orthodox-kommunistische „Arbeiterpartei Kurdistan" (PKK), Köln, war auch 1985 die militanteste und aktivste Gruppe der extremistischen Kurden, die – teilweise konspirativ arbeitend – die Autonomie Kurdistans anstreben. In der Öffentlichkeit werden ihre Interessen im Bundesgebiet von der 1984 gegründeten „Föderation der patriotischen Arbeiter-Kulturvereine in der BRD e. V." (FEYKA-Kurdistan), Düsseldorf, und dem „Verein patriotischer Künstler Kurdistans in der BRD" (HUNERKOM), Köln, vertreten; diese Organisationen haben insgesamt schätzungsweise 1.000 Anhänger. Die FEYKA-Kurdistan organisierte am 10. August eine „Kultur- und So-

lidaritätsveranstaltung", an der etwa 1.800 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen.

Kurdische Widerstandsorganisationen gründeten „Nationale Befreiungsfront Kurdistans"

Bemühungen von führenden PKK-Funktionären, die kurdischen Widerstandsorganisationen in einer gemeinsamen Front zu vereinigen, waren erfolgreich. Zwei Mitglieder des Zentralkomitees der PKK gaben am 21. März in Athen die Gründung der „Nationalen Befreiungsfront Kurdistans" (ERNK) bekannt. Die maskierten Männer erklärten vor der Presse, die Befreiungsfront sei im Besitz schwerer und leichter Waffen. Sie appellierten an die Völker der Türkei, Griechenlands, Zyperns und der arabischen, europäischen sowie sozialistischen Staaten, ihren Kampf zu unterstützen. Auch in einer später im Bundesgebiet veröffentlichten deutschsprachigen Erklärung wurden die politischen Ziele der Organisation dargelegt. Danach soll die ERNK durch die „Organisation und Entwicklung der Miliz, Guerilla und Volksarmee die Errichtung der militärischen Stärke des Volkes" verwirklichen; das Aktionsbündnis bezwecke die „Zerstörung der Herrschaft des türkischen Kolonialismus auf ökonomischer, sozialer, politischer, militärischer, nationaler und kultureller Ebene in Kurdistan sowie die Errichtung der nationalen Unabhängigkeit".

PKK setzt Terror gegen „Abweichler" fort

Die PKK setzte auch im Bundesgebiet ihren Terror gegen „Abweichler" fort. Von Ende März bis Anfang Mai wurden in Hamburg, Köln, Gießen, Oldenburg und Celle mindestens 13 abtrünnige Parteigänger bzw. Parteigegner bei gewaltsamen Auseinandersetzungen durch Messerstiche zum Teil lebensgefährlich verletzt. Mehrere Opfer gehören der orthodox-kommunistischen „Föderation der demokratischen Arbeitervereine Kurdistans e. V." (KKDK-F) an, die – ebenso wie andere linksextremistische türkische und kurdische Organisationen – die Gewaltaktionen der PKK in der Öffentlichkeit heftig kritisierte. So warf die TKP/M-L der PKK politische Unfähigkeit vor, wenn sie Andersdenkende und Kritiker vernichte und ihre „Hände mit dem Blut von mehr als 100 Revolutionären, Demokraten und Patrioten beschmiert" habe.

Ab Mai protestierten Anhänger der PKK mit einer Welle von Besetzungsaktionen gegen schwedische diplomatische Einrichtungen im In- und Ausland. Anlaß war die Inhaftierung und geplante Ausweisung von Landsleuten in Schweden, denen vorgeworfen wurde, in terroristische Aktivitäten der PKK gegen Abweichler verwickelt zu sein. Im Bundesgebiet wurden u. a. schwedische Konsulate in Berlin, Hamburg, Hannover, Düsseldorf und Stuttgart sowie das DGB-Haus in Bielefeld besetzt. In einigen Fällen kam es dabei zu Widerstandshandlungen gegen deutsche Polizeibeamte, die als „Faschistenschweine" und „Polizeifaschisten" beleidigt wurden.

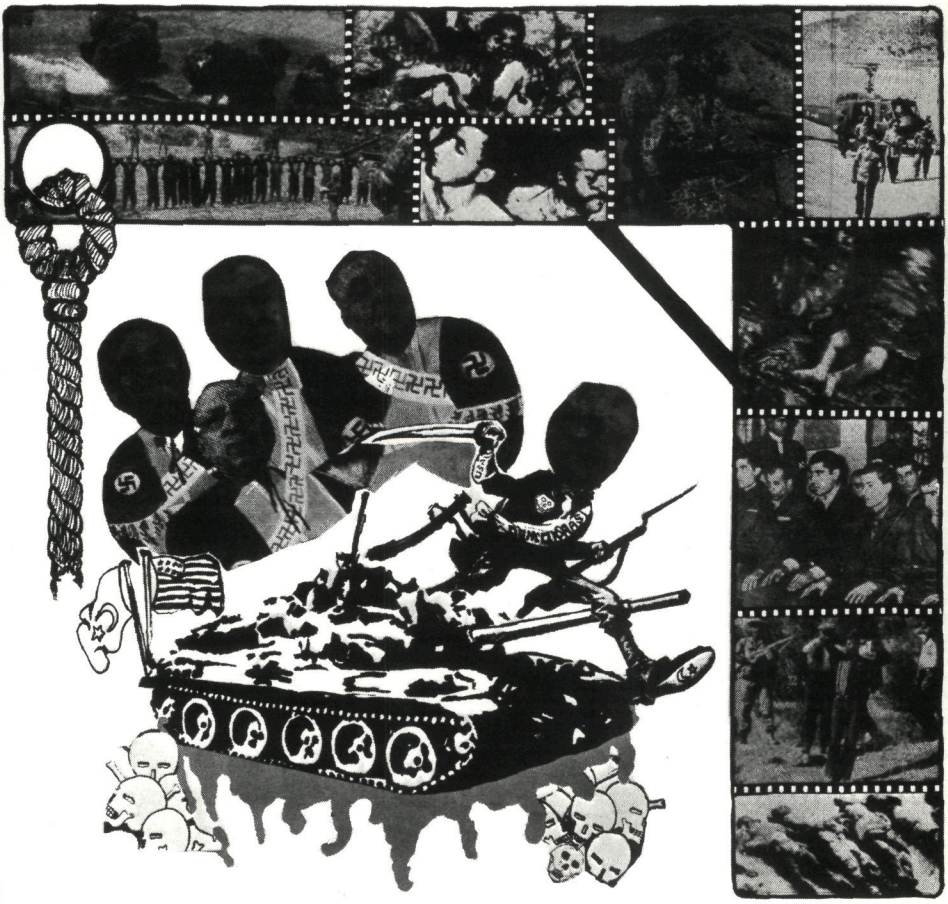
Militante Agitation

Die Agitation von PKK und FEYKA-Kurdistan entspricht deren militanter Einstellung. Das PKK-Organ „Kurdistan-Report" bezeichnet die „faschistische türkische Administration" als „Meuchelmörder, Blutsauger", „Tyrannen" und „Volksfeinde". Die Türkeipolitik der Bundesregierung wird als „blutige Komplizenschaft, blutige Allianz" abgestempelt. Beiträge dänischer, deutscher und schwedischer

Agitation kurdischer Linksextremisten

12 EYLÜL DİKTATÖRLÜĞÜNÜ PROTESTO MİTİNGİNE KATIL!

BETEILIGE DICH AN DER PROTESTKUNDGEBUNG DER DIKTATUR DES 12.SEPTEMBER!



Kahrolsun Sömürgeci Faşist Türk Cuntası!
Nieder mit der kolonial-faschistischen türkischen Junta!

TREFFPUNKT/ BAŞLANGIÇ ALANI:
EBERTPLATZ
5000 KÖLN 1
SAMSTAG

KUNDGEBUNGSPLATZ/ MİTİNG ALANI:
RONCALLIPLATZ/

FEYKA-KURDISTAN

Medien über die terroristischen Disziplinierungspraktiken der PKK nahm die Partei zum Anlaß, die europäische Sozialdemokratie als „Akteur des heimtückischen Krieges gegen die nationalen Befreiungsbewegungen der Welt" zu verunglimpfen. FEYKA-Kurdistan rief in zahlreichen Schriften zur Solidarität mit den kurdischen Freiheitskämpfern auf. Es sei Aufgabe jedes Patrioten, „auf dem Weg des Volkskrieges den faschistischen türkischen Kolonialismus dem Erdboden gleichzumachen".
Die orthodox-kommunistische KOMKAR behauptete, die „kurdischen Emigranten" in der Bundesrepublik Deutschland würden unterdrückt und forderte im März in einer großangelegten Kampagne von Bundes- und Landesregierungen u. a. „muttersprachlichen Unterricht für kurdische Schüler", Rundfunk- und Fernsehsendungen sowie soziale Betreuung in kurdischer Sprache und die Anerkennung kurdischer Namen durch deutsche Standesämter. Am 18./19. Mai führte die KOMKAR in Köln ihren 7. Bundeskongreß durch. Unter den etwa 500 Teilnehmern waren Vertreter der DKP und der GRÜNEN. Die Delegierten forderten die Einstellung jedweder Unterstützung der Türkei durch die Bundesregierung und ein Verbot der „Grauen Wölfe".*

4. Iraner

4.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflußte Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1984
1.190	50	1.190	2.430	2.400

Von den 2.430 Mitgliedern gehören 530 der „Neuen Linken" an, je 400 sind orthodox-kommunistisch, islamisch-extremistisch bzw. extrem nationalistisch. 700 sind islamische Fundamentalisten mit marxistischer Prägung.

4.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Aktivitäten iranischer Extremisten im Bundesgebiet halten an

Die Aktivitäten iranischer extremistischer Organisationen im Bundesgebiet hielten an; die Zahl der Gewaltaktionen verringerte sich von zehn im Vorjahr auf fünf. Vor allem bei Flugblattverteilungen kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen iranischen Extremisten verschiedener ideologischer Richtungen, insbesondere zwischen Anhängern und Gegnern der iranischen Regierung. Die von iranischen Extremisten ausgehenden Gefahren für die innere Sicher-

* Der „Graue Wolf" ist eine legendäre Figur aus der türkischen Mythologie. Die Türken sehen in ihm ein Symbol für Mut, Stärke und Freiheit. Mit dem Begriff „Graue Wölfe" werden in der Öffentlichkeit häufig die Mitglieder der ADÜTDF bezeichnet. Eine Organisation mit der Bezeichnung „Graue Wölfe" ist im Bundesgebiet jedoch nicht bekannt.

heit verdeutlichen ein Terroranschlag auf die iranische Botschaft in Bonn, in der am 9. August eine in Nizza zur Post gegebene Briefbombe explodierte, die den iranischen Militärattaché verletzte und Sachschaden anrichtete, sowie ein Brandanschlag auf die iranische „MELLI BANK" am 6. Februar in Frankfurt/M., bei dem vier Personen verletzt wurden und erheblicher Sachschaden entstand. Zu der letztgenannten Tat bekannte sich die Organisation „FEDAYIN der Kaiserlich Iranischen Monarchie", die auch die Verantwortung für den Brandanschlag auf die Büroräume der Fluggesellschaft „Iran AIR" am 5. Juni 1984 in Frankfurt/M. übernommen hatte.

4.2.1 Anhänger der iranischen Regierung

Einzige Organisation der Anhänger der iranischen Regierung in der Bundesrepublik Deutschland ist weiterhin die „Union Islamischer Studentenvereine in Europa" (U. I. S. A.) mit schätzungsweise 400 Mitgliedern. Ihre Aktivitäten beschränkten sich im vergangenen Jahr auf einzelne Demonstrationen, organisationsinterne Versammlungen und die Herausgabe verschiedener Publikationen.

4.2.2 Gegner der iranischen Regierung

4.2.2.1 Die Anhänger der der „Neuen Linken" zuzurechnenden international operierenden „Volksfedayin Guerilla", die in der „Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran" (O. I. P. F. G.) organisiert sind, traten nur durch die Verbreitung von Propagandaschriften hervor. In einem deutschsprachigen „Extra"-Flugblatt „Iran im Kampf", das Anfang Mai in Bonn verteilt wurde, polemisierte die Vereinigung gegen den „Weltwirtschaftsgipfel" in Bonn. Den „Staatsoberhäuptern der imperialistischen Industrieländer" wurde darin vorgeworfen, die „Islamische Republik Iran" mit ihren „Millionenverträgen" und ihrer „Unterstützung" am Leben zu erhalten. Letztlich seien die „Bomben, mit denen das kurdische Volk bombardiert werde, die Foltergeräte, mit denen politische Gefangene bis zum Tode gefoltert würden, die Maschinengewehre, die die Schreckensaugenblicke in den Straßen Teherans verursachten, Resultate solcher Gipfeltreffen". Die Wirtschaftsverträge seien deshalb „die Ursache aller Menschenrechtsverletzungen im Iran". Alle demokratischen Kräfte und Personen in West-Europa wurden aufgefordert, „die Strategie des Imperialismus gegen die unterdrückten Völker zu bekämpfen und sich mit den Kämpfen dieser Völker zu solidarisieren".
Die in der gleichfalls der „Neuen Linken" zuzurechnenden „Moslemischen Studentenvereinigung" (MSV) organisierten Sympathisanten der „Volksmojahedin Iran" blieben mit ca. 700 Mitgliedern die größte iranische Oppositionsbewegung. Organisationsinterne Streitigkeiten und ideologische Differenzen führten zu Spaltungserscheinungen.

4.2.2.2 Die Zentralkomitees der im Iran am 4. Mai 1983 verbotenen TUDEH-Partei und der von ihr beeinflußten „Organisation der Volksfedayin Iran-Mehrheit" propagierten im Mai in Berlin erstmalig in einer gemeinsamen Erklärung den „Sturz des Regimes der islamischen Republik Iran". Die innerparteilichen Auseinandersetzungen über den Kurs der Partei hielten an. Anzeichen deuten darauf hin, daß Kräfte, die eine Anlehnung an Moskau befürworten, an Einfluß gewonnen haben.
Die orthodox-kommunistischen Iraner wurden im Bundesgebiet von der DKP unterstützt. Am 30. März veranstalteten in Bonn die DKP, die TUDEH-Partei, die „Organisation der Volksfedayin Iran-Mehrheit" und die „Organisation Kommunistische Partei Iraks in der Bundesrepublik Deutschland" eine gemeinsame Demonstration zum Golfkrieg und zur Situation im Iran mit ca. 330 Teilnehmern. Die „Organisation der Demokratischen Jugend und Studenten des Iran" (ODYSI) – Jugendorganisation der TUDEH-Partei – trat in Köln mehrfach durch die Errichtung von Informationsständen und durch eine Mahnwache vor dem Dom an die Öffentlichkeit.

4.2.2.3 Die politischen Aktivitäten monarchistischer und nationalistischer iranischer Organisationen im Bundesgebiet blieben gering. Der Ende 1984 in Frankfurt gegründete „Iranische Konstitutionsrat" (IRK), auch „Rat der konstitutionellen Monarchie" genannt, dem hauptsächlich Anhänger der „Freiheitsfront Iran" (FFI) angehören, demonstrierte am 3. August in Bonn anläßlich der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Begründung des iranischen Verfassungs- und Parlamentsrechts mit ca. 500 Teilnehmern. Auf Transparenten hieß es u. a.: „Schluß mit dem Völkermord der Mullahs im Iran" und „Kampf gegen *Khomeini* ist Kampf gegen den Terrorismus". Die Bekenntnisse der Geheimorganisation „FEDAYIN der Kaiserlich Iranischen Monarchie" zu Terroranschlägen (s. o. 4.2. Seite 215) belegt die Gewaltbereitschaft iranischer Monarchisten.

5. Jugoslawen

5.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflußte Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1984
1.020		–	1.020	1.250

Von diesen 1.020 Mitgliedern sind etwa 250 linksextremistisch und 770 extrem nationalistisch.

5.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

HDP nach wie vor besonders militant

5.2.1 Die linksorientierte, weltweit operierende „Kroatische Staatsbildende Bewegung" (HDP) propagierte weiterhin Gewalt in-

nerhalb und außerhalb Jugoslawiens als „legitimes Mittel" zur Durchsetzung ihrer Ziele. Die Auslandsausgabe der jugoslawischen Zeitung „Vjesnik" vom 22. März bezeichnete die HDP und die „hartgesottenen Terroristen in der BRD" als Urheber von antijugoslawischen Terroraktionen im Heimatland. Anlaß war die Verurteilung von fünf Kroaten in Jugoslawien, die zuvor in der Bundesrepublik Deutschland gelebt hatten; sie erhielten Freiheitsstrafen zwischen fünf und zwanzig Jahren. In dem HDP-Organ „Hrvatski Tjednik" Nr. 383/85 wird das „mutige Auftreten" der Angeklagten vor den jugoslawischen Gerichten gewürdigt und versichert: „Der Kampf wird fortgesetzt".
Aktivisten der HDP aus dem Bundesgebiet und dem westlichen Ausland trafen sich am 6./7. September in Stockholm anläßlich der Hochzeit des dort inhaftierten kroatischen Extremisten Miroslav *Baresic*, die während eines Hafturlaubs stattfand. In einer „Erklärung für die Öffentlichkeit" hieß es u. a., die Hochzeit des „kroatischen Soldaten *Baresic* mit Slavica *Dalic*" sei für das kroatische Volk und für den kroatischen Kampf auf internationaler Ebene von historischer Bedeutung. *Baresic* war wegen des am 7. April 1971 an dem jugoslawischen Botschafter *Rolovic* verübten Mordes in Schweden zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt worden; die Strafe soll nunmehr in eine zeitige Freiheitsstrafe umgewandelt werden.
Wie im Vorjahr ereignete sich auch 1985 kein politischer Mordanschlag auf Exiljugoslawen in der Bundesrepublik Deutschland.

„Kroatischer Nationalrat" in desolater Lage

5.2.2 Der „Kroatische Nationalrat" (HNV) – nationalistischer Dachverband kroatischer Exilvereinigungen mit Sitz in New York – eröffnete im Mai in Bonn ein „Kroatisches Informationszentrum", um die Öffentlichkeit u. a. über die „kulturelle Tradition und den ungebrochenen Willen zur Gründung eines eigenen, unabhängigen Staates zu informieren".
Das Informationszentrum fand bisher nicht die erwartete Resonanz. Auch blieben Bemühungen des HNV ohne erkennbaren Erfolg, jugoslawische Gastarbeiter kroatischer Volkszugehörigkeit für die „kroatische Sache" zu gewinnen.
Wie der Generalsekretär des HNV-Exekutivausschusses, *Masina*, New York, in einem Rundschreiben mitteilte, wurde am 12. Januar auf einer HNV-Sitzung in Los Angeles beschlossen, mit einer „Kroatischen National-Anleihe" die ebenfalls schlechte finanzielle Situation des HNV zu verbessern.

5.2.3 Bestrebungen kroatischer Emigranten im Bundesgebiet, die Zersplitterung der kroatischen Emigration durch eine verstärkte Zusammenarbeit und durch Zusammenschlüsse der einzelnen Organisationen zu überwinden, scheiterten. So erschöpften sich die Aktivitäten der einzelnen extremistischen Kroaten-Gruppen im wesentlichen in der Verbreitung von Propagandamaterial gegen Jugoslawien.

5.2.4 Im Januar fanden in Stuttgart aus Anlaß des Jahrestages der Ermordung von drei Exiljugoslawen albanischer Volkszugehörigkeit – Funktionäre von kosovo-albanischen kommunistischen Befreiungsbewegungen – (17. Januar 1982 bei Heilbronn) zwei Demonstrationen mit bis zu 300 Personen statt. Die Demonstranten führten Spruchbänder in albanischer Sprache, wie „Kosovo muß frei und selbständig sein", mit. In Sprechchören forderten sie „Freiheit für Kosovo" und „Kosovo Republik". Die „Bewegung für eine albanische Republik in Jugoslawien" (LRSHJ) verteilte Flugschriften mit Angriffen auf den jugoslawischen Geheimdienst. Die LRSHJ organisierte Ende Juli in Bonn eine Demonstration unter dem Motto „Freiheit für die politischen Gefangenen in Jugoslawien", an der etwa 350 Personen, meist „albanische Arbeiter aus der Provinz Kosovo", teilnahmen.

Spionageabwehr 1985

I. Allgemeine Erfahrungen

1. Situation

Das Bild der Spionageabwehr in der Öffentlichkeit wurde im Jahre 1985 nicht nur durch die anhaltend intensiven Ausspähungsbemühungen der Nachrichtendienste kommunistich regierter Staaten geprägt, sondern auch durch den Übertritt von Hans Joachim *Tiedge*, der im Bundesamt für Verfassungsschutz als Referatsgruppenleiter für die Beobachtung der DDR-Nachrichtendienste zuständig war.
Tiedge, der nach eigenen Angaben wegen einer von ihm als ausweglos empfundenen persönlichen Situation am 19. August 1985 in die DDR überlief und „um politisches Asyl nachsuchte", gehörte dem Bundesamt für Verfassungsschutz seit dem 15. September 1966 an. Aufgrund seiner fast 20jährigen Amtszugehörigkeit, in der er überwiegend in der Abteilung „Spionageabwehr" eingesetzt war, verfügt *Tiedge* über umfassende und detaillierte Kenntnisse der personellen und technischen Ausstattung, der Infrastruktur sowie der Abwehrmethoden der Spionageabwehr.
Darüber hinaus waren ihm insbesondere gegen die Nachrichtendienste der DDR geführte Operationen der Verfassungsschutzbehörden bekannt.
Da davon auszugehen ist, daß *Tiedge* inzwischen sein gesamtes Wissen preisgegeben hat oder noch preisgibt, wird die Arbeit der Spionageabwehr auf absehbare Zeit sicherlich erschwert. Gegnerischen Nachrichtendiensten wird es möglich sein, eigene Fehlerquellen auszuschalten sowie ihre Methoden zu modifizieren. Letztlich sind jedoch auch die gegnerischen Dienste an bestimmte nachrichtendienstliche Grundbedingungen gebunden, die eine umfassende Änderung ihrer Arbeitsmethoden nicht zulassen. Um qualifizierte Zugänge zu nachrichtendienstlich interessanten Ausspähungsobjekten zu erhalten, müssen sie bereits im Objekt tätige Personen für eine nachrichtendienstliche Mitarbeit gewinnen oder dorthin Agenten einschleusen. Die dabei angewandten Werbungsmethoden wurden in den letzten Jahren so verfeinert und individualisiert, daß durchgreifende Modifizierungen kaum möglich sind. So werden gegnerische Nachrichtendienste auch weiterhin vornehmlich Bürger der Bundesrepublik Deutschland, die sich im kommunistischen Machtbereich aufhalten, auf eine nachrichtendienstliche Mitarbeit ansprechen. Auch auf die Methode, Agenten als Flüchtlinge oder Übersiedler getarnt einzuschleusen, werden sie nicht verzichten.

Der Übertritt *Tiedges* dürfte sich auch auf die Arbeitsweise gegnerischer Nachrichtendienste im Führungs- und Verbindungswesen nur unwesentlich auswirken. Der persönliche Treff des Agenten mit seinem Führungsoffizier oder einem „operativen Reisekader" wird als Führungsmittel ebenso unverzichtbar bleiben wie z. B. die Vergabe von Deckanschriften und konspirativen Telefonnummern, die eine ständige gegenseitige Erreichbarkeit sicherstellen sollen.
Unter Berücksichtigung dessen wird der durch den Verrat *Tiedges* sicherlich als schwerwiegend zu bezeichnende Schaden für die Spionageabwehr mittelfristig durch entsprechende Umstellungen der Abwehrmethodik überwunden werden können.
1985 wurden im Bereich der politischen Spionage wiederum besonders Regierungs- und Verwaltungsstellen des Bundes und der Länder, die im Bundestag vertretenen Parteien sowie die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Emigranten und deren Organisationen ausgespäht. Im Bereich der Militärspionage galt das Hauptinteresse der Bundeswehr und den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten NATO-Verbänden. Daneben wurden die Ausforschungsbemühungen gegen rüstungstechnische Produktionsstätten verstärkt. Intensiviert wurden schließlich auch die Bemühungen zur Beschaffung westlicher Spitzentechnologien. Neben den eigentlichen Herstellerbetrieben waren hier zunehmend kleine Zulieferer- und Handelsfirmen betroffen, deren wirtschaftliche Schwierigkeiten gegnerische Nachrichtendienste, auch unter Hinweis auf lukrative Geschäfte im Ost-West-Handel, auszunutzen versuchen.

2. Kontaktanlässe/Werbungsmethoden

Art und Umfang der im Berichtsjahr festgestellten Werbungsaktivitäten blieben gegenüber den Vorjahren nahezu konstant. Hauptträger waren erneut die Nachrichtendienste der DDR, gefolgt von den Diensten Polens, der Tschechoslowakei und der UdSSR.

2.1 Nachrichtendienstliche Ansprachen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland

Individuelle Anbahnungspraktiken zur Gewinnung von Quellen im Objekt

Auch 1985 richteten sich die Werbungsbemühungen gegen Bürger der Bundesrepublik Deutschland, die in interessanten Ausspähungsobjekten tätig sind. Aufgrund vorangegangener intensiver Forschungstätigkeit* sind gegnerische Nachrichtendienste meist sehr detailliert über das berufliche und soziale Umfeld einer Zielperson informiert. Dadurch können sie ihre Anbahnungspraktiken gezielt auf individuelle Stärken und Schwächen abstellen und die nachrichtendienstliche Werbung vorbereiten. Die erste zumeist unverfängliche Kontaktaufnahme erfolgt überwiegend anläßlich privater oder beruf-

* Siehe dazu Seite 231 ff.

licher Aufenthalte einer Zielperson in einem Land des kommunistischen Machtbereichs.

Private und berufliche Aufenthalte im Ostblock

Bei privaten Besuchsreisenden wird der erste Kontakt zu Mitarbeitern eines Nachrichtendienstes häufig durch die Gastgeber vermittelt. Diese bereiten ein Treffen mit dem Anbahner vor, indem sie gleichgelagerte berufliche oder private Interessen vortäuschen. Gelingt es nicht, den Gastgeber einzubeziehen, werden Anbahnungsgespräche oft über behördliche Vorladungen arrangiert. Auch Einladungen zum Rat des Kreises, die angeblich der Förderung der zwischenmenschlichen Beziehungen dienen, werden für nachrichtendienstliche Zwecke genutzt. Die Anbahner bringen das Gespräch zunächst auf die persönlichen Interessen der Zielperson. Nach einer sehr flexibel gestalteten Gesprächsphase leiten sie dann auf allgemeine politische Themen wie z. B. „Friedenssicherung" und „Arbeitslosigkeit" über und verdeutlichen ihren politischen Standpunkt.
Schließlich zeigen sie ein lebhaftes Interesse, den „Gedankenaustausch" fortzusetzen und versuchen, ein weiteres Gespräch an einem neutralen Ort zu vereinbaren. Gelegentlich wird die Zielperson auch gebeten, beim nächsten Besuch offenes Informationsmaterial oder im Osten schwer erhältliche Gegenstände des täglichen Bedarfs mitzubringen. In der Regel beginnt der Anbahner erst bei dem nächsten oder den folgenden Treffen vorsichtig mit seiner Werbungstätigkeit. Der Zeitpunkt der Ansprache ist dabei vom Grad der Stabilisierung der persönlichen Beziehung zur Zielperson abhängig. Ein alltägliches Beispiel für derartige Anbahnungsversuche gibt der folgende Fall:

Der Versicherungskaufmann Wolfgang S. wurde 1980 während eines Besuchs in der DDR im Haus seiner Verwandten von einem Mitarbeiter eines gegnerischen Nachrichtendienstes (GND) aufgesucht, der vorgab, vom Rat des Kreises zu kommen. Die Unterhaltung betraf zunächst den Beruf und Hobbys des S. sowie familiäre und politische Themen. Gegen Ende des Gesprächs bot der GND-Angehörige dem S., der ein begeisterter Jäger ist, die Beteiligung an einer Jagd an und stellte ihm kostenlose Berlin-Aufenthalte sowie die reibungslose Ein- und Ausfuhr von Geschenken in Aussicht. Dafür sollte S. vornehmlich Studenten benennen, die häufig in die DDR reisen und der DDR gegenüber positiv eingestellt sind. Seine Entscheidung sollte S. bei seiner nächsten Reise bekanntgeben.

Versprechen von Vorteilen als Werbungsmittel

Als S. ein Jahr später die DDR besuchte, erschien auch der GND-Angehörige bei den Verwandten und bat um ein Gespräch mit S. Dieser ließ sich jedoch verleugnen und reiste umgehend in die Bundesrepublik Deutschland zurück. Erst 1985 besuchte S. wieder die DDR. Als er sich beim zuständigen Polizeikreisamt anmelden wollte, wurde er bereits von dem GND-Angehörigen erwartet. Dieser wiederholte sein Angebot zur Zusammenarbeit und kündigte, obwohl S. strikt ablehnte, eine erneute Verbindungsaufnahme beim nächsten DDR-Besuch an.

In anderen Fällen versuchen gegnerische Nachrichtendienste ihr Werbungsziel schneller zu erreichen, indem sie die Angst von West-

Druckmittel/Repressalien

besuchern vor Bestrafung wegen einer Gesetzesübertretung ausnutzen. Grundlage hierfür bieten z. B. Verstöße gegen Zoll- und Devisenbestimmungen der DDR, die westlichen Besuchern häufig unbekannt sind. Daß gegnerische Nachrichtendienste Gesetzesverstöße zu Anbahnungszwecken auch vortäuschen, belegt folgender Fall:

Devisenvergehen

Der in Berlin (West) wohnende Handwerker Horst L. besuchte im März 1985 einen Verwandten in der DDR, der ihm bereits am Tag der Ankunft eröffnete, daß er sich wegen eines Devisenvergehens zu verantworten habe. Sie fuhren gemeinsam zu einer Dienststelle, wo sie ein Zivilist erwartete. Im Beisein des Verwandten erklärte der Unbekannte, gegen L. werde ermittelt, weil er illegal Westgeld in der DDR getauscht habe. Als Beweis wurde L. ein Zettel mit dessen Unterschrift vorgelegt. L. bestritt den Vorwurf hartnäckig und der Gesprächspartner räumte letztlich ein, daß die zuvor geführten Ermittlungen zwar L.s Unschuld ergeben hätten, der Ermittlungsstand jedoch ein weiteres Gespräch erforderlich mache, zu dem L. nach Berlin (Ost) kommen sollte. Die Kosten für diese Reise würden ihm erstattet. Bis dahin sollte L. Personen, die ein bestimmtes Lokal in Berlin (West) besuchten, abklären und über besondere Merkmale dieser Gäste bei seinem nächsten Besuch in Berlin (Ost) berichten. Nachdem der Unbekannte Ort und Zeitpunkt der nächsten Treffs festgelegt hatte, gab er L. gegenüber zu verstehen, daß man ihm im Falle einer Mitarbeit helfen könne, seine finanziellen Probleme zu lösen.
Schließlich mußten L. und sein Verwandter eine Erklärung unterschreiben, in der sie sich zum Schweigen verpflichteten.

Verkehrsdelikte als Werbungsanlaß

Ebenso werden Unfälle oder Verkehrsverstöße – insbesondere auf den Transitautobahnen – immer wieder zum Anlaß genommen, eine nachrichtendienstliche Verpflichtung zu erpressen. Beispielhaft für die Vorgehensweise des MfS ist der Fall des Beamten D., der mit seinem Pkw während eines Besuchs in der DDR auf glatter Fahrbahn verunglückte und dabei erhebliche Verletzungen erlitt:

D. wurde kurz vor seiner Entlassung aus dem Krankenhaus von zwei Zivilisten aufgesucht, die sich als Angehörige des MfS zu erkennen gaben. Obgleich D. in seiner Vernehmung durch die Volkspolizei eingeräumt hatte, ein Bier getrunken zu haben und der behandelnde Arzt die Frage nach einer durchgeführten Blutprobe verneinte, hielten sie ihm vor, beim Unfall unter Alkoholeinfluß gestanden zu haben. Zum Beweis legten sie ein Gutachten vor, wonach die Blutalkoholkonzentration 1,8 ‰ betragen habe. Sie drohten, dieses Gutachten an die Versicherung des D. zu leiten, die ihre Leistungen aus der Vollkaskoversicherung dann verweigern würde. Um einen erheblichen finanziellen Verlust zu vermeiden, boten sie D. einen zweiten Unfallbericht an, in dem der Unfall ausschließlich auf die schlechten Straßenverhältnisse zurückgeführt wurde. Als Gegenleistung forderten sie seine Mitarbeit bei der Beschaffung behördlicher Unterlagen. D. ging auf die Ansprache zum Schein ein und unterzeichnete eine Verpflichtungserklärung.

Dem Risiko einer Ansprache sind ferner Bürger der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt, die Staatsangehörige eines osteuropäischen

Staates oder Deutsche aus der DDR heiraten wollen. Dabei bieten sowohl die oft langwierigen Verwaltungsverfahren zur Genehmigung der Eheschließung und anschließenden Ausreise als auch die häufigen Besuchsreisen zu den Verlobten gegnerischen Nachrichtendiensten vielfältige Möglichkeiten, durch Nötigung oder Versprechungen auf eine nachrichtendienstliche Mitarbeit hinzuwirken. Als Beispiel mag der Fall des Schlossers L. dienen, der wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten mit Bewährung verurteilt wurde:

Ausnutzen persönlicher Beziehungen für ND-Zwecke

L. lernte seine jetzige Ehefrau bei Montagearbeiten in der DDR kennen. Ein 1982 gestellter Antrag auf Eheschließung wurde abgelehnt. Gleichzeitig wurde ihm angedroht, daß künftige Einreisegenehmigungen zu Besuchen bei seiner Verlobten verweigert würden. Sollte sich L. allerdings zu einer nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit bereit erklären, könne man bei der beabsichtigten Eheschließung und bei weiteren Besuchsgenehmigungen für die DDR behilflich sein. L. sagte daraufhin seine Mitarbeit zu.
Bis Dezember 1984 traf er sich monatlich einmal mit seinem Führungsoffizier „Reinhard". Neben der Abklärung von ebenfalls häufig in der DDR zu Montagearbeiten eingesetzten Arbeitskollegen hatte er den Auftrag, Truppenbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland zu beobachten, Fahrzeugtypen und Ausrüstung festzustellen sowie Kasernenanlagen auszukundschaften. Für seine Tätigkeit erhielt er etwa DM 3.000,– und die Genehmigung zur Eheschließung. Darüber hinaus wurde zur Hochzeit eine einmalige Prämie von DM 500,–/Ost gezahlt.

Geschäftsreisende als Zielpersonen

Auch Geschäftsleute waren das Ziel gegnerischer Nachrichtendienste. Gelegenheiten zur Ansprache im Ostblock suchten die Dienste u. a. auf Messen und sonstigen Verkaufsausstellungen:

Messen und Verkaufsausstellungen

So erhielt ein Industrievertreter aus der Bundesrepublik Deutschland während einer Messe in der ČSSR erstmalig Kontakt zu einem Nachrichtendienst. Die ND-Angehörigen deuteten ihm Schwierigkeiten wegen seiner Beziehungen zu einer Tschechoslowakin an, wenn er nicht zur Übergabe einer Mappe mit Prospektmaterial seiner Anstellungsfirma bereit sei. Als der Vertreter dem nachkam, kündigten die ND-Angehörigen weitere Gespräche an. Bei den folgenden ČSSR-Geschäftsreisen wurde der Vertreter regelmäßig vom tschechoslowakischen Nachrichtendienst kontaktiert. Er erhielt eine Liste mit Aufträgen, die sich u. a. auf die Rüstungsindustrie bezogen. Da er nicht bereit war, für einen gegnerischen Nachrichtendienst zu arbeiten, offenbarte er sich dem Sicherheitsbeauftragten seiner Firma.

Ansprachen im Westen

Nachrichtendienstliche Ansprachen erfolgen nicht nur in Ländern des kommunistischen Machtbereichs. Auch in der Bundesrepublik Deutschland und im westlichen Ausland nutzen gegnerische Nachrichtendienste jede Gelegenheit zu Werbeversuchen:

Ein Angehöriger der sowjetischen Botschaft in Bonn lud einen Lehramtsanwärter, der aktives Mitglied in einer politischen Partei ist, nach einer Vortragsveranstaltung an einer Volkshochschule zum Es-

sen und einem anschließenden Gedankenaustausch ein. Er gab vor, an der Botschaft für Fragen, die das Vortragsthema berührten, zuständig zu sein. Auf seine Initiative kam es in der Folgezeit zu mindestens zehn weiteren Begegnungen, bei denen neben allgemein tagespolitischen Themen insbesondere Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik diskutiert wurden. Als der Botschaftsangehörige versuchte, detaillierte Informationen über Aktivitäten des Lehramtsanwärters in seiner Partei zu erhalten, brach dieser die Beziehung mit dem Hinweis ab, durch die Kontakte in das Blickfeld des Bundesamtes für Verfassungsschutz geraten zu sein. Der Botschaftsangehörige wurde kurze Zeit später abberufen und kehrte in die Sowjetunion zurück.

2.2 Nachrichtendienstliche Ansprachen von Personen mit Wohnsitz im kommunistischen Machtbereich

Aussiedlung und Westreisen als Kontaktanlässe

Auch Bürger der Ostblockstaaten sind Werbungsversuchen der Nachrichtendienste ihrer Länder ausgesetzt.

Ausnutzen von Zwangssituationen

Sie werden häufig unter rigoroser Ausnutzung von Zwangssituationen angeworben. Dabei bieten die im Ostblock üblichen Antrags- und Genehmigungsverfahren vielfältige Ansatzpunkte.

Beispiel:
Ein zwischenzeitlich ausgesiedelter polnischer Taxifahrer wurde 1980 anläßlich einer geplanten Touristenreise in die Bundesrepublik Deutschland nachrichtendienstlich kontaktiert. Nachdem ihm die Ausreise zunächst verweigert worden war, wurde er von einem Angehörigen des Nachrichtendienstes vorgeladen und detailliert zu früheren Westreisen befragt. Während des Gesprächs beschuldigte er den Taxifahrer der Spionagetätigkeit und drohte ihm mit einem Strafverfahren wegen Landesverrats. Aus Angst vor einer Anzeige und aufgrund der Zusage, ihm bei der Ausreisegenehmigung behilflich zu sein, verpflichtete sich der Taxifahrer zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit. Auftragsgemäß sammelte er während seines Aufenthaltes im Bundesgebiet Informationen über eine Kontaktperson und berichtete nach seiner Rückkehr.

Da sein Bericht als wertlos bezeichnet und ihm Repressalien angedroht wurden, lehnte der Taxifahrer zunächst eine weitere Zusammenarbeit ab. Seine Ausreiseanträge wurden daraufhin ohne nähere Begründung abgelehnt. Erst 1984 erhielt der Taxifahrer in Zusammenhang mit einem Ausreisegesuch erneut eine Vorladung, und ein anderer Mitarbeiter des polnischen Nachrichtendienstes bot ihm in der bekannten Weise „Hilfe" an. Da sich der Taxifahrer für eine Zusammenarbeit entschied, wurde ihm die beantragte Besuchsreise nach Griechenland gestattet. Von dort setzte er sich in die Bundesrepublik Deutschland ab.

Kontaktaufnahme zu Aussiedlern im Westen

Auch nach ihrer Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland stehen ehemalige Ostblockbewohner noch im Blickfeld gegnerischer Nachrichtendienste; sie bilden geradezu eine bevorzugte Zielgruppe für Werbungsbemühungen, wobei als Anreiz zumeist in Aussicht gestellt wird, man werde sich bei der Genehmigung von Besuchsreisen in die Heimatländer als entgegenkommend erweisen.

Dazu der Bericht eines Aussiedlers aus der UdSSR:

Nach seiner Aussiedlung habe ihn ein Landsmann an seinem Wohnort in der Bundesrepublik Deutschland aufgesucht und unter Anspielung auf seine finanziellen Schwierigkeiten zur nachrichtendienstlichen Tätigkeit für sein früheres Heimatland aufgefordert. Der Besucher habe keine konkreten Aufträge erteilt, ihm jedoch für den Fall einer künftigen Zusammenarbeit finanzielle Unterstützung und Reiseerleichterungen bei Verwandtenbesuchen in die UdSSR versprochen. Er – der Angesprochene – habe sich diesem Vorschlag gegenüber unentschlossen gezeigt. Der Anbahner habe ihn später erneut besucht und sein Angebot wiederholt. Erst nachdem er es entschieden zurückgewiesen habe, seien weitere Besuche ausgeblieben.

3. Zielrichtung/Zielobjekte

Die Bundesrepublik Deutschland ist wegen ihrer politischen und militärischen Bedeutung für das westliche Bündnis und wegen ihres hohen industriellen und wissenschaftlichen Standards, insbesondere im Bereich der modernen Technologien, seit Jahren bevorzugtes Angriffsziel östlicher Nachrichtendienste. Die Ausspähungsinteressen erstrecken sich dabei auf alle wesentlichen Entwicklungen im politischen, militärischen sowie wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich.

3.1 Politische Spionage

Die politische Spionage ist vorrangig darauf gerichtet, frühzeitig Informationen über bedeutsame politische Entscheidungsprozesse sowie deren Ziele und Auswirkungen zu gewinnen. Die im Berichtsjahr aufgedeckten Spionagefälle in Bonner Regierungsstellen haben dies erneut bestätigt. Neben der ehemaligen Angestellten im Bundespräsidialamt Margret H.* und der illegal eingeschleusten „Sonja L.",** die zuletzt im Bundesministerium für Wirtschaft tätig war, erregte insbesondere der Fall des Ehepaares W. öffentliches Aufsehen:

Ein Fall von besonderer Tragweite – Verdacht der Schleusung als legaler Übersiedler

Am 3. September 1985 setzten sich Herbert W., der in der Grundsatzabteilung der Friedrich-Naumann-Stiftung als Referent tätig war, und dessen Ehefrau Herta Astrid W., die als Sekretärin im Bundeskanzleramt beschäftigt war, von ihrem Urlaubsort in Spanien ab – offensichtlich in die DDR. Da der ehemalige BfV-Angehörige *Tiedge* in diesem Fall ermittelt hatte, muß davon ausgegangen werden, daß er nach seinem Übertritt in die DDR das MfS informierte.
Der Generalbundesanwalt leitete gegen die Eheleute W. nach ihrer Flucht in die DDR ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit ein. Im Rahmen der poli-

* Siehe dazu S. 237 ff.
** Siehe dazu S. 238 ff.

zeilichen Ermittlungen wurden in der Wohnung nachrichtendienstlich bedeutsame Gegenstände gefunden, wie in Containern verstecktes Geld und für den Empfang von Agentenfunk geeignete Radiogeräte.
Verschiedene Daten aus dem Lebensablauf und dem beruflichen Werdegang W. s deuten darauf hin, daß er von einem gegnerischen Nachrichtendienst – vermutlich der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS – ins Bundesgebiet eingeschleust worden ist.
Im März 1945 geriet Herbert W. als Angehöriger der Waffen-SS in russische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Entlassung nahm er 1950 an der Karl-Marx-Universität in Leipzig ein Journalistik-Studium auf. Im Dezember 1952 wurde er exmatrikuliert, nachdem angeblich erst zu diesem Zeitpunkt seine ehemalige Waffen-SS-Zugehörigkeit bekannt geworden war, die er bis dahin verschwiegen haben will. Es folgte sein Ausschluß aus der SED, nicht aber aus der FDJ. Nach einer fünfjährigen Tätigkeit in der „Produktion" durfte er sein Studium fortsetzen und wurde wieder in die Partei aufgenommen. Bis zu seiner Flucht im Januar 1961 nach Hamburg war er Redakteur bei der FDGB-Zeitung „Tribüne" in Berlin (Ost).

Mitgliedschaft in der Waffen-SS

Andere bekanntgewordene Fälle haben gezeigt, daß Bürger der DDR, die versucht haben, ihre frühere Zugehörigkeit zur Waffen-SS oder zur NSDAP zu verschweigen, zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit aufgefordert worden sind. Um beruflichen und privaten Schwierigkeiten zu entgehen, haben sie einer Verpflichtung in der Regel zugestimmt.

Politische Parteien

Wie langfristig gegnerische Nachrichtendienste planen, um Quellen im politischen Bereich anzuwerben und aufzubauen, zeigt der Fall des Diplom-Volkswirtes Bernd K. und der Soziologin Isabelle H. aus Berlin (West):

K. wurde 1978 in einem Lokal von einem angeblichen „Lothar *Dudek*" angesprochen, der vorgab, als Politologe einer Universität im Ruhrgebiet Recherchen an den Berliner Universitäten durchzuführen. K. war damals Student an der Technischen Universität Berlin und aktives SPD-Mitglied.

Ansprache unter Legende

Nach mehreren Treffs wurde K. von „*Dudek*" bei einem Besuch im Opern-Cafe in Berlin (Ost) mit zwei MfS-Angehörigen zusammengebracht, die sich als Mitarbeiter der Humboldt-Universität ausgaben. Ein weiteres Zusammentreffen sollte K. alleine wahrnehmen, da „*Dudek*" angeblich kurzfristig in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehren mußte. „*Dudek*" ist seitdem nicht mehr in Erscheinung getreten.

Herstellen einer Vertrauensbasis

Die MfS-Angehörigen versuchten bei den folgenden Treffs zunächst, freundschaftliche Beziehungen zu K. herzustellen. Später behaupteten sie, als „wissenschaftliche Mitarbeiter des Ministerrates" der DDR beauftragt zu sein, vorbereitende Gutachten für politische Grundsatzentscheidungen zu erarbeiten. K., der den Ansichten seiner Gesprächspartner oft widersprach, glaubte zunächst, durch seine Diskussionsbeiträge zum besseren Verständnis für innerdeutsche Probleme und zur Entwicklung neuer Lösungsansätze beitragen zu können. Im Auftrag seiner Gesprächspartner beschaffte er frei zu-

gängliches Informationsmaterial, das diese angeblich für ihre Arbeit benötigten.
Nachdem sich die Beziehung gefestigt hatte, baten die MfS-Angehörigen K., Aufsätze aus dem Wissenschaftszentrum Berlin und nach seinem Examen Analysen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, bei dem er angestellt war, zu liefern. Als Entgelt erhielt er regelmäßig Geldbeträge zwischen DM 200,– und 500,–; insgesamt DM 6.000,–.
Isabelle H. kam erstmals 1980 mit dem MfS in Kontakt. Sie hatte die „Bekannten" des K. in Berlin (Ost) ebenfalls kennenlernen wollen. Nach dem ersten Treff wurde sie zusammen mit K. zu einer Reise nach Rostock eingeladen. Fahrt- und Hotelkosten des mehrtägigen Aufenthaltes bezahlte das MfS. In der Folgezeit nahm Isabelle H. an fünf weiteren Treffs teil und fertigte Fotokopien von Unterlagen, die K. für das MfS beschafft hatte.
Am 4. Juli 1985 wurde K. durch das Kammergericht Berlin wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren verurteilt. H. wurde wegen Beihilfe zu 6 Monaten Haft mit Bewährung verurteilt.

3.2 Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage

Für kommunistisch regierte Staaten ist die Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage ein wichtiges Instrument, um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit ihrer eigenen Volkswirtschaften zu erhöhen. Die östlichen Nachrichtendienste sind darauf angewiesen, den technologischen Rückstand gegenüber den führenden westlichen Industriestaaten durch gezielte Beschaffungsmaßnahmen auszugleichen. Zielobjekte sind vornehmlich Unternehmen der Mikroelektronik und Datenverarbeitung, der Kern- und Lasertechnik sowie der Chemie- und Werkstoffherstellung. Der Fall des Angestellten S., der wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt worden ist, veranschaulicht das Vorgehen gegnerischer Nachrichtendienste bei der Beschaffung betrieblich geschützter Produktions- und Verfahrenstechniken:

Beschaffung von Hochleistungstechnologien, Mikroelektronik, Kern-, Lasertechnik u. a.

S. kam 1968 als deutschstämmiger Flüchtling aus der ČSSR in die Bundesrepublik Deutschland. Trotz seiner Einbürgerung behielt er die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft bei. Nach einer Übergangsphase gelang es ihm, eine seiner früheren Beschäftigung entsprechende Anstellung bei einem Elektrokonzern zu finden. Dort befaßte er sich mit der Entwicklung von Projekten auf dem Gebiet der Glasfasertechnologie, die als Betriebsgeheimnis klassifiziert waren.
Da sich S. trotz Flucht seiner Heimat verbunden fühlte, bemühte er sich bei der Botschaft der ČSSR um eine Legalisierung seines Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland. Es kam zu intensiven Gesprächen mit Botschaftsangehörigen über seine beruflichen und familiären Verhältnisse. Teilweise wurden die Gespräche auch an seinem Wohnort geführt. Nachdem S. den gewünschten tschechoslowakischen Konsularpaß erhalten hatte, besuchte er regelmäßig die ČSSR. Dort erhielt er Kontakte zu Angehörigen des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes, die sich für die Projekte seiner Firma

Ausnutzen des Legalisierungsverfahrens durch CSSR-ND

interessierten. S. gab sein gesamtes Wissen über sein Arbeitsgebiet, die Produktionsanlagen und weiteren Planungen preis. Im Auftrag seiner Gesprächspartner beschaffte er darüber hinaus Informationen über Kollegen, die für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit geeignet erschienen, und klärte deren familiäres und soziales Umfeld ab.

Ein weiteres gravierendes Beispiel für das Ausnutzen geschäftlicher Beziehungen zu nachrichtendienstlichen Zwecken ist der Fall des im September 1984 wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit für MfS und KGB festgenommenen Kaufmanns Hans J., der sich nach dem bisherigen Ermittlungsstand wie folgt darstellt:

J., der seit mehreren Jahren Embargoware in die DDR verbrachte, stand bereits seit Ende der fünfziger Jahre mit der DDR in Geschäftsbeziehungen, die er nach seiner Firmengründung noch intensivierte. In Berlin (Ost) unterhielt er seit spätestens 1975 einen zweiten Wohnsitz, den er regelmäßig anläßlich seiner Geschäftsreisen in die DDR nutzte. In der DDR hatte J. zu mehreren Personen, die östlichen Nachrichtendiensten zuzuordnen sind, Kontakt. Nach eigener Darstellung hatte J. bei der Einfuhr von Waren und Literatur in die DDR keine Schwierigkeiten. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurden neben ca. DM 250.000,– Bargeld und zahlreichen Geschäftspapieren technische Geräte sichergestellt, die nachrichtendienstlich genutzt werden können. J. ist vom Oberlandesgericht Celle zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren, 4 Monaten verurteilt worden. Das Urteil ist rechtskräftig.

3.3 Militärspionage

Neben der zunehmend an Gewicht gewinnenden rüstungstechnischen Spionage macht die klassische Truppenaufklärung, die insbesondere auf die Beschaffung von Informationen über Stärke, Bewaffnung und Logistik der Bundeswehr und der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte abzielt, auch weiterhin den Hauptteil der Aktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste auf dem Gebiet der Militärspionage aus.
Ein typisches Beispiel für die Vorgehensweise gegnerischer Nachrichtendienste auf diesem Gebiet ist der Fall des Studenten K:

Anläßlich eines Bekanntenbesuches in der DDR wurde K. von einem Beschäftigten der Universität Leipzig in der Wohnung seiner Gastgeber aufgesucht und um ein persönliches Gespräch gebeten. Dieser gab vor, auf dem Gebiet der „Friedensforschung" tätig zu sein und sich insbesondere für die Verhältnisse dieses Forschungsgebietes in der Bundesrepublik Deutschland zu interessieren.
Bei dem für den nächsten Tag vereinbarten Treffen in einem Leipziger Hotel stellte er K. nach belanglosen Vorgesprächen einen angeblichen Kollegen eines anderen „Ressorts" vor, der sich mit K. unterhalten wolle. Im Verlauf des Gesprächs ließ dieser anklingen, daß am Wohnort des K. Pershing-II-Raketen verladen würden und er an Informationen über die Verladeeinrichtungen und Transportmöglichkeiten interessiert sei. Die Informationen, für deren Beschaffung er K. Geld anbot, sollten der „Friedensarbeit" dienen und in einer

Forschungsarbeit veröffentlicht werden. K., der den Hintergrund des Ansinnens erkannte, lehnte den Vorschlag ab.

4. Nachrichtendienstliche Hilfsmittel/Nahbereichskommunikation

Gegnerische Nachrichtendienste können einen Agenten im Operationsgebiet nur dann zielgerichtet steuern, wenn sie über geeignete Kommunikationsmöglichkeiten verfügen. Zu diesem Zweck setzen sie – ebenso wie beim konspirativen Beschaffen und Verbringen von Verratsmaterial – weitgehend technische Hilfsmittel ein, die ständig weiterentwickelt und auf den neuesten technischen Stand gebracht werden.

Infrarot-Lichtsprechgerät

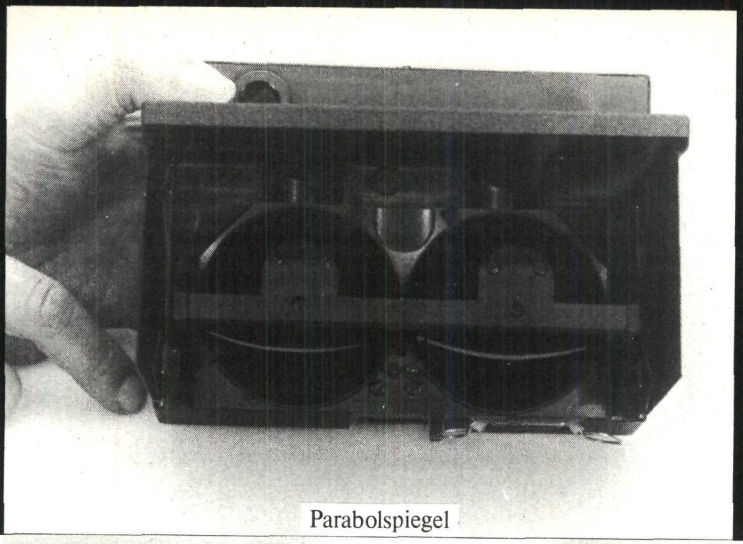
Zum grenzüberschreitenden Nachrichtenaustausch über kurze Entfernungen nutzen die Nachrichtendienste der DDR seit Anfang der sechziger Jahre die Infrarottechnik. Infrarotstrahlen sind nahezu abhörsicher und daher kaum zu entdecken. Wegen der Notwendigkeit, verhältnismäßig laut zu sprechen, bedarf es andererseits entsprechender Vorsichtsmaßnahmen beim Einsatz eines Infrarotlichtsprechgerätes.

Der neuesten technischen Entwicklung entspricht das im November 1984 bei der Festnahme des MfS-Agenten J. sichergestellte Gerät (siehe Abbildung). Es besteht aus zwei Parabolspiegeln, über die ein stark gebündelter Infrarotstrahl abgesandt bzw. empfangen werden kann. Als Stromquelle dient eine handelsübliche Taschenlampe, in die anstelle einer Glühbirne ein Anschlußkabel eingeschraubt wird. Gegenüber den früheren Modellen, die zumeist auf der Basis von Ferngläsern oder Fotoapparaten entwickelt wurden, verfügen die Neuentwicklungen über eine größere Einsatzreichweite und eine höhere Betriebssicherheit.

Der Einsatz des Gerätes setzt direkte Sichtverbindung und gute Wetterverhältnisse voraus

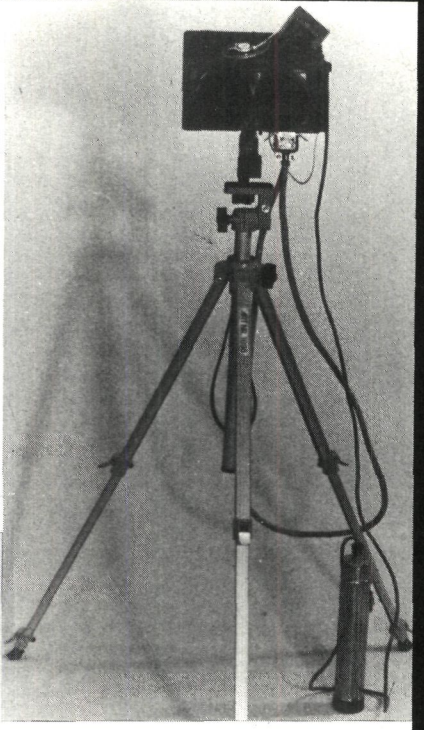
Der Einsatz von Infrarotlichtsprechgeräten setzt allerdings voraus, daß zur Gegenstelle eine ungehinderte, direkte Sichtverbindung besteht, die auch nicht durch Witterungseinflüsse wie Nebel, Regen oder Schnee beeinträchtigt werden darf. Wegen der starken Bündelung des Lichtstrahls ist ferner eine genaue und stabile Ausrichtung des Gerätes auf die Gegenstelle erforderlich. Dazu wird das Gerät auf ein Stativ montiert und durch eine Visiereinrichtung justiert. Sobald eine Strahlenverbindung hergestellt ist, kann der Agent mit der Gegenstelle in direkten Sprechkontakt treten oder einen vorbereiteten Text über ein Tonband abspielen oder empfangen.

Der zwischenzeitlich zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten verurteilte MfS-Agent J. nutzte das Infrarotlichtsprechgerät nach eigenen Angaben über mehrere Jahre, um Informationen an seine Führungsstelle weiterzugeben bzw. um Aufträge entgegenzunehmen. Die Verbindung zu einem auf DDR-Gebiet gelegenen Haus nahm er ausschließlich zu vorher festgelegten Zeiten auf.

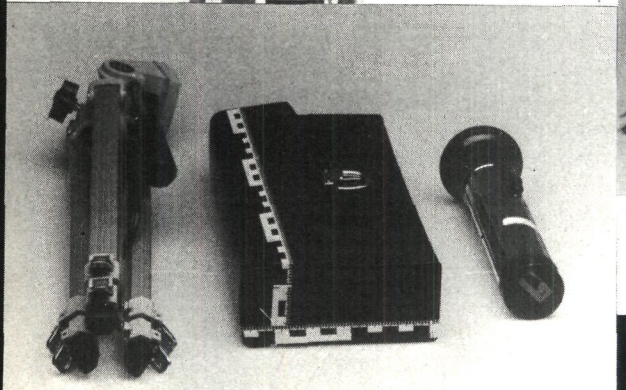


Parabolspiegel

Infrarot-Lichtsprechgerät



Infrarot-Lichtsprechgerät auf Stativ (Reichweite ca. 3–4 km, geeignet z. B. für Übertragungen über die Grenze zur DDR)



Infrarot-Lichtsprechgerät, Stativ und Stromquelle

II. Besondere Themen

1. Die Abklärung von Zielpersonen vor der nachrichtendienstlichen Ansprache

Alljährlich beleuchtet eine Vielzahl von Fällen die intensiven Bemühungen gegnerischer Nachrichtendienste, neue Mitarbeiter für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit im Operationsgebiet zu gewinnen. Die angesprochenen Bürger der Bundesrepublik Deutschland sind immer wieder erstaunt darüber, wie umfassend die „Gesprächspartner" über ihre Person informiert sind.

Intensive Ausforschungsarbeit im Vorfeld

Diese häufig bis ins Detail gehenden Informationen, insbesondere zur beruflichen und persönlichen Situation der Zielperson, beruhen auf einer intensiven Ausforschung ihres Umfeldes vor der ersten persönlichen Kontaktaufnahme.

Das sog. operative Ausgangsmaterial

Die für eine gezielte Ansprache erforderlichen Daten, die das „operative Ausgangsmaterial" bilden, sammeln die gegnerischen Nachrichtendienste auf unterschiedlichen Wegen:

Recherchen im eigenen Machtbereich

Zunächst bedienen sie sich aller in ihrem Machtbereich zur Verfügung stehenden Quellen. Neben der systematischen Sichtung von Erkenntnissen aus der Postkontrolle sowie aus Telefon-, Adreß- und Fahndungsbüchern werden vor allem Daten aus der Überwachung des Reiseverkehrs zur Vorbereitung einer Anbahnung genutzt. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) hat diese Methode der Grunddatengewinnung zwischenzeitlich durch den Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen weitgehend perfektioniert. Es ist auf diesem Wege nicht nur in der Lage, jederzeit ein detailliertes Bild einer potentiellen Zielperson abzurufen, sondern kann auch kurzfristig eine beabsichtigte oder bereits erfolgte Einreise einer Zielperson in die DDR erkennen.

Einsatz von DV-Verfahren

Ausnutzen von Westkontakten

Neben den Karteien und Dateien nutzen gegnerische Nachrichtendienste ferner Westkontakte von Ostblockbewohnern, um Anbahnungen vorzubereiten. Durch Befragung von Verwandten und Geschäftsfreunden versuchen sie, nähere Einzelheiten über das private und berufliche Umfeld einer Zielperson zu gewinnen und sodann den ersten nachrichtendienstlichen Kontakt herzustellen. Dies geschieht durch Einladungen zu Besuchs- oder Geschäftsreisen, in deren Verlauf geheime Mitarbeiter des MfS, zum Teil unter Legende, Kontakt zu der Zielperson aufnehmen.

Besuchs- und Geschäftsreisen in die DDR als Kontaktanlaß

Auf die zuvor beschriebene Weise sollte auch der Doktorand L. nachrichtendienstlich verstrickt werden:

Ansprache unter Legende

Während eines privaten Besuchsaufenthaltes in Berlin (Ost) wurde L. bei einem von seiner Schwester arrangierten Theaterbesuch mit einem Angehörigen des MfS bekannt gemacht, der sich als wissenschaftlicher Mitarbeiter eines soziologischen Instituts ausgab. Unter Vorgabe gemeinsamer beruflicher und kultureller Interessen lud die-

ser L. in der Folgezeit zu mehreren Konzert- und Theaterbesuchen ein. Kurz vor der Abreise bat er L., bei seinem nächsten Besuch Informationsmaterial über sein Arbeitsgebiet, den Zivil- und Katastrophenschutz in der Bundesrepublik Deutschland, mitzubringen. Als Gegenleistung stellte er weitere Einladungen zu kulturellen Veranstaltungen sowie die Beschaffung östlicher Fachliteratur für die Doktorarbeit des L. in Aussicht.
Bedenken des L. hinsichtlich strenger Grenzkontrollen begegnete er mit dem Hinweis auf seine Einflußmöglichkeiten bei der Grenzabfertigung. Zum Beweis für seine weitreichenden Beziehungen behauptete er, über die persönlichen Daten des L. vollständig unterrichtet zu sein, obwohl beide über diese Daten im Verlauf ihrer Begegnung nicht gesprochen hätten. So nannte er L. s Kfz-Kennzeichen und die ihm als Amateurfunker zugeteilte Funkfrequenz. Schließlich deutete er an, daß sich eine Weigerung nachteilig auf die Genehmigung weiterer Besuchsreisen auswirken könnte.
Unter dem Eindruck der aufgezeigten Einflußmöglichkeiten stimmte L. dem vorgeschlagenen Informationsaustausch zu, offenbarte sich aber nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland den Verfassungsschutzbehörden.

Prinzip der Einschüchterung

Die Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit dürfte in solchen Fällen im wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen sein. Zunächst wird eine Zielperson durch die unvermutete Konfrontation mit Einzelheiten aus ihrem Privatleben in ihrer Einschätzung des Gesprächspartners verunsichert. Dies gilt um so mehr, wenn sie davon ausgehen kann, daß die Daten nur einem kleinen Personenkreis zugänglich sind.
Als Folge der Verunsicherung kommt es dann zu einer Fehleinschätzung des tatsächlichen Wissens und der Einflußmöglichkeiten des Anbahners, die nahezu unbegrenzt erscheinen. Zumindest empfindet die Zielperson ihre Situation als aussichtslos und wird daher aus Angst in die vorgeschlagene Zusammenarbeit einwilligen.

Ermittlungen im Operationsgebiet durch Dienst- und Geschäftsreisende sowie Rentner

Ermittlungen werden von den gegnerischen Nachrichtendiensten aber nicht nur im eigenen Machtbereich durchgeführt. Dienst- und Geschäftsreisende sowie Rentner, die mit Genehmigung der Behörden in den Westen reisen, werden ebenso wie im Operationsgebiet tätige Agenten eingesetzt. Ihre Aufträge reichen von der schlichten Feststellung des Wohnsitzes, z. B. durch Ablesen der Klingelleiste, über allgemeine Umfeldklärung bis zur intensiven Befragung von Nachbarn, Freunden und Arbeitskollegen.
Darüber hinaus werden Westkontakte von Staatsangehörigen kommunistisch regierter Staaten zur Ansprache von Zielpersonen im Operationsgebiet ausgenutzt.
Ein typisches Beispiel für diese Anbahnungsvariante stellt folgender Fall dar:

Ansprachen von Zielpersonen im Operationsgebiet/ Ausnutzen von verwandtschaftlichen Beziehungen

Frau F., die in einer bekannten Forschungseinrichtung in der Bundesrepublik Deutschland tätig ist, erhielt von ihrem in der DDR lebenden Bruder einen Brief, in dem er ihr den Besuch einer langjährigen Bekannten im Rentenalter ankündigte. Als diese Bekannte

in die Bundesrepublik Deutschland kam und einen weiteren Brief sowie ein Geschenk ihres Bruders überbrachte, entstand rasch ein freundschaftliches Verhältnis zur Besucherin. Während des Besuches kam es zu langen Gesprächen, in deren Verlauf es der angeblichen Rentnerin gelang, alles Wissenswerte zur Person der Gastgeberin zu erfahren.
Nach ihrer Rückkehr in die DDR berichtete die angebliche Rentnerin ihrer Führungsstelle ausführlich über das private und berufliche Umfeld der Frau F. und erstellte eine Analyse ihres Persönlichkeitsbildes.
Auf dieser Grundlage wurde sie erneut in die Bundesrepublik Deutschland entsandt, um das entstandene Vertrauensverhältnis zu vertiefen. Dies war nach Einschätzung ihrer Führungsstelle Voraussetzung für eine spätere Einladung der Zielperson in die DDR.

Die Entstehung und Fortentwicklung eines „Tips" bis zum Werbungsversuch veranschaulicht schließlich folgender Fall:

Abklärung durch bereits tätige Agenten

Ein im Bundesgebiet tätiger Agent hatte im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit eine Sekretärin in einem wissenschaftlichen Institut kennengelernt. Er erfuhr, daß die Institutsangehörige in der DDR geboren und in die Bundesrepublik Deutschland geflohen war, während ihre Eltern noch in der DDR lebten. Nachdem er Informationen über den Wohnort der Eltern, ihre Wohnanschrift und die Höhe ihres Einkommens erhalten hatte, wies er seine Führungsstelle auf die mögliche Zielperson hin. Bei der Abklärung ihres Umfeldes am früheren Wohnort ergaben sich u. a. Hinweise auf eine frühere sportliche Betätigung in der DDR. Dies veranlaßte die gegnerische Führungsstelle, einen IM (Inoffizieller Mitarbeiter) unter der Legende, als Sportjournalist einen Bericht über den früheren Verein der Zielperson schreiben zu wollen, zu den Eltern zu schicken. Sein wahrer Auftrag war darauf gerichtet, über die Bekanntschaft mit den Eltern einen Vorwand zum Besuch der Zielperson im Bundesgebiet aufzubauen. Daneben gelang es dem IM, frühere Sportkameradinnen ausfindig zu machen und sie zu einem Zusammentreffen mit ihrer früheren Mitspielerin in Berlin (Ost) zu gewinnen.

Legende „Sportjournalist"

In der zweiten Phase der Abklärung reiste der IM auftragsgemäß in die Bundesrepublik Deutschland und traf sich mit der Zielperson. Im Verlauf des Gesprächs mußte diese erkennen, daß der Besucher weit über das übliche Maß hinaus über sie und ihr bisheriges Leben informiert war. Als die Bundesbürgerin dann von dem „Journalisten" zu einem kostenlosen Aufenthalt in Berlin (Ost) eingeladen wurde, kamen ihr Zweifel, die sie den Sicherheitsbehörden mitteilte.

2. Türkische Staatsangehörige als Zielperson des Sowjetischen Nachrichtendienstes

Türkische Staatsbürger, die eine DDR-Bürgerin heiraten wollen, als Zielpersonen

Eine weitere Variante in den Werbungsbemühungen gegnerischer Nachrichtendienste stellt die Ansprache türkischer Gastarbeiter durch den sowjetischen Nachrichtendienst dar. Zielpersonen sind türkische Staatsangehörige, die beabsichtigen, in der DDR lebende Frauen zu heiraten und mit ihnen in die Türkei zu übersiedeln.

Zusage der Genehmigung für die Eheschließung und Ausreise als Werbungsmittel

Zur ersten Kontaktaufnahme durch einen türkisch sprechenden Mitarbeiter des KGB werden häufig Besuchsaufenthalte bei der künftigen Ehefrau in der DDR ausgenutzt. Hierbei stellt der KGB-Mitarbeiter dann entweder seine Unterstützung beim Antrag auf Eheschließung in Aussicht oder droht das Versagen der Genehmigung für den Fall an, daß sich sein Gesprächspartner nicht zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit bereit findet. Vorrangiges Ziel der Werbung von türkischen Staatsangehörigen ist das Beschaffen von Informationen über militärische Einrichtungen ihres Heimatlandes. Kann dieses Ziel nicht erreicht werden, nutzt das KGB die Angeworbenen auch zur Spionagetätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland.

Militärische Einrichtungen als vorrangiges Zielobjekt

Für die Vorgehensweise des KGB sind folgende Fälle exemplarisch:

Der Fall K:
Der türkische Staatsangehörige K., der seit Anfang der 70er Jahre in Berlin (West) wohnt, lernte bei einem beruflichen Aufenthalt in Berlin (Ost) seine jetzige Ehefrau kennen. In der Folgezeit stellten sie mehrere erfolglose Anträge auf Genehmigung der Eheschließung und Übersiedlung in die Türkei.

Nachrichtendienstliche Mitarbeit als „Gegenleistung" für die Heiratserlaubnis

Im Oktober 1979 erhielt K. bei einem Aufenthalt in Berlin (Ost) erstmalig Kontakt zu einem östlichen Nachrichtendienst, vermutlich dem MfS. Der Mitarbeiter des gegnerischen Nachrichtendienstes bot seine Hilfe bei der geplanten Eheschließung an, erwartete dafür jedoch Gegenleistungen. Bei einem erneuten Aufenthalt bei seiner Verlobten in Berlin (Ost) im November 1979 wurde K. ein türkisch sprechender Mitarbeiter des Sowjetischen Nachrichtendienstes vorgestellt. Mit diesem traf sich K. in der Folgezeit vereinbarungsgemäß an verschiedenen Orten in Berlin (Ost).

Ausbildung/ND-Hilfsmittel

Anläßlich eines Treffs in einer konspirativen Wohnung in Karlshorst unterschrieb K. eine bereits vorgefertigte handschriftliche Verpflichtungserklärung mit einem ihm zugeteilten Decknamen. Nach seiner Verpflichtung wurde K. im konspirativen Verhalten sowie in der Herstellung latenter Schriften mittels Kontaktpapier geschult. Den Empfang des Kontaktpapiers mußte er quittieren. Weiterhin zeigte ihm sein Führungsoffizier, wie man ein auf einer Postkarte verborgenes Mikrat* finden und lesen kann. K. erhielt eine konspirative Kontakttelefonnummer und eine Deckanschrift in Berlin (Ost). An diese sollte er verdeckte Informationen schicken. Im Hinblick auf die vorgesehene Übersiedlung der Eheleute K. in die Türkei erhielt K. von seinem Führungsoffizier den Auftrag, über militärische Einrichtungen in der Türkei zu berichten. Im November 1981 konnte K. in Berlin (Ost) heiraten.

Auftrag: Militärische Einrichtungen in der Türkei

Nachdem K. kurz vor seiner Übersiedlung dem Sowjetischen Nachrichtendienst mitgeteilt hatte, daß er beabsichtigte, nach Berlin (West) zu übersiedeln, wurde ihm von seinem Führungsoffizier angekündigt, daß man in diesem Fall beabsichtige, seine Berliner Adresse als Deckanschrift zu benutzen. Es war vorgesehen, ihm aus der Türkei Briefe zuzusenden, die er in einen Umschlag stecken und an die

* Dünne, weniger als 1 mm starke durchsichtige Filmplättchen, die mit Hilfe von Spezialkameras in der Regel auf besonders feinkörnigen Filmen gefertigt werden.

ihm zugeteilte Deckadresse in Berlin (Ost) weiterleiten sollte. Vor der geplanten und genehmigten Übersiedlung erhielt auch Frau K. Besuch von einem Mitarbeiter eines Sowjetischen Nachrichtendienstes. Dieser teilte ihr mit, daß nach der Übersiedlung Besuche ihrer Eltern in Berlin (Ost) nur möglich seien, wenn auch sie sich zur Mitarbeit verpflichten würde. Sie sollte sich lediglich hin und wieder bei der ihr übergebenen Deckadresse schriftlich melden.

Berliner Anschrift als Deckadresse

Nach ihrer Übersiedlung stellten die Eheleute K. ihre nachrichtendienstlichen Kontakte ein. Nur auf mehrfaches Drängen ihres Führungsoffiziers fanden sie sich zu einem letzten Treff in Berlin (Ost) bereit. Das hierbei erneut geäußerte Ansinnen, ihre Adresse als Umschlagstelle für Post aus der Türkei zur Verfügung zu stellen, lehnten sie ab.

Nachrichtendienstliche Mitarbeit der Ehefrau

Das gegen das Ehepaar K. und gegen den unbekannten Mitarbeiter des SND eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit wurde eingestellt.

Der Fall B.:

Frau B. aus der DDR lernte ihren jetzigen Ehemann, einen in Berlin (West) lebenden türkischen Staatsangehörigen, 1983 in Berlin (Ost) kennen, wo dieser sich als Tourist aufhielt. In der darauffolgenden Zeit fuhr B. jedes Wochenende von Berlin (West) zum Besuch seiner späteren Ehefrau nach Berlin (Ost). Mitte Mai 1984 stellten sie beim zuständigen Rat des Stadtbezirks Anträge auf Genehmigung der Eheschließung und der Übersiedlung in die Türkei. Tatsächliches Ziel der Eheleute B. war es jedoch, ihren Wohnsitz in Berlin (West) zu nehmen.

Nachdem B. im Sommer 1984 als unerwünschte Person aus Berlin (West) in die Türkei abgeschoben worden war, verfolgte seine spätere Ehefrau ihre Eheschließungsabsichten von Berlin (Ost) aus weiter, indem sie sich bei den zuständigen Stellen um ein DDR-Einreisevisum für B. bemühte. Während dieser Zeit suchte ein angeblicher Mitarbeiter einer Ostberliner Behörde bei Frau B. telefonisch zu erfahren, ob sich B. schon in Berlin (Ost) aufhalte. Anfang 1985 erschien er in der Wohnung von Frau B. und erklärte, daß ihr Antrag auf Eheschließung grundsätzlich genehmigt worden sei. Er habe jedoch die private Bitte, daß B. einem türkischen Freund bei der Promotion über ein die Türkei betreffendes Thema helfen sollte.

Ansprache unter Legende

Arglos sagte Frau B. die Mithilfe ihres zukünftigen Mannes zu, der sich zu diesem Zeitpunkt noch in der Türkei aufhielt. Kurze Zeit später erhielt B. ein DDR-Einreisevisum. Am Tag der Ankunft des B. in Berlin (Ost) kam es zu einem Treff mit einem angeblichen Türken, der Mitarbeiter eines Sowjetischen Nachrichtendienstes (SND) war. Das Gespräch wurde in türkischer Sprache geführt und betraf lediglich allgemeine Dinge. In der Folgezeit kam es zu zahlreichen Treffs, wobei bereits der 2. Treff in einer konspirativen Wohnung stattfand.

Ausnutzen der Arglosigkeit

B. sollte über die türkische Armee, militärische Einrichtungen in der Türkei und u. a. auch über Aktivitäten der kommunistischen Partei seines Heimatdorfes berichten. Nachdem B. erkannt hatte, daß sein Gesprächspartner ein Mitarbeiter eines Sowjetischen Nachrichtendienstes war, wollte er den Kontakt abbrechen. Daraufhin drohte der SND-Mitarbeiter mit der Ablehnung des Eheschließungs- und

Auftragsrichtung – türkische Armee – militärische Einrichtungen in der Türkei – Aktivitäten der KP der Türkei – Drohung als Werbungsmittel

Ausreiseantrages. Erst nachdem B. der Aufforderung, eine schriftliche Mitarbeitsverpflichtung abzugeben, nicht nachgekommen war, soll es zu keinen weiteren Kontaktaufnahmen durch den Sowjetischen Nachrichtendienst mehr gekommen sein. Im März 1985 konnte B. ohne Schwierigkeiten in Berlin (Ost) heiraten und in die Türkei ausreisen.

3. Illegale – „wahre" Kundschafter des Friedens

Die Einschleusung von Agenten unter Verwendung falscher biographischer Daten gehört seit langem zu den klassischen Arbeitsmethoden gegnerischer Nachrichtendienste. Eine Vielzahl bisher bekanntgewordener Fälle belegt, daß diese Dienste für Schleusungen grundsätzlich nur ideologisch geschulte und zuverlässige Personen auswählen, die vor Beginn ihres Einsatzes neben einer qualifizierten Fachausbildung (überwiegend Hochschule) zusätzlich eine eingehende nachrichtendienstliche Schulung (Dauer ca. 2–3 Jahre) erhalten haben. Wegen ihrer besonderen persönlichen, beruflichen und nachrichtendienstlichen Qualifikationen sind die eingeschleusten Illegalen dann im Operationsgebiet auch relativ schnell in der Lage, die unterschiedlichsten Aufgaben eines geheimdienstlichen Agenten zu übernehmen. So können sie von ihrer Führungsstelle z. B. als Quelle im Objekt, Tipper/Anbahner, Werber oder Agent im Verbindungswesen eingesetzt werden.

Illegale als – Quelle im Objekt – Tipper/Anbahner – Werber – Agenten im Verbindungswesen

Vorbereitung und Abwicklung der Einschleusung erfordern einen erheblichen zeitlichen und finanziellen Aufwand. Wenn gegnerische Nachrichtendienste dennoch weiterhin Agenten unter falschen biographischen Daten einschleusen – und die zuletzt aufgedeckten Fälle, z. B. „*Arnold*" und „*Berger*"* beweisen dies – so verdeutlicht dies den Stellenwert, den der Gegner dem Einsatz von Illegalen beimißt. Die Einschleusung des angeblichen „*Arnold*" durch den polnischen Nachrichtendienst belegt zudem, daß Agenten unter falscher Identität nicht nur von DDR- oder sowjetischen Aufklärungsdiensten, sondern auch von anderen östlichen Nachrichtendiensten eingesetzt werden.

Illegale besitzen einen hohen Stellenwert

Seit Anfang der 70er Jahre haben sich die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder gezielt mit der Suche nach eingeschleusten Mitarbeitern gegnerischer Nachrichtendienste befaßt und dabei erhebliche Erfolge erzielt.

„Flitzerwelle"

Die Festnahmeaktionen und die anschließende „Flitzerwelle" haben mit Sicherheit große Lücken in die Auslandsnetze gegnerischer Nachrichtendienste gerissen. Daß sich der nachrichtendienstliche Gegner durch derartige Einbrüche und Rückschläge nicht in seinen Aktivitäten lähmen läßt, vielmehr konsequent darangeht, die entstandenen Defizite baldmöglichst auszugleichen, belegen auch die in jüngster Zeit erkannten Einschleusungen:

* Siehe Seite 241 ff.

Der Fall Margret H. – Sekretärin im Bundespräsidialamt

Durch Ermittlungen der Verfassungsschutzbehörden konnte der Student „Franz *Becker*" als eingeschleuster Agent eines gegnerischen Nachrichtendienstes erkannt werden. Er nutzte die biographischen Daten eines Arbeiters, der 1959 aus Thale/DDR in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelt und später in die DDR zurückgekehrt war.

Eingeschleuster Illegaler als Student

In einem Ermittlungsverfahren, das der Generalbundesanwalt 1969 gegen den Agenten *Wiemann* und andere geführt hat, sagte eine Zeugin aus, bis Dezember 1968 eng mit einem Studenten aus Bonn namens Franz Becker (später als Agent „*Becker*" identifiziert) befreundet gewesen zu sein. Nachdem dieser die Beziehung zu ihr ohne ersichtlichen Grund in beleidigender Weise beendet hätte, habe kurze Zeit später der Agent *Wiemann* versucht, sie anzubahnen. Der Beschuldigte *Wiemann* sagte dazu aus, von seiner Führungsstelle gezielt beauftragt worden zu sein, diese Zeugin anzubahnen.

Kontakt „Becker"/ Margret H.

Im Juli 1968 lernte „*Becker*" in Bonn die ledige Sekretärin Margret H. kennen, die seit 1959 im Bundespräsidialamt tätig war, wo sie zum „Schlüsselpersonal" gehörte. Zuletzt arbeitete sie als Sekretärin im Vorzimmer eines Abteilungsleiters, dem die Bereiche

- Auswärtiges
- militärische Angelegenheiten
- Protokoll
- Presse

unterstanden. Zumindest bis Ende der 70er Jahre hielt „*Becker*", den nachrichtendienstlichen Verbindungsweg von der Führungsstelle zu Margret H. aufrecht.

Festnahme

Margret H. wurde am 25. August 1985 wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit festgenommen und befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. Sie hat bisher zugegeben, seit ca. 1970 für „Franz *Becker*", der dem Geheimdienst eines Ostblocklandes angehöre, nachrichtendienstlich tätig gewesen zu sein. Sie habe ihm über Personalveränderungen, persönliche Eigenheiten sowie private Hintergründe von Angehörigen des Bundespräsidialamtes eingehend berichtet und ihm u. a. Durchdrucke von Tagebuchvermerken zugänglich gemacht. Außerdem habe sie ihm Erkenntnisse aus BND-Berichten und aktuelle Vermerke geliefert. Bis 1981 habe sie „Franz" mündlich berichtet. Von ihr beschaffte Dokumente habe er im Badezimmer ihrer Wohnung fotografiert. Nachdem sie 1981 von „Franz" in der Dokumentenfotografie geschult worden sei, habe sie von ihm zunächst einen in einem Lippenstift eingebauten Fotoapparat erhalten. Nach Probeaufnahmen im Bundespräsidialamt habe sie die Kamera jedoch zurückgegeben und statt dessen einen Fotoapparat üblicher Größe erhalten, mit dem sie Unterlagen in ihrer Wohnung fotografiert habe. Treffs mit „Franz" seien in Bonn, Köln und anderen europäischen Großstädten abgewickelt worden, wo er sich als angeblich österreichischer Staatsangehöriger mit den Personalien „Werner *Fojtik*" aufgehalten habe.

Zielrichtung: Bundespräsidialamt

Dokumentenfotografie

Entlohnung

Als Entlohnung habe sie zunächst kleine Geschenke und ab Mitte der 70er Jahre zu besonderen Anlässen Geld (jeweils DM 200,– – 300,–) erhalten. Seit 1980 habe sie pro Monat DM 500,– bekommen.

Seit 1979 sei die Verbindung zu „Franz" über eine „Renate" = („Ingeborg *Hübner*") aufrechterhalten worden. Mit dieser habe sie min-

Die Eheleute „Hübner", illegale Residentur in der Schweiz mit Zielrichtung Bundesrepublik Deutschland

destens 15 Treffs abgewickelt. An Material habe sie entweder eine als Erkennungszeichen für die Treffs vereinbarte Zeitschrift, die dann latente Mitteilungen enthalten habe, oder die in Containern versteckten Filme übergeben.
Ihre Treffpartnerin konnte als die Arbeiterin „Ingeborg *Hübner*, geb. *Manthey*", identifiziert werden, die seit 1957 mit dem Rundfunkmechaniker „Johann *Hübner*" verheiratet ist.
Beide wurden am 30. Oktober 1957 in das Bundesgebiet eingeschleust. Seit 1962 leben sie in der Schweiz, wo sie zuletzt in Neuenkirch wohnten. Am 25. August 1985 wurden die Eheleute Hübner

Festnahme der Eheleute „Hübner"

wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit festgenommen. Nach anfänglichem Leugnen räumten sie ein, eingeschleust worden zu sein. Die Eheleute *„Hübner"* haben in der Schweiz eine bedeutende „Illegale Residentur" aufgebaut. Sie standen im ständigen Kontakt mit ihren Auftraggebern und haben über Tote Briefkästen Informationen an die Zentrale geliefert.
Die Ermittlungen dauern an.

Der Fall „Sonja L."

Vermißtenanzeige löst möglichen Spionagefall aus

Am 7. August 1985 wurde der Generalbundesanwalt davon unterrichtet, daß „Sonja L.", die langjährige Sekretärin des derzeitigen Bundesministers für Wirtschaft, Dr. *Bangemann*, vermißt wird. Ersten polizeilichen Feststellungen zufolge hatte „Sonja L." in den Vormittagsstunden des 3. August 1985 gegenüber Nachbarn geäußert, daß sie mit einem befreundeten Ehepaar aus Köln über das Wochenende nach Holland fahren wolle. Eine Nachfrage bei diesem Ehepaar ergab jedoch, daß eine solche Reise nicht vereinbart worden war.

Die tatsächliche Sonja L.

Nach den bisherigen Ermittlungen wird davon ausgegangen, daß „Sonja L." unter falscher Identität im Bundesgebiet gelebt hat. Die tatsächliche Sonja L. lebte in Berlin (West). Seit Juli 1966 gibt es über ihren Verbleib keine Hinweise mehr, nachdem sie sich nach Frankreich abgemeldet hat.
1967 ist die angebliche Sonja im Bundesgebiet zugezogen, wo sie zunächst als Registratur- bzw. Schreibkraft bei einem Versicherungsbüro in Frankfurt/M. arbeitete. Im August 1969 meldete sie sich in Bonn an, da sie sich erfolgreich um die in einem Zeitungsinserat angebotene Stelle einer Sekretärin bei dem damaligen MdB William *Borm* beworben hatte.

Sekretärin bei Dr. Martin Bangemann seit 1974

Nach dem Ausscheiden *Borms* aus dem Deutschen Bundestag wurde „Sonja L." im März 1973 von der F. D. P.-Bundesgeschäftsstelle übernommen. Ab Oktober 1974 arbeitete sie für Dr. *Bangemann*, damals F. D. P.-Generalsekretär.
Von Januar 1976 bis zu ihrem Verschwinden war sie für Dr. *Bangemann* in dessen Funktion als MdB (1976–1980), als Mitglied des Europäischen Parlamentes und zugleich als Präsident der Fraktion der Liberalen und Demokratischen Parteien – ELD – (1980 bis Juni 1984) und schließlich als Bundesminister für Wirtschaft (seit Juli 1984) tätig. Im Ministerbüro war sie 1. Vorzimmersekretärin, bevor sie im Mai 1985 die neu geschaffene Stelle einer Sachbearbeiterin übernahm. Als solche hatte sie Korrespondenz allgemeinpolitischen Inhalts zu bearbeiten und alle auswärtigen Termine des Ministers organisatorisch vorzubereiten.
Über „Sonja Ls." Vergangenheit und privates Umfeld war im Kolle-

gen- und Bekanntenkreis wenig bekannt. Allgemein hieß es nur, sie sei nach einer kurzen „verfehlten Nachkriegsehe" geschieden worden und habe früher in Berlin gelebt.

Spionage gegen die F. D. P.

Es wird davon ausgegangen, daß die F. D. P. das nachrichtendienstliche Angriffsziel war.
Bei der Durchsuchung ihrer Wohnung wurde eine Foto-Ausrüstung gefunden, die zur Dokumentenfotografie geeignet ist.
Die Ermittlungen dauern an.

Der Fall „Ursula R."

Nach Vorermittlungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz konnte „Ursula R.", die sich falscher biographischer Daten bediente, zweifelsfrei als Agentin eines DDR-Nachrichtendienstes erkannt werden.

Die tatsächliche Ursula R.

Die tatsächliche Ursula R. flüchtete 1951 aus der DDR ins Bundesgebiet und kehrte in den 60er Jahren vermutlich in die DDR zurück.

Die angebliche Ursula R.

Die angebliche Ursula R. wurde sehr wahrscheinlich Ende 1964 in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust.

Absetzen der „Ursula R." vermutlich in die DDR

In ihrem Bekanntenkreis äußerte „Ursula R." zu ihrer Herkunft lediglich, aus Wittenberg/DDR zu stammen und als Waise in einem Heim aufgewachsen zu sein.
In Bonn meldete sich „Ursula R." am 20. September 1965 an, wo sie bis zum Tag ihrer Flucht wohnte.

Beruflicher Werdegang

Nach mehreren kurzfristigen Aushilfstätigkeiten war sie vom 15. Juni 1966 bis 30. September 1972 bei einer Nachrichtenagentur als Leiterin der Abteilung „Versand/Vervielfältigung" beschäftigt. Im Rahmen ihrer Tätigkeit wurden ihr auch Anschriften von Kunden bekannt, die zum Teil unter Deckanschriften bzw. dem Deckabsender einer Mitarbeiterin der Nachrichtenagentur in Ostblockländer angeschrieben wurden.

Bund der Vertriebenen

Am 1. Oktober 1972 wurde sie beim Bund der Vertriebenen (BdV) in Bonn eingestellt. Den Wechsel begründete sie mit günstigeren Arbeitsbedingungen und besserer Bezahlung. Dort war sie zuletzt als Sachbearbeiterin für Buchhaltung und Personalangelegenheiten direkt dem Generalsekretär des BdV unterstellt. Sie hatte den Haushaltsplan zu erstellen und alle finanziellen Angelegenheiten des BdV buchhalterisch abzuwickeln; dazu gehörte auch die Kassen- und Kontenführung. Sie hatte Zugang zu fast allen Vorgängen, auch außerhalb ihres Tätigkeitsbereichs. Dabei handelte es sich insbesondere um Material über die Landsmannschaften und die politische Meinungsbildung der Vertriebenen. Ferner konnte sie sich aus Gesprächen bzw. Protokollen über politische Entscheidungen informieren. Sicherheitsrelevante Unterlagen im Sinne der Verschlußsachenanweisung fielen beim BdV nicht an.
Von 1974 bis 1978 verbrachte „Ursula R." jährlich ihren Urlaub in Rumänien und traf sich dort mit einem „Klaus" aus Berlin, bei dem es sich vermutlich um einen Mitarbeiter des MfS handelt. Nach einer Unterschenkelamputation im Jahr 1980 fuhr sie mehrmals zu Kuraufenthalten nach Heviz/Ungarn. Diese Reisen sind offenbar ebenfalls zur Wahrnehmung nachrichtendienstlicher Treffs genutzt worden. Ferner soll sie mehrmals allein nach Kopenhagen und Berlin gereist sein.
Bei der Durchsuchung der Wohnung der angeblichen Ursula R. wur-

Nachrichtendienstliche Hilfsmittel

de eine leere Aktentasche mit Geheimfach gefunden. Eine Telefonnummer, die auf der letzten Seite des Taschenkalenders des Jahres 1985 notiert war, konnte einem Teilnehmer in Berlin (Ost) zugeordnet werden.
Ebenfalls zurückgelassen wurde ein Kofferradiogerät GRUNDIG Yacht Boy 200, das für den Empfang von Agentenfunk geeignet ist.

Der „Lebensgefährte der Ursula R."

„Ursula R." war zumindest seit Ende 1966 eng mit Lorenz B. befreundet, der ebenfalls seit dem 16. oder 17. August 1985 verschwunden ist und zuletzt beim Amt für Datenverarbeitung der Bundeswehr (ADvBw) als Bote tätig war. Zu seinem Aufgabenbereich gehörte neben dem Transport und dem Verteilen offener Postsachen auch das Einsammeln und Zwischenlagern von VS – Nur für den Dienstgebrauch eingestuftem EDV-Material, das zur Vernichtung bestimmt war.
„Ursula R." und B. waren von 1970 bis 1977 unter derselben Bonner Anschrift gemeldet. Auch vorher hatte sich B. überwiegend in der früheren Wohnung der „Ursula R." aufgehalten, ohne dort gemeldet zu sein. Eigenen Angaben zufolge lernten sich beide beim Tanzen kennen.
Lorenz B. war 1964 als Monteur für eine Firma tätig, die ab 1966 auch Arbeiten im sogenannten Ausweichsitz der Bundesregierung im Ahrtal ausführte. Von 1969 bis 1972 war er als Fahrstuhlmonteur einer Firma tätig, die u. a. die Aufzüge im Deutschen Bundestag wartete.
Als B. im Oktober 1969 eine andere Frau kennenlernte, kam es zu Spannungen im Verhältnis zu „Ursula R.". Vermutlich um sich aus dieser Beziehung zu lösen, verzog B. Ende 1972 mit seiner Bekannten nach Karlsruhe und nahm dort eine Tätigkeit beim Labour Service der US-Streitkräfte auf. 1978 kehrte er mit seiner Bekannten nach Bonn zurück. Die Verbindung zu „Ursula R." wurde bis zuletzt zumindest durch telefonische Kontakte aufrechterhalten.

Gegenstände, die in der Wohnung B. s gefunden wurden, belegen geheimdienstliche Agententätigkeit

Bei der Durchsuchung der Wohnung des B. wurden u. a. drei Kartons mit EDV-Material gefunden, zwei weitere hatte er im ADvBw versteckt deponiert und ebenfalls der Vernichtung entzogen. Die Unterlagen betrafen u. a. Angaben über Fachbereiche der Bundeswehr, wie z. B. Stärke- und Ausrüstungsnachweis 1983/84. Ferner wurden Adressenkalender sichergestellt, in denen sich Zahlennotierungen befinden. Diese konnten als verdeckt notierte Telefonnummern von Inhabern in Berlin (Ost) identifiziert werden. Mit größter Wahrscheinlichkeit dürfte es sich hierbei um konspirative Anschlüsse des MfS handeln.
Das ebenfalls zurückgelassene Radiogerät TELEFUNKEN dacapo 101 ist für den Empfang von Agentenfunksendungen geeignet.

Gemeinsame Flucht nach Warnung?

Am 16./17. August 1985 setzten sich „Ursula R." und Lorenz B. vermutlich in die DDR ab. Da es für eine langfristig vorbereitete Flucht keine Anhaltspunkte gibt, könnten sie zuvor gewarnt worden sein.
Den Abtransport ihres in der Wohnung zurückgelassenen Mobiliars sowie die Begleichung der Forderungen des Vermieters in Höhe von DM 12.000,– (in bar) besorgte am 11. und 12. September 1985 die von ihr bevollmächtigte DDR-Speditionsfirma VEB DEUTRANS.
Auch Lorenz B. war am 16. August 1985 bis kurz vor Dienstschluß

an seinem Arbeitsplatz. Eine im Kollegenkreis für das folgende Wochenende angekündigte Reise zu Bekannten nach Österreich hat er allerdings nicht durchgeführt.
Der Generalbundesanwalt hat gegen „Ursula R." und Lorenz B. Ermittlungsverfahren wegen Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit eingeleitet.
Die Ermittlungen dauern an.

Fall „Severin"

Angestellter einer Kölner Firma als Illegaler

Im Rahmen von Ermittlungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz konnte Eberhard Paul *„Severin"* zweifelsfrei als eingeschleuster Mitarbeiter eines gegnerischen Nachrichtendienstes erkannt werden, der die biographischen Daten einer existenten Person nutzte.
Der tatsächliche Eberhard Paul *Severin* wurde 1935 in Piesteritz geboren. Im Jahre 1955 kam er aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland und war hier bei mehreren Firmen im Raum Stuttgart tätig. Im März 1961 kehrte er in die DDR zurück.

DDR-Rückkehrer liefert Biographie für eine „nahtlose Schleusung

Der angebliche *„Severin"* wurde im Oktober 1965 eingeschleust. Nach seiner Einschleusung arbeitete *„Severin"* zunächst in einem Braunschweiger Betrieb als Lagerarbeiter. Bei seiner Bewerbung hatte er dort angegeben, von März 1961 bis November 1965 bei mehreren Firmen in der Schweiz beschäftigt gewesen zu sein und legte entsprechende Zeugnisse vor. Im Zuge der Ermittlungen konnte jedoch festgestellt werden, daß *„Severins"* Angaben falsch sind und es sich bei den Zeugnissen um Totalfälschungen handelt.
Von Ende 1968 bis September 1970 war *Severin* als Expedient bei einem Kölner Transportunternehmen und ab Oktober 1970 als Lagerverwalter und Versandleiter bei einem Elektronik- und Meßgerätebetrieb in Köln angestellt. Die zuletzt genannte Firma vertreibt Artikel aus dem Hochtechnologiebereich und ist unter anderem Lieferant für die Bundeswehr und für Sicherheitsdienste. *„Severin"* konnte sich an seinem letzten Arbeitsplatz ein genaues Bild sowohl über den Kundenkreis seines Arbeitgebers als auch über alle lieferbaren Gerätetypen verschaffen. Schaltpläne, Gerätebeschreibungen und Bedienungsanleitungen waren ihm zugänglich.

Kündigung des Arbeitsvertrages zum 30. Juni 1985

Im Spätherbst 1984 unterrichtete *„Severin"* die Firmenleitung über seine Absicht, die Firma zu verlassen. Der Arbeitsvertrag wurde im gegenseitigen Einvernehmen zum 30. Juni 1985 aufgelöst. Am 25. Juni 1985 meldete sich *„Severin"* nach Wien/Österreich ab, meldete sich aber dort nicht an. Sein derzeitiger Aufenthaltsort ist unbekannt.

Fall *„Berger* I und II"

Zweifache Nutzung einer Legende

Durch eine Suchmaßnahme konnte ein „Helmuth Martin *Berger"* als unter falscher Identität eingeschleuster inoffizieller Mitarbeiter eines gegnerischen Nachrichtendienstes enttarnt werden. Die weiteren Nachforschungen ergaben dann, daß zwei verschiedene Personen nacheinander unter Verwendung der Legende *Berger* in die Bundesrepublik Deutschland (*„Berger I"*) und nach Österreich (*„Berger II"*) eingeschleust worden waren.

Der tatsächliche Berger

Der tatsächliche Helmuth Martin *Berger* war Ende Oktober 1955 in die Bundesrepublik Deutschland gekommen und hatte das Notaufnahmeverfahren durchlaufen. Über seinen Aufenthalt in der Bun-

desrepublik Deutschland konnte in Erfahrung gebracht werden, daß er bis 1967 bei verschiedenen Firmen als Installateur tätig war und zuletzt zur See gefahren ist.

„Berger I" – Einschleusung in die Bundesrepublik Deutschland

Der angebliche *„Berger I"* zog im Juni 1969 in Mannheim zu. Er gab an, aus Johannesburg/Südafrika zu kommen und legitimierte sich durch die Vorlage eines totalgefälschten deutschen Reisepasses, der offensichtlich nach den Vorgaben eines für den tatsächlichen *Berger* ausgestellten Dokuments gefertigt worden war. Beschäftigt war *„Berger I"* von März 1971 bis September 1977 als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Rehabilitationszentrum in Heidelberg. Während seines Aufenthaltes im Raum Mannheim/Heidelberg soll er mit einer Frau verlobt und aktives Mitglied eines Fallschirmspringerklubs gewesen sein. Ferner wurde bekannt, daß er in näherem Kontakt zu einem ehemaligen Bundeswehrangehörigen gestanden haben soll. Dieser wohnte zumindest zeitweilig im gleichen Haus wie *„Berger I"* und war seinerzeit bei einer NATO-Einrichtung im Raum Heidelberg beschäftigt.

„Berger I" meldete sich im September 1977 nach Wien ab, ließ jedoch in seiner Mannheimer Umgebung verlauten, später in die USA gehen zu wollen, um dort zu promovieren.

„Berger II" – Einschleusung nach Österreich

1979 zog der angebliche *„Berger II"* in Wien/Österreich zu, wo er sich mit dem für *„Berger I"* in Mannheim ausgestellten Reisepaß und einer Geburtsurkunde legitimierte. Von der deutschen Botschaft in Wien erhielt *„Berger II"* dann im Oktober 1980 einen neuen deutschen Reisepaß ausgestellt. Auf dem Paßantrag ist vermerkt, daß das Erscheinungsbild des *„Berger II"* nicht mehr dem Foto ähnlich ist, das sich in dem in Mannheim ausgestellten deutschen Reisepaß befindet. *„Berger II"* war in Österreich bei zwei Firmen als Kunden- und Informationsberater tätig. Wann er Österreich wieder verließ, ist ungeklärt.

Fall Kaczmarek alias „Heinz Peter A."

Eingeschleuster Offizier des polnischen ND

Nach Vorermittlungen der Verfassungsschutzbehörden wurde am 14. März 1985 in Bremen der Angestellte des Amtes für Zuwanderer und Aussiedler beim Senator für Jugend und Soziales, „Heinz Peter A.", wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit festgenommen. Die Ermittlungen hatten ergeben, daß er die biographischen Daten einer anderen Person nutzte. Nachdem bei der Wohnungsdurchsuchung nachrichtendienstliche Hilfsmittel gefunden worden waren, gab er zu, tatsächlich Jerzy *Kaczmarek* zu heißen. Er sei seit 11 Jahren hauptamtlicher Mitarbeiter des polnischen Geheimdienstes – einer Abteilung des Innenministeriums – im Rang eines Oberleutnants.

Der „Legendenspender"

Der tatsächliche Heinz Peter A. wurde in Polen als Sohn einer Deutschen geboren und verstarb dort 1985.

Anwerbung/Ausbildung durch PND

Jerzy *Kaczmarek* ist nach eigenen Angaben in Polen aufgewachsen. Nach dem Besuch der Oberschule studierte er Germanistik. Im letzten Studienjahr wurde er vom polnischen Nachrichtendienst angeworben und nach Abschluß des Studiums (1974 oder 1975) als hauptamtlicher Mitarbeiter übernommen. Er wurde im einseitigen Funkverkehr sowie im Ent- und Verschlüsseln von Nachrichten, dem Anfertigen von latenten Schriften und im Umgang mit Fotogeräten ausgebildet.

1985 stellte ihm der Polnische Nachrichtendienst (PND) Unterlagen

über den „Legendenspender" A. zur Verfügung. Er mußte dessen Lebensweg so nachvollziehen, daß eine lückenlose, überprüfbare Legende daraus entstand. Bereits als angeblicher A. arbeitete er ab April 1976 bis zu seiner Ausreise 1978 als Deutschlehrer in verschiedenen Schulen in Bromberg und Monki.

Vorbereitung auf und Schleusung unter Legende

Von Bromberg aus nahm er mit weitläufigen Verwandten des „Legendenspenders" in der DDR Kontakt auf und versuchte, über diese Personen Kontakt zur Mutter des tatsächlichen A. zu bekommen. Das erste Zusammentreffen mit ihr fand im Sommer 1977 in der DDR statt. Nachdem „Heinz Peter A." die Schwester der „Mutter" besucht hatte, stellte diese bei den polnischen Behörden für ihren „Neffen" einen Besuchsantrag für die Bundesrepublik Deutschland. „A." besorgte sich einen polnischen Reisepaß und erhielt von der deutschen Botschaft in Warschau ein Visum.

Im Februar 1978 reiste „A." in die Bundesrepublik Deutschland. Zunächst meldete er sich unter der Anschrift seiner „Mutter" an. Nach deren überraschendem Tod noch am Tag des Wiedersehens begab er sich mit einem „Onkel" nach Bremen, wo er bis zu seiner Festnahme wohnte. Nachdem „Heinz Peter A." aufgrund seiner Abstammung als Deutscher anerkannt worden war, beantragte er auf Weisung seiner Führungsstelle die Entlassung aus der polnischen Staatsbürgerschaft.

Nach seiner Einschleusung vermittelte ihm das Arbeitsamt eine zunächst befristete Stelle als Mitarbeiter beim Amt für Zuwanderer und Aussiedler in Bremen. Nach dem Ausscheiden einer Sachbearbeiterin wurde er dort unbefristet als Angestellter übernommen und war zuständig für die Bearbeitung von Anträgen auf Ausstellung von Vertriebenen- und Flüchtlingsausweisen nach dem Bundesvertriebenengesetz. Außerdem wurde er Mitarbeiter bei der Volkshochschule Bremen. Als Kursleiter und Dozent erteilte er polnischen Spätaussiedlern Deutschunterricht.

Anstellung beim Amt für Zuwanderer und Aussiedler in Bremen

Nach eigenen Angaben war „Heinz Peter A." als Perspektivagent ohne besonderen Auftrag in die Bundesrepublik Deutschland entsandt worden. Der Generalauftrag lautete, Kontakte zu möglichst vielen Personen herzustellen, um an Abschöpfungsmöglichkeiten zu kommen. Um diesen Auftrag zu erfüllen, wurde „Heinz Peter A." Mitglied der SPD und – auf Weisung der Führungsstelle – der ÖTV. Als Mitarbeiter bei „Terre des Hommes" gelangte er u. a. an Informationen über Rüstungsexporte in die 3. Welt. Außerdem sollte er sich um die Mitglieder der in Bremen etablierten Gewerkschaft SOLIDARITÄT kümmern.

„Perspektivagent"

Als Mitarbeiter des Amtes für Zuwanderer und Aussiedler hatte „Heinz Peter A." ungehinderten Zugang zu den Akten mit vertraulichen Informationen der Antragsteller. Außerdem war er berechtigt, für die Antragsbearbeitung erforderliche Notaufnahmeakten und Unterlagen des Ausländer-, Stadt- und Polizeiamtes etc. beizuziehen.

Zugangsmöglichkeiten

„Heinz Peter A." hat zugegeben, 1981 und 1982 Treffs mit seinem Führungsoffizier in Jugoslawien abgewickelt zu haben. Die Materialübergabe erfolgte bei Kuriertreffs, die von „A." über verschiedene Deckadressen angefordert werden mußten. Die Ankunft des Kuriers und der Treffort wurden über Funk mitgeteilt. Bei der Wohnungsdurchsuchung wurden nachrichtendienstliche Hilfsmittel gefunden,

u. a. Kontaktpapier und Schlüsselunterlagen, die in Containern versteckt waren.
Jerzy *Kaczmarek* kehrte im Februar 1986 im Rahmen eines Häftlingsaustauschs nach Polen zurück.

III. Legale Residenturen*

1. Überblick

Anteil der ND-Offiziere ist gleichbleibend hoch

Den nachrichtendienstlichen Stützpunkten in den offiziellen Vertretungen kommunistisch regierter Staaten in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) kommt weiterhin zentrale Bedeutung zu. Dies wird auch durch den gleichbleibend hohen Anteil der erkannten Nachrichtendienst-Offiziere am Gesamtpersonalbestand der Botschaften, Konsulate und Handelsvertretungen der Warschauer-Pakt-Staaten belegt.
Die Angehörigen der Legalresidenturen setzten ihre Bemühungen fort, Bürger der Bundesrepublik Deutschland für eine geheimdienstliche Mitarbeit zu gewinnen oder ihr nachrichtendienstlich interessantes Wissen „abzuschöpfen". Daneben waren Emigrantenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland ihre Zielobjekte.

Illegaler Technologietransfer

Wie im Vorjahr hatten die Legalresidenturen die besondere Aufgabe, hochwertige wissenschaftlich-technische Informationen und Technologien (Embargogüter) illegal beschaffen zu lassen. In den Handelsabteilungen der Botschaften und in offiziellen Handelsvertretungen eingesetzte ND-Offiziere besuchten zahlreiche Messen und Kongresse, um Kontakte zu Firmenangehörigen herzustellen, die über interessante Zugänge verfügen. Nach anfänglich legalen Geschäften, bei denen sie insbesondere kleineren Zuliefererbetrieben Absatzmöglichkeiten im Ost-West-Geschäft in Aussicht stellten, versuchten sie regelmäßig, die Zusammenarbeit auf die Beschaffung von Embargogütern auszudehnen. In diesem Zusammenhang ist auch die Tätigkeit der Angehörigen von Staaten des Warschauer-Paktes zu sehen, die in Niederlassungen östlicher Staatshandelsunternehmen und in sog. „Gemischten Firmen" in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt sind und nachrichtendienstlichen Aktivitäten nachgehen. Sie können dies besonders gut tarnen, da sich ihre Unternehmenstätigkeit auch auf legale Geschäfte erstreckt.

„Gemischte Firmen"

* Stützpunkte eines Nachrichtendienstes im Operationsgebiet, getarnt in einer offiziellen Institution (z. B. Botschaft), mit der Aufgabe, nachrichtendienstlich gegen das Gastland zu arbeiten.

2. UdSSR

Residenturen der sowjetischen Nachrichtendienste KGB und GRU

In der Bundesrepublik Deutschland unterhalten der zivile sowjetische Nachrichtendienst KGB und der militärische sowjetische Nachrichtendienst GRU jeweils eine Residentur. Die Angehörigen dieser Residenturen sind u. a. durch offizielle Funktionen in der Sowjetischen Botschaft, der Sowjetischen Handelsvertretung (SHV) und dem Sowjetischen Generalkonsulat abgedeckt.

Nachrichtendienstliche Aktivitäten von SHV-Mitarbeitern

Die Zahl der erkannten ND-Offiziere oder einer geheimdienstlichen Tätigkeit dringend verdächtigen Mitarbeiter ist im Berichtszeitraum im wesentlichen konstant geblieben. Neben der offenen Abschöpfung ihrer Gesprächspartner versuchen die ND-Offiziere auch mit klassischen nachrichtendienstlichen Methoden, interessante Informationen, Unterlagen und Industrieerzeugnisse zu beschaffen. Insbesondere den ND-Offizieren in der SHV kam wieder eine wichtige Rolle bei der Beschaffung hochwertiger westlicher Technologien zu, deren Ausfuhr nach dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und aufgrund der COCOM-Vereinbarung („Coordinating Committee for East West Trade Policy") untersagt ist. Während die nachrichtendienstlich nicht tätigen Mitarbeiter beauftragt sind, sowjetische Produkte in der Bundesrepublik Deutschland zu verkaufen, sind die ND-Offiziere in der Regel für Warenlieferungen in die UdSSR zuständig. Damit bietet sich ihnen die Möglichkeit, zunächst unverfängliche Kontakte zu Industrieunternehmen und Handelsbetrieben aufzubauen. Dabei haben die ND-Offiziere verstärkt versucht, Kontakte zu kleinen Unternehmen und deren Mitarbeitern aufzunehmen.

Täuschung über die wahren Absichten

Unter Ausnutzung auch finanzieller Schwierigkeiten werden den Geschäftsleuten zunächst legale Geschäfte in Aussicht gestellt. Deren Abschluß wird jedoch von der Lieferung bestimmter Embargogüter – zunächst in kleinen Mengen und von geringerer Bedeutung – abhängig gemacht. Nach einer ersten Transaktion befindet sich der Geschäftsmann dann in einer Zwangslage, die gegnerische Nachrichtendienste auszunutzen verstehen. Ein klassisches Beispiel für die Arbeitsweise des sowjetischen Nachrichtendienstes ist der Fall *Semljakow*:

Festnahme eines SHV-Mitarbeiters bei Wahrnehmung eines Treffs

Nach Vorermittlungen der Verfassungsschutzbehörden wurde der Mitarbeiter der SHV Jewgenij *Semljakow* am 13. April 1985 bei der Wahrnehmung eines nachrichtendienstlichen Treffs mit dem kaufmännischen Angestellten B. in Köln festgenommen. Der 4. Strafsenat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf verurteilt *Semljakow* am 6. September 1985 wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren.

Semljakow gehörte der SHV seit Dezember 1983 als Mitarbeiter ohne diplomatischen Status an. Er vertrat dort die sowjetische staatliche Außenhandelsvereinigung MASCHPRIBORINTORG, die u. a. für die Ein- und Ausfuhr von elektronischen Meßgeräten, Laborausrüstungen und optischen Prüfgeräten sowie für die Einfuhr

von Ausrüstungen für die drahtlose Nachrichtentechnik, von Fernmeldeausrüstungen und Prüfgeräten zuständig ist.

Kontaktaufnahme anläßlich einer Messe

Semljakow hatte B. im Januar 1984 auf der internationalen Bootsausstellung in Düsseldorf am Messestand seiner Beschäftigungsfirma angesprochen, Interesse an Funkgeräten bekundet und entsprechende Geschäftsabschlüsse in Aussicht gestellt. B. überreichte seine Visitenkarte mit dem Hinweis, *Semljakow* könne ihn später am Arbeitsplatz anrufen.

Nach der Bootsausstellung erhielt B. einen Anruf in seiner Beschäftigungsfirma. Dabei gab *Semljakow* vor, einen geschäftlichen Auftrag unterbreiten zu wollen und lud B. zu einer Unterredung nach Köln ein. In der Folgezeit kam es zu regelmäßigen Treffs im Stadtgebiet Köln. Seine wahre Identität und seine Tätigkeit für die sowjetische Außenhandelsgesellschaft MASCHPRIBORINTORG gab er nicht preis, sondern vermittelte den Eindruck, freier Handelsvertreter zu sein, der für seine Auftraggeber in der Bundesrepublik Deutschland Geschäftsabschlüsse tätigt. Er ließ B. darüber hinaus im Glauben, lediglich eine normale Geschäftsbeziehung aufbauen zu wollen.

Sicherheitsvorkehrungen

Tatsächlich war *Semljakow* von Anfang an bestrebt, den Kontakt zu einer nachrichtendienstlichen Verbindung auszubauen. Zunächst traf er umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen, um die Verbindung gegenüber Außenstehenden zu verheimlichen und sich einer möglichen Überwachung durch die Sicherheitsbehörden zu entziehen. So traf er mit B. nicht in dessen Beschäftigungsfirma, sondern in Köln zusammen, um der für ihn bestehenden Meldepflicht bei Reisen an entferntere Orte zu entgehen. Ferner wurde ein Verbindungsweg vereinbart, der es ausschließlich S. ermöglichte, Kontakt zu B. aufzunehmen. Um eine telefonische oder schriftliche Verbindungsaufnahme zu vermeiden, vereinbarte er mit B. schon beim jeweils vorhergehenden Treff Ort und Zeit der nächsten Zusammenkunft; ein Ausweichtreff wurde ebenfalls abgesprochen. Beim letzten Treff verlegte *Semljakow* die Trefftermine von normalen Arbeitstagen auf das Wochenende.

Zielrichtung Spitzentechnologien

Im gleichen Maße, wie *Semljakow* den Kontakt und die Zusammenkünfte mit B. konspirativ gestaltete, ließ er den eigentlichen Zweck der Verbindung erkennen. Während er B. zunächst veranlaßt hatte, die Produkte seiner Beschäftigungsfirma vorzustellen und zu erläutern, zeigte er sich kurze Zeit später nicht mehr daran interessiert. Statt dessen legte er den Schwerpunkt seines Interesses auf die konspirative Beschaffung geschützter westlicher Spitzentechnologien sowie auf Leistungsbeschreibungen und Schaltpläne von Produkten, die im militärischen Radar- und Funkbereich eingesetzt und wegen der Embargobestimmungen nicht in Länder des kommunistischen Machtbereichs geliefert werden dürfen.

Anwerbung weiterer Person mit interessanten Zugängen

Um die Beschaffungsmöglichkeiten zu verbessern, sollte B. Bekannte aus der Elektronikbranche durch Geschenke oder Barleistungen veranlassen, entsprechende Schaltpläne zu liefern. Ferner sollte er Personen, die in finanziellen Schwierigkeiten waren und über geeignete Verbindungen verfügten, ausfindig machen und im Sinne von *Semljakow* „betreuen" oder diesem zuführen. Schließlich forderte er B. auf, gegenüber Dritten keine Angaben über die Verbindung zu

machen und ihn betreffende Geschäftsunterlagen sofort zu vernichten, damit sie nicht in „falsche" Hände gerieten.

Zahlungsmodalitäten

In finanzieller Hinsicht suchte *Semljakow* zu erreichen, daß Geschäfte bis zu DM 20.000,– DM von B. vorfinanziert und diese erst 30 Tage nach Lieferung „unter der Hand" in bar abgewickelt werden sollten.
Die erste Ware bezahlte *Semljakow* allerdings zum vereinbarten Zeitpunkt und vergütete den fast doppelten Preis. Er wies darauf hin, daß er sich auch weiterhin großzügig zeigen werde. B., der sich den Verfassungsschutzbehörden offenbart hatte, kam den Aufträgen *Semljakows* nur in geringem Umfang nach.
Durch die Festnahme *Semljakows* konnte verhindert werden, daß dem sowjetischen Nachrichtendienst erhebliche Erkenntnisse auf militärtechnologischem Gebiet zufielen.

Ebenfalls ein Angehöriger der Sowjetischen Handelsvertretung mußte im Jahre 1985 die Bundesrepublik Deutschland wegen statuswidriger Aktivitäten verlassen.

Zusammenarbeit zwischen Legalresidenturen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR

Der nachfolgende Fall zeigt, daß Zielpersonen von der sowjetischen Legalresidentur auch an ND-Dienststellen in der DDR übergeben werden:

Im Sommer 1984 beantragte der arbeitslose Herbert A. bei der sowjetischen Botschaft in Bonn ein Visum, um seinen Onkel in der UdSSR zu besuchen. Kurze Zeit später wurde er von dem Botschaftsangehörigen L. aufgefordert, in ein Kölner Lokal zu kommen, da noch Unstimmigkeiten zu klären seien. Bei diesem und drei weiteren Treffen, die alle in Kölner Lokalen stattfanden, erkundigte sich L. auch nach der beruflichen Tätigkeit des A. Dieser beschäftigte sich seit einigen Jahren intensiv mit der Errichtung von Schutzplätzen und Luftschutzräumen. Für den Bau derartiger Anlagen hatte er ein Verfahren entwickelt, auf das er verschiedene Patente besaß. L. gratulierte A. zu seiner Erfindung und stellte ihm wirtschaftliche Unterstützung in Aussicht. Voraussetzung sei jedoch eine Prüfung durch sowjetische Fachleute, die aus Zeitgründen in Moskau oder Berlin-Ost erfolgen sollte.

Täuschung über die wahren Absichten

Auf Vermittlung des L. traf A. dann im Herbst 1984 im Restaurant Moskau in Berlin-Ost erstmalig mit einem angeblichen sowjetischen Wissenschaftler zusammen. Nachdem dieser die Unterlagen des A. eingesehen hatte, erörterte er neben Fachfragen auch die Modalitäten einer Zusammenarbeit mit A. Die Verhandlungen blieben ohne konkretes Ergebnis. A. erhielt den Auftrag, zum nächsten Treff Prospektmaterial über die Ausrüstung der Schutzbunker mitzubringen.
Bei weiteren Treffs in Berlin (Ost) sollte A. für die Zusammenarbeit einen „Know-how-Vertrag" ausarbeiten, der in Moskau geprüft und bestätigt werden würde. Außerdem wies der sowjetische Wissenschaftler A. an, verschiedene Ausrüstungsgegenstände für Schutzbunker zu beschaffen. A. erhielt bei den Treffs insgesamt DM 1.500,– an Spesen und Prämien, die er jeweils mit Klarnamen quittieren mußte.
Beim letzten Treff wurde A. wie bisher am Restaurant Moskau in Berlin (Ost) abgeholt und in ein kasernenähnliches Objekt gebracht. Dort befragte man ihn nach seinen familiären Verhältnissen und sei-

nen Zugängen zum Patentamt. Er wurde beauftragt, beim Patentamt Unterlagen über andere Schutzraumtechnologien zu beschaffen. Dies sei unverdächtig, da A. ein berechtigtes Interesse an Neuentwicklungen vorgeben könne. Den erneuten Empfang von Geld mußte A. mit einem Decknamen quittieren.
Bei diesem letzten Treff erkannte A. den nachrichtendienstlichen Hintergrund der „Geschäftsgespräche".

Sowjetische Militärmissionen in der Bundesrepublik Deutschland

Legale Residenturen der sowjetischen Nachrichtendienste sind auch die bei den Oberbefehlshabern der Stationierungsstreitkräfte der Drei Mächte akkreditierten sowjetischen Militärmissionen (SMM) mit Sitz in Bünde/Westf., Baden-Baden und Frankfurt/M. Sie haben z. Zt. einen Personalbestand von insgesamt 22 Offizieren und 28 Hilfskräften. Alle Missionsmitglieder sind Angehörige des sowjetischen militärischen Nachrichtendienstes „RSWEDKA UPRAWENIE" (RU). Dieser Dienst ist für den militärisch-taktischen Bereich – wie die Aufklärung mobiler und stationärer Einrichtungen der Alliierten einschließlich der Bundeswehr – zuständig. Dachorganisation ist die „Gruppe sowjetischer Truppen in Deutschland" (GSTD) mit Sitz in Potsdam. Die für den militärisch-strategischen Bereich zuständige GRU nimmt gegenüber dem RU nur koordinierende Funktionen wahr.

Operative Erkundigungsfahrten durch SMM-Offiziere

Da die laufende Beschaffung von aktuellen militärischen Informationen eine der Hauptaufgaben der SMM ist, führen sie operative Erkundungsfahrten mit dem Ziel durch, potentielle Ziele der Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten – offen oder verdeckt – auszuspähen. Ihr Interesse erstreckt sich dabei nicht nur auf militärische Objekte, sondern auch auf strategisch bedeutsame zivile Anlagen.
Alle SMM-Angehörigen waren ab März dieses Jahres in ihren Aktionen erheblich beeinträchtigt, weil die Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland als Reaktion auf den tödlichen Zwischenfall am 24. März 1985 in Ludwigslust/DDR gewisse Einschränkungen ihrer Mobilität und ihrer besonderen Vergünstigungen angeordnet hatten. So wurden die Reisebewegungen durch die Militärpolizei verstärkt überwacht, Fahrten zu sowjetischen Vertretungen in anderen Stationierungszonen nicht genehmigt und Besuche in alliierten Versorgungseinrichtungen untersagt. Auch die Offiziere der GSTD aus Potsdam, die regelmäßig die SMM aufsuchen, durften nicht mehr wie bisher von einer Stationierungszone in die andere reisen, sondern mußten in die DDR zurückkehren.
Diese Maßnahmen hatten zunächst einen erheblichen Rückgang der operativen Erkundungsfahrten zur Folge. Die Presse- und Fernsehberichterstattung über die Präsenz der SMM und ihre Spionageaktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland verstärkten die Zurückhaltung. Mit Beginn der bundesweiten NATO-Herbst-Manöver im September erreichten die Erkundungsreisen der SMM-Beschaffungsoffiziere im amerikanischen Zuständigkeitsbereich jedoch annähernd wieder den alten Stand.

3. ČSSR

Residenturen von StB und ZS

Der Anteil der erkannten und verdächtigen Angehörigen des zivilen Nachrichtendienstes StB sowie des militärischen Nachrichtendienstes ZS lag 1985 nach wie vor bei einem Drittel der Gesamtzahl der Beschäftigten.

Die in der Botschaft tätigen ND-Angehörigen setzten auch im Berichtsjahr ihre gegen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bündnispartner gerichteten nachrichtendienstlichen Aktivitäten unvermindert fort.

Aufklärungsarbeit im politischen Bereich

In der Politischen Abteilung der ČSSR-Botschaft, die vom ständigen Vertreter des Botschafters geleitet wird, ist eine Reihe von Personen tätig, deren Aufgabe es ist, auf offenem oder nachrichtendienstlichem Wege Informationen über die politischen Entwicklungen zu sammeln. Zu diesem Zweck bemühen sich vor allem die dort tätigen ND-Offiziere, überwiegend StB-Angehörige, um möglichst viele interessante Kontaktpersonen. Als Kontaktbasis werden bevorzugt Seminare, Tagungen und andere Veranstaltungen politischer oder gesellschaftspolitischer Organisationen genutzt. Als beliebte Ansprechpartner gelten die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Bundestagsfraktionen sowie Mitarbeiter der Bonner Parteizentralen.

ND-Aktivitäten unter dem Deckmantel diplomatischer Betätigung

Da die ND-Offiziere ihre Kontaktpersonen unter der Legende diplomatischer Betätigung aufsuchen. fällt es häufig schwer, den nachrichtendienstlichen Hintergrund der Gespräche zu erkennen. Die Erfahrungen zeigen jedoch, daß es nur selten um einen echten Meinungsaustausch geht. Der Gesprächspartner soll einseitig abgeschöpft und auf eine mögliche nachrichtendienstliche Eignung hin überprüft werden.

Wirtschaftsspionage

Die Mitarbeiter in der Abteilung „Wirtschaftspolitik/Wissenschaft und Technik", die zum Teil ebenfalls ND-Angehörige sind, bemühen sich zum einen um die Förderung der deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen und zum anderen um die Beschaffung von Informationen aus dem Technologiebereich. Aus diesem Grunde arbeiten in dieser Abteilung auch die Vertreter der tschechoslowakischen „Staatskommission für wissenschaftlich-technische- und Investitionsentwicklung" (SKVTIR). Ihre Aufgabe ist es, die in Wissenschaft und Technik gewonnenen Erkenntnisse der eigenen Volkswirtschaft zuzuführen. Bei der Beschaffung von Informationen über die technologischen Entwicklungen in den NATO-Staaten stehen die Bereiche Elektrotechnik, Mikroelektronik, Datenverarbeitung, Umweltschutz sowie Glasfasertechnologie im Vordergrund, da die ČSSR in diesen Industriezweigen einen erheblichen Nachholbedarf hat.

Mikroelektronik, EDV-Verfahren, Umweltschutz- und Glasfasertechnologie

Militärische Ausspähung

Die Angehörigen des Militärattachéstabes gehören dem militärischen Nachrichtendienst ZS an, der innerhalb des Verteidigungsministeriums in der Nachrichten-Verwaltung („Zpravodajska Sprava") des Generalstabes der tschechoslowakischen Volksarmee etabliert ist und rein offensive Auslandsaufklärung betreibt.

Unverändert bemühen sich die Militärattachés um Kontakte zur Bundeswehr, zum Bundeswehrverband, zu Reservisten- und Wehrkundevereinen sowie zur Rüstungsindustrie und versuchen, geeignete Kontaktpersonen nachrichtendienstlich zu verstricken.

Technologiebeschaffung durch die Handelsabteilung der ČSSR-Botschaft

Nach dem Umzug der Konsular- und Visaabteilung in das neue Botschaftsgebäude wird das Objekt in Köln jetzt ausschließlich von der Handelsabteilung genutzt. Die dort tätigen ND-Offiziere beschaffen sich zunächst Informationsmaterial über militärisch nutzbare Hochleistungstechnologien, um dann gezielt Embargogüter zu kaufen; dabei werden häufig Zwischenhändler oder Privatpersonen eingeschaltet, um nicht selbst als Empfänger der Ware zu erscheinen.

Im September/Oktober 1985 mußten zwei Angehörige der tschechoslowakischen Handelsabteilung wegen statuswidriger Aktivitäten die Bundesrepublik Deutschland verlassen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte in beiden Fällen eine nachrichtendienstliche Betätigung nachgewiesen.

4. Die Volksrepublik (VR) Polen

Residenturen von SB und Z II

An der diplomatischen Vertretung der VR Polen in Köln sind gegenwärtig 83 Diplomaten akkreditiert, von denen rund 70 % einem der beiden Polnischen Nachrichtendienste (PND), dem zivilen Auslandsnachrichtendienst (SB) – Department I des Innenministeriums (MsW) – oder dem militärischen Auslandsnachrichtendienst (Z II) – II. Verwaltung des Generalstabs der Polnischen Armee – angehören.

Zusätzlich zu dem akkreditierten Personal entsendet das Polnische Außenministerium (MSZ) jährlich zwischen 60 und 80 Personen, die

Sog. Saisonaushilfskräfte

als sogenannte Saisonaushilfskräfte für etwa 3 Monate im Konsulat in Köln eingesetzt werden. Daß sie bei ihrem kurzen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur legalen Aushilfstätigkeiten nachgehen, belegt folgendes Beispiel:

Polnische Emigration

Eine polnische Staatsbürgerin wurde anläßlich einer Reise in die Bundesrepublik Deutschland vor ihrer Ausreise aus der VR Polen von einem Offizier des PND kontaktiert und zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit geworben. Auftragsgemäß sollte sie nach ihrer Einreise in die Bundesrepublik Deutschland Informationen aus polnischen Emigrantenkreisen sammeln und an ihren Führungsoffizier in Polen weiterleiten. Da sie nach Eintreffen im Bundesgebiet um Asyl nachsuchte und ihrer nachrichtendienstlichen Verpflichtung nicht nachkam, reiste ihr Führungsoffizier kurzfristig unter der Legende einer „Saisonaushilfskraft" an die Polnische Botschaft in Köln. Kurz vor seiner Rückreise in die VR Polen suchte er die Asylantin in ihrer Wohnung auf und erinnerte sie eindringlich an ihren nachrichtendienstlichen Auftrag.

Besondere Bedeutung kommt der wirtschaftspolitischen Abteilung der Botschaft zu. Die dort tätigen Diplomaten sind weitgehend An-

gehörige einer Abteilung des SB, die für die Beschaffung wirtschaftlicher, technischer und wissenschaftlicher Informationen zuständig ist. Die in der Konsularabteilung eingesetzten ND-Offiziere nutzen im Zusammenhang mit Paß- und Visaangelegenheiten immer wieder entstehende Zwangssituationen von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden polnischen Staatsbürgern für Werbungsversuche.

Ausnutzen von Zwangssituation im Zusammenhang mit Paß- und Visaangelegenheiten

Dazu folgendes Beispiel:
Ein seit längerer Zeit an einer westdeutschen Universität arbeitender polnischer Gastwissenschaftler versuchte seinen abgelaufenen Paß beim Konsulat der Polnischen Botschaft in Köln verlängern zu lassen. Der zuständige Konsulatsbeamte machte die Verlängerung des Passes jedoch von der Bereitschaft des Gastwissenschaftlers zur Mitarbeit für den PND abhängig. Da dieser eine Mitarbeit ablehnte, verweigerte ihm das Konsulat die beantragte Paßverlängerung und forderte ihn zur sofortigen Rückkehr in die VR Polen auf. Der polnische Gastwissenschaftler kam dieser Aufforderung nicht nach, sondern beantragte in der Bundesrepublik Deutschland politisches Asyl.

IV. Festnahmen und Verurteilungen

1985 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 18 Personen wegen des Verdachts einer geheimdienstlichen Agententätigkeit für einen kommunistischen Nachrichtendienst von den Strafverfolgungsbehörden festgenommen. Von den Festgenommenen waren 16 Personen von einem DDR-Nachrichtendienst, einer von einem polnischen und einer von einem sowjetischen Nachrichtendienst angeworben worden.
Im gleichen Zeitraum verurteilten Gerichte der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) insgesamt 13 Personen rechtskräftig wegen Straftaten im Bereich „Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit" (§§ 93–101 a StGB). 12 Personen waren von einem DDR-Nachrichtendienst und eine Person von einem tschechoslowakischen Nachrichtendienst geführt worden.

Geheimschutz – präventive Spionageabwehr 1985

I. Allgemeines

Im Rahmen der Spionageabwehr fällt der präventiven Spionageabwehr, dem sog. Geheimschutz, in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Aufgabe zu. Ziel des Geheimschutzes ist es, mit vorbeugenden Maßnahmen wie z. B. Sicherheitsüberprüfungen sowie technischen und organisatorischen Sicherungsvorkehrungen dem unvermindert anhaltenden Ausspähungsdruck gegnerischer Nachrichtendienste entgegenzutreten.
Gerade die Spionagefälle des Jahres 1985 bestätigen die seit langem bestehende Erkenntnis, daß sich die Sicherheitsbehörden nicht darauf beschränken dürfen, Agenten gegnerischer Nachrichtendienste zu enttarnen und einer Bestrafung zuzuführen. Es gilt vielmehr, diejenigen Behörden und Wirtschaftsunternehmen der Rüstungsindustrie, die nach den Erkenntnissen der Spionageabwehr gefährdet sind, durch vorbeugende Maßnahmen zusätzlich zu schützen. Hierbei handelt es sich im wesentlichen um
- die obersten Bundesbehörden
- ca. 300 sonstige Bundesbehörden
- ca. 1.000 Unternehmen der Rüstungsindustrie.

Die Bundesrepublik Deutschland ist im eigenen Interesse, aber auch als Mitgliedstaat der Organisation des Nordatlantikvertrages (NATO) gehalten, bestimmte Mindestanforderungen zum Schutz geheimhaltungsbedürftiger Vorgänge zu beachten. Der vorbeugende Geheimschutz dient somit auch supranationalen Interessen.
Um die Abwehrarbeit möglichst wirksam zu gestalten, sind die Maßnahmen des Geheimschutzes nach Umfang und Intensität weitgehend an den Schwerpunkten gegnerischer Ausspähungsbemühungen orientiert.

II. Die Organisation des Geheimschutzes

Der Geheimschutz als Aufgabe der Spionageabwehr obliegt in der Bundesrepublik Deutschland den Verfassungsschutzbehörden als sog. „Mitwirkungsaufgabe". Die eigentliche Verantwortung für die Durchführung der gebotenen Geheimschutzmaßnahmen tragen die betroffenen Behörden selbst.
Sie haben hierfür eigene Geheimschutzbeauftragte zu bestellen. Im

Rahmen der präventiven Spionageabwehr werden sie bei der Durchführung dieser Aufgaben von den Verfassungsschutzbehörden unterstützt, indem diese ihr Wissen um Vorgehensweisen gegnerischer Nachrichtendienste laufend vermitteln.
Für den Geheimschutz in der Rüstungsindustrie zeichnet der Bundesminister für Wirtschaft verantwortlich. Auch er wird insoweit von den Verfassungsschutzbehörden im Rahmen ihrer Mitwirkungsverpflichtung unterstützt.

III. Der personelle Geheimschutz

Hauptziel der präventiven Spionageabwehr ist es, zu verhindern, daß es gegnerischen Nachrichtendiensten gelingt, Behörden und Industrieunternehmen der Rüstungsindustrie mit Agenten zu durchsetzen und, wenn dies doch gelingt, eine Spionagetätigkeit durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so einzuengen, daß der Schaden in Grenzen gehalten werden kann. Es ist daher notwendig, Personen, die in sicherheitsempfindlicher Tätigkeit beschäftigt werden, vorher einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen.
Die jeweilige Beschäftigungsbehörde bzw. – im Bereich der Wirtschaft – der Bundesminister für Wirtschaft legt fest, welche Personen zu überprüfen sind. Auswahlkriterium ist dabei, ob die zu Überprüfenden mit geheimen Informationen befaßt werden oder sich zu ihnen Zugang verschaffen können. Aufgabe und Ziel des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) bei der Sicherheitsüberprüfung ist es, solche Informationen zu sammeln und auszuwerten, die eine zuverlässige Beurteilung gestatten, ob eine Person für eine sicherheitsempfindliche Position uneingeschränkt geeignet erscheint. Sollten dabei sog. „Sicherheitsrisiken" bekannt werden, Umstände also, die bei einer prognostischen Schau Zweifel an einer uneingeschränkten Eignung aufkommen lassen, wird das BfV empfehlen, den jeweiligen Überprüften von geheimen Informationen fernzuhalten.
Die Sicherheitsüberprüfung ist nicht zu verwechseln mit der Prüfung der Verfassungstreue. Die Sicherheitsüberprüfung erfolgt nur für relativ wenige Personen in sicherheitsempfindlichen Positionen (verkürzt: für Geheimnisträger). Die Prüfung der Verfassungstreue muß – in welcher Form und Intensität auch immer – bei allen Bewerbern für den öffentlichen Dienst erfolgen. Von ihrem Umfang her ist die Sicherheitsüberprüfung weiter als die Prüfung der Verfassungstreue; sie beschäftigt sich nicht nur mit der staatsbürgerlichen Loyalität, sondern auch mit etwaigen charakterlichen Schwächen, Verbindungen in den kommunistischen Machtbereich und sonstigen Ansatzpunkten für gegnerische Nachrichtendienste.
Gerade das sog. unverschuldete Sicherheitsrisiko einer engen Bindung an einen Menschen im kommunistischen Machtbereich ist in

der Vergangenheit häufig als ein Mittel genutzt worden, um eine Person für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit zu gewinnen.

IV. Der materielle Geheimschutz

Den Zwecken des Geheimschutzes dienen organisatorische und technische Sicherheitsmaßnahmen, mit denen geheime Informationen gegenüber Unbefugten geschützt werden sollen (z. B. Organisationsvorschriften, Stahlschränke, Alarmsysteme). Diese Sicherheitsvorkehrungen unterliegen besonderen Anforderungen und bedürfen regelmäßiger Kontrollen hinsichtlich ihrer Einhaltung.
Im Jahre 1985 wurden diese Maßnahmen des organisatorischen und technischen Geheimschutzes weiter verbessert, um Schaden abzuwenden oder jedenfalls zu minimieren. Auch hier hat die Auswertung der Spionagefälle im Berichtsjahr ergeben, daß durch solche Sicherheitsmaßnahmen die Ausspähung durch gegnerische Nachrichtendienste erheblich erschwert, wenn nicht sogar in vielen Fällen vereitelt wurde.
Es kam jedoch immer wieder zu teilweise schweren Sicherheitseinbrüchen, wenn Unverständnis, Naivität und Bequemlichkeit eine nachlässige Beachtung bestehender Vorschriften zur Folge hatte. Dieser menschlich begreiflichen Erscheinung wurde mit laufender Beratung, Schulung und Sensibilisierung der Behörden und Rüstungsindustrie, u. a. auch durch Filme, Plakate und Sicherheitsbroschüren, entgegengewirkt.
Besonderes Augenmerk wurde der im Bereich von Industrie und Behörden entstehenden Datenverarbeitung gewidmet, die inzwischen für die Forschungs- und Verwaltungsarbeit nicht nur bislang ungeahnte Möglichkeiten eröffnet, sondern die auch zu größeren Schäden führen kann, wenn es einem fremden Dienst gelingt, gespeicherte Informationen heimlich abzurufen. Seit einiger Zeit wird aus den Aufträgen der gegnerischen Nachrichtendienste deutlich, daß diese Möglichkeiten dort bekannt sind und in die Ausforschungsmethodik Eingang finden. Dem galt es 1985 durch entsprechende neu zu entwickelnde Geheimschutzmaßnahmen vorzubeugen. Das bedeutet, einen Datenschutz auch unter Sicherheitsaspekten aufzubauen, eine Aufgabe, die für die Zukunft ein Schwerpunkt präventiver Abwehrarbeit sein wird.

V. Geheimschutzaufklärung

Die präventive Spionageabwehr hat nicht nur die Anwerbung von Bundesbürgern durch gegnerische Nachrichtendienste zu erschwe-

Reden ist Silber – Schweigen ist Sicherheit.

Darum: Verschlußsachen sind kein allgemeines Gesprächsthema – erst recht nicht in der Öffentlichkeit.

Agenten sind „Allesfresser."

Darum: Keine Verschlußsachen liegenlassen – Geheimhaltungsvorschriften beachten.

OFFEN GESAGT: DIESER SCHRANK MUSS ZU SEIN!

Unser Land vertraut Ihnen.

ren, sondern auch das Ziel, Menschen, die sich nachrichtendienstlich verstrickt haben, zu helfen.

Die Erfahrung zeigt seit langem, daß eine offene Gesellschaft den Aktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste, die mit Skrupellosigkeit und ohne rechtsstaatliche Hemmungen, aber mit großem psychologischem Geschick vorgetragen werden, vielfach ungeschützt gegenübersteht.
Bemerkenswert ist dabei, daß nach Analyse einer Vielzahl von Spionagefällen die Opfer es aus Angst vor den Folgen nicht wagen, den Abwehrbehörden ihre nachrichtendienstliche Verstrickung zu offenbaren. Die Führungsoffiziere der gegnerischen Nachrichtendienste schüren diese Angst in geschickter Weise, wobei bewußt auf die Unkenntnis der Betroffenen gebaut wird, daß die Verfassungsschutzbehörde gehalten ist, im Falle einer Offenbarung dem einzelnen zu helfen. Eine Existenzbedrohung kann nur durch die rechtzeitige Offenbarung abgewendet werden. Die falsche Behauptung der gegnerischen Nachrichtendienste, daß ein solches Verhalten zu unabsehbaren Folgen führe, ist ein leider häufig erfolgreiches Spiel mit der Angst des Opfers. In einem Gespräch formuliert eine enttarnte Spitzenagentin der DDR heute so:

„für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gilt: Der Zweck heiligt die Mittel! Auch wenn darüber ein Mensch seelisch zerbricht. Ich habe meinem Führungsoffizier bedingungslos geglaubt und vertraut ... Ich halte es für einen gravierenden Fehler, sich immer wieder selbst zu beschwichtigen, wie ich es leider damals auch stets getan habe. Die bitteren Erfahrungen, die Folgen meiner Tat waren, mußte ich ganz allein durchstehen. Oft holen mich die Erinnerungen ein und das Wort ‚vorbestraft' begleitet mich ein Leben lang. Das sollte man bei diesem äußerst gewagten und schmutzigen Geschäft – und ich wähle bewußt diese Worte – bedenken. Der Preis ist auf jeden Fall zu hoch für ein vermeintliches bißchen Glück, denn von allem bleibt nichts."

Ein ehemaliger geheimer Mitarbeiter des MfS, der lange Jahre in der Bundesrepublik tätig war und eigene Agenten führte, ergänzt hierzu:

„Es ist ein psychologischer Kraftakt, wenn man über 20 Jahre mit der Last dieses Problems leben muß. Es kann unter Umständen das Familienleben vergiften, es kann die eigene Persönlichkeit derart deformieren, daß man an sich selbst zu zweifeln beginnt. Ich möchte hier ganz eindringlich wiederholen: Ganz abgesehen von den strafrechtlichen Relevanzen, ganz abgesehen von der Verhaftung, von der Dauer der Untersuchungen, von der Eindringlichkeit der Untersuchungen, dann von der Haft selbst, die schwer genug ist, jeder, der sich in der gleichen Situation befindet, sollte gründlich sein Gewissen überprüfen, ob das in Einklang zu bringen ist mit der ideologisch vorgesehenen Prämisse, ‚Kundschafter des Friedens' zu sein!"

Sachwortregister

A
Abschied vom Hitlerismus 151
Abu Mussa (Said Mussa *Maragha*) 201
Abu Nidal-Gruppe 201
Action Directe (A. D.) 19, 129 f., 206
Agitation ausländischer Extremistengruppen 204, 207, 212
Agitation gegen die Bundeswehr 31, 75, 94, 101, 115
Agitation, linksextremistische 30 ff.
Agitation, rechtsextremistische 148 ff.
AID – Argumentation, Information, Dokumentation 49
Aktion 105
Aktion Deutsche Einheit (AKON) 167
Aktionen gegen ausländische NATO-Streitkräfte 94, 110, 115, 133
Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel 54, 94, 105, 109, 120, 125, 127, 133, 202, 215
Aktionen gegen die Bundeswehr 31, 77, 94, 108, 110, 115
Aktionen zum 40. Jahrestag der Beendigung des 2. Weltkrieges 40, 50, 61, 69, 85, 91, 101, 116
Aktionsbündnisse 17 f., 59, 93 f.
Aktionseinheit 49, 59 ff., 64, 69, 79, 100, 103
Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) 140, 152 f., 155, 172, 179
Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlin (ADS) 25, 27, 42
Aktionskonferenz der Friedensbewegung 67
Allgemeine Studentenausschüsse (ASten) 27, 115
Anarchisten 18 ff., 23, 30, 92 ff., 104, 108, 115
Anarchistische Arbeiter-Union (AAU) 108
Anarcho-Kommunisten 95, 104 f., 108
Anarcho-Syndikalisten 104 f., 108
Anbahner 221, 225, 232, 236
Anbahnung 220, 231 f.
ANS-Auslandsorganisation (ANS-A. O.) 174, 176
ANS-Niederlande 176
Antiamerikanismus 139
„Antifaschismus"-Kampagne 42, 49, 61, 69, 77, 94, 101, 110, 207
antifaschistische rundschau 49
antifaschistischer jugenddienst 49
Antifaschistisches Kommando 1. Oktober (GRAPO) 130
antiimperialistische Front 122, 124
Antiimperialistische Solidarität 71
Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB) 57
Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) 57, 71
Antimilitarismus 108
antimonopolistische Demokratie 35
antimonopolistisches Bündnis 59
Anti-NATO-Kongreß 109
Arabische Revolutionäre Brigaden 201
Arafat, Yassir 201 f.
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) 101, 110
Arbeiterfotografie 85
Arbeiterjugendverband (Marxisten-Leninisten) 97
Arbeiterkampf 101, 110
Arbeiterkongreß – gegen Sozialabbau und Arbeit 74
Arbeiterpartei der Türkei (TIP) 207
Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) 191, 211 f., 214
Arbeitsbrigade der SDAJ 44, 117
Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund (ANV/VB) 156
Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler 82
Arbeitskreis Demokratie 51
Arbeitskreise demokratischer Soldaten (ADS) 77

Arbeitskreis Festival (AKF) 54, 75
Arbeitskreis für Kultur und Politik 169
Ausländerfeindlichkeit 139, 173, 177, 204, 207
außerparlamentarischer Kampf 58
Ausspähung 219 f., 225
Aust, Ernst 97
Autonome 18, 70, 93, 104 f., 107, 109, 112, 114
AVRUPA 'da DEV GENC (Revolutionäre Jugend in Europa) 206

B

Bachmann, Walter 161
Baresic, Miroslav 217
Basisgruppen (BG) 115
beeinflußte Organisationen der „Neuen Linken" 19 f., 23
beeinflußte Organisationen, orthodox-kommunistische 17, 19 f., 22, 24, 30, 39 f., 48 f., 54, 56, 61, 67 ff., 91, 117
Beilagenkreis 96, 108
berufsspezifische Friedensinitiativen 51, 68
„Berufsverbote" 50 f., 56, 70
Bethge, Horst 71
Betriebsarbeit 37, 72, 77, 114
Betriebsgruppen 68, 72
Betriebszeitungen 72, 84, 114
Betriebszellen 114
Bewegung für eine albanische Republik in Jugoslawien (LRSHJ) 218
Bildungsarbeit 44, 84
Blätter für deutsche und internationale Politik 82
Blasche, Wulf Helge 183
Blockaden 36, 85, 110
Boran, Behice 207
Braun, Reiner 68
Brocke vom, Max-Arndt 164
Bruderparteien 17, 89 f., 97, 116 f.
Brücken-Verlag 82
Bündnispolitik 17, 37, 48, 50 f., 57 f., 60, 69, 74, 82, 85, 98
Bürger- und Bauerninitiative (BBI) 158
Bürgerinitiative – Deutsche Arbeiterpartei (BI-DAP) 153
Bund demokratischer Wissenschaftler e. V. (BdWi) 54, 69
Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) 169
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) 103
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) 95, 98 ff.
Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen (BUF) 109
Buschmann, Martha 51, 118

C

Caignet, Michel 176
Carlebach, Emil 70
Cellules Communistes Combattantes (C. C. C.) 130
Chandra, Romesh 65, 117
Chile-Komitees 57
Christen für die Abrüstung (CfA) 50, 118
Christliche Friedenskonferenz (CFK) 118
Christophersen, Thies 158
Circulo Espanol de Amigos de Europa (CEDADE) 176, 179
collectiv – Buchhandlungen 82
Container 226, 238, 244

D

Damnitz-Verlag 85
Deckanschrift 220, 234 f., 239
De Knipselkrant 130
Demokratie und Recht 82
Demokratische Erziehung 82, 84
Demokratische Fraueninitiative (DFI) 49, 54, 56
Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) 201
Demokratischer Frauenbund Berlin (DFB) 43
demokratisches gesundheitswesen 82
Der Weg der Partei – aktuell 98
Deutsche Aktionsgruppen (DA) 158
Deutsche Bürgerinitiative (DBI) 158
Deutsche Frauenfront (DFF) 154
Deutsche Frauenfront informiert 154
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) 19, 49, 52 ff.

Deutsche Friedens-Union (DFU) 48, 50 f., 67 f., 71, 118
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 17, 19, 24, 30, 32 ff., 39 f., 43 f., 46, 48, 51 ff., 56 ff., 74, 79 ff., 84 f., 87 ff., 96, 98, 100 f., 109, 112, 116 f., 207, 214, 216
Deutsche Kulturgemeinschaft (DKG) 169
Deutsche Monatshefte (DM) 173
Deutsche National-Zeitung (DNZ) 149, 165 ff., 173
Deutsche Stimme (DSt) 160 f.
Deutsche Stimme – Verlagsgesellschaft 165
Deutsche Volksunion (DVU) 139 f., 142, 166 f.
Deutsche Volkszeitung/die tat 60
Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ) 167, 173
Deutscher Anzeiger (DA) 166 f., 173
Deutscher Jahrweiser 158
Deutscher Standpunkt 153
Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG) 169
Deutschland in Geschichte und Gegenwart (DGG) 174
Deutschlandtreffen 161
Der Auschwitz-Mythos 179
DEVRIMCI KURTULUS (Revolutionäre Befreiung) 206
DEVRIMCI SOL (DEV SOL) (Revolutionäre Linke) 206
DEVRIMCI YOL (DEV YOL) (Revolutionärer Weg) 206
Die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF) 170
Die Neue Front 153, 176
Die neue Zeit (NZ) 176
Die Wahrheit 42
Die Zweite Revolution 181
Dietz, Georg P. 181
Diktatur des Proletariats 34 f., 92, 97, 101, 202
direkte aktion 108
DKP-Landrevue 40
DKP-Parteitag 36
DKP-Pressedienst 40
Dokumentenfotografie 237, 239
Dortmunder Kreis 68
Dreibrodt, Heinz 50
Dritter Weg 149, 160 f.
Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung 93
Dritte-Welt-Initiativen 109
Druckschriften- und Zeitungsverlag 167
Dutzi, Gisela 131

E

Eberhard, Hans-Georg 43
Eckes, Christa 131
Eidgenoss – Informationsblatt zur eidgenössischen und europäischen Besinnung 179
Einschleusung 219, 225, 236, 239, 241 f.
Eiserne Lerche – Hefte für eine demokratische Musikkultur 85
elan – Das Jugendmagazin 44, 82
El Tarhoni 202
Embargogüter 228, 245, 250
Engel, Stefan 97
Erlebach, Kurt 49
Ernst, Barbara 131
Ernst-*Thälmann*-Aufgebot 36
Europäische Bewegung 176
Europäische Freiheitsbewegung 158
Europäische Neu-Ordnung (ENO) 179
express – Zeitung für Sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit 95

F

Faisceaux Nationalistes Européens (F. N. E.) 154, 156, 174, 176
Faller, Kurt 49
FATAH 201 f.
FAP-Nachrichten 152
FDJ-Hochschule „Wilhelm *Pieck*" 37
FEDAYIN der Kaiserlich Iranischen Monarchie 215 f.
Festival der Jugend 44
Flitzerwelle 236
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF) 204, 211
Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD e. V. (KOMKAR) 207, 214
Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik

Deutschland e. V. (FIDEF) 206 f.
Föderation der demokratischen Arbeitervereine Kurdistans e. V. (KKDK-F) 212
Föderation der Einheit für Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland (DIB-AF) 207
Föderation der patriotischen Arbeiter-Kulturvereine in der BRD e. V. (FEYKA-Kurdistan) 211 f., 214
Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e. V. (DIDF) 204
Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF) 210 f., 214
Fraas, Hans-Peter 183
Freie Arbeiter-Union (FAU) 105, 108
Freie Arbeiter-Union Heidelberg (Anarchisten) (FAU HD (A)) 108
Freie Arbeiter-Union/Rätekommunisten (FAU/R) 108
Freie Deutsche Jugend (FDJ) 43 f., 48, 90
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) 90
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) 140, 152 f., 155, 172, 177, 179, 185, 188
Freiheitlicher Zeitungsverlag (FZ-Verlag) 167, 169
Freiheitsbewegung Deutsches Reich 158
Freiheitsfront Iran (FFI) 216
freiraum 105
Freundeskreis Ulrich von *Hutten* 170
Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland – Kuba e. V. 71
Frey, Dr. Gerhard 149, 165 ff., 169, 173, 177
„Friedensbewegung" 51, 53, 56, 61, 64 ff., 69, 88, 93, 109
„Friedenskampf" 17, 31, 42, 46, 49 ff., 56, 59, 64 f., 68 f., 77, 88
Friedensliste 50, 54, 85, 88, 109 f.
Friedensliste NRW 54, 79, 87
Friedensrat der DDR 51 f.
Friedenswoche an den Hochschulen 67, 80
Front National 177
Frontorganisationen 65, 117 f.
Front Revolutionnaire d'Action Proletarienne (FRAP) 130
Führungs- und Verbindungswesen 220
FUNDAMENTOS 179

G
GÄCK 172
Geheimnisträger 253
Geheimschutz 252
– in der Rüstungsindustrie 252 f.
– materieller 254
– personeller 253
Geheimschutzaufklärung 254
Geheimschutzbeauftragte 252
Gemeinsamer Arbeitsausschuß XII. Weltfestspiele (GAA) 75
Gemischte Firmen 244
Gems, Michael 53
Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Westberlin (DSFW) 43
Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP) 169
Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund 29, 36, 131 ff.
Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund 184 ff.
Gewalt 18 f., 35, 93, 104 f., 107, 120, 126, 129, 131 ff., 139 f., 147, 151, 156, 162, 182, 184 f., 190 f., 198 f., 201, 206, 210, 212, 214, 216
Gewaltfreie Aktionsgruppen 104, 107 f., 110
Gewerkschaftsarbeit, linksextremistische 62 ff., 84, 105, 114
Goerth, Christa 154
Graswurzelbewegung 105, 107
graswurzelrevolution 108
Graswurzelrevolution – Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA) 107, 109
Graue Wölfe 214
Grimmelshäuser, Andreas 183

Große Proletarische Kulturrevolution 96
Grosser, Karl-Friedrich 121 f.
Großer Ratschlag der „Friedensbewegung" 67
Gruppe „einige wilde rauchende Moleküle" 129
Gruppe „Hau weg den Scheiss" 128
Gruppe Internationale Marxisten (GIM) 96 f., 101, 103, 109, 114
Gruppe sowjetischer Truppen in Deutschland (GSTD) 248
Gruppe „Wirtschaftswunderkinder" (WWK) 129
Gruppe Z 95, 99

H

Happe, Manuela 131
Harms, Thomas 48
Hauptverwaltung Aufklärung des MfS (HVA) 226
Heidel, Volker 155
Hepp, Odfried 151, 176, 182 ff.
Hertel, Gerd 46
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) 140, 154 f., 177
Hiroshima-Kampagne 68
Hochschule des Leninschen Komsomol 37
Hrvatski Tjednik 217
Hulpkomitee voor nationalistische politieke gevangenen 177
Hungerstreik 19, 105, 120 f., 124 f., 128, 130 f., 133, 204
Hutschenreuter, Heidi 54

I

Ijzerbedevaart 177
Illegale 236, 241
Illegale Militante 124
info demokratie 51
infodienst 40
Informationsdienst Wissenschaft und Frieden 69
Informationsstelle Ostermarsch '85 68
Informationswoche der Friedensbewegung 52, 56, 67, 75
Infrarottechnik 229
Initiative „Frauen in die Bundeswehr? – Wir sagen Nein!" 52, 56
Initiative „Kein Frieden mit der NATO – Raus aus der NATO" 109
Initiative 40. Jahrestag der Befreiung und des Friedens 69
Initiative „Weg mit den Berufsverboten" 61, 70
Inoffizieller Mitarbeiter (IM) 233
Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU 37
Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW) 81, 90 f.
Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF) 80 f.
Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO) 81
INTERNATIONAL – Informations- und Bildungszentrum e. V. 91
IV. Internationale 101
Internationale Arbeiter-Assoziation (IAA) 108
Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) 57, 118
Internationale Kommunistische Strömung (IKS) 103
Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA) 103
Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ) 57, 118
Internationaler Frauentag 56, 91
Internationaler Neuer Nationalsozialismus 174
Internationales Komitee der IV. Internationale 103
Internationalismus 32, 34, 71, 118
Interview mit den Genossen aus der RAF 124, 130
Iranischer Konstitutionsrat (IKR) (Rat der konstitutionellen Monarchie) 216
Islamische Union Europa e. V. 208
Islamisches Zentrum Köln e. V. (IZ) 208

J

Jakobsmeier, Ingrid 131
Jansen, Mechtild 52, 56
Jennes, Hans 49
Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg 44, 46, 48, 77, 85
Jugendpolitische Blätter 44
Jung, Dr. Heinz 80
Junge Front (JF) 155
Junge Nationaldemokraten (JN) 152, 164, 171
Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP) 43, 46, 77, 79, 90 f.

K

Kämpfende Jugend 101
Kampagne gegen „Berufsverbote" 50, 70
Kampagne gegen die Neufassung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) 42, 46, 79 f.
Kampagne gegen „Rechtsentwicklung" 69
Kampagne gegen „SDI" 42, 64, 68, 91
Kampagne gegen „Weltraummilitarisierung" 17, 31, 42, 52, 59, 65 ff., 109
Kampagne gegen Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe (WAA) 32, 94, 105, 108, 112
Kampagne „Verweigern wir uns hunderttausendfach!" 53
Karl-Liebknecht-Schule 37
Kernorganisationen, der „Neuen Linken" 19 f., 23
Kernorganisationen, orthodoxkommunistische 20, 22, 116
Kexel, Walther 151, 176, 182 f.
K-Gruppen 19 f., 23, 30, 94 f., 97, 99, 112, 114 f.
Klar, Christian 131
Klartext 156
Klassenkampf 35, 37, 46, 63, 84, 92 f., 104, 108, 114
Kleinzeitungen 40
Knickrehm, Uwe 54
Koch, Horst-Dieter 97 f.
Komet 164
Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR 50
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ) 48, 51 f., 61, 68, 118
Komitee für Staatssicherheit (KGB) 228, 234, 245
Komitee gegen Bombenzüge (KgB) 110
Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf *Hitlers* (KAH) 153
Kommunalwahlen in Hessen 85, 87, 162
Kommune – Forum für Politik und Ökonomie 95
Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) 101
Kommunistische Gruppen – Neue Hauptseite Theorie (KG-NHT) 95 f.
Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) 98, 103
Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) 17, 33, 42, 61, 64, 116 ff.
Kommunistische Partei der Türkei (TKP) 207
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) (1956 verboten) 33, 35, 51
Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD) 95 ff., 103, 109, 114, 118
Kommunistische Studenten (KS) 98
Kommunistische Weltbewegung 17, 32 f.
Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD) 96, 99
Kommunistischer Bund (KB) 95 f., 99 f., 109 f.
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) 95, 98 f.
Kommunistischer Hochschulbund (KHB) 101
Konsequent 42, 59
Konspirative Wohnung (KW) 122, 125, 234 f.
Kontaktanlässe 220, 231
Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung (KA) 49, 52 f., 56, 67, 75, 79, 109

Koordinierungskreis Dritte Welt (KK3W) 57
Koordinierungsstelle Ziviler Ungehorsam (KoZU) 109
Krefelder Appell 66, 68
Krefelder Initiative 50 f., 67 f.
Kroatischer Nationalrat (HNV) 217
Kroatische Staatsbildende Bewegung (HDP) 216 f.
Kroatisches Informationszentrum 217
Krooß, Achim 46
Kühnen, Michael 153 ff., 172, 174, 176 f., 181
kürbiskern – Literatur, Kritik, Klassenkampf 85
Künstler für den Frieden 51
Kulturarbeit für die DKP 84
kulturelle Westarbeit 91
Kulturpolitisches Forum der DKP 84
Kumpf, Dr. Richard 81
Kurdistan-Report 212
Kurz, Ingrid 67
KUTLU 207

L

Landtagswahl im Saarland 85, 87, 162
Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 54, 85, 87, 96, 98, 153, 162, 170, 172
Lauck, Gary Rex 156, 181
Legale Residenturen 244, 247 f., 250
Legende 125, 226, 231, 233, 235, 241, 243, 250
Lehmann, Hermann 164
Liberty Bell Publications 181
Linksextremisten im öffentlichen Dienst 24 f.
links-Sozialistische Zeitung 95

M

Mandate in Kommunalvertretungen 87
Mannhardt, Klaus 52, 54
Maragha, Said Mussa (*Abu Mussa*) 201
Marx-Engels-Stiftung e. V. 81
Marx-Engels-Zentrum 48, 81
Marxisten-Leninisten in der KPD 97
Marxistische Abendschulen (MASCH) 81
Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus (MAB) 81
Marxistische Arbeiterschulen (MASCH) 81
Marxistische Arbeiterzeitung (MAZ) 104, 115
Marxistische Betriebsarbeiterschulen (BASCH) 37, 74
Marxistische Blätter 80, 82
Marxistische Gruppe (MG) 93, 95, 103 f., 115
Marxistische Hochschulzeitung 104
Marxistische Schulzeitung 104
Marxistische Streit- und Zeitschrift – Gegen die Kosten der Freiheit (MSZ) 104
Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB) 25, 27, 36, 43 f., 46, 48, 62, 67, 72, 75, 79, 90, 117
Marxistisch-leninistische bewaffnete Propagandaeinheit (MLSPB) 206
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 95 f., 99, 114
Marxistisch-Leninistischer Bund Intellektueller (MLBI) 97
Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband (MLSV) 97
MASCHPRIBORINTORG 245
Masina 217
Maske, Achim 51 f., 68
Maßnahmen gegen Linksextremisten 133 f.
Maßnahmen gegen Rechtsextremisten 187 f.
Mayer, Sepp 71
media revue 85
Medieninitiative „Aus der Geschichte lernen – für den Frieden sorgen" 85
Meise, Stefan 164
Meister, Hans 71
Messemagazin International (MMI) 82
Mies, Herbert 33, 51, 58, 60, 64, 66, 68, 81, 88, 207

Mikrat 234
militante Autonome 18, 114
Militante der RAF 119, 123 f.
Militante Rechtsextremisten 147, 151
Militärischer Nachrichtendienst der CSSR (ZS) 249
Militärischer Nachrichtendienst der UdSSR (GRU/RU) 245, 248
Militärischer polnischer Auslandsnachrichtendienst (Z II) 250
Militärspionage 220, 228
Minimalkonsens 59
Ministerium für Staatssicherheit (MfS) 91, 222, 225, 228 f., 231, 234, 239 f.
Mitgliederzahlen extremistischer Ausländerorganisationen 190, 192 ff., 199, 202, 206, 208, 210 f., 214, 216
Mitgliederzahlen, Linksextremismus 19 ff.
Mitgliederzahlen, Rechtsextremismus 140 ff.
Mörig, Gernot 169
Mössle, Markus 183
Mohnhaupt, Brigitte 131
Moslemische Studentenvereinigung (MSV) 215
Motorradclub „Kuhle Wampe" 77
MÜCADELE (Kampf) 204
Müller, Ursula 154
Mussgnug, Martin 161, 165

N

Nachrichten der HNG 155
Nachrichten-Verlags-GmbH 64, 82
Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 64
Nahrath, Wolfgang 172
Nation Europa (NE) 173
National Action Party (NAP) 176
National-Freiheitliche 139, 148 ff., 165, 169
Nationaldemokraten 139, 148, 150, 160 f., 165, 169
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 139 f., 148 ff., 160 ff., 164 f., 188
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) 164 f.
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) 212
Nationale Front/Bund Sozialrevolutionärer Nationalisten 155
Nationale Heilspartei (MSP) 208
Nationalistische Front (NF) 155, 171
Nationalistischer Neutralismus 139, 160, 177
Nationalrevolutionäre 139, 151
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 139, 151
Naturwissenschaftler-Initiative: Verantwortung für den Frieden 66 ff.
Naumann, Peter 156
Nebenorganisationen der „Neuen Linken" 19 f., 23
Nebenorganisationen, orthodoxkommunistische 17, 19 f., 22, 24, 32, 39 f., 42 f., 81, 91, 116
Neonazis 139 f., 148 ff., 155 f., 158, 165, 169, 171, 174, 177
neue Arbeiterpresse 103
Neue Front 172
„Neue Linke" 18 ff., 24 f., 27, 30 ff., 80, 92 ff., 101, 109 f., 112, 114 f., 118
Neue Stimme 50
Neuer Nationalsozialismus/Neonazismus 151, 174
NHB-Report 165
Norddeutsches Forum 169
Notre Europe 154, 156
Notre Europe Combattante 176
NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) 156, 176, 181, 187
NS-Kampfruf 156, 181

O

Ochensberger, Walter 177
Offensive 84/85 18, 121
Österreichischer Beobachter – Kampfblatt der NSDAP (Hitlerbewegung) in Österreich 179
Organisation der Demokratischen Jugend und Studenten des Iran (ODYSI) 216
Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin,

Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (O. I. P. F. G.) 215
Organisation der Volksfedayin Iran-Mehrheit 216
Organisation Kommunistische Partei Iraks in der Bundesrepublik Deutschland 216
orthodoxe Kommunisten 17, 21, 30, 32 f., 67, 100, 109 f., 116
Ostermärsche '85 51, 67 f., 75, 77

P

Paech, Norman 56
Pahl-Rugenstein-Verlag 82
Palästinensische Befreiungsfront (PLF) 202
Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) 33, 103, 201 f.,
Palästinensische Nationale Rettungsfront 201
Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (PAV) 201
Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland (PSV) 201
Pape, Martin 152 f.
Partei der Arbeit Albaniens (PAA) 97
Partei der Nationalen Bewegung (MHP) 210
Parteischulung der DKP 37
PARTIZAN 204
PARTIZAN BOLSEVIK 204
Patenbezirke der SED 89
Pauli, Bernhard 155
Perspektivagent 243
Pfingstcamps der SDAJ 44 f., 77, 90 f.
pionier 46
Pionierleiter-Info 46
Pionierorganisation Karl Liebknecht 42 f.
pläne GmbH 84
Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH 53 f., 57, 82, 85
Planungspapier 122, 125
Pohl, Andreas 171
Polikeit, Georg 40
Politische Berichte 100
Politische Spionage 220, 225, 249
Polnische Nachrichtendienste (PND) 242, 250 f.
Posadistische Kommunistische Partei 103
PPA-Tagesdienst 40
praxis – Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei 40
Probleme des Friedens und des Sozialismus 50
Progress-Presse-Agentur GmbH (PPA) 40
Proletarische Aktion 108
Publikationen ausländischer Extremistengruppen 197
Publikationen der „Neuen Linken" 21, 23
Publikationen der orthodoxen Kommunisten 21 f.
Publikationen, rechtsextremistische 142, 145

R

Radow, Birgit 43
Rätesysteme 101
Rat der Frankreich-Deutschen 177
Rebell 97
Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst 144
Reichs-Arbeiter-Zeitung (RAZ) 170
Reisekader 91 f., 220
Remer, Otto Ernst 170
revolutionär-marxistische Gruppen 18 f., 30, 92 ff., 104, 114 f.
Revolutionär-Sozialistische Jugend – Roter Maulwurf (RSJ) 103
Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) 98, 114
Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (TDKP) 204
Revolutionäre Zellen (RZ) 18, 119, 126 ff.
Revolutionärer Jugendverband Deutschlands (RJVD) 96 f.
RGO-Nachrichten 98
Roeder, Gertraud 158
Roeder, Manfred 154, 158
Röderberg Verlag 82
Rote-Armee-Fraktion (RAF) 18, 105, 119 ff., 128 ff., 204, 206
– RAF-Anhänger/-Unterstützer/

-Umfeld 19, 107, 119, 121, 124 ff., 129
– engeres RAF-Umfeld 123
rote blätter 48
Rote Fahne 96
Rote Zora 119, 126
Roter Morgen 97
Roter Pfeil 97
Roter Rebell 98
Rotfüchse 97
Rührt Euch – Zeitung für Soldaten 44, 77
Rump, Michael 42

S
Sabotageaktionen 107, 112
Sachse, Andreas 183
Samisdat Publishers Ltd. 181
Schiedskommissionen der DKP 37
Schleifstein, Josef 80
Schmitt, Horst 42
Schneider, Hans 81
Schönborn, Meinolf 155
Schützinger, Jürgen 161
Schulz, Adelheid 131
Schwarzer Faden 105
Schwarzer Rebell 176, 182
Schwarzer September 201
Schwarze Wölfe 177
SED-Parteischule Franz Mehring 37
Seetzen, Walter 161
Sendbühler, Karl-Heinz 164 f.
Sicherheitsmaßnahmen 254
Sicherheitsüberprüfung 252 f.
Sicherheitsrisiko 253
SIEG-AJ-Presse-Dienst 177
Skinheads 140, 171, 177, 184
SOL BIRLIK (Linke Einheit) 207
Soldaten-Friedensinitiativen 77
Solidarische Hilfe – Verein gegen staatliche Willkür e. V. 71
Solidaritätsaktionen für Nicaragua 32, 79
Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca 72
Sowjetische Handelsvertretung (SHV) 245
Sowjetische Militärmissionen (SMM) 248
Sowjetischer Nachrichtendienst (SND) 235 f.
Sozialimperialismus 96
Sozialismus 33 ff., 43, 46, 50, 69, 80 f., 92 f., 96, 101, 116
Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) 103
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) 36 f., 43 f., 46, 67 f., 72, 74 f., 77, 82, 85, 90 f., 117
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 17, 33 f., 39, 42, 61, 64, 88 ff., 92, 116
Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW) 19, 24, 40, 42 f., 57, 59, 65 f., 116 f.
Sozialistische Revolution 34
Sozialistischer Hochschulbund (SHB) 25, 27, 61 f., 75, 79, 90
Sozialistischer Jugendbund (SJB) 103
Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht (SJV Karl Liebknecht) 42, 90
Sozialistisches Büro 95
Sozialrevolutionäre 139, 151
Spionage
– Militärspionage 220, 228
– Politische Spionage 220, 225, 249
– Wirtschaftsspionage 227, 249
– Wissenschaftsspionage 227
Spionageabwehr, präventive 252 ff.
Sporleder, Dieter 183
Sprengstoff- und Brandanschläge 17, 19, 93, 107, 114, 119 ff., 124 ff., 132, 177, 182, 185, 191, 199, 215
staatsmonopolistischer Kapitalismus 35
Staub, Volker 131
Steigerwald, Dr. Robert 80
Strasser-Flügel/*Strasser*-Kurs 139, 151, 155
Studentenvertretungen 25, 115
Supermachttheorie 64

T
Tag, Ernst 158
Tarnorganisationen 117
TEBLIG (Die Verkündung) 208
tendenzen – Zeitschrift für engagierte Kunst 85

Terrorismus, linksextremistischer 18 f., 119 ff.
Terrorismus, rechtsextremistischer 182 ff.
Thälmann, Ernst 33, 36, 69
The New Order 181
Thesen zum 8. Parteitag der DKP 60
Thiel, Martin 121
Tillmann, Ulrich 183
Tipper 236
Toter Briefkasten 238
Trapp, Horst 54
Treff, nachrichtendienstlicher 220, 222, 226, 234 f., 238 f., 243, 245 ff.
trotzkistische Gruppen 30, 92 ff., 101, 103, 114
Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD) 103
TUDEH-Partei 191, 216
Türkes 210
Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/M-L) 202, 204, 212
Türkische Volksbefreiungspartei/ -Front (THKP/-C) 206
Türkischer Nationaler Kulturverein in Nürtingen e. V. 211
Türkischer Nationaler Kulturverein in Stuttgart e. V., Stuttgart und Umgebung 211

U

Umweltpolitik 32
Umweltschutzbewegung 112
Unabhängige Arbeiterpartei (UAP) 170
undogmatische „Neue Linke" 30 f., 105, 112, 115
UNIDOC 85
Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U. I. S. A.) 215
Unsere Zeit (UZ) 40, 61, 64, 82

V

Verband islamischer Vereine und Gemeinden e. V. 208
Verein patriotischer Künstler Kurdistans in der BRD (HUNERKOM) 211
Verein türkischer Idealisten in Hannover und Umgebung e. V. 210
Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS) 79, 115
Vereinigtes Sekretariat der IV. Internationale 101
Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V. (VDJ) 49, 56
Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V. (AMGT) 208
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) 48 ff., 57, 70, 118, 183, 207
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin – Verband der Antifaschisten (VVN Westberlin-VdA) 43
Verlag Marxistische Blätter 82
Verlage, linksextremistische 21, 82, 84
Verlage, rechtsextremistische 142, 167, 173 f.
Verpflichtungserklärung 222, 234
Victor-Jara-Treffen 85
Voigt, Udo 161
Volksecho 98
Volksfedayin Guerilla 215
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) 201
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT) 98, 100, 110
Volksgenosse 156
Volksmojahedin Iran 215
Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA) 155
Volkstreue außerparlamentarische Opposition (VAPO) 153, 172
VOORPOST 164
Vorfeldorganisationen 40, 42 f., 54, 61, 65 ff., 69, 71, 82, 98, 109, 116

W

Wagner, Rolf Clemens 131
Wahlbündnisse 85
Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin 42
Wannersdorfer, Claudia 131
was tun 103

Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) 46
Weltfestspiele der Jugend und Studenten 46, 48, 50, 54, 75, 117
Weltfriedensrat (WFR) 51 f., 54, 56 f., 65, 68, 88, 117
Weltkinderorganisation CIMEA 46
Weltkongreß zum Internationalen Friedensjahr 118
Weltkreis-Verlag 82
Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt 35
Werber 236
Werbungsmethoden 219 f.
Werkkreis Literatur der Arbeitswelt 85
Westarbeit 88, 90
Westberliner Vorbereitungskomitee für die XII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1985 in Moskau (WVK) 43, 75
widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich 95
Wiking-Jugend (WJ) 152 f., 164, 171 f.
Wir Frauen 56
Wirtschaftsspionage 227, 249
Wissenschaftsspionage 227
Witt, Gregor 53
Woche des realen Sozialismus 67, 116
Worch, Christian 154 f.
Worch, Ursula 154

Z

Zielobjekte östlicher Nachrichtendienste 225, 234, 244
- Parteien 220, 226
- Bundespräsidialamt 237
- Emigrantenorganisationen 220, 244

Zivil Courage 52 f.
Ziviler Nachrichtendienst der CSSR (StB) 249
Ziviler polnischer Auslandsnachrichtendienst (SB) 250 f.
Ziviler Ungehorsam 109
Zündel, Ernst-Christof 181
Zusammen Kämpfen 123 f., 130
Zwischenruf links 98

Abkürzungsverzeichnis

AAU	Anarchistische Arbeiter-Union
AB	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
A. D.	Action Directe
ADS	Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlin
ADS	Arbeitskreis demokratischer Soldaten
ADÜTDF	Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.
AIB	Antiimperialistisches Informationsbulletin
AKF	Arbeitskreis Festival
AKON	Aktion Deutsche Einheit
AMGT	Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V.
ANC	African National Congress
ANS-A. O.	ANS-Auslandsorganisation
ANS/NA	Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten
ANV/VB	Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund
ASK	Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika
ASten	Allgemeine Studentenausschüsse
ATIF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.
BASCH	Marxistische Betriebsarbeiterschulen
BBI	Bürger- und Bauerninitiative
BdWi	Bund demokratischer Wissenschaftler e. V.
BG	Basisgruppen
BHJ	Bund Heimattreuer Jugend
BI-DAP	Bürgerinitiative – Deutsche Arbeiterpartei
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter
BUF	Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen
BWK	Bund Westdeutscher Kommunisten
C. C. C.	Cellules Communistes Combattantes
CEDADE	Circulo Espanol de Amigos de Europa
CfA	Christen für die Abrüstung
CFK	Christliche Friedenskonferenz
DA	Deutsche Aktionsgruppen
DA	Deutscher Anzeiger
DBI	Deutsche Bürgerinitiative
DDF	Die Deutsche Freiheitsbewegung
DEV SOL	DEVRIMCI SOL (Revolutionäre Linke)
DEV YOL	DEVRIMCI YOL (Revolutionärer Weg)
DFB	Demokratischer Frauenbund Berlin
DFF	Deutsche Frauenfront
DFG-VK	Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner
DFI	Demokratische Fraueninitiative
DFLP	Demokratische Front für die Befreiung Palästinas
DFU	Deutsche Friedens-Union
DGG	Deutschland in Geschichte und Gegenwart
DIB-AF	Föderation der Einheit für Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland
DIDF	Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e. V.
DKEG	Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes
DKG	Deutsche Kulturgemeinschaft

DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Monatshefte
DNZ	Deutsche National-Zeitung
DSFW	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Westberlin
DSt	Deutsche Stimme
DVU	Deutsche Volksunion
DWZ	Deutsche Wochen-Zeitung
ENO	Europäische Neu-Ordnung
ERNK	Nationale Befreiungsfront Kurdistans
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FAU	Freie Arbeiter-Union
FAU HD (A)	Freie Arbeiter-Union Heidelberg (Anarchisten)
FAU/R	Freie Arbeiter-Union/Rätekommunisten
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FEYKA-Kurdistan	Föderation der patriotischen Arbeiter-Kulturvereine in der BRD e. V.
FFI	Freiheitsfront Iran
FIDEF	Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V.
FIR	Internationale Föderation der Widerstandskämpfer
F. N. E.	Faisceaux Nationalistes Européens
FöGA	Graswurzelrevolution – Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen
FRAP	Front Revolutionnaire de Action Proletarienne
FZ-Verlag	Freiheitlicher Zeitungsverlag
GAA	Gemeinsamer Arbeitsausschuß XII. Weltfestspiele
GFP	Gesellschaft für Freie Publizistik
GIM	Gruppe Internationale Marxisten
GRAPO	Antifaschistisches Kommando 1. Oktober
GRU	Militärischer Nachrichtendienst der UdSSR
GSTD	Gruppe sowjetischer Truppen in Deutschland
HDP	Kroatische Staatsbildende Bewegung
HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.
HNV	Kroatischer Nationalrat
HUNERKOM	Verein patriotischer Künstler Kurdistans in der BRD
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung des MfS
IAA	Internationale Arbeiter-Assoziation
IKR	Iranischer Konstitutionsrat
IKS	Internationale Kommunistische Strömung
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMEMO	Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen
IMSF	Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.
IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR
ISA	Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation
IVDJ	Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen
IZ	Islamisches Zentrum Köln e. V.
JF	Junge Front
JN	Junge Nationaldemokraten
JP	Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation
KA	Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung
KABD	Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands
KAH	Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers

KAZ	Kommunistische Arbeiterzeitung
KB	Kommunistischer Bund
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland
KFAZ	Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit
KgB	Komitee gegen Bombenzüge
KGB	Komitee für Staatssicherheit
KG-NHT	Kommunistische Gruppen – Neue Hauptseite Theorie
KHB	Kommunistischer Hochschulbund
KJD	Kommunistische Jugend Deutschlands
KKDK-F	Föderation der demokratischen Arbeitervereine Kurdistans e. V.
KK3W	Koordinierungskreis Dritte Welt
KOMKAR	Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD e. V.
KoZU	Koordinierungsstelle Ziviler Ungehorsam
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands (1956 verboten)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KS	Kommunistische Studenten
LRSHJ	Bewegung für eine albanische Republik in Jugoslawien
MAB	Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
MASCH	Marxistische Abendschule/Marxistische Arbeiterschule
MAZ	Marxistische Arbeiterzeitung
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MG	Marxistische Gruppe
MHP	Partei der Nationalen Bewegung
MLBI	Marxistisch-Leninistischer Bund Intellektueller
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
MLSPB	Marxistisch-leninistische bewaffnete Propagandaeinheit
MLSV	Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband
MMI	Messemagazin International
MSB	Marxistischer Studentenbund Spartakus
MSP	Nationale Heilspartei
MSV	Moslemische Studentenvereinigung
MSZ	*Marxistische Streit- und Zeitschrift – Gegen die Kosten der Freiheit*
NAP	National Action Party
NE	Nation Europa
NF	Nationalistische Front
NHB	Nationaldemokratischer Hochschulbund
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAP-AO	NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation
NZ	Die neue Zeit
ODYSI	Organisation der Demokratischen Jugend und Studenten des Iran
O. I. P. F. G.	Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran
PAA	Partei der Arbeit Albaniens
PAV	Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin
PFLP	Volksfront für die Befreiung Palästinas
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
PLF	Palästinensische Befreiungsfront
PLO	Palästinensische Befreiungsorganisation

PND	Polnische Nachrichtendienste
PPA	Progress-Presse-Agentur GmbH
PSV	Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland
RAF	Rote-Armee-Fraktion
RAZ	Reichs-Arbeiter-Zeitung
RGO	Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition
RJVD	Revolutionärer Jugendverband Deutschlands
RSJ	Revolutionär-Sozialistische Jugend – Roter Maulwurf
RU	Sowjetischer militärischer Nachrichtendienst
RZ	Revolutionäre Zellen
SAG	Sozialistische Arbeitergruppe
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SHB	Sozialistischer Hochschulbund
SHV	Sowjetische Handelsvertretung
SJB	Sozialistischer Jugendbund
SJV Karl Liebknecht	Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht
SMM	Sowjetische Militärmissionen
SND	Sowjetischer Nachrichtendienst
StB	Ziviler Nachrichtendienst der CSSR
TDKP	Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei
THKP/-C	Türkische Volksbefreiungspartei/-Front
TIP	Arbeiterpartei der Türkei
TKP	Kommunistische Partei der Türkei
TKP/M–L	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten
TLD	Trotzkistische Liga Deutschlands
UAP	Unabhängige Arbeiterpartei
U. I. S. A.	Union Islamischer Studentenvereine in Europa
UZ	Unsere Zeit
VAPO	Volkstreue außerparlamentarische Opposition
VDJ	Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.
VDS	Vereinigte Deutsche Studentenschaften
VOLKSFRONT	Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg
VSBD/PdA	Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit
VVN-BdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten
VVN Westberlin – VdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin – Verband der Antifaschisten
WBDJ	Weltbund der Demokratischen Jugend
WFR	Weltfriedensrat
WJ	Wiking-Jugend
WVK	Westberliner Vorbereitungskomitee für die XII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1985 in Moskau
WWK	Gruppe „Wirtschaftswunderkinder"
ZS	Militärischer Nachrichtendienst der ČSSR
Z II	Militärischer polnischer Auslandsnachrichtendienst